Boston Athenæum

From the Bequest of
CANCELLED

Received Jan. 13, 1909.

EXTRACT FROM THE THIRTEENTH OF THE RULES FOR THE LIBRARY AND READING ROOM OF THE BOSTON ATHENÆUM

"If any book shall be lost or injured, or if any notes, comments, or other matters shall be written, or in any manner inserted therein, the person to whom it stands charged shall replace it by a new volume, or set, if it belongs to a set."

IOM 11-08

UNIVERSITY
OF FLORIDA
LIBRARIES

Digitized by the Internet Archive
in 2010 with funding from
University of Florida, George A. Smathers Libraries with support from Lyrasis and the Sloan Foundation

http://www.archive.org/details/staatsarchiv74inst

Sechs Hefte bilden einen Band.

Preis des Heftes 1 Mark 40 Pf.

DAS STAATSARCHIV.

SAMMLUNG

DER

OFFIZIELLEN AKTENSTÜCKE

ZUR GESCHICHTE DER GEGENWART.

BEGRÜNDET

VON

AEGIDI UND KLAUHOLD.

IN FORTLAUFENDEN HEFTEN

HERAUSGEGEBEN

VON

GUSTAV ROLOFF.

BAND LXXIV.

ERSTES BIS DRITTES HEFT.

LEIPZIG,

VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT.

1907.

Das Staatsarchiv.

Sammlung

der offiziellen Aktenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

Aegidi und **Klauhold.**

Herausgegeben

von

Gustav Roloff.

Vierundsiebzigster Band.

Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1907.

327.08
S775
v.74

692zz
Bennett
Jan 13, 1909
ER
.75t2
(v.74)

Inhaltsverzeichnis.

Bündnisse, Verträge, Konventionen, Protokolle usw.

				Nr.	Seite
1897.	Septbr.	25.	Japan und Chile. Handels- und Schiffahrtsvertrag . .	13801.	220
1903.	März/April	30./12.	Türkei und Griechenland. Handelsvertrag	13788.	158
1904.	Febr.	1.	Grofsbritannien und Italien. Schiedsgerichtsvertrag .	13803.	226
„	„	13.	Frankreich und Siam. Grenzabkommen	13789.	163
„	Mai	18.	Vertragsstaaten. Abkommen über Verwaltungsmaßregeln zur Gewährung wirksamen Schutzes gegen den Mädchenhandel	13785.	143
„	Oktbr.	30.	Rufsland und Belgien. Schiedsgerichtsvertrag	13804.	227
„	Novbr.	22.	Österreich-Ungarn und Bayern. Vertrag über mehrere Eisenbahnanschlüsse an der Grenze	13787.	148
„	Dezbr.	21.	Vertragsstaaten. Abkommen über die Lazarettschiffe .	13790.	169
1905.	Januar	3.	Rufsland und Persien. Postvertrag	13791.	172
„	Febr.	15.	Grofsbritannien und Niederlande. Schiedsgerichtsvertrag	13805.	230
„	April	26.	Belgien und Dänemark. Schiedsgerichtsvertrag	13806.	231
„	Juni	12./25.	Vereinigte Staaten von Amerika und Rufsland. Abkommen über die Handelsgesellschaften	13792.	173
„	August	1.	Deutsches Reich und Bulgarien. Handels-, Zoll- und Schiffahrtsvertrag, ...	13783.	28
„	Dezbr.	7	— Denkschrift dem Reichstage bei Einbringung des bulgar. Handelsvertrags (S. 28) vorgelegt	13782.	41
1906.	Januar	31.	Japan und Grofsbritannien. Abkommen über die Handelsbeziehungen zwischen Japan und Kanada . . .	13802.	225
„	März	9.	Österreich-Ungarn und die Schweiz. Handelsvertrag .	13780.	1
„	„	9.	— — Viehseuchenübereinkommen	13781.	23
„	Mai	8.	Deutsches Reich und Schweden. Handels- und Schiffahrtsvertrag	13783.	60
—	—	—	— Denkschrift dem Reichstage bei Einbringung des vorstehenden Vertrags vorgelegt	13784.	76
1906.	Mai	18.	— und Niederlande. Regelung der Spirituoseneinfuhr.	13786.	147
„	„	26.	Weltpostverein. Weltpostvertrag	13807.	233
„	„	26.	— Übereinkommen, betreffend den Austausch von Briefen und Kästchen mit Wertangabe	13808.	252
„	„	26.	— Übereinkommen, betreffend den Postanweisungsdienst	13809.	262
„	„	26.	— Vertrag, betreffend den Austausch von Postpaketen.	13810.	269
„	„	26.	— Übereinkommen, betreffend den Postauftragsdienst .	13811.	281

				Nr.	Seite
1906.	Mai	26.	Weltpostverein. Übereinkommen, betreffend den Postbezug von Zeitungen und Zeitschriften	13812.	286
„	„	15./28.	Türkei und Serbien. Handelsvertrag	13793.	174
„	Mai/Juni	23./5.	Belgien und Rumänien. Handelsvertrag	13794.	180
„	Juni	28.	Österreich-Ungarn und die Schweiz. Erklärung betr. Abänderung des Art. 16 des am 9. März 1906 unterzeichneten Handelsvertrags	13782.	28
„	Juli	6.	Vertragsstaaten. Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken bei den im Felde stehenden Heeren	13814.	299
„	Dezbr.	5.	Italien und Rumänien. Handelsvertrag	13795.	182
„	„	5.	— — Abkommen über den Schutz geistigen Eigentums.	13796.	194
„	„	23.	Serbien und Rumänien. Handelsvertrag	13799.	208
1907.	Januar	14.	Italien und Serbien. Handels- und Schiffahrtsvertrag .	13797.	195
„	„	14.	— — Übereinkommen gegen die Viehseuchen	13798.	203
„	April	8.	Deutsches Reich und Frankreich. Übereinkunft betr. den Schutz an Werken der Literatur und Kunst und an Photographien	13815.	307
„	„	26.	Grofsbritannien und Costa Rica. Postvertrag	13800.	213
„	Mai	4.	Deutsches Reich. Denkschrift zu den am 26. Mai 1906 in Rom unterzeichneten neuen Verträgen des Weltpostvereins. Dem deutschen Reichstage vorgelegt.	13813.	291

(In diesem Bande sind aus Versehen die Zahlen 13782 und 13783 je zweimal verwendet worden).

Bündnisse, Verträge, Konventionen, Protokolle usw.

Nr. 13780. **ÖSTERREICH-UNGARN und DIE SCHWEIZ.** Handelsvertrag.

Wien, den 9. März 1906.

Seine Majestät der Kaiser von Österreich, König von Böhmen usw. und Apostolischer König von Ungarn einerseits, || und || der Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft anderseits, || von dem Wunsche beseelt, die zwischen Ihren beiderseitigen Gebieten bestehenden Handelsbeziehungen wechselseitig zu erleichtern und auszudehnen, haben beschlossen, einen Vertrag zu diesem Zwecke einzugehen, und haben zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich: || Seine Majestät der Kaiser von Österreich, König von Böhmen usw. und Apostolischer König von Ungarn: || Den Herrn Agenor Grafen Goluchowski v. Goluchowo, Allerhöchsten Wirklichen Geheimen Rat und Kämmerer, Ritter des Ordens vom goldenen Vlies etc. etc., Minister des k. u. k. Hauses und des Äußern; || der Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft: || Den Herrn Fernand H. du Martheray, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät, || den Herrn Arnold Künzli, Mitglied des Schweizerischen Nationalrates, || den Herrn Alfred Frey, Mitglied des Schweizerischen Nationalrates, || den Herrn Dr. Ernst Laur, Sekretär des Schweizerischen Bauernverbandes, || welche, nachdem sie ihre Vollmachten in guter und gehöriger Form befunden haben, die nachstehenden Artikel vereinbart und abgeschlossen haben:

Artikel 1.

Hinsichtlich des Betrages, der Sicherung und der Erhebung der Eingangs- und Ausgangsabgaben, sowie hinsichtlich der Durchfuhr dürfen von keinem der vertragschließenden Teile dritte Staaten günstiger als der andere vertragschließende Teil behandelt werden. Jede, dritten Staaten in dieser Beziehung später eingeräumte Begünstigung oder Befreiung ist daher ohne Gegenleistung dem anderen vertragschließenden Teile gleich-

zeitig einzuräumen. || Die vorstehenden Bestimmungen lassen jedoch unberührt: || 1. Solche Begünstigungen, welche zur Erleichterung des Grenzverkehres anderen Nachbarstaaten gegenwärtig zugestanden sind oder künftig zugestanden werden könnten, sowie jene Zollermäßigungen oder Zollbefreiungen, welche nur für gewisse Grenzen oder für die Bewohner einzelner Gebietsteile Geltung haben; || 2. diejenigen Verpflichtungen, welche einem der vertragschließenden Teile durch eine schon bestehende oder etwa künftig eintretende Zolleinigung auferlegt sind. || Die vertragschließenden Teile verpflichten sich ferner, den gegenseitigen Verkehr zwischen ihren Gebieten durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbote zu hemmen. || Ausnahmen hiervon dürfen nur stattfinden: || a) Bei den gegenwärtig bestehenden oder künftig etwa einzuführenden Staatsmonopolen; || b) aus sicherheits-, gesundheits- und veterinärpolizeilichen Rücksichten, insbesondere im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege und in Übereinstimmung mit den diesbezüglich geltenden internationalen Grundsätzen; || c) unter außerordentlichen Umständen in Beziehung auf Kriegsbedürfnisse. || Der im vorstehenden Alinea b) ausgesprochene Vorbehalt erstreckt sich auch auf jene Vorsichtsmaßregeln, welche zum Schutze der Landwirtschaft gegen die Verbreitung schädlicher Insekten und Organismen ergriffen werden. || Die vertragschließenden Teile werden sich alle aus Rücksichten der Gesundheits- oder Veterinärpolizei erlassenen Verkehrsbeschränkungen gegenseitig mitteilen.

Artikel 2.

Die in der Anlage A bezeichneten Gegenstände österreichischen und ungarischen Ursprungs oder österreichischer und ungarischer Fabrikation werden bei ihrer Einfuhr in die Schweiz zu den durch diesen Tarif festgestellten Bedingungen zugelassen. || Die in der Anlage B bezeichneten Gegenstände schweizerischen Ursprungs oder schweizerischer Fabrikation werden bei ihrer Einfuhr in das österreichisch-ungarische Zollgebiet zu den durch diesen Tarif festgestellten Bedingungen zugelassen. || Von der Behandlung als Gewerbserzeugnis des einen der vertragschließenden Teile sind die in dessen Gebieten durch Verarbeitung ausländischer Stoffe im Veredlungsverkehr erzeugten Gegenstände nicht ausgeschlossen. || Damit eine Ware der vertragsmäßigen Behandlung teilhaftig werde, muß in der Warenerklärung die Angabe des Ursprungs enthalten sein. || Die Importeure schweizerischer sowie österreichischer oder ungarischer Waren sollen in der Regel von der Verpflichtung, Ursprungszeugnisse vorzuweisen, gegenseitig enthoben sein. || Sofern jedoch bei der Einfuhr nach Österreich-Ungarn oder nach der Schweiz ein Unterschied in der Höhe

der Zollsätze nach dem Ursprung der Ware gemacht würde, kann ausnahmsweise die Vorweisung von Ursprungszeugnissen verlangt werden. || Diese Zeugnisse können von der Ortsbehörde des Ortes der Versendung, von der zuständigen Handels- und Gewerbekammer oder vom Zollamte der Absendung, sei es im Innern des Landes oder an der Grenze gelegen, oder von einem Konsularamte ausgestellt sein und können erforderlichenfalls auch durch die Faktura ersetzt werden, wenn die betreffenden Regierungen es für angezeigt erachten. || Die von den Ortsbehörden, Handels- und Gewerbekammern oder Zollämtern ausgestellten Ursprungszeugnisse bedürfen keines Konsularvisums. Die Ausstellung und das allfällig doch erteilte Visum der Ursprungszeugnisse erfolgt gebührenfrei. || Es herrscht darüber Einverständnis, daß in Bezug auf die Zuckergesetzgebung keiner der vertragschließenden Teile durch die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages an der Erfüllung der ihm aus der Brüsseler Konvention vom 5. März 1902 erwachsenden Verpflichtungen behindert werden kann.

Artikel 3.

Von Waren aller Art, welche aus den Gebieten eines der vertragschließenden Teile kommen oder nach den Gebieten des anderen Teiles gehen, dürfen Durchgangsabgaben nicht erhoben werden, gleichviel ob diese Waren unmittelbar transitieren oder während des Transites abgeladen, niedergelegt und wieder verladen werden.

Artikel 4.

I. Zur Erleichterung des besonderen Verkehres, welcher sich zwischen den benachbarten Gebieten entwickelt hat, wird gegen Verpflichtung der Wiederausfuhr und unter Beobachtung der Zollvorschriften, welche die vertragschließenden Teile im gemeinsamen Einverständnisse festzustellen für gut finden werden, die zeitweilig zollfreie Ein- und Ausfuhr zugestanden: || a) Für alle Waren (mit Ausnahme von Verzehrungsgegenständen), welche aus dem freien Verkehre in den Gebieten des einen der vertragschließenden Teile in die Gebiete des anderen auf Messen oder Märkte gebracht werden, oder welche unabhängig vom Meß- und Marktverkehr auf ungewissen Verkauf in die Gebiete des anderen Teiles versendet werden, sowie für Muster, welche von Handelsreisenden österreichischer, ungarischer, beziehungsweise schweizerischer Häuser eingebracht werden, alle diese Waren und Muster, wenn sie binnen einer im voraus zu bestimmenden Frist unverkauft wieder ausgeführt werden; || für leere gebrauchte signierte Säcke jeder Art, sowie für leere signierte

Fässer, welche aus den Gebieten des anderen Teiles eingehen, um gefüllt wieder auszutreten oder wieder eintreten, nachdem sie vorher gefüllt ausgetreten waren, wenn die Rückkehr solcher Umschließungen binnen 12 Monaten stattfindet; || b) für Arbeitsvieh sowie für Vieh, welches auf Märkte, zur Überwinterung, Fütterung, Mästung oder auf Weiden in die Gebiete des anderen Teiles getrieben wird; || c) für Gegenstände zur Reparatur. || In diesen Fällen muß die Identität der aus- und wiedereingeführten Gegenstände nachgewiesen sein, und zu diesem Zwecke werden die zuständigen Behörden das Recht haben, dieselben auf Rechnung dessen, den es angeht, mit gewissen Kennzeichen zu versehen.

II. Der bisher für Vorarlberg und das Fürstentum Liechtenstein gewährleistete Stickereiveredelungsverkehr wird für die Dauer des gegenwärtigen Vertrages im bisherigen Umfange gültig bleiben. Er wird für die Kettenstichstickerei ausgedehnt auf Tirol. Unter diesen Stickereiveredelungsverkehr fällt lediglich die in Tirol, Vorarlberg und dem Fürstentume Liechtenstein selbst veredelte Ware. || Zu diesem Stickereiveredlungsverkehre sind die in der Schweiz, in Tirol, Vorarlberg und dem Fürstentum Liechtenstein etablierten oder ansässigen Geschäftshäuser und Personen unter den gleichen Bedingungen zugelassen, und es begründet insbesondere auch hinsichtlich der Zulassung zu den zollamtlichen Deklarationen der Umstand keinen Unterschied, ob die betreffenden Personen Angehörige des einen oder des anderen vertragschließenden Teiles seien und ob dieselben als Vollmachtträger von Auftraggebern in der Schweiz, in Tirol, Vorarlberg und dem Fürstentume Liechtenstein handeln. || Unverwendet zurückkehrendes, aus der Schweiz im Stickereiveredlungsverkehre zum Versticken ausgeführtes Garn wird von den schweizerischen Zollämtern zollfrei wieder eingelassen werden. Separate Nachbezüge von Garn zum Sticken sind im Bedürfnisfalle beiderseits zollfrei gestattet. || Ganze oder halbe Sticketen (Coupons), welche wegen fehlerhafter Ausführung nochmals nach Tirol, Vorarlberg oder nach dem Fürstentum Liechtenstein zum Nachsticken versendet werden, sollen vom Stickereiveredlungsverkehre nicht ausgeschlossen sein. || Die im Stickereiveredlungsverkehre ein- und wieder ausgeführten, zu den Stickstücken gehörenden Stickmusterblätter (Kartons) werden beiderseits zollfrei abgefertigt werden.

Artikel 5.

Hinsichtlich der zollamtlichen Behandlung von Waren, die dem Begleitscheinverfahren unterliegen, wird eine Verkehrserleichterung dadurch gegenseitig gewährt werden, daß beim unmittelbaren Übergange solcher Waren aus den Gebieten des einen der vertragschließenden Teile in die

Gebiete des anderen die Vorschußabnahme, die Anlage eines anderweitigen Verschlusses und die Auspackung der Waren unterbleibt, sofern den dieserhalb vereinbarten Regeln genügt ist. || Überhaupt soll jede Behinderung durch Förmlichkeiten des Zolldienstes möglichst hintangehalten und die Abfertigung beschleunigt werden. || Die vorbezeichneten Erleichterungen sind an nachstehende Bedingungen geknüpft: || a) Die Waren müssen beim Eingangsamte zur Weitersendung mit Begleitschein angemeldet werden und von einer amtlichen Bezettelung begleitet sein, welche ergibt, daß und wie sie am Versendungsorte unter amtlichen Verschluß gelegt worden sind || b) Dieser Verschluß muß bei der Prüfung als unverletzt und sichernd befunden werden. || c) Die Deklaration muß vorschriftsmäßig erfolgen, und es muß jede Unregelmäßigkeit oder Mangelhaftigkeit vermieden sein, damit die spezielle Revision nicht erforderlich werde, und zum Verdachte eines beabsichtigten Unterschleifes überhaupt keine Veranlassung vorliege. || Läßt sich ohne Abladung der Waren die vollständige Überzeugung gewinnen, daß der im anderen Staate angelegte Verschluß unverletzt und sichernd sei, so kann auch die Abladung und Verwiegung der Waren unterbleiben.

Artikel 6.

Innere Abgaben, welche in den Gebieten eines der vertragschließenden Teile, sei es für Rechnung des Staates oder für Rechnung von Kantonen, Ländern, Kommunen oder Korporationen, auf der Hervorbringung, der Zubereitung oder dem Verbrauche eines Erzeugnisses gegenwärtig ruhen oder künftig ruhen möchten, dürfen Erzeugnisse des anderen Teiles unter keinem Vorwande höher oder in lästigerer Weise treffen, als die gleichartigen Erzeugnisse der eigenen Gebiete. || Keiner der vertragschließenden Teile wird Gegenstände, welche in den eigenen Gebieten nicht erzeugt werden und welche in den Tarifen zum gegenwärtigen Vertrage begriffen sind, unter dem Vorwande der inneren Besteuerung mit neuen oder erhöhten Abgaben bei der Einfuhr belegen. || Wenn einer der vertragschließenden Teile es nötig findet, auf einen in den Tarifen zum gegenwärtigen Vertrage begriffenen Gegenstand einheimischer Erzeugung oder Fabrikation eine neue innere Steuer oder Akzisegebühr oder einen Gebührenzuschlag zu legen, so soll der gleichartige ausländische Gegenstand sofort mit einem gleichen Zolle oder Zollzuschlage bei der Einfuhr belegt werden können. || Erzeugnisse, welche Staatsmonopole eines der vertragschließenden Teile bilden, sowie Gegenstände, welche zur Erzeugung von solchen monopolisierten Waren dienen, können bei ihrer Einfuhr

einer zur Sicherung des Monopols bestimmten Zuschlagsabgabe auch in dem Falle unterworfen werden, wenn die gleichartigen Erzeugnisse oder Gegenstände des Inlandes dieser Abgabe nicht unterliegen. || Die vertragschließenden Teile behalten sich das Recht vor, diejenigen Produkte, zu deren Herstellung Alkohol verwendet wird, unter Wahrung des im Absatze 1 dieses Artikels enthaltenen Grundsatzes, bei der Einfuhr außer mit dem tarifmäßig etwa entfallenden Zolle noch mit einer Gebühr zu belegen, deren Betrag der auf den verwendeten Alkohol entfallenden inneren fiskalischen Belastung gleichkommt.

Artikel 7.

Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende, welche sich durch eine von den Behörden des Heimatlandes ausgefertigte Gewerbelegitimationskarte darüber ausweisen, daß sie in den Gebieten des einen der vertragschließenden Teile, wo sie ihren Wohnsitz haben, zum Gewerbebetriebe berechtigt sind und die gesetzlichen Steuern und Abgaben hierfür entrichten, sollen befugt sein, persönlich oder durch in ihren Diensten stehende Reisende in den Gebieten des anderen vertragschließenden Teiles bei Kaufleuten oder in offenen Verkaufsstellen oder bei solchen Personen, welche die Waren produzieren, Warenankäufe zu machen, oder bei Kaufleuten oder Personen, in deren Gewerbebetriebe Waren der angebotenen Art Verwendung finden, Bestellungen auch unter Mitführung von Mustern zu suchen, ohne hierfür eine weitere Abgabe entrichten zu müssen. || Die mit einer Gewerbelegitimationskarte versehenen Gewerbetreibenden (Handlungsreisenden) dürfen wohl Warenmuster, aber keine Waren mit sich führen. || Die Ausfertigung der Gewerbelegitimationskarte soll nach dem unter Anlage C anliegenden Muster erfolgen. || Die vertragschließenden Teile werden sich gegenseitig Mitteilung darüber machen, welche Behörden zur Erteilung von Gewerbelegitimationskarten befugt sein sollen und welche Vorschriften von den Inhabern dieser Karte bei Ausübung des Gewerbebetriebs zu beachten sind. || Beim Besuche der Märkte und Messen zur Ausübung des Handels und zum Absatz eigener Erzeugnisse in den Gebieten eines der vertragschließenden Teile, sowie in Ansehung der von dem Meß- und Marksverkehre zu entrichtenden Abgaben sollen die Angehörigen des anderen Teiles wie die eigenen behandelt werden. || Die Angehörigen des einen der vertragschließenden Teile, welche das Frachfuhrgewerbe (einschließlich des Personentransportes auf Landwegen) oder die Schiffahrt zwischen verschiedenen Plätzen der beiderseitigen Gebiete betreiben, sollen für diesen Gewerbebetrieb in den Gebieten des anderen Teiles irgend einer Gewerbesteuer nicht unter-

worfen werden. || Hinsichtlich des Gewerbebetriebes im Umherziehen, einschließlich des Hausierhandels und des Aufsuchens von Bestellungen bei Nichtgewerbetreibenden, behalten sich die vertragschließenden Teile, unbeschadet der Meistbegünstigung, volle Freiheit der Gesetzgebung vor.

Artikel 8.

Aktiengesellschaften und andere kommerzielle, industrielle und finanzielle Gesellschaften, einschließlich der Versicherungsgesellschaften, welche in den Gebieten des einen vertragschließenden Teiles ihren Sitz haben und nach dessen Gesetzen rechtlich bestehen, sollen auch in den Gebieten des andern Teiles gegen Beobachtung der daselbst geltenden einschlägigen Gesetze und Verordnungen befugt sein, alle ihre Rechte geltend zu machen und namentlich vor Gericht als Kläger oder Beklagte Prozesse zu führen. Die Frage, ob und inwieweit solche Gesellschaften in den Gebieten des anderen vertragschließenden Teiles Grundstücke und sonstiges Vermögen erwerben können, ist nach den in diesen Gebieten geltenden Gesetzen zu bestimmen. Betreffs der Zulassung zum Betriebe ihrer Geschäfte in den Gebieten des andern Teiles haben die daselbst geltenden gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen Anwendung zu finden. In jedem Falle sollen die gedachten Gesellschaften in den Gebieten des andern Teiles dieselben Rechte genießen, welche den als rechtlich bestehend anerkannten gleichartigen Gesellschaften irgend eines dritten Landes zustehen oder künftig zugestanden werden.

Artikel 9.

Die Regelung des gegenseitigen Schutzes der Erfindungen, Handels- und Fabriksmarken, Muster und Modelle, Namen und Firmen der Angehörigen der vertragschließenden Teile bleibt einem besonderen Übereinkommen vorbehalten. || Bis zum Zustandekommen eines solchen Übereinkommens haben die bisher für den gegenseitigen Schutz dieser Rechte maßgebenden Bestimmungen (Vereinbarung vom 22. Juni 1885) in Geltung zu bleiben.

Artikel 10.

Stapel- und Umschlagsrechte sind in den Gebieten der vertragschließenden Teile unzulässig, und es darf, vorbehaltlich schiffahrts- und gesundheitspolizeilicher, sowie der zur Sicherung der Abgaben erforderlichen Vorschriften, kein Warenführer gezwungen werden, an einem bestimmten Orte anzuhalten, aus- oder umzuladen. || Zur Befahrung aller natürlichen und künstlichen Wasserstraßen in den Gebieten der vertragschließenden Teile sollen Schiffsführer und Fahrzeuge, welche einem

derselben angehören, unter denselben Bedingungen und gegen dieselben Abgaben von Schiff oder Ladung zugelassen werden, wie Schiffsführer und Fahrzeuge des eigenen Landes.

Artikel 11.

Die Benützung der Chausseen und sonstigen Straßen, Kanäle, Schleusen, Fähren, Brücken und Brückenöffnungen, der Häfen und Landungsplätze, der Bezeichnung und Beleuchtung des Fahrwassers, des Lotsenwesens, der Krahne und Wageanstalten, der Niederlagen, der Anstalten zur Rettung und Bergung von Schiffsgütern u. dgl. m., insoweit die Anlagen oder Anstalten für den öffentlichen Verkehr bestimmt sind, soll, gleichviel ob dieselben vom Staate oder von Privatberechtigten verwaltet werden, den Angehörigen des anderen vertragschließenden Teiles unter gleichen Bedingungen und gegen gleiche Gebühren, wie den Inländern, gestattet werden. || Gebühren dürfen, vorbehaltlich der beim Seebeleuchtungs- und Seelotsenwesen zulässigen abweichenden Bestimmungen, nur bei wirklicher Benutzung solcher Anlagen und Anstalten erhoben werden. || Wegegelder für einen die Landesgrenze überschreitenden Verkehr dürfen auf Straßen, welche zur Verbindung der Gebiete der vertragschließenden Teile unter sich oder mit dem Auslande dienen, nach Verhältnis der Streckenlänge nicht höher sein, als für den auf die eigenen Staatsgebiete beschränkten Verkehr. || Hinsichtlich der Abfertigung und Beförderung der aus den Gebieten des einen Teiles in die des anderen Teiles übergehenden oder die letzteren transitierenden Güter, soweit sie in diesen durch Schiffahrtsunternehmungen auf Flüssen oder Kanälen weiterbefördert werden, und bezüglich derjenigen Beförderungspreise dieser Unternehmungen, welche auf staatliche Veranlassung für bestimmte Güter eingeführt werden, verpflichten sich die vertragschließenden Teile, keine Verfügung zu treffen, durch welche derartige Begünstigungen den Gütern des anderen Teiles vorenthalten werden.

Artikel 12.

Die vertragschließenden Teile werden dort, wo an ihren Grenzen unmittelbare Schienenverbindungen vorhanden sind und ein Übergang der Transportmittel stattfindet, Waren, welche in vorschriftsmäßig verschließbaren Wagen eingehen und in denselben Wagen nach einem Orte im Innern befördert werden, an welchem sich ein zur Abfertigung befugtes Zoll- oder Steueramt befindet, von der Deklaration, Abladung und Revision an der Grenze, sowie vom Kolloverschluß frei lassen, insofern jene Waren durch Übergabe der Ladungsverzeichnisse und Frachtbriefe

zum Eingang angemeldet sind. || Waren, welche in vorschriftsmäßig verschließbaren Eisenbahnwagen durch die Gebiete der vertragschließenden Teile ausgeführt oder nach den Gebieten des anderen ohne Umladung durchgeführt werden, sollen von der Deklaration, Abladung und Revision, sowie vom Kolloverschlusse sowohl im Innern als an den Grenzen frei bleiben, insofern dieselben durch Übergabe der Ladungsverzeichnisse und Frachtbriefe zum Durchgang angemeldet sind. || Die Verwirklichung der vorstehenden Bestimmungen ist jedoch dadurch bedingt, daß die beteiligten Eisenbahnverwaltungen für das rechtzeitige Eintreffen der Wagen mit unverletztem Verschlusse am Abfertigungsamte im Innern oder am Ausgangsamte haftbar sind. || Für die Zollabfertigung im gegenseitigen Eisenbahnverkehre gelten die hierüber besonders vereinbarten Bestimmungen. || Insoweit von einem der vertragschließenden Teile mit dritten Staaten in Betreff der Zollabfertigung weitergehende, als die hier aufgeführten Erleichterungen vereinbart worden sind, finden diese Erleichterungen auch bei dem Verkehr mit dem anderen Teile, unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit Anwendung.

Artikel 13.

Es steht den vertragschließenden Teilen frei, Generalkonsuln, Konsuln und Vizekonsuln oder Konsularagenten mit dem Sitz in den Gebieten des anderen Teiles zu ernennen. Bevor aber ein Konsularbeamter als solcher handeln kann, muß er in üblicher Form von dem Teile, bei welchem er bestellt ist, anerkannt und angenommen sein. || Die Konsularbeamten eines jeden der vertragschließenden Teile sollen in den Gebieten des anderen Teiles alle Begünstigungen, Freiheiten und Immunitäten genießen, welche daselbst den Konsuln gleicher Art und gleichen Ranges der meistbegünstigten Nation gewährt sind oder noch gewährt werden sollten. || Man ist darüber einverstanden, daß die etwa in den Gebieten des einen der vertragschließenden Teile den Berufskonsuln eingeräumte Steuerfreiheit für Honorarkonsuln nicht in Anspruch genommen werden kann. || Jeder der vertragschließenden Teile ist berechtigt, die Orte zu bezeichnen, an denen er keine Konsularbeamten zulassen will; dieser Vorbehalt soll jedoch keinem der vertragschließenden Teile gegenüber geltend gemacht werden können, ohne auf alle anderen Staaten gleichmäßig Anwendung zu finden.

Artikel 14.

Wenn zwischen den vertragschließenden Teilen über die Auslegung oder Anwendung der Tarife des gegenwärtigen Vertrages (Anlage A und B) und der Zusatzbestimmungen zu diesen Tarifen oder über die Anwendung

der Meistbegünstigungsklausel hinsichtlich der tatsächlichen Handhabung der sonstigen in Kraft bestehenden Vertragstarife eine Meinungsverschiedenheit entsteht, so soll sie auf Verlangen des einen oder des anderen Teiles durch Schiedsspruch erledigt werden. || Das Schiedsgericht wird für jeden Streitfall derart gebildet, daß jeder Teil aus seinen Angehörigen zwei geeignete Persönlichkeiten zu Schiedsrichtern bestellt und daß die vertragschließenden Teile einen Angehörigen eines befreundeten dritten Staates zum Obmann wählen. Die vertragschließenden Teile behalten sich vor, sich im voraus und für einen bestimmten Zeitraum über die Person des im gegebenen Falle zu ernennenden Obmannes zu verständigen. || Eintretendenfalls und vorbehaltlich besonderer Verständigung werden die vertragschließenden Teile auch andere als die im Absatz 1 bezeichneten Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung des gegenwärtigen Vertrages zum schiedsgerichtlichen Austrag bringen.

Artikel 15.

Der gegenwärtige Vertrag erstreckt sich, vorbehaltlich der Bestimmung im Artikel 1, Ziffer 2, auf das Fürstentum Licchtenstein (gemäß Artikel XXVII des am 3. Dezember 1876 zwischen Österreich-Ungarn und Liechtenstein abgeschlossenen Zoll- und Steuervereinsvertrages) sowie überhaupt auf die mit den Gebieten der vertragschließenden Teile gegenwärtig oder künftig zollgeeinten Länder oder Landesteile.

Artikel 16.

Der gegenwärtige Vertrag soll am Tage der Auswechslung der Ratifikationen, die spätestens am 1. Juli 1906 zu erfolgen haben wird, in Kraft treten und während der Zeit bis zum 31. Dezember 1917 wirksam bleiben. || Jeder der vertragschließenden Teile behält sich jedoch das Recht vor, zwölf Monate vor dem 31. Dezember 1915 den Vertrag mit der Wirkung zu kündigen, daß derselbe zu diesem Termin außer Kraft tritt. || Falls kein Teil von diesem Rechte Gebrauch macht und auch nicht zwölf Monate vor dem 31. Dezember 1917 seine Absicht kundgibt, die Wirkungen des Vertrages mit diesem Tage aufhören zu lassen, soll der Vertrag über den 31. Dezember 1917 hinaus bis zum Ablaufe eines Jahres von dem Tage ab in Geltung bleiben, an welchem der eine oder der andere der vertragschließenden Teile ihn gekündigt haben wird.

Artikel 17.

Der gegenwärtige Vertrag wird ratifiziert und es werden die Ratifikationsurkunden sobald als möglich ausgewechselt werden. || Zu Urkund

dessen haben die Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und demselben ihr Siegel beigedrückt.

So geschehen zu Wien, in doppelter Ausfertigung, am 9. März 1906.

Gołuchowski m. p.

du Martheray m. p.
A. Künzli m. p.
Alfred Frey m. p.
Ernst Laur m. p.

Zusatzartikel.

Um den Grenzgebieten jene Erleichterungen zu gewähren, welche die Bedürfnisse des täglichen Verkehres erfordern, sind die vertragschließenden Teile übereingekommen, wie folgt:

1. Im Verkehre über die österreichisch-schweizerische Grenze sind von allen Einfuhrzöllen sowohl, als auch von Ausfuhrzöllen und der Stempelpflicht für Zollquittungen befreit. || a) alle Warenmengen, für welche die Gesamtsumme der einzuhebenden Gebühren weniger als 10 Heller oder 10 Rappen beträgt; b) Gras, Heu, Stroh, Streu, Moos, Futterkräuter, Binsen und gemeines Rohr, lebende Pflanzen (Setzlinge und Senker von Weinreben), Getreide in Ähren, Hülsenfrüchte im Kraut, ungebrochener Flachs und Hanf, frisches Obst (auch frische Weintrauben zum Tafelgenusse in Kollien von höchstens 10 Kilogramm), frisches Gemüse und Erdäpfel; || c) tierisches Blut; || d) Eier jeder Art; || e) Milch, auch geronnene (Topfen); || f) Roherzeugnisse der Wälder, Holz, Holzkohlen, Steinkohlen, Braunkohlen, Torf und Torfkohlen; || g) Bau- und Bruchsteine, Pflaster- und natürliche Mühlsteine, Schlacken, Kiesel, Sand, Kalk und Gips, Mergel, Lehm und überhaupt jede Gattung von gemeiner Erde für Ziegel und Töpfe, Pfeifen und Geschirre; || h) gewöhnliche Dach- und Mauerziegel (das ist mit Ausschluß der Dachfalzziegel), jedoch nur für den Bedarf der Grenzgebietsbewohner; || i) Kleie, Sansa (ausgepreßte, völlig trockene Olivenschalen), Ölkuchen und andere Rückstände von ausgepreßten und ausgesottenen Früchten und öligen Samen; || k) ausgelaugte vegetabilische und Steinkohlenasche, Dünger (auch Guano und Kunstdünger), Schlempe, Kehricht, Scherben von Stein- und Tonwaren, Gold- und Silberkrätze, Schlamm; || l) vorbehaltlich der im Falle eines Mißbrauches gegen die Betreffenden anzuordnenden Aufhebung oder Beschränkung dieser Begünstigung: Brot und Mehl in der Menge von höchstens 10 Kilogramm, || frisches Fleisch in der Menge von höchstens 4 Kilogramm, || Käse in der Menge von höchstens 2 Kilogramm, || insoweit diese Waren für Bewohner des Grenzbezirkes nicht als Post-

sendungen eingebracht werden. || Die vorstehenden Befreiungen erstrecken sich nicht auf Erzeugnisse, welche Staatsmonopole eines der vertragschließenden Teile bilden oder zur Erzeugung von monopolisierten Waren bestimmt sind; für dieselben bleiben die einschlägigen Bestimmungen behalten.

2. Ferner wird Befreiung von Ein- und Ausfuhrzöllen sowie freier Verkehr außer den Zollstraßen zugestanden: für Arbeitsvieh, Ackerbauwerkzeuge einschließlich der landwirtschaftlichen Maschinen, dann für Gerätschaften und Effekten, welche von den an der Grenze wohnenden Landleuten zum Behufe der Feldarbeit oder aus Anlaß von Übersiedlungen über die Zollinie ein- oder ausgeführt werden. || Ebenso ist den Staatsangehörigen der vertragschließenden Teile, welche Grundstücke auf dem österreichischen oder Lichtensteinschen, beziehungsweise auf schweizerischem Gebiete besitzen und sich auf dieselben zum Behufe der Feldarbeit begeben, für sich und für ihre Arbeitsleute gestattet, den Tagesbedarf an Nahrungsmitteln und Getränken in einer pro Person und Tag angemessenen Menge zollfrei über die Grenze zu führen. || Zollfrei bei der Einfuhr in die Schweiz und bei der Rückkehr nach österreichischem Gebiete sind ferner Tiere (Ochsen, Kühe und Jungvieh), welche auf eine bestimmte vom Beteiligten zu bestimmende Frist, die zwei Jahre nicht überschreiten darf, aus österreichischem Gebiete nach dem Samnauner und dem Münstertal zur Verwendung als Arbeitsvieh eingeführt werden.

3) Gegen Verpflichtung der Wiederausfuhr und unter Beobachtung der Zollvorschriften, welche die beiderseitigen Regierungen im gemeinsamen Einverständnisse festzustellen für gut finden werden, wird die zeitweilig vollständige zollfreie Ein- und Ausfuhr zugestanden für: Holz, Lohe (Rinde), Getreide, Ölsamen, Hanf, Lein und andere dergleichen landwirtschaftliche Erzeugnisse, welche zum Mahlen, Schneiden, Stampfen, Reiben usw. aus dem einen Zollgebiete in das andere gebracht und gemahlen, geschnitten, gestampft, gerieben usw. in das erstere wieder zurückgeführt werden. Desgleichen für Glocken und Lettern zum Umgießen, für Stroh zum Flechten, Wachs zum Bleichen, für Seidenabfälle zum Hecheln (Kämmen); ferner für Häute und Felle aus dem Engadin, Samnauner- und Münstertal zum Gerben auf österreichischem Gebiete. || In den Fällen sub 3 wird das Gewicht unter entsprechender Berücksichtigung des Verarbeitungsschwundes festzuhalten sein. || Die vertragschließenden Teile behalten sich vor, im gegenseitigen Einvernehmen den im Punkte 3 erwähnten Bearbeitungsverkehr innerhalb des Grenzbezirkes nach Maßgabe des sich ergebenden tatsächlichen Bedürfnisses weiter auszugestalten.

4. Auch sind die Naturerzeugnisse jenes Teiles von Besitzungen, welcher durch den Zug der Grenze von den Wohn- oder Wirtschaftsgebäuden getrennt ist, beim Transporte in diese Wohn- und Wirtschaftsgebäude von Eingangs- und Ausgangszöllen befreit.

5. Die unter 1, 2, 3 und 4 zugestandenen Begünstigungen sind jedoch auf die Bewohner und Erzeugnisse einer Zone längs der Grenze beschränkt, welche in Österreich und Liechtenstein den Grenzbezirk umfaßt, in der Schweiz sich bis auf 15 Kilometer von der Grenze erstreckt. || Man ist einverstanden, daß das ganze Münstertal einschließlich der Gemeinde Cierfs als Grenzzone zu betrachten ist. || Die vertragschließenden Teile werden sich über Maßregeln verständigen, gegen deren Beobachtung — in gewissen Gegenden, wo dies notwendig befunden wird — solchen Gegenständen, welche in Österreich-Ungarn und in der Schweiz sowohl in der Ein- als Ausfuhr zollfrei sind, der Grenzübertritt außer den Zollstraßen von Fall zu Fall gestattet werden kann.

6. Grobe Tiroler Strumpfwaren (Strümpfe, Socken, Handschuhe u. dgl.) aus dem Patznauner, Montafoner und Stanser Tal sowie in Tirol erzeugte Loden werden beim Eingange in die Schweiz über die Zollämter in St. Margarethen, Buchs und Martinsbruck, welche mit Typen dieser Waren versehen werden, in limitierter Jahresmenge gegen Nachweisung ihres Ursprungs durch Zeugnisse der Ortsbehörde des Erzeugungsortes aus dem Titel einer Grenzverkehrsbegünstigung zu ermäßigten Zollsätzen, und zwar: die Strumpfwaren zum Zollsatze von 30 Franken pro 100 Kilogramm und die Loden zum Zollsatze von 45 Franken pro 100 Kilogramm eingelassen. Die zollbegünstigte Menge beträgt 250 Meterzentner pro Jahr, wovon die Zollämter St. Margarethen und Buchs je 57 Meterzentner Strumpfwaren und je 57 Meterzentner Loden und das Zollamt Martinsbruck 11 Meterzentner Strumpfwaren und 11 Meterzentner Loden abfertigen dürfen. Werden die erwähnten Waren von Händlern oder Hausierern selbst mitgeführt, so wird nicht gefordert, daß eine spezielle Ursprungsbescheinigung für die jedesmal vorgeführte Quantität ausgestellt sei, sondern es wird bei Übereinstimmung der charakteristischen Merkmale der Ware mit den beim Zollamte befindlichen Typen eine Bescheinigung der Ortsbehörde über die Gesamtmenge der betreffenden Waren, welche der Händler oder Hausierer aus den Erzeugungsorten mitführte, für ausreichend angesehen werden. || Bei der Einfuhr in die Schweiz aus dem gegenüberliegenden österreichischen Grenzbezirke und aus Liechtenstein werden gegen Nachweis dieses Ursprunges zugelassen: || Sägewaren aus Nadelholz, der Nr. 237 des schweizerischen Zolltarifes, bis zu einem jährlichen Maximalquantum von 80 000 Meterzentner zum

Satze von 70 Rappen pro 100 Kilogramm; || fertige Bodenteile für Parketterie, unverleimt, der Nr. 242 des schweizerischen Zolltarifes, bis zu einem jährlichen Maximalquantum von 2500 Meterzentner zum Satze von 3 Franken pro 100 Kilogramm.

7. Sämtliche Rheinbrücken werden für den Personenverkehr ununterbrochen offen gehalten; der Personenverkehr auf den Rheinfähren sowie eine Abfertigung zollpflichtiger Waren findet jedoch nur zu den hierfür festgesetzten Stunden statt.

8. Es wird der Transit von Vieh und Waren aus Österreich durch die Schweiz über das Samnauner Tal nach dem Patznauner Tal und umgekehrt, sowie der Transit von Vieh und Waren aus der Schweiz durch Österreich nach dem Samnauner Tal und umgekehrt, und zwar sowohl über die Zollämter Martinsbruck und Spissermühl als auch über das Zollamt Schalkelhof nach Spissermühl gestattet. || Infolge der Gestattung des Transits aus der Schweiz nach Österreich in das Samnauner Tal und umgekehrt und der hierin enthaltenen Zusicherung des Bestandes der österreichischen Zollämter Spissermühl und Schalkelhof wird für die Dauer dieses Vertrages die im Artikel IV des schweizerisch-österreichischen Grenzregulierungsvertrages vom 14. Juli 1868 stipulierte Neutralisierung des Weges von der Schweizergrenze bei der ehemaligen Alt-Finstermünzbrücke über den Schalkel- oder Schergenhof nach Spissermühl an der Samnauner Grenze (Artikel II, lit. b des genannten Vertrages) in der Weise beschränkt, daß dieser Weg, soweit er sich auf österreichischem Gebiete befindet, der österreichischen Zollkontrolle sowie den im österreichisch-ungarischen Zollgebiete geltenden Zollvorschriften unterworfen sein soll. Hiervon ausgenommen sind schweizerische Amtspersonen in amtlichen Verrichtungen, Angestellte der Grenzwache, Polizeiorgane und Militärpersonen in Dienstkleidung, mit oder ohne Bewaffnung. || Im übrigen soll nach den Bestimmungen des Artikels IV des Grenzregulierungsvertrages die Verkehrsfreiheit auf dem genannten Wege bestehen bleiben. || Nach Ablauf des gegenwärtigen Vertrages sollen, falls die Bestimmungen dieses Zusatzartikels nicht im gegenseitigen Einvernehmen erneuert würden, die Bestimmungen des Grenzregulierungsvertrages vom 14. Juli 1868 in ihrem vollen Umfange wieder in Wirksamkeit treten. || Die den schweizerischen Militärpersonen in Dienstkleidung — mit oder ohne Bewaffnung — bei Passierung des auf österreichischem Gebiete gelegenen Teiles des Weges von der ehemaligen Alt-Finstermünzbrücke über den Schalkel- oder Schergenhof nach Spissermühl zugesicherte Befreiung von der Revision ist an die Bedingung geknüpft, daß sich die betreffenden Personen bei den österreichischen Zollämtern Spissermühl und Schalkelhof

durch ein Zertifikat der hierzu ermächtigten schweizerischen Organe darüber ausweisen, daß sie entweder zur Militärdienstleistung in der Schweiz einberufen sind oder von derselben in ihre Wohnstätte zurückkehren. || Die schweizerische Regierung wird der österreichischen Regierung jene schweizerischen Organe namhaft machen, welche zur Ausstellung der oberwähnten Zertifikate ermächtigt sein sollen.

9. Die österreichischen Zollämter Taufers, Martinsbruck, Schalkelhof, Spissermühl und Ischgl werden zur Transitabfertigung für alle Waren sowie für Vieh ermächtigt.

10. Der Verkehr zwischen dem Münstertale und dem Unterengadin durch das Avignatal, jedoch ohne Berührung von Taufers, wird für Waren und Vieh gestattet. Um die Ortschaft Taufers zu berühren, bedarf es in jedem einzelnen Falle einer besonderen Bewilligung des k. k. Zollamtes Taufers.

11. Das mit den Befugnissen eines Hauptzollamtes II. Klasse ausgestattete österreichische Nebenzollamt I. Klasse in Martinsbruck wird für die Dauer des Vertrages eine Einschränkung seiner dermaligen Kompetenzen nicht erfahren.

12. Medikamente, welche von den laut Übereinkunft vom 29. Oktober 1885 zur Ausübung der Praxis in den Grenzzonen berechtigten Medizinalpersonen nach Zulaß der bezüglichen, in dem betreffenden Gebiete geltenden Sanitätsvorschriften mitgeführt oder für ihre Patienten aus der Hausapotheke unter Mitgabe der Rezepte ausgefolgt werden, sind vom Eingangszoll befreit.

Wien, den 9. März 1906.

Agenor Comes Gołuchowski m. p.

Ad Mandatum Sacrae Caesareae et Regiae Apostolicae Majestatis proprium:
Joannes a Mihálovich m. p.
Caput sectionis.

Schlußprotokoll.

Bei der Unterzeichnung des Handelsvertrages, welcher am heutigen Tage zwischen Österreich-Ungarn und der Schweizerischen Eidgenossenschaft abgeschlossen wurde, hat man sich über nachstehende Abmachungen geeinigt, welche zu Protokoll gegeben wurden und einen integrierenden Teil des Vertrages selbst bilden sollen:

Zu Artikel 1.

Von Eingangs- und Ausgangsabgaben bleiben bei dem Übergange von den Gebieten des einen Teiles nach den Gebieten des andern Teiles

gegenseitig gänzlich befreit: || 1. Kunstsachen, welche für öffentliche Kunstinstitute und Sammlungen eingehen. || 2. Musterkarten und Muster in Abschnitten oder Proben, welche nur zum Gebrauch als solche geeignet sind, jedoch mit Ausschluß der Proben von Nahrungs- und Genußmitteln. || 3. Gebrauchte Gegenstände von Anziehenden zur eigenen Benutzung. Die Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben soll auch für solche in allen ihren Teilen gebrauchte Maschinen gelten, welche anläßlich der Errichtung oder weiteren Ausgestaltung eines Filialetablissements in den Gebieten des andern vertragschließenden Teiles eingeführt werden, falls hiermit auch eine Übersiedlung sei es des Fabriksinhabers oder bei mehreren solchen wenigstens eines derselben oder des Betriebsleiters verbunden ist. Die Bewilligung der Zollfreiheit für solche Maschinen kann jedoch in jedem einzelnen Falle nur durch die Direktivbehörde erfolgen. || Ferner auf besondere Erlaubnis als Ausstattungsgegenstände, Braut- oder Hochzeitsgeschenke eingehende, auch neue Sachen, sofern sie für Angehörige des einen Teiles bestimmt sind, welche aus Anlaß ihrer Verheiratung mit einer in einem der Gebiete des andern Teiles wohnhaften Person ihren Wohnsitz nach einem der Gebiete des andern Teiles verlegen. || 4. Gebrauchte Sachen, die erweislich als Erbschaftsgut eingehen, auf besondere Erlaubnis. || Von der Zollfreiheit unter Zahl 3 und 4 sind ausgeschlossen Nahrungs- und Genußmittel, unverarbeitete Gespinste und Gespinstwaren sowie sonstige zu weiterer Verarbeitung bestimmte Erzeugnisse, Rohstoffe aller Art und Tiere. || 5. Gebrauchsgegenstände aller Art, auch neue, welche Reisende, einschließlich der Fuhrleute, Schiffer und Schiffsmannschaften zum persönlichen Gebrauch oder zur Ausübung ihres Berufes auf der Reise mit sich führen, oder die ihnen zu diesem Zwecke vorausschickt oder nachgesandt werden; ebenso lebende Tiere, die von reisenden Künstlern bei Ausübung ihres Berufes oder zur Schaustellung benutzt werden. || Ferner aus dem Auslande zurückkommende gebrauchte Koffer, Reisetaschen und sonstiges Reisegerät, wenn darin Gebrauchsgegenstände von Reisenden in das Ausland gebracht worden sind. || Ferner die von Reisenden, einschließlich der Fuhrleute, zum eigenen Verbrauch während der Reise mitgeführten Verzehrungsgegenstände, ebenso der Bedarf der Schiffer und Schiffsmannschaften, für diese jedoch höchstens in einer auf zwei Tage berechneten Menge. || 6. Fahrzeuge aller Art, einschließlich der zugehörigen Ausrüstungsgegenstände, die bei dem Eingang über die Zollgrenze zur Beförderung von Personen oder Waren dienen und nur aus dieser Veranlassung eingeführt werden, oder die aus dem Auslande zurückkommen, nachdem sie beim Ausgange diesem Zwecke gedient haben; auch Fahrzeuge,

wenn sie dazu bestimmt sind, Personen oder Waren in das Ausland zu bringen. || Pferde und andere Tiere, einschließlich der zugehörigen Geschirre und Decken, wenn sie als Reittiere, zur Fortbewegung von Fahrzeugen aller Art oder zum Warentragen dienen und nur aus dieser Veranlassung die Grenze überschreiten, oder wenn sie aus dem Auslande zurückkommen, nachdem sie beim Ausgang in der angegebenen Weise verwendet worden sind; auch Pferde und andere Tiere, wenn sie dazu bestimmt sind, Personen, Fahrzeuge oder Waren in das Ausland zu bringen. || Fahrzeuge aller Art sowie Pferde und andere Tiere von Reisenden auch in dem Falle, wenn sie zur Zeit der Einfuhr nicht als Beförderungsmittel dienen, sofern sie erweislich sich schon seither im Gebrauch ihrer Besitzer befunden haben und zu deren weiterem Gebrauch bestimmt sind. || Verbleiben in den bezeichneten Fällen Fahrzeuge oder Tiere dauernd im Inlande, so tritt die Zollpflicht ein. || Futter, das zum Reiseverbrauch der in Absatz 2 und 3 bezeichneten Tiere mitgeführt wird, in einer der Zahl der Tiere und der voraussichtlichen Reisedauer, höchstens jedoch einem Zeitraume von zwei Tagen entsprechenden Menge.

Zu Artikel 4.

Man ist übereingekommen, daß die Verständigung über die Bedingungen und Förmlichkeiten, unter denen die im Artikel 4 gedachten Verkehrserleichterungen eintreten, durch direkte Korrespondenz zwischen den beteiligten Regierungen hergestellt werde; es sollen dabei, unbeschadet weitergehender autonomer Erleichterungen, die nachstehenden Grundsätze leitend sein. || § 1. Die Gegenstände, für welche eine Zollbefreiung in Anspruch genommen wird, müssen bei den Zollstellen nach Gattung und Menge angemeldet und zur Revision gestellt werden. || § 2. Die Abfertigung der ausgeführten und wiedereingeführten, beziehungsweise der eingeführten und wiederausgeführten Gegenstände soll in der Regel bei denselben Zollstellen erfolgen, mögen diese an der Grenze oder im Innern sich befinden. || § 3. Es kann die Wiederausfuhr und Wiedereinfuhr an die Beobachtung angemessener Fristen geknüpft und die Erhebung der gesetzlichen Abgaben dann verfügt werden, wenn diese Fristen unbeachtet bleiben. || § 4. Es ist gestattet, eine Sicherung der Abgaben durch Hinterlegung des Betrages derselben oder in anderer entsprechender Weise zu verlangen. || § 5. Gewichtsdifferenzen, welche durch Reparaturen oder durch die Bearbeitung der Gegenstände entstehen, sollen in billiger Weise berücksichtigt werden und geringe Differenzen eine Abgabenentrichtung nicht zur Folge haben. || § 6. Die vertragschließenden Teile werden für eine möglichst erleichterte Zollabfertigung Sorge tragen. || § 7. Jeder der

vertragschließenden Teile bestimmt für seine Gebiete diejenigen Ämter, welche befugt sind, die von Handlungsreisenden als Muster eingebrachten zollpflichtigen Gegenstände bei der Ein- und Ausfuhr abzufertigen. || Die Wiederausfuhr der Muster von Handlungsreisenden sowie von gebrauchten Umschließungen darf auch über ein anderes Amt als dasjenige, über welches die Einfuhr geschah, erfolgen. || Bei der Einfuhr ist der Betrag des auf den Mustern haftenden Eingangszolles zu ermitteln und von dem Handlungsreisenden bei dem abfertigenden Amte entweder bar niederzulegen oder vollständig sicherzustellen. Zum Zwecke der Festhaltung der Identität sind die einzelnen Musterstücke, soweit es angeht, durch aufgedruckte Stempel oder durch angehängte Bleie oder Siegel in der entsprechenden Weise kostenfrei zu bezeichnen. || Das Abfertigungspapier, über welches die näheren Anordnungen von jeder der beteiligten Regierungen ergehen werden, soll enthalten: || a) ein Verzeichnis der eingebrachten Musterstücke, in welchem die Gattung der Ware und solche Merkmale sich angegeben finden, die zur Feststellung der Identität geeignet sind; || b) die Angabe des auf den Mustern haftenden Eingangszolles sowie die Angabe, ob derselbe bar erlegt oder sichergestellt worden ist; || c) die Angabe über die Art der Bezeichnung; || d) die Bestimmung der Frist, nach deren Ablauf, soweit nicht vorher die Wiederausfuhr der Muster nach dem Auslande oder deren Niederlegung in einem Packhofe nachgewiesen wird, der erlegte Einfuhrzoll verrechnet oder aus der bestellten Sicherheit eingezogen werden soll. || Diese Frist darf den Zeitraum eines Jahres nicht überschreiten. || e) Werden vor Ablauf der gestellten Frist (d) die Muster einem zur Erteilung der Abfertigung befugten Amte zum Zwecke der Wiederausfuhr oder der Niederlegung in einem Packhofe vorgeführt, so hat sich dieses Amt davon zu überzeugen, ob ihm dieselben Gegenstände vorgeführt wurden, welche bei der Eingangsabfertigung vorlagen. Soweit in dieser Beziehung keine Bedenken entstehen, bescheinigt das Amt die Ausfuhr oder Niederlegung und erstattet den bei der Einbringung erlegten Eingangszoll zurück oder trifft wegen Freigabe der bestellten Sicherheit die erforderliche Einleitung. || § 8. Um den Verkehr über die beiderseitige Grenze mit Weidevieh, Vieh zur Überwinterung, Fütterung oder Mästung, Arbeitsvieh oder Vieh zum Auftriebe auf Märkte tunlichst zu erleichtern, haben die vertragschließenden Teile folgende Bestimmungen vereinbart: || I. Die veterinärpolizeiliche Grenzbehandlung des Markt-, Weide-, Arbeits-, Winterungs-, Fütterungs- oder Mästungsviehes erfolgt nach den Vorschriften der internen Gesetzgebung desjenigen Staates, nach welchem die Einfuhr zur Weide, Arbeit, Winterung, Fütterung, Mästung oder auf Märkte stattfindet, soweit

hierüber nicht ein besonderes Übereinkommen getroffen worden ist. || Unter dieser Voraussetzung und soweit Einschränkungen durch dieselbe nicht bedingt sind, kann der Eintritt des Markt-, Weide-, Arbeits-, Winterungs-, Fütterungs- oder Mästungsviehes längs der Zollinie über jedes Zollamt erfolgen. || II. Wenn die Vorführung des Weide- und Arbeitsviehes zum Grenzzollamte aus lokalen Ursachen ohne große Belästigung der Parteien nicht ausführbar ist, kann gestattet werden, daß nur die vorläufige Eintritts- und Austrittsanmeldung beim Grenzzollamte stattfinde, die Überwachung des Ein- und Austrittes aber durch die Organe der Finanzwache oder Grenzwache auf Grund der vom Grenzzollamte erhaltenen Erklärungen besorgt werde. || Die Erklärungen sind von der Finanzwachabteilung mit der Befundsbestätigung zu versehen und an das Genzzollamt zurückzustellen. || III. Sollte wegen zu großer Entfernung des Grenzzollamtes von dem Ein- oder Austrittspunkte des Weide- oder Arbeitsviehes oder wegen mangelnder Wegesverbindung auch die unter II bezeichnete Anmeldung schwer ausführbar sein, so kann die Übergabe Eintritts- und Austrittserklärungen an ein hierzu an die Grenze zum Übertrittspunkte des Viehes entsendetes Finanzwachorgan erfolgen, welches die Vormerkregister zu führen haben wird. || Die vom österreichischen oder schweizerischen Zollamte zur Übernahme der Eintritts- oder Austrittserklärungen und zur Beschau an einen außerhalb ihres Amtssitzes gelegenen Ort entsendeten Angestellten haben nur auf die regelmäßigen Reisevergütungen oder die durch die Dienstesverordnungen ihres Landes vorgesehenen Entschädigungen Anspruch und werden für jeden Tag nur einmal, ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erklärungen oder des Viehes, bezahlt. || Diese Angestellten haben dem Träger der Erklärung eine Empfangsbescheinigung zu übergeben. || Wenn mehrere Viehbesitzer ihr Vieh vereinigt haben, um es gemeinschaftlich der Beschau unterziehen zu lassen, werden die erwähnten Angestellten diese Empfangsbescheinigung einem derselben übergeben || IV. Vieh, welches auf nahe Weideplätze oder zu Arbeiten über die Zollgrenze gebracht und noch an demselben Tage zurückgeführt wird, unterliegt dem zollamtlichen Verfahren nicht; doch ist zur Hintanhaltung von Mißbräuchen dieser Verkehr in angemessener Weise zu überwachen. || V. Wenn die Tiere wieder über die Zollgrenze zurückgebracht werden, ist deren Identität und Stückzahl zu konstatieren. Ergibt sich eine Abweichung in der Qualität der Tiere, so ist beim Wiederaustritt für das nicht gestellte Tier, beim Wiedereintritt aber für das substituierte Tier der tarifgemäße Eingangszoll zu erheben. || Zeigt sich eine Differenz in der Stückzahl des Viehes, so werden beim Wiederaustritt die Eingangszölle für das fehlende Vieh

und beim Wiedereintritt die Eingangszölle für das überzählige Vieh erhoben. || Wird jedoch bei der Wiedervorführung der Tiere der Abgang ordnungsmäßig erklärt und mit amtlicher Bestätigung nachgewiesen, daß derselbe durch Unglücksfälle eingetreten ist, so wird für die fehlenden Tiere kein Zoll eingehoben. || VI. Treten die Tiere erst nach Ablauf der bei der Austritts- oder Eintrittserklärung festgesetzten Frist über die Zollinie wieder ein oder aus, so wird bezüglich des Eintrittes nach den Zollgesetzen vorgegangen, wenn die Verspätung nicht durch außerordentliche Umstände entschuldbar und dies vom zuständigen Gemeindeamte gehörig bescheinigt ist. || VII. Die Bestimmungen unter V und VI finden auch auf das aus den Grenzbezirken auf Märkte getriebene Vieh sowie auf dasjenige Vieh, welches zur Überwinterung, Fütterung oder Mästung über die Grenze gebracht wird, Anwendung. || VIII. Die für das Weidevieh, Arbeitsvieh, Marktvieh oder Vieh zur Überwinterung, Fütterung oder Mästung beim Grenzübertritte zugestandene Zollfreiheit findet auch auf eine angemessene Menge der von diesem Vieh gewonnenen Produkte Anwendung. Demgemäß werden zollfrei behandelt werden: || a) die Kälber, Kitze und Lämmer, sowie die Fohlen der zur Weide, Arbeit, auf Märkte, zur Überwinterung, Fütterung oder Mästung ausgetriebenen Kühe, Ziegen, Schafe und Stuten, und zwar für so viele Stücke, als beim Austriebe trächtige Tiere vorgemerkt wurden, mit Rücksichtnahme auf die Zeit, während welcher die Muttertiere außerhalb des Zollgebietes verblieben sind; || b) Käse und Butter von den von der Weide, Überwinterung, Fütterung oder Mästung zurückgekehrten Tieren, und zwar pro Tag: || Käse, von jeder Kuh 0·3 Kilogramm, von jeder Ziege 0·06 Kilogramm, von jedem Schafe 0·03 Kilogramm, Butter, von jeder Kuh 0·2 Kilogramm, von jeder Ziege 0·04 Kilogramm. || Die vom Weide-, Überwinterungs-, Fütterungs oder Mästungsvieh während der Zeit seines Aufenthaltes im anderen Zollgebiete bis zum Tage seiner Rückkehr gewonnenen Mengen von Käse und Butter können noch innerhalb eines Termins von vier Wochen, vom Tage der Rückkehr gerechnet, zollfrei eingebracht werden. || IX. Es ist Pflicht der Grenzzollbeamten und der Angestellten der Finanzwache, die Parteien, welche den Grenzübertritt des Weide-, Arbeits-, Markt-, Überwinterungs-, Fütterungs- oder Mästungsviehes nach dem benachbarten Grenzbezirke leiten, auf die Notwendigkeit der sorgfältigen Aufbewahrung des ihnen ausgefolgten Duplikates des Erklärungs- oder Vormerkscheines, dann der über die geleistete Sicherstellung der Zölle ausgefertigten Bolletten behufs der Wiedervorzeigung dieser Dokumente beim Rücktriebe des Viehes, sowie auf die Folgen unredlichen Gebarens aufmerksam zu machen. || X. Die etwa erforderlichen Zeugnisse über den

Gesundheitszustand des Viehes oder über den Umstand, daß die Grenzbezirke von jeder ansteckenden Krankheit vollständig frei seien, werden nur in der Ursprache und nicht in Übersetzung gefordert werden.

Zu Artikel 6.

I. Für den Fall einer Ermäßigung der Zuckerverbrauchsabgabe wird für die Dauer des Vertrages eine Ermäßigung der Zollsätze für die in der Anlage B unter Nrn. 127, 131 und 132 namentlich angeführten Artikel nach Maßgabe des prozentuellen Gehaltes an Zucker, der zu ihrer Herstellung verwendet wird, eintreten. || In analoger Weise wird für den Fall einer Ermäßigung des Kakaozolles der vertragsmäßige Zollsatz für die in der Anlage B angeführten Artikel der Nr. 127 nach Maßgabe ihres prozentuellen Kakaogehaltes herabgesetzt werden. || II. Die im vierten Absatz des Artikels 6 zur Sicherung des Monopols vorbehaltene Zuschlagsabgabe wird zurückerstattet, wenn binnen 2 Monaten nach Entrichtung derselben nachgewiesen wird, daß die Rohstoffe eine die Erzeugung von Monopolsartikeln ausschließende Verwendung gefunden haben. || III. Man ist ferner darüber einverstanden, daß die Vorschrift im vierten Absatz des Artikels 6 nur auf eingestampfte oder getrocknete Weintrauben, Weintrester, Weinhefe, eingestampftes Obst und Obstabfälle, Wachholderbeeren, Enzianwurzeln, Südfrüchte und ähnliche Stoffe Anwendung finden. || IV. Man ist ferner darüber einverstanden, daß rücksichtlich der ohne Verwendung von Alkohol hergestellten, daher einer Zuschlagsgebühr aus dem Titel von Alkoholabgaben nicht unterliegenden Glyzerinseifen, die die Erzeugungsweise solcher Seifen bescheinigenden Zertifikate der Polytechniken in Wien und Budapest oder der k. k. landwirtschaftlich-chemischen Versuchstation in Wien und der königlich ungarischen chemischen Reichsanstalt und Zentral-Versuchsstation in Budapest seitens der schweizerischen Zollstellen, abgesehen von Fällen begründeten Zweifels, in Rücksicht zu nehmen sind. Indessen berührt diese Bestimmung nicht das Recht der schweizerischen Zollämter, die Analyse der eingeführten Seifen ihrerseits zu überprüfen.

Zu Artikel 7.

Unter Frachtfuhrgewerbe im Sinne des letzten Absatzes des Artikel 7 ist die gewerbsmäßige Beförderung von Gütern und Personen auf Landwegen, mit Ausschluß der Eisenbahnen, zu verstehen. Unter „Gewerbesteuer“ soll jede steuerliche Belastung des Gewerbebetriebes, einschließlich der Besteuerung des Einkommens aus demselben, verstanden werden, gleichviel, ob die Steuer für Rechnung des Staates oder der Kommunen usw.

erhoben wird. || Soweit der Gewerbetreibende Transporte zwischen einzelnen, innerhalb der Gebiete des anderen vertragschließenden Teiles gelegenen Orten vermittelt, unterliegt er der Besteuerung nach den Landesgesetzen. Wenn der Gewerbetreibende in den Gebieten des anderen vertragschließenden Teiles neben dem Frachtfuhr- oder dem Schiffahrtsgewerbe ein selbständiges, nicht unmittelbar durch die Ausübung dieser Gewerbe bedingtes Nebengewerbe betreibt oder Grundeigentum besitzt, unterliegt er hierfür ebenfalls der Besteuerung nach den Landesgesetzen ohne Einschränkung. || Beim Schiffahrtsgewerbe ist der Betrieb eines selbständigen Nebengewerbes nicht darin zu finden, daß der Gewerbetreibende auf den in den Gebieten des anderen Teiles gelegenen Stationen die aus seinem Heimatlande mit seinen Transportmitteln ankommenden Güter an die am Orte selbst befindlichen Empfänger unmittelbar oder an die außerhalb befindlichen Empfänger durch Vermittlung der Eisenbahnen usw. weiterbefördert, und umgekehrt, daß er die zur Beförderung mit seinen Transportmitteln bestimmten Güter am Orte selbst in Empfang nehmen und zur Verladung auf seine Transportmittel bringen läßt; ebensowenig kann ein solcher Betrieb schon darin gefunden werden, daß der Gewerbetreibende mit einem in den Gebieten des anderen Teiles ansässigen selbständigen Spediteur eine dauernde Geschäftsverbindung unterhält.

Zu Artikel 14.

Über das Verfahren in Fällen, in denen auf Grund des Artikels 14 ein schiedsgerichtlicher Austrag stattfindet, wird zwischen den vertragschließenden Teilen folgendes vereinbart: || Beim ersten Streitfalle hat das Schiedsgericht seinen Sitz in den Gebieten des beklagten Teiles, beim zweiten Streitfalle im Gebiete des andern Teiles und so abwechselnd in dem einem oder dem andern Gebiete, in einer Stadt, die von dem betreffenden vertragschließenden Teile bestimmt wird. Dieser hat für die Stellung der Räumlichkeiten, der Schreibkräfte und des Dienstpersonals zu sorgen, deren das Schiedsgericht für seine Tätigkeit bedarf. Der Obmann ist Vorsitzender des Schiedsgerichts, das nach Stimmenmehrheit entscheidet. || Die vertragschließenden Teile werden sich im einzelnen Falle oder ein- für allemal über das Verfahren des Schiedsgerichtes verständigen. In Ermanglung einer solchen Verständigung wird das Verfahren von dem Schiedsgerichte selbst bestimmt. Das Verfahren kann schriftlich sein, wenn keiner der vertragschließenden Teile Einspruch erhebt; in diesem Falle kann von der Bestimmung des vorhergehenden Absatzes abgewichen werden. || Hinsichtlich der Ladung und der Vernehmung der Zeugen und Sachverständigen werden die Behörden

jedes der vertragschließenden Teile auf das vom Schiedsgerichte an die betreffende Regierung zu richtende Ersuchen in derselben Weise Rechtshilfe leisten wie auf die Ersuchen der inländischen Zivilgerichte. || Gegenwärtiges Protokoll, welches ohne besondere Ratifikation, durch die bloße Tatsache der Auswechslung der Ratifikationen des Vertrages, auf welchen es Bezug hat, als von den vertragschließenden Teilen genehmigt und bestätigt angesehen werden soll, ist am 9. März 1906 zu Wien in doppelter Ausführung unterzeichnet worden.

Goluchowski m. p.

du Martheray m. p.
A. Künzli m. p.
Alfred Frey m. p.
Ernst Laur m. p.

Nr. 13781. ÖSTERREICH-UNGARN und SCHWEIZ. Viehseuchenübereinkommen.

Wien, 9. März 1906.

Seine Majestät der Kaiser von Österreich, König von Böhmen usw. und Apostolischer König von Ungarn einerseits und der Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft anderseits, von dem Wunsche geleitet, den Verkehr mit Tieren zwischen den beiderseitigen Gebieten durch zweckmäßige Vereinbarungen zu regeln, haben zu diesem Zwecke zu Bevollmächtigten ernannt: || Seine Majestät der Kaiser von Österreich, König von Böhmen usw. und Apostolischer König von Ungarn: || den Herrn Agenor Grafen Gołuchowski v. Gołuchowo, Allerhöchstihren Wirklichen Geheimen Rat und Kämmerer, Ritter des Ordens vom goldenen Vliese etc. etc., Minister des k. und k. Hauses und des Äußern, || Der Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft: || den Herrn Fernand H. du Martheray, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei Seiner k. und k. Apostolischen Majestät; || welche, nachdem sie ihre Vollmachten in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Artikel übereingekommen sind:

Artikel 1.

Die Bewohner von nicht mehr als fünf Kilometer von der Grenze entfernt liegenden Ortschhften können die Grenze in beiden Richtungen zu jeder Stunde mit ihren eigenen, an den Pflug oder an ein Fuhrwerk gespannten Tieren überschreiten, jedoch nur zum Zwecke landwirtschaftlicher Arbeiten oder in Ausübung ihres Gewerbes unter Beobachtung der Sanitäts- und Zollvorschriften, aber nicht zum Zwecke des Verkaufes oder des Handels.

Artikel 2.

Wenn die Viehgesundheitsgesetze des Nachbargebietes des andern Vertragsteiles dies erfordern, können die Behörden der vertragschließenden Teile Verfügungen erlassen, welche den im voranstehenden Artikel und im § 8 des Schlußprotokolles zum Artikel 4 des gleichzeitig unterzeichneten Handelsvertrages vorgesehenen Grenzverkehr beschränken und die zum Zwecke der Sicherung der Gesundheit des einheimischen Viehstandes notwendig sind. || Es kann auch verfügt werden, daß das Vieh, das jenseits der Grenze gewesen ist, bei seiner Rückkehr einer tierärztlichen Untersuchung zu unterstellen sei, die immerhin für den Eigentümer der Tiere kostenfrei ist; ferner daß Tiere, die jenseits der Grenze konstatiertermaßen mit von einer ansteckenden Tierkrankheit befallenem Vieh in direkte oder indirekte Berührung gekommen sind, am Wohnorte des Eigentümers abgesperrt werden müssen.

Artikel 3.

Die Durchfuhr von Haustieren jeder Art aus den Gebieten des einen durch die Gebiete des andern vertragschließenden Teiles unterliegt keiner Beschränkung, sofern die Tiere mit amtlichen Bescheinigungen der individuellen Gesundheit und seuchenunbedenklichen Herkunft begleitet, an der Grenze frei von ansteckenden Krankheiten befunden wurden und für die Durchfuhr ohne Ausladung Garantien geboten sind. || Wird an einem der Tiere während der Durchfuhr eine ansteckende Krankheit konstatiert, so ist auf Verlangen der Partei die ganze Sendung in das Ursprungsland zurückzuführen, insofern dagegen nicht schwerwiegende veterinärpolizeiliche Bedenken obwalten.

Artikel 4.

Die Einfuhr von Einhufern über die für die Vieheinfuhr geöffneten Zollämter der vertragschließenden Teile unterliegt ebenfalls keiner Beschränkung, sofern jedes Tier durch den Grenztierarzt untersucht, frei von ansteckenden Krankheiten befunden und mit einer amtlichen Bescheinigung der individuellen Gesundheit und seuchenunbedenklichen Herkunft begleitet ist.

Artikel 5.

Die Schweiz wird der Einfuhr von zum Abschlachten innerhalb der vorgeschriebenen Frist bestimmten Ochsen, Stieren, Schweinen und Schafen, die aus Österreich-Ungarn in die Schlachthausstallungen von St. Margarethen sowie auf die Rampe von Buchs gebracht oder mit den vorgeschriebenen Einfuhrbewilligungen in schweizerische Schlachthäuser

geführt werden sollen, so lange kein Hindernis in den Weg legen, als diese Tiere mit den in dem Ursprungslande gesetzlich geforderten amtlichen Bescheinigungen der individuellen Gesundheit und der seuchenunbedenklichen Herkunft begleitet, an der Grenze frei von Rinderpest, Lungenseuche, Maul- und Klauenseuche, Schweineseuche, Schweinepest, Schafräude oder Schafpocken befunden und bis zum schweizerischen Grenzzollamt ohne Aus- oder Zuladung per Eisenbahn geführt worden sind. || Nach den öffentlichen Schlachthausstallungen von St. Gallen, Basel und Genf kann unter den im ersten Absatz dieses Artikels genannten Bedingungen die direkte Einfuhr von zum Abschlachten bestimmten Ochsen, Stieren, Schafen und Schweinen ohne besondere Einfuhrbewilligung im einzelnen Falle geschehen, aber nur durch solche Personen, die dazu vom Schweizerischen Bundesrat ermächtigt worden sind. Die österreichischen oder ungarischen Importeure sollen bei der Erteilung dieser Ermächtigung den schweizerischen Importeuren gleichgestellt werden. || Sobald in anderen als den im zweiten Absatz dieses Artikels genannten Ortschaften der Schweiz öffentliche Schlachthausanstalten mit den zugehörigen genügenden Räumlichkeiten und Einrichtungen erstellt sein werden, werden auch in diesen Schlachthäusern Schlachttiere aus Österreich-Ungarn unter den für die oben genannten Schlachthäuser festgestellten Bedingungen zugelassen werden.

Artikel 6.

Österreich-Ungarn wird unter Vorbehalt der Bestimmungen des nachfolgenden Absatzes der Einfuhr von schweizerischen Rindern und Ziegen zu Nutz- und Zuchtzwecken kein Hindernis in den Weg legen, wenn diese Tiere mit den in der Schweiz gesetzlich vorgeschriebenen Bescheinigungen der individuellen Gesundheit und seuchenunbedenklichen Herkunft versehen sind, und an der Grenze frei von jeder auf die betreffende Tiergattung übertragbaren, anzeigepflichtigen Krankheit befunden werden. || Immerhin behalten sich die vertragschließenden Teile für den Viehverkehr zwischen den Grenzgebieten unter den im Artikel 1 und 5 vorgesehenen Einschränkungen ihre volle Autonomie vor.

Artikel 7.

Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, die in den Artikeln 3, 5 und 6, erster Absatz, erwähnte Ein- und Durchfuhr von Vieh überhaupt nur dann zu beschränken, wenn innerhalb spätestens fünf Tagen nach der Einfuhr, den Einfuhrtag inbegriffen, an importierten Tieren die Rinderpest, die Lungenseuche oder die Maul- und Klauenseuche, die

Schweineseuche oder die Schweinepest — eine der letzteren drei Krankheiten wiederholt — konstatiert wurde, oder wenn die Rinderpest in den Gebieten eines der vertragschließenden Staaten auftritt. || Wegen Rinderpest und Lungenseuche verfügte Beschränkungen werden längstens 60 Tage, die wegen Maul- und Klauenseuche getroffenen längstens 21 Tage, die wegen Schweineseuche oder Schweinepest verfügten längstens 30 Tage nach der Erlassung aufgehoben werden. || Wird eine Seuche aus den Gebieten eines der vertragschließenden Teile eingeschleppt, so werden die Einfuhrbeschränkungen nur gegen die Gebiete des betreffenden vertragschließenden Teiles erlassen werden.

Artikel 8.

Das gegenwärtige Übereinkommen erstreckt sich auf die mit den Gebieten der vertragschließenden Teile gegenwärtig oder künftig zollgeeinten Länder oder Landesteile.

Artikel 9.

Das vorliegende Übereinkommen wird mit dem Zeitpunkte des definitiven Inkrafttretens des gleichzeitig unterzeichneten Handelsvertrages zwischen Österreich-Ungarn und der Schweiz wirksam und hat die gleiche Dauer und Kündigungsfrist wie dieser. || Die Ratifikationen des gegenwärtigen Übereinkommens sollen gleichzeitig mit jenen des am heutigen Tage unterzeichneten Handelsvertrages ausgewechselt werden. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten das gegenwärtige Übereinkommen unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen in doppelter Ausfertigung zu Wien am 9. März 1906.

Gołuchowski m. p. du Martheray m. p.

Schlußprotokoll.

Bei der am heutigen Tage erfolgten Unterzeichnung des Viehseuchenübereinkommens zwischen Österreich-Ungarn und der Schweiz haben die beiderseitigen Bevollmächtigten folgende Erklärungen und Verabredungen in das gegenwärtige Protokoll niedergelegt: || 1. In der bisher geübten Praxis, wonach die Einfuhr von lebendem und totem Geflügel sowie von totem Wildpret nach der Schweiz ohne weiteres zugelassen wird, wird keine Änderung eintreten. || Für die Einfuhr von Schlachtkälbern in die Schweiz soll die bisherige Praxis beibehalten werden. || 2. Beschränkungen des im Artikel 1 vorgesehenen Viehverkehrs sowie des Weideverkehrs mit Schafen werden nur insoweit erlassen werden, als es zur Abwendung

einer dringenden Gefahr für die heimische Viehzucht unbedingt notwendig ist und wird hierbei unter Beobachtung jeder mit der Abwehr einer Seuchengefahr vereinbarlichen Schonung der wirtschaftlichen Interessen ber beiderseitigen Grenzbevölkerungen vorgegangen werden. || 3. Es wird Vorsorge getroffen werden, daß die zur Einfuhr nach der Schweiz bestimmten Transporte von Schlachttieren von dem Herkunftsorte bis zum schweizerischen Grenzzollamte unmittelbar ohne jede Zu- oder Ausladung per Bahn befördert werden. Hiervon sind nur Nottälle sowie die Ausladung der Tiere behufs Fütterung, welche jedoch spätestens in Innsbruck zu erfolgen hat, ausgenommen. || Ochsen, Stiere, Schweine und Schafe zum Abschlachten aus Vorarlberg oder dem Fürstentume Liechtenstein werden zu den in Artikel 5 genannten Bedingungen zugelassen, wenn sie direkt per Bahn in schweizerische Schlachthäuser gehen. || Österreich-Ungarn verpflichet sich, dafür zu sorgen, daß diese Vergünstigung nur solchem Schlachtvieh, das in Vorarlberg oder dem Fürstentum Liechtenstein von Landwirten gemästet worden ist, zu gute komme sewie nötigenfalls alle zur Hintanhaltung jeglichen Mißbrauches dieser Begünstigung geeigneten Maßnahmen in Anwendung zu bringen. Sollten diese Maßnahmen ohne Erfolg bleiben, so werden die vertragschließenden Teile sich in das Einvernehmen setzen und bleibt es nötigenfalls jedem derselben vorbehalten, die Einfuhr von Schlachtvieh ab Stationen zwischen Innsbruck und der Schweizer Grenze ganz zu untersagen. || 4. Die Bewilligung zur Einfuhr vor Schlachtvieh in jene Schlachthäuser, für welche eine solche erforderlich ist, wird gegen Erfüllung der allgemein geltenden Bedingungen dann nicht verweigert werden, wenn die vorhandenen Räumlichkeiten des betreffenden Schlachthauses die Einfuhr zulassen. || Bei Erteilung dieser Bewilligungen wird grundsätzlich ein Unterschied zwischen schweizerischen und österreichischen oder ungarischen Importeuren nicht gemacht werden. || Insofern jedoch die Durchführung dieses Grundsatzes mit Rücksicht auf die etwa obwaltenden lokalen Verhältnisse nicht in allen Fällen möglich sein sollte, werden die österreichischen oder ungarischen Importeure jedenfalls nicht ungünstiger behandelt werden, als Importeure dritter Staaten. || 5. Die im Artikel 5, zweiter Absatz vorgesehene Ermächtigung wird österreichischen oder ungarischen Importeuren nicht verweigert, wenn diese die bezüglichen allgemeinen Bedingungen erfüllen; sie können aber nicht beanspruchen, besser als die schweizerischen Importeure behandelt zu werden. || 6. Die für den gegenseitigen Verkehr mit Nutz- und Zuchttieren vorgeschriebenen Bescheinigungen der seuchenunbedenklichen Herkunft werden die amtliche Bestätigung enthalten, daß in den Herkunftsgemeinden und deren Nachbar-

gemeinden seit 40 Tagen kein Fall einer auf die betreffende Tiergattung übertragbaren, der Anzeigepflicht unterliegenden Krankheit konstatiert wurde. || 7. In Anwendung des im Artikel 6, Absatz 2, ausgesprochenen Grundsatzes kann bis auf weiteres die Einfuhr von Zucht- und Nutzvieh aus und nach den Grenzbezirken bei dargetanem beiderseitigen wirtschaftlichen Bedürfnisse der betreffenden Parteien gegen fallweise Bewilligung unter Beobachtung der zum Schutze des heimischen Viehbestandes gegen Einschleppung von Seuchen vorzuschreibenden Vorsichten gestattet werden. || Die vertragschließenden Teile nehmen in Aussicht, über die Notwendigkeit und die Modalitäten einer weiteren Regelung dieses Grenzverkehres Erhebungen zu pflegen und nach Ablauf eines Jahres nach erfolgter Auswechslung der Ratifikationen des Viehseuchenübereinkommens im gegenseitigen Einvernehmen auf Grundlage der bis dahin gewonnenen Erfahrungen die Frage der anderweitigen Regelung des bezeichneten Viehverkehrs zu prüfen und erforderlichfalls einer den beiderseitigen Interessen entsprechenden Lösung zuzuführen. || 8. Man ist darüber einverstanden, daß als Gebiete, gegen welche im Falle der Einschleppung einer Seuche Einfuhrbeschränkungen erlassen werden können, in Betracht kommen: einerseits die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder oder die Länder der ungarischen Krone, andrerseits die Schweiz. || Hinsichtlich des im Viehseuchenübereinkommen geregelten Verkehres wird das Gebiet des Fürstentumes Liechtenstein als zu den Gebieten der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder gehörig betrachtet werden. || 9. Die vertragschließenden Teile räumen sich die Befugnis ein, zur Vertretung der eigenen Interessen in die gegenseitigen Gebiete Delegierte zu entsenden. Die Behörden werden allgemein angewiesen werden, diesen Delegierten, sobald sie sich als solche legitimieren, auf Wunsch Unterstützung zu gewähren und Auskunft zu erteilen. || 10. Die zur Regelung des gegenseitigen Viehverkehrs vereinbarten Bestimmungen beziehen sich nur auf die Herkünfte der vertragschließenden Teile.

Wien, 9. März 1906.

Gołuchowski m. p. du Martheray m. p.

Nr. 13782. **ÖSTERREICH-UNGARN und DIE SCHWEIZ.** Erklärung betr. Abänderung des Art. 16 des am 9. März 1906 unterzeichneten Handelsvertrags.

Wien, 28. Juni 1906.

In Abänderung der Bestimmung im ersten Absatze des Artikels 16 des am 9. März 1906 zu Wien unterzeichneten Handelsvertrags zwischen Österreich-Ungarn und der Schweizerischen Eidgenossenschaft haben die

Unterzeichneten im Namen der vertragschließenden Teile folgendes vereinbart: || Als Zeitpunkt des Inkrafttretens des genannten Vertrages wird an Stelle des 1. Juli 1906 der 1. August 1906 festgesetzt. || Die gegenwärtige Erklärung soll ratifiziert und die Ratifikationen sollen gleichzeitig mit denen des genannten Handelsvertrages ausgewechselt werden.

So geschehen in doppelter Ausfertigung zu Wien, den 28. Juni 1906.

Gołuchowski m. p. Salis m. p.

Nr. 13783. **DEUTSCHES REICH und BULGARIEN.** Handels-, Zoll- und Schiffahrtsvertrag.*)

Berlin, 1. Aug. 1905.

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, au nom de l'Empire Allemand d'une part, et Son Altesse Royale le Prince de Bulgarie d'autre part, désirant développer les relations commerciales entre l'Allemagne et la Bulgarie par la conclusion d'un Traité de commerce, de douane et de navigation, sont entrés en négociations à cet effet et ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse: || Monsieur O. de Mühlberg, Son Conseiller intime actuel, Sous-Secrétaire d'État au Département des Affaires Étrangères || et || Son Altesse Royale le Prince de Bulgarie: || Monsieur N. Nikyphoroff, Général, Son Agent Diplomatique à Berlin, || Monsieur G. Danaïloff, Professeur à l'Université de Sophia, || Monsieur J. Tchacaloff, Chef de Section au Ministère des Finances et || Monsieur R. Kosseff, Chef de Section au Ministère du Commerce et de l'Agriculture, || lesquels, après s'être communiqué leurs pleins-pouvoirs respectifs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article 1.

Il y aura pleine liberté de commerce et de navigation entre les deux Pays; les ressortissants des Parties contractantes ne seront pas soumis à raison de leur commerce et de leur industrie dans les ports, villes et autres lieux du Pays respectif, soit qu'ils s'y établissent, soit qu'ils y résident temporairement, à des droits, taxes, impôts ou patentes, sous quelque dénomination que ce soit, autres ni plus élevés que ceux qui seront perçus sur les nationaux ou les ressortissants de la nation la plus favorisée; les privilèges, immunités et autres faveurs dont jouiraient en matière de commerce et d'industrie les ressortissants de l'une des Parties contractantes ou de la nation la plus favorisée, seront communs à ceux

*) Die Tarife sind fortgelassen. Red.

de l'autre. || Les dispositions précédentes ne sont pas applicables aux pharmaciens, aux courtiers de commerce et agents de change, aux cabaretiers de village, aux colporteurs et autres personnes qui professent une industrie ambulante; ces Industriels jouiront du même traitement que les ressortissants, exerçant la même profession, de l'État le plus favorisé. || Il est entendu que les dispositions précédentes ne dérogent en rien aux lois, ordonnances et règlements spéciaux en matière de commerce et d'industrie qui sont ou seront en vigueur dans chacun des deux Pays. Ces lois, ordonnances ou règlements ne pourront en aucun cas être appliqués à l'égard des ressortissants de l'une des Parties contractantes d'une manière plus rigoureuse ou moins favorable qu'aux ressortissants de la nation la plus favorisée ou aux nationaux.

Article 2.

Pour ce qui concerne le droit d'acquérir, de posséder ou d'aliéner toute espèce de propriété mobilière ou immobilière, les Allemands en Bulgarie et les Bulgares en Allemagne jouiront des droits des nationaux, sans être assujettis à des taxes, impôts ou charges, sous quelque dénomination que ce soit, autres ou plus élevés que ceux qui sont ou seront établis sur les nationaux. || Les ressortissants de chacune des deux Parties contractantes auront le droit, en se conformant aux lois du pays, d'ester en justice devant les tribunaux, soit pour intenter une action, soit pour s'y défendre, et, à cet égard, ils jouiront de tous les droits et immunités des nationaux ou des ressortissants de la nation la plus favorisée.

Article 3.

Les sociétés par actions (anonymes) et autres associations commerciales, industrielles ou financières, domiciliées dans l'un des deux Pays et à condition qu'elles y aient été validement constituées, conformément aux lois en vigueur, seront reconnues comme ayant l'existence légale dans l'autre Pays et elles y auront notamment le droit d'ester en justice devant les tribunaux, soit pour intenter une action, soit pour s'y défendre. || Il est entendu, toutefois, que la stipulation qui précède ne concerne point la question de savoir, si une pareille société, constituée dans l'un des deux Pays, sera admise ou non dans l'autre Pays pour y exercer son commerce ou son industrie, cette admission restant toujours soumise aux prescriptions qui existent ou existeront à cet égard dans ce dernier Pays. || En tout cas, lesdites sociétés et associations jouiront dans l'autre Pays des mêmes droits qui sont ou seraient accordés aux sociétés similaires d'un pays quelconque.

Article 4.

Les négociants, fabricants et autres industriels qui prouvent, par l'exhibition d'une carte de légitimation industrielle, délivrée par les autorités de leur Pays, que dans l'Etat où ils ont leur domicile, ils sont autorisés à exercer leur commerce ou industrie et qu'ils acquittent les taxes et impôts légaux, auront le droit personnellement, ou par des voyageurs à leur service, de faire des achats dans les territoires de l'autre Partie contractante, chez des négociants ou dans les locaux de vente publics ou chez les personnes qui produisent ces marchandises. Ils pourront aussi prendre des commandes, même sur échantillons, chez les négociants ou autres personnes dans l'exploitation industrielle desquels les marchandises du genre offert trouvent leur emploi. Ni dans un cas ni dans l'autre, ils ne seront astreints à acquitter pour cela une taxe spéciale plus élevée que les nationaux ou les ressortissants de la nation la plus favorisée. || Les industriels (voyageurs de commerce) munis d'une carte de légitimation industrielle ont le droit d'avoir avec eux des échantillons mais non des marchandises. || Les cartes de légitimation industrielle devront être établies conformément au modèle de l'annexe A et rédigées en allemand ou en français. || Les Parties contractantes se donneront réciproquement connaissance des autorités chargées de délivrer les cartes de légitimation, ainsi que des dispositions auxquelles les voyageurs doivent se conformer dans l'exercice de leur commerce. || Les dispositions ci-dessus ne sont pas applicables aux industries ambulantes, non plus qu'au colportage et à la recherche des commandes chez des personnes n'exerçant ni commerce ni industrie. || Les objets passibles d'un droit de douane qui seront importés comme échantillons par les voyageurs de commerce seront, de part et d'autre, admis en franchise de droits d'entrée et de sortie, à la condition que ces objets, sans avoir été vendus, soient réexportés dans un délai de douze mois et que l'identité des objets importés et réexportés ne soit pas douteuse, quel que soit, du reste, le bureau de douane par lequel ils passent à leur sortie. || La réexportation des échantillons devra être garantie dans les deux Pays à l'entrée, soit par le dépôt du montant des droits de douane respectifs, soit par cautionnement. || Les ressortissants de l'une des Parties contractantes se rendant aux foires ou marchés sur les territoires de l'autre, à l'effet d'y exercer leur commerce ou d'y débiter leurs produits, seront réciproquement traités comme les nationaux et ne seront pas soumis à des taxes plus élevées que celles perçues de ces derniers.

Article 5.

Les ressortissants de chacune des deux Parties contractantes seront exempts, sur le territoire de l'autre, de tout service militaire et de toute prestation militaire, ainsi que de toutes réquisitions extraordinaires qui seraient établies par suite de circonstances exceptionnelles. || Sont toutefois exceptées les charges qui sont attachées à la possession à titre quelconque d'un bien-fonds, ainsi que les prestations et les réquisitions militaires auxquelles tous les nationaux et les ressortissants de la nation la plus favorisée peuvent être appelés à se soumettre comme propriétaires, fermiers ou locataires d'immeubles. || Ils seront dispensés également de toute fonction officielle obligatoire, judiciaire, administrative ou municipale quelconque.

Article 6.

Les Parties contractantes s'engagent à n'entraver nullement le commerce réciproque des deux Pays par des prohibitions à l'importation, à l'exportation ou au transit. || Des exceptions à cette règle, en tant qu'elles soient applicables à tous les pays ou aux pays se trouvant dans des conditions identiques, ne pourront avoir lieu que dans les cas suivants: || 1. dans des circonstances exceptionnelles par rapport aux provisions de guerre; || 2. pour des raisons de sûreté publique; || 3. par égard à police sanitaire et en vue de la protection des animaux ou des plantes utiles contre les maladies, les insectes et parasites nuisibles; || 4. en vue de l'application, aux marchandises étrangères, des prohibitions ou restrictions arrêtées par des lois intérieures à l'égard de la production intérieure des marchandises similaires, ou de la vente ou du transport à l'intérieur des marchandises similaires de production nationale.

Article 7.

Quant au montant, à la garantie et à la perception des droits d'importation et d'exportation ainsi que par rapport au transit, à la réexportation, à l'entreposage, aux droits locaux et aux formalités douanières, chacune des deux Parties contractantes s'engage à faire profiter l'autre de toute faveur, de tout privilège ou abaissement dans les tarifs, à l'importation ou à l'exportation des produits du sol et de l'industrie des deux Pays, que l'une d'elles pourrait avoir accordé á une tierce Puissance. Aussi toute faveur ou immunité concédée plus tard à une tierce Puissance, sera étendue immédiatement sans condition et par ce fait même aux produits du sol et de l'industrie de l'autre Partie contractante. || Les dispositions qui précèdent ne s'appliquent point: || 1. aux faveurs actuelle-

ment accordées ou qui pourraient être accordées ultérieurement à d'autres États limitrophes pour faciliter le trafic local en dedans d'une zone correspondant au district frontière de chacun des deux Pays mais qui ne dépassera pas quinze kilomètres de largeur de chaque côté de la frontière, et || 2. aux obligations imposées à l'une des deux Parties contractantes par les engagements d'une union douanière déjà contractée ou qui pourrait l'être à l'avenir.

Article 8.

Les produits du sol et de l'industrie de la Bulgarie qui seront importés dans le territoire douanier allemand et les produits du sol et de l'industrie de l'Allemagne qui seront importés en Bulgarie, destinés soit à la consommation, soit à l'entreposage, soit à la réexportation ou au transit, seront soumis au même traitement et ne seront passibles de droits ni plus élevés ni autres que les produits de la nation la plus favorisée sous ces rapports. || D'ailleurs les produits du sol et de l'industrie de la Bulgarie, énumérés dans le tarif B ci-joint (droits à l'entrée du territoire douanier allemand), à leur importation dans le territoire douanier allemand et les produits du sol et de l'industrie de l'Allemagne, énumérés dans le tarif C ci-joint (droits à l'entrée en Bulgarie), à leur importation en Bulgarie, ne seront assujettis à des droits d'entrée autres, ni plus élevés que ceux consolidés par les dites annexes.

Article 9.

A l'exportation vers la Bulgarie il ne sera perçu dans le territoire douanier allemand, et à l'exportation vers le territoire douanier allemand il ne sera perçu en Bulgarie, d'autres ni de plus hauts droits de sortie qu'à l'exportation des mêmes objets vers le pays le plus favorisé, à cet égard. De même, toute autre faveur accordée par l'une des Parties contractantes à une tierce Puissance à l'égard de l'exportation sera immédiatement et sans condition étendue à l'autre.

Article 10.

Les marchandises de toute nature venant de l'un des deux territoires ou y allant, seront réciproquement exemptes dans l'autre de tout droit de transit, soit qu'elles transitent directement, soit que, pendant le transit, elles doivent être déchargées, déposées et rechargées.

Article 11.

Des certificats d'origine pourront être exigés par chacune des Parties contractantes pour le cas où elle aurait établi des droits différentiels d'après l'origine des marchandises.

Article 12.

Seront admis et exportés de part et d'autre en franchise de tout droit les objets suivants, à la condition que l'identité des objets exportés et réimportés soit hors de doute: || a) toutes les marchandises (à l'exception des aliments) qui, sortant du commerce libre du territoire d'une des deux Parties contractantes, seront expédiées aux foires et marchés sur le territoire de l'autre, ou qui, sans cette destination, seront transportées sur le territoire de l'autre Partie contractante pour y être déposées dans les entrepôts ou magasins de douane, à condition que toutes ces marchandises soient réexportées dans un délai arrêté à l'avance; || b) les objets destinés à être réparés, pourvu que leur nature essentielle et leur dénomination commerciale restent les mêmes et sans que des parties neuves essentielles soumises à un droit d'entrée y soient ajoutées; || c) les enveloppes et récipients d'usage de toute sorte, couvertures de défense et de protection (bâches) et autres moyens d'emballages, de même, ensouples, rouleaux en bois et en carton et autres objets de ce genre, qui sont importés du territoire de l'une des Parties contractantes pour servir à l'exportation de marchandises dans le territoire de l'autre ou qui sont réimportés du territoire de l'autre après avoir servi évidemment à l'exportation.

Article 13.

Les droits intérieurs, perçus pour le compte de l'État, des Communes ou des corporations, qui grèvent ou grèveront la production, la fabrication ou la consommation d'une des Parties contractantes, ne frapperont sous aucun prétexte les produits de l'autre d'une manière plus forte ou plus gênante que les produits indigènes de même espèce, ou, en cas d'absence de ceux-ci, que les produits de la nation la plus favorisée. || En ce qui concerne les marchandises, indiquées au tarif ci-annexé C, il ne pourra être prélevé de taxes autres ou plus élevées que celles prévues dans les lois bulgares du 20 janvier 1900, modifiée par celles du 30 décembre 1903 et du 23 mars 1905, et du 31 janvier 1905, que dans le cas où les articles de même nature sont produits ou fabriqués en Bulgarie et y sont frappés de taxes équivalentes. Quant aux marchandises, indiqées au tarif ci-annexé B, il ne pourra être prélevé de taxes autres ou plus élevées que celles actuellement existantes en Allemagne que dans le cas où les articles de même nature sont produits ou fabriqués en Allemagne et y sont frappés de taxes équivalentes. || Les produits du sol et de l'industrie de l'un des Pays importés dans le territoire de l'autre et destinés à l'entreposage ou au transit ne seront soumis à aucun droit interne.

Article 14.

Les navires allemands et leurs cargaisons seront traités en Bulgarie et les navires bulgares et leurs cargaisons seront traités en Allemagne absolument sur le pied des navires nationaux et de leurs cargaisons, quel que soit le point de départ des navires ou leur destination et quelle que soit l'origine des cargaisons et leur destination. || Tout privilège et toute franchise, accordés à cet égard à une tierce Puissance par une des Parties contractantes, seront accordés, à l'instant même et sans condition, à l'autre. || Toutefois il est fait exception aux dispositions précédentes en ce qui concerne: || a) les avantages particuliers dont les produits de la pêche nationale sont ou pourront être l'objet dans l'un ou dans l'autre Pays; || b) les subventions ou garanties actuellement acordées ou qui pourraient être accordées ultérieurement à la marine marchande nationale. || Les dispositions du présent Traité ne sont point applicables au cabotage lequel continue à être régi par les lois sont ou seront en vigueur dans chacun des deux pays. Néanmoins, chacune des deux Parties contractantes pourra réclamer, sous condition de réciprocité, pour ses navires toutes les faveurs et tous les privilèges que l'autre Partie contractante a ou aura accordé à cet égard à une tierce Puissance. En tout cas les navires allemands et bulgares pourront passer d'un port de l'un des deux Pays contractants dans un ou plusieurs ports du même Pays, soit pour y déposer tout ou partie de leur cargaison apportée de l'étranger, soit pour y composer ou compléter leur chargement pour destination étrangère.

Article 15.

La nationalité des bâtiments sera admise, de part et d'autre, d'après les lois et règlements particuliers à chaque Pays, au moyen des titres et patentes, délivrés aux capitaines, patrons ou bateliers par les autorités compétentes.

Article 16.

Les navires allemands entrant dans un port de Bulgarie et réciproquement les navires bulgares entrant dans un port d'Allemagne qui n'y viendraient que compléter leur chargement ou décharger une partie de leur cargaison, pourront, en se conformant toutefois aux lois et règlements des Pays respectifs, conserver à leur bord la partie de leur cargaison qui serait destinée à un autre port, soit du même Pays, soit d'un autre, et la réexporter sans être astreints à payer, pour cette dernière partie de leur cargaison, aucun droit sauf ceux de surveillance, lesquels d'ailleurs ne pourront être perçus qu'au taux fixé pour la navigation nationale.

Article 17.

Seront complètement affranchis des droits de tonnage et d'expédition dans les ports de chacun des deux Pays: || 1. les navires qui, entrés sur lest de quelque lieu que ce soit, en repartiront sur lest; || 2. les navires qui, passant d'un port de l'un des deux Pays dans un ou plusieurs ports du même Pays, justifieront avoir acquitté déjà ces droits dans un autre port du même Pays: || 3. les navires qui, entrés avec un chargement, dans un port, soit volontairement, soit en relâche forcée, en sortiront sans avoir fait aucune opération de commerce. || En cas de relâche forcée, ne seront pas considérés comme opérations de commerce, le débarquement et le rechargement des marchandises pour la réparation du navire, le transbordement sur un autre navire en cas d'innavigabilité du premier, les dépenses nécessaires au ravitaillement des équipages et la vente des marchandises avariées, lorsque l'administration des douanes en aura donné l'autorisation.

Article 18.

En cas d'échouement ou de naufrage d'un navire de l'une des Parties contractantes sur les côtes de l'autre, ce navire y jouira, tant pour le bâtiment que pour la cargaison, des faveurs et immunités que la législation de chacun des Pays respectifs accorde à ses propres navires en pareille circonstance. Il sera prêté toute aide et assistance au capitaine et à l'équipage, tant pour leurs personnes que pour le navire et sa cargaison. Les opérations relatives au sauvetage auront lieu conformément aux lois du Pays. Tout ce qui aura été sauvé du navire et de la cargaison, ou le produit de ces objets, s'ils ont été vendus, sera restitué aux propriétaires ou à leurs ayants-cause, et il ne sera payé de frais de sauvetage plus forts que ceux, auxquels les nationaux seraient assujettis en pareils cas. || Les Parties contractantes conviennent, en outre, que les marchandises sauvées ne seront sujettes au paiement d'aucun droit de douane, à moins qu'on ne les destine à la consommation intérieure.

Article 19.

Les navires et marchandises allemands en Bulgarie et les navires et marchandises bulgares en Allemagne jouiront, quant aux taxes et à tous les autres droits similaires, perçus à titre rémunératoire dans les ports, bassins, docks, rades et havres des Pays contractants, et sous tous les autres rapports, du même traitement que les navires et marchandises nationaux et ceux appartenant à la nation la plus favorisée.

Article 20.

Pour faciliter les relations commerciales entre les deux Pays contractants il est accordé à la Bulgarie le droit de nommer dans les principaux centres de commerce en Allemagne des agents commerciaux. Les endroits où résideront ces agents et les attributions des agents formeront l'objet d'une entente ultérieure par voie diplomatique.

Article 21.

Le présent Traité s'étend aussi aux pays ou territoires unis, actuellement ou à l'avenir, par une union douanière à l'une des Parties contractantes.

Article 22.

En cas qu'il surgisse entre les Parties contractantes un litige à l'égard de l'interprétation ou de l'application des tarifs B et C, annexés au présent Traité, y compris les dispositions additionelles relatives à ces deux tarifs, ainsi que des taux des tarifs conventionnels, stipulés entre les Parties contractantes et des Etats tiers, ce litige sera réglé, sur la demande de l'une ou de l'autre Partie, par l'arbitrage. || Le tribunal arbitral sera constitué pour chaque litige de manière que chaque Partie nomme un arbitre parmi les ressortissants compétents de son Pays et que les deux Parties choisissent pour surarbitre un ressortissant d'un tiers pays ami. Les Parties contractantes se réservent de s'entendre, d'avance et pour une certaine période, sur la personne du surarbitre à désigner. || Le cas échéant, et sous la réserve d'une entente spéciale à cet effet, les Parties contractantes soumettront également à l'arbitrage d'autres litiges, sur l'interprétation ou l'application du présent Traité, que ceux désignés à l'alinéa 1.

Article 23.

Le présent Traité entrera en vigueur le 14 janvier (n. st.) 1906. || Cependant le Gouvernement Impérial d'Allemagne aura le droit de remettre la mise en vigueur du Tarif B (droits à l'entrée du territoire douanier allemand) et des stipulations dans les articles 8 et 13 y relatives jusqu'au 1. mars (n. st.) 1906. D'autre part les droits d'entrée actuellement perçus en Bulgarie seront maintenus pour les provenances allemandes au moins jusqu'au 13 janvier (n. st.) 1906. || Le présent Traité restera exécutoire jusqu'au 28 février (n. st.) 1911. || Dans le cas où aucune des Parties contractantes n'aurait notifié douze mois avant l'échéance de ce dernier terme, son intention de faire cesser les effets du Traité, celui-ci continuera à être obligatoire jusqu'à l'expiration d'une

année à partir du jour où l'une ou l'autre des Parties contractantes l'aura dénoncé.

Article 24.

Le présent Traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Berlin aussitôt que possible. || En foi de quoi les P'lénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Berlin, en double exemplaire, le 1er août mil-neuf-cent-cinq.

Unterschriften.

Protocole final.

Au moment de procéder à la signature du Traité de commerce de douane et de navigation, conclu en date de ce jour à Berlin entre l'Allemagne et la Bulgarie, les Soussignés sont convenus de ce qui suit:

A l'article 1.

Il est entendu que les lois, ordonnances et règlements en matière de commerce et d'industrie comprennent les lois, ordonnances et règlements en matière de police commerciale, industrielle, douanière et de ports.

A l'article 4.

Pour pouvoir exercer en Bulgarie le droit prévu à l'alinéa 1 de l'article 4, les personnes y désignées devront être munies, conformément à l'article 6 de la loi bulgare du $\frac{26 \text{ mars}}{8 \text{ avril}}$ 1905 sur les commis-voyageurs, d'une patente spéciale dont la taxe au profit de l'État ne dépassera pas 150 francs pour toute l'année et 100 francs pour six mois, si le commis-voyageur représente une seule maison commerciale. Lorsqu'il en représente plus d'une, cette taxe est majorée encore de 100 francs pour toute l'année et de 50 francs pour six mois. || Il est entendu que les taxes prévues à l'alinéa 1 ne frapperont que la maison commerciale et que, par conséquent, cette taxe ne sera payée qu'une fois, n'importe que la maison commerciale envoie un ou plusieurs voyageurs à son service.

A l'article 5.

Il est entendu que les ressortissants allemands en Bulgarie, comme locataires d'immeubles, jouiront de l'exemption du logement militaire, mais non des autres prestations et réquisitions militaires auxquelles les nationaux et les ressortissants de la nation la plus favorisée pourront être soumis dans cette même qualité. || Il est entendu que, s'il y a des doutes sur la nationalité d'un conscrit, celui-ci, avant que sa nationalité

ne soit établie, ne pourra être contraint à se soumettre ni à des prestations militaires ni sourtout à la visite médicale, requise pour la conscription.

A l'article 6.

Sous la réserve, prévue à l'alinéa 2 numéro 3 de l'article 6 du présent Traité, le Gouvernement Impérial d'Allemagne admettra le transit de viande fraîche ou préparée, produite en Bulgarie et expédiée de ce pays en droiture, contre l'observation des mesures prophylactiques vétérinaires, requises par les lois, règlements ou ordonnances en vigueur ou à émettre par les autorités allemandes. || Sous la même réserve la viande, produite en Bulgarie, qui pourra être considérée comme préparée dans le sens de la loi allemande sur inspection de la viande du 3 juin 1900, sera admise à l'entrée en Allemagne conformément aux dispositions prévues par ladite loi.

A l'article 8.

En vue des dispositions en vigueur en Allemagne, concernant le service des renseignements officiels en matière de douane, le Gouvernement Bulgare est prêt à adopter, aussitôt que faire se pourra, des dispositions par lesquelles les importateurs seront à même d'obtenir par voie officielle des renseignements à l'égard du traitement douanier des marchandises à leur entrée en Bulgarie. || Il est entendu que la date de l'exécution de cette disposition sera remise au Gouvernement Bulgare. || Les échantillons sans valeur, importés en Bulgarie par la poste, ne seront soumis à la révision douaniére que dans le cas où les circonstances concrètes font soupçonner l'intention de frauder les droits.

Aux articles 14—19.

Il sera permis aux compagnies de navigation et aux propriétaires de bateaux allemands, faisant un service régulier de transport, de louer dans le rayon des ports, pour leurs bureaux, ateliers et magasins, des terrains, même appartenant à l'État, et contre un prix convenable, lorsqu'il n'en aura pas besoin pour d'autres usages. Il reste entendu que lesdits magasins seront considérés comme entrepôts dès qu'ils répondront aux exigences légales. || Il est entendu que les navires allemands et les marchandises allemandes, importées par voie d'eau ou par terre, après avoir acquitté les droits d'entrée, ne seront soumis en Bulgarie à aucun droit additionnel ou à des taxes accessoires nouvelles ou supérieures à celles qui existent actuellement à l'égard des marchandises et navires nationaux et de ceux de la nation la plus favorisée, savoir: || 1° Le droit de plombage, à savoir:

a) 30 centimes pour chaque grand plomb, la ficelle y comprise, et || b) 5 centimes pour chaque petit plomb ou cachet, la ficelle y comprise. || 2° Il est perçu une taxe de 10 centimes pour chaque exemplaire des imprimés suivants, fournis par la douane: || a) manifeste ou extrait de manifeste, || b) déclarations en douanes, || c) feuilles délivrées pour les marchandises transportées d'un port bulgare dans un autre port bulgare, || d) feuilles de transit, || e) feuilles de transport délivrées par les bureaux de douane d'entrée pour les marchandises devant être dédouanées par un autre bureau de douane. || 3° Une taxe de 5 centimes est perçue pour chaque exemplaire de quittance imprimée, délivrée par la douane. || Il est également perçu une taxe de 5 centimes pour tous les autres imprimés fournis par la douane. || 4° Le droit de timbre est perçu conformément à la loi sur les timbres en vigueur. || Cependant les navires allemands entrant dans ou sortant de plusieurs ports bulgares après avoir payé une fois le droit de timbre sur les manifestes généraux d'entrée ou de sortie dans le premier port ne payeront qu'une taxe supplémentaire d'un franc sur les extraits de manifestes d'entrée et de 50 centimes sur les manifestes additionnels de sortie, || 5° La taxe pour l'inspection des bestiaux; les taxes (béglik) sur les moutons. || 6° Les taxes sur les navires de commerce, fréquentant les ports de Bulgarie, approuvées par la XXVIe décision du conseil des Ministres, prise dans la séance du 28 février 1904, protocole No. 21. || 7° Les droits de magasinage, perçus conformément à l'article 64 de la loi bulgare sur les douanes.

8° Le droit de statistique: a) 10 centimes par colis à l'exception des envois postaux, || b) 15 centimes les 1000 kilogrammes des marchandises chargées en vrac, || c) 10 centimes par tête de bétail. || 9° Le droit de $^1/_2$ % ad valorem sur les marchandises tant à l'importation qu'à l'exportation, conformément au règlement du 28 mars 1885, No. 61. || De même, il est entendu que des droits additionnels ou taxes accessoires, autres que ceux prévus ci-dessus, ne pourront être établies en Bulgarie sur les navires et marchandises que dans le seul but d'améliorer les ports et de favoriser l'exécution de certains travaux publics, destinés à faciliter le chargement ou le déchargement des marchandises et cela dans les conditions, bien entendu, des lois et règlements spéciaux, publiés à ce sujet.

A l'article 22.

A l'égard de la procédure dans les cas où l'arbitrage a lieu d'après les deux premiers alinéas de l'article 22, les Parties contractantes sont convenues de ce qui suit: Au premier cas d'arbitrage, le tribunal arbitral siégera dans le territoire de la Partie contractante défenderesse, au se-

cond cas dans le territoire de l'autre Partie contractante, et ainsi de suite alternativement dans l'un et dans l'autre territoire. La Partie, sur le territoire de laquelle siégera le tribunal, désignera le lieu du siége. Elle aura la charge de fournir les locaux, les employés de bureau et le personnel de service, nécessaires pour le fonctionnement du tribunal. | Le tribunal sera présidé par le surarbitre. Les décisions seront prises à la majorité de voix. || Les Parties contractantes s'entendront, ou le cas échéant ou une fois pour toutes, sur la procédure du tribunal arbitral. A défaut d'une telle entente, la procédure sera réglée par le tribunal même. La procédure pourra se faire par écrit, si aucune des Parties contractantes ne soulève d'objection; dans ce cas la disposition de l'alinéa 1 peut être modifiée. || Pour la citation et l'audition des témoins et des experts, les autorités de chacune des Parties contractantes, sur la réquisition du tribunal arbitral à adresser au Gouvernement respectif, prêteront leur assistance de la même manière que sur les réquisitions des tribunaux civils du pays. || Les Parties contractantes s'entendront sur la répartition des frais, soit à l'occassion de chaque arbitrage, soit par une disposition applicable à tous les cas. A défaut d'entente, l'article 57 de la Convention de la Haye du 29 juillet 1899 sera appliqué. || En foi de quoi les Plénipotentiaires soussignés ont dressé le présent Protocole qui sera considéré comme approuvé et sanctionné par les Gouvernement respectifs, sans autre ratification spéciale, par le seul fait de l'échange des ratifications du Traité auquel il se rapporte, et y ont apposé leurs signatures.

Fait à Berlin, le 1er août mil-neuf-cent-cinq.

Unterschriften.

Nr. 13782. **DEUTSCHES REICH.** Denkschrift dem Reichstage bei Einbringung des vorstehenden Vertrags vorgelegt[1]). Berlin, 7. Dezbr. 1905.

A. Einleitung.

Ein Handelsvertrag hat bisher zwischen Deutschland und Bulgarien nicht bestanden, die Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten waren vielmehr lediglich auf dem Fuße der Meistbegünstigung geregelt. Diese beruhte in Bulgarien auf den alten Kapitulationen, sowie auf den Artikeln VIII und XX des Berliner Vertrags vom 13. Juli 1878 (Reichs-Gesetzbl. S. 307 ff.); die Bulgarien, einschließlich von Ostrumelien, in Deutschland

[1]) Die der Denkschrift beigefügte Statistik ist fortgelassen. Red.

gewährte Meistbegünstigung ist z. Z. autonom zugestanden (vgl. Zentralblatt für das Deutsche Reich 1892 S. 72). Das Meistbegünstigungsrecht in Bulgarien genügte den Bedürfnissen des deutschen Handels, solange dieses Land von den dort eingehenden Waren im großen und ganzen nur Wertzölle erhob. Nachdem jedoch Bulgarien seinen neuen Zolltarif vom 17./30. Dezember 1904 auf Grundlage der Gewichtszölle mit eingehender Unterscheidung der einzelnen Waren aufgebaut hat, ist der Wert der uns zustehenden Meistbegünstigung bedeutend verringert worden. Unter diesen Umständen erschien es für uns angezeigt, dem von Bulgarien ausgesprochenen Wunsche, in Handelsvertragsverhandlungen einzutreten, zu entsprechen. Aus diesen Verhandlungen ist der vorliegende Vertrag vom 1. August 1905 hevorgegangen. Der Text desselben wurde möglichst eng dem Text der bestehenden Handelsverträge Deutschlands mit anderen Staaten, insbesondere demjenigen mit Rumänien, nachgebildet. Wo Abweichungen erfolgten, waren sie durch die besonderen Verhältnisse bedingt. || Im einzelnen ist folgendes zu bemerken:

B. Zum Vertragstext und Schlußprotocoll.

Von Artikel 1 sind die Absätze 1 und 2 dem Artikel 1 des deutsch-rumänischen Handels-, Zoll- und Schiffahrtsvertrags vom 21. Oktober 1893 (Reichs-Gesetzbl. 1894 S. 1 ff.) nachgebildet, jedoch mit der Maßgabe, daß in Absatz 1 ausdrücklich neben der Gleichstellung mit den Inländern auch die mit den Angehörigen des meistbegünstigten Staates sowohl hinsichtlich des Gewerbe- und Handelsbetriebs wie auch bezüglich der besonderen etwa damit verbundenen Lasten und Vergünstigungen vereinbart worden ist. Absatz 1 hat gegenüber der Fassung im deutsch-rumänischen Handelsvertrag von 1893 insofern formell eine Erweiterung erfahren, als die darin niedergelegte Ausnahme von dem Grundsatze des Absatzes 1 auch auf die ländlichen Schankwirte — wie dies auch im Schlußprotokoll zum erwähnten deutsch-rumänischen Handelsvertrag geschehen ist — erstreckt wurde. In Absatz 3 ist in Anlehnung an Absatz 2 des Artikels 1 des deutsch-russischen Handels- und Schiffahrtsvertrags vom 10. Februar 1894 (Reichs-Gesetzbl. 1894 S. 153 ff.) die Anwendung der Landesgesetzgebung auf dem Gebiete des Handels und der Gewerbe auf die Fremden unter voller Wahrung der Meistbegünstigung ausgesprochen. || Das Schlußprotokoll zu Artikel 1 erklärt ausdrücklich, daß in den Kreis der Landesgesetzgebung im Sinne des Absatzes 3 des Artikels 1 die Handels-, Gewerbe-, Zoll- und Hafenpolizei fällt. Was den letzteren Punkt anlangt, so ist im Laufe der Verhandlungen festgestellt worden, daß unter «police de ports« nicht diejenige Polizeigewalt

zu verstehen ist, welche z. Z. über die Schiffe und ihre Besatzungen auf Grund des internationalen öffentlichen Rechts oder der Gesetze des Heimatsstaates des Schiffes ausgeübt wird. || Da z. Z. die bulgarische Landesgesetzgebung auf Deutsche in Bulgarien an sich keine Anwendung findet, so war man darüber einig, daß Absatz 3 und das Schlußprotokoll zu Artikel 1, soweit es sich um polizeiliche Befugnisse Bulgariens Deutschen gegenüber handelt, erst dann in Wirksamkeit treten sollen, wenn Österreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien, Italien und Rußland mit Bulgarien eine gleiche Abmachung getroffen haben werden. || Artikel 2 stellt zunächst in Absatz 1, der mit geringen Abweichungen dem Absatz 1 von Artikel 2 des deutsch-rumänischen Handelsvertrags von 1893 nachgebildet ist, die Angehörigen beider Länder hinsichtlich des Erwerbs von beweglichem und unbeweglichem Eigentum, sowie bezüglich der damit verbundenen Gebühren und Lasten den Inländern gleich. Absatz 2 gewährt in Anlehnung an Absatz 3 des Artikels 2 des deutsch-russischen Handelsvertrags von 1894 den Angehörigen beider Staaten freien Zutritt zu den einheimischen Gerichten. Soweit es sich dabei um den Zutritt bulgarischer Staatsangehöriger zu den deutschen Gerichten handelt, enthält diese Bestimmung nur den Ausdruck des bereits bestehenden Zustandes. Dagegen schafft, da die Deutschen in Bulgarien in Strafsachen und in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten mit Deutschen nicht der bulgarischen Gerichtsbarkeit unterstehen, die neue Bestimmung hierin eine Änderung. Diese wird aber, wie beiderseits anerkannt wurde, erst dann in Wirksamkeit treten, wenn Österreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien, Italien und Rußland Bulgarien das gleiche Zugeständnis wie Deutschland gemacht haben werden. || Artikel 3, dessen Wortlaut sich mit dem des Artikels 4 des deutsch-russischen Handelsvertrags von 1894 deckt, regelt die Verhältnisse der Aktiengesellschaften, sowie anderer industrieller, finanzieller und Handelsgesellschaften. Das Inkraftreten der Befugnis deutscher Gesellschaften, in Bulgarien vor bulgarischen Gerichten Recht zu nehmen, wird indessen ebenfalls davon abhängig sein, daß die genannten fünf Mächte eine gleiche Vereinbarung mit Bulgarien getroffen haben werden. Außerdem bestand zwischen den deutschen und bulgarischen Unterhändlern Einverständnis darüber, daß die Bestimmungen dieses Artikels in keiner Weise den geltenden Rechten derjenigen Aktien-, Handels- und industriellen Gesellschaften, welche in Bulgarien von deutschen Reichsangehörigen gegründet sind oder künftig gegründet werden, Abbruch tun, solange eine gleiche Rechtslage für österreichisch-ungarische, französische, großbritannische, italienische und russische Staatsangehörige besteht.

Artikel 4 und das Schlußprotokoll zu Artikel 4 regeln die Verhältnisse der Handlungsreisenden. Der Text des Artikels ist im großen und ganzen dem Artikel 3 des deutsch-rumänischen Handelsvertrags von 1893 nachgebildet. In Abweichung von diesem Vorbild ist in Absatz 1 des vorliegenden Artikels hinsichtlich der Höhe der von den Handlungsreisenden zu entrichtenden Gebühren die Gleichstellung mit den Inländern und den Angehörigen des meistbegünstigten Staates bedungen und in Absatz 3 die Ausstellung der Gewerbelegitimationskarte in deutscher oder französischer Sprache zugelassen worden; die Frist für die zollfreie Wiederausfuhr der Muster ist in Absatz 6 (wie in Artikel 1, Ziffer V, Nr. 2 des Zusatzvertrags zum deutsch-russischen Handelsvertrage vom 10. Februar 1894, vom 28. Juli 1904 — Reichs-Gesetzbl. 1905, S. 35 ff. —) auf ein Jahr vereinbart worden, wobei die Wiederausfuhr über jedes beliebige Zollamt für zulässig erklärt wird (ebenso in Artikel 12 Absatz 2 des deutsch-russischen Handelsvertrags von 1894). || Da Bulgarien durch ein Gesetz über die Handlungsreisenden vom $\frac{26.\ \text{März}}{8.\ \text{April}}$ 1905 (Deutsches Handelsarchiv 1905, I S. 1011 ff.) das Recht zur Entsendung von Handlungsreisenden oder zum Reisen als Handlungsreisender von der Entrichtung bestimmter Gebühren abhängig gemacht hat, war es geboten, Fürsorge dagegen zu treffen, daß diese Gebühren während der Vertragsdauer erhöht werden können. Dies ist durch die Bestimmung in Absatz 1 des Schlußprotokolls zu Artikel 4 geschehen. Durch Absatz 2 dieser Schlußprotokollbestimmung wird die Möglichkeit gegeben, mehrere Handlungsreisende bei einmaliger (jährlicher oder halbjährlicher) Gebührenentrichtung zu entsenden. || Außerdem haben die bulgarischen Delegierten im Laufe der Verhandlungen noch folgende Erklärungen abgegeben: 1. Die in Gemäßheit des bulgarischen Gesetzes den Handlungsreisenden beim Eintritt in Bulgarien auszuhändigenden Legitimationskarten werden als Quittung für die Gewerbesteuer angesehen werden. || 2. Die Handlungsreisenden sind nicht verpflichtet, ihre Korrespondenzen und Bücher, die übrigens nicht in bulgarischer Sprache geführt zu sein brauchen, den bulgarischen Handelskammern vorzulegen. || 3. Die in Artikel 16 des bulgarischen Gesetzes über die Handlungsreisenden vorgesehenen Strafen werden nur in denjenigen Fällen über deutsche Handlungsreisende verhängt werden, in den diese nachweislich Muster verkauft haben. In allen anderen Fällen wird von den nicht wieder ausgeführten Waren lediglich der Zoll erhoben werden. || Im übrigen gilt auch hier wegen der bulgarischen Gerichtsbarkeit der oben zu Artikel 1 und 2 erwähnte Vorbehalt. || 4. Die Bestimmung im 2. Absatze des Schlußprotokolls zu

diesem Artikel bezieht sich nur auf solche Fälle, in denen ein Handelshaus gleichzeitig mehrere Reisende nach Bulgarien entsendet. Wenn aber ein Geschäftsreisender aus irgendwelchen Gründen durch einen anderen Reisenden desselben Hauses ersetzt werden muß, so hat dieser letztere keinerlei Taxe zu entrichten, vorausgesetzt, daß die Gültigkeitsdauer der Legitimationskarte des ersten Reisenden noch nicht abgelaufen ist. || 5. Die Bestimmungen über die von den Handlungsreisenden mitgeführten Muster finden auch auf diejenigen Muster Anwendung, die den Reisenden nach ihrem Eintritt in Bulgarien nachgesandt werden. || Artikel 5 und das Schlußprotokoll zu Artikel 5 regeln die Heranziehung der beiderseitigen Staatsangehörigen zu öffentlichen, insbesondere militärischen Dienstleistungen. Der Artikel selbst deckt sich inhaltlich mit dem Artikel 4 des deutsch-rumänischen Handelsvertrags von 1893 mit der Abweichung, daß in Absatz 2 hinsichtlich der mit dem Grundbesitze verbundenen militärischen Lasten und Leistungen neben der Gleichstellung mit den Einheimischen auch die Gleichstellung mit den Angehörigen des meistbegünstigten Staates ausdrücklich vereinbart wird. || Ein gleicher Zusatz ist in Absatz 1 der zugehörigen Schlußprotokollbestimmung hinsichtlich der Befreiung der in Bulgarien von den sonstigen militärischen Leistungen und Anforderungen außer der Quartierleistungspflicht gemacht worden; im übrigen deckt sich dieser mit dem Schlußprotokolle zu Artikel 4 des deutsch-rumänischen Handelsvertrags von 1893. Absatz 2 des Schlußprotokolls zu Artikel 5 entspricht völlig der Bestimmung in Artikel 2, Ziffer 1 des Zusatzvertrags zum deutsch-rumänischen Handels-, Zoll- und Schiffahrtsvertrage vom 11. Oktober 1893, vom 8. Oktober 1904 (Reichs-Gesetzbl. 1905, S. 253 ff.).

Artikel 6 regelt die Frage der Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote in der in den meisten neuen deutschen Handelsverträgen angenommenen Form. (Vgl. z. B. Artikel 1, Ziffer I des deutsch-rumänischen Zusatzvertrags von 1904.) || Das Schlußprotokoll zu Artikel 6 gewährt Bulgarien hinsichtlich der Durchfuhr von frischem und zubereitetem Fleische durch Deutschland, sowie der Einfuhr zubereiteten Fleisches nach Deutschland dieselben Rechte, welche Rumänien in Artikel 2, Ziffer II des oben erwähnten Zusatzvertrags und Serbien in Artikel 2, Ziffer III des Zusatzvertrags zum deutsch-serbischen Handels- und Zollvertrage vom 21./9. August 1892, vom 29./17. November 1904 zugestanden worden sind. || Artikel 7 sichert den beiderseitigen Boden- und Gewerbserzeugnissen allgemein die Meistbegünstigung für die Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr zu, unter Vorbehalt gewisser Einschränkungen hinsichtlich des Grenzverkehrs und der zollgeeinten Länder. Inhaltlich entspricht Ar-

tikel 7 völlig dem Artikel 6 des deutsch-rumänischen Handelsvertrags von 1893 in der durch Artikel 1, Ziffer II des Zusatzvertrags zu diesem Vertrage von 1904 geschaffenen Fassung. || Artikel 8 setzt den Grundsatz der Meistbegünstigung für die Einfuhrzölle in beiden Ländern fest und sichert den in den Tarifen B und C aufgeführten Waren die dort genannten Zollsätze. Der Artikel entspricht dem Artikel 7 des deutsch-rumänischen Handelsvertrags von 1893, wobei die Ersetzung des Wortes »Deutschland« durch »deutsches Zollgebiet« sich lediglich als genauere Ausdrucksweise ohne Änderung des Sinnes darstellt. Im Schlußprotokolle zu Artikel 8 hat Bulgarien zunächst die Verpflichtung zur Einrichtung amtlicher Zollauskunftstellen übernommen, wie sie verschiedentlich in den neuen deutschen Handelsverträgen (z. B. in Artikel 2 Ziffer III, 2 des deutsch-rumänischen Zusatzvertrags von 1904) festgesetzt worden ist. Der Zeitpunkt, zu welchem diese Auskunftstellen in Bulgarien eingerichtet werden sollen und der auch in den anderen Verträgen nicht näher festgesetzt ist, ist in Absatz 2 dem Ermessen der bulgarischen Regierung überlassen worden, da diese bei dem Übergange vom Wertzollsystem zum Gewichtszollsystem entsprechende Zeit zur Schulung des Zollpersonals bedarf. In Absatz 3 ist gegen eine unnötige und zeitraubende Zolluntersuchung der mit der Post in Bulgarien eingehenden Muster ohne Wert Vorsorge getroffen worden. || Artikel 9, der mit der bereits in Artikel 8 erhaltenen Änderung in der Fassung dem Artikel 8 des deutsch-rumänischen Handelsvertrags von 1893 entspricht, legt den Grundsatz der Meistbegünstigung auch für die Ausfuhr aus den beiden Vertragsstaaten fest. || Artikel 10 bindet gegenseitig die Freiheit von Durchgangsabgaben und entspricht dem Artikel 9 des deutsch-rumänischen Handelsvertrags von 1893. || Artikel 11 erkennt ausdrücklich die Berechtigung beider Teile zur Forderung von Ursprungszeugnissen für den Fall an, daß je nach dem Ursprunge der Waren verschieden hohe Zölle erhoben werden (vgl. den entsprechenden Artikel des deutsch-rumänischen Handelsvertrags von 1893). || Artikel 12 regelt die Fälle des ausnahmsweise zollfreien Verkehrs in derselben Weise, wie Artikel 11 des deutsch-rumänischen Handelsvertrags von 1883 mit der Maßgabe, daß der Text der Lit. c. in Einklang mit dem Wortlaute des § 6, Ziffer 9 des deutschen Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902 gebracht worden ist. || Artikel 13 behandelt die Frage der Zulässigkeit der Belastung von Waren durch innere Abgaben. || Derartige innere Abgaben bestehen zur Zeit in Bulgarien folgende: 1. Die Akzise, welche auf Grund des bulgarischen Gesetzes vom 31. Januar (a. St.) 1905 (Deutsches Handelsarchiv 1905, I. Teil, S. 795 ff.) erhoben wird, und || 2. der Oktroi,

welcher in den bulgarischen Gesetzen vom 20. Januar (a. St.) 1900 (Deutsches Handelsarchiv 1900, I. Teil, S. 385 ff.), 30. Dezember (a. St.) 1904 und 23. März (a. St.) 1905 (Deutsches Handelsarchiv 1905, I. Teil, S. 897 ff.) geregelt ist. || Artikel 13, Absatz 1 entspricht wörtlich der Bestimmung in Artikel 1, Ziffer IV des deutsch-rumänischen Zusatzvertrags von 1904. In Absatz 2 ist sodann, sowohl in Deutschland wie in Bulgarien, eine Erhöhung der bestehenden inneren Abgaben für die in den Vertragstarifen gebundenen Waren nur für den Fall für zulässig erklärt worden, daß die betreffenden Waren in dem die Abgabe erhebenden Lande ebenfalls erzeugt, und daß die einheimischen Waren gleicher Art derselben Belastung unterworfen werden (ähnlich in Artikel 1 Ziffer VIII des deutsch-serbischen Zusatzvertrags von 1904). Absatz 3 entspricht dem Absatz 4 des Artikels 12 des deutsch-rumänischen Handelsvertrags von 1893.

Zu Artikel 14 bis 19. Die deutsche Schiffahrt in Bulgarien, die zur Zeit der Zahl der Schiffe nach den sechsten Platz (nach Bulgarien, der Türkei, Griechenland, Österreich-Ungarn und Großbritannien) und nach dem Raumgehalt den dritten (nach Österreich-Ungarn und Großbritannien)[1]) einnimmt, wird gegenwärtig fast ausschließlich durch die »Deutsche Levante-Linie« vertreten. Mit Rücksicht darauf, daß die deutsche Schiffahrt sich in aufsteigender Linie bewegt, sind eingehende Bestimmungen über die gegenseitig einzuräumenden Vergünstigungen getroffen worden. Dabei sind auch hier im allgemeinen die Bestimmungen des deutsch-rumänischen Handelsvertrags von 1893 zugrunde gelegt worden, die sich in der Praxis bewährt haben. || In Artikel 14 ist die Gleichstellung der deutschen bzw. bulgarischen mit der nationalen Flagge grundsätzlich festgelegt und zugleich die Meistbegünstigung im Verhältnis zu irgend welchen dritten Mächten ausbedungen worden. Da auf Wunsch der bulgarischen Regierung die Küstenschiffahrt auf dem schwarzen Meere von der allgemeinen Gleichstellung ausgenommen und der einheimischen Gesetzgebung unterstellt worden ist, so sind, unter Zusicherung der Gegenseitigkeit, für deutsche Schiffe, welche etwa in Zukunft in Bulgarien Küstenschiffahrt betreiben sollten, die Rechte der

[1]) Im Hafen von Varna verkehrten im Jahre 1903:

127 österreichisch-ungarische Schiffe mit	183 550	Tonnen,
81 britische Schiffe mit	122 805	» ,
69 deutsche Schiffe mit	99 515	» .

Im Hafen von Burgas:

120 österreichisch-ungarische Schiffe mit	156 518	Tonnen,
54 britische Schiffe mit	79 077	» ,
74 deutsche Schiffe mit	101 304	» .

meistbegünstigten Nation bedungen worden. Die Staffelfahrt ist in allen Fällen beiderseits freigegeben worden. Der Zusatz wegen der Subventionen oder Garantien zugunsten der nationalen Handelsmarine findet sich in ähnlicher Weise in Artikel 13 des deutsch-russischen Handelsvertrags von 1894. || Die Artikel 15 bis 19 regeln die Anerkennung der Nationalität der Schiffe auf Grund der nach den Landesgesetzen ausgestellten Urkunden und Patente, ferner die Abgabenfreiheit der in den Häfen nicht ausgeladenen Waren, die Freiheit von Tonnengeldern und Expeditionsgebühren bei Ballastfahrten, beim Anlaufen mehrerer Häfen desselben Landes und im Falle des Anlaufens eines Hafens, in dem keine Handelsoperationen vorgenommen werden, sodann die Hilfeleistung bei Schiffbruch und die Behandlung des geretteten Gutes in solchem Falle, endlich die Bezahlung für Benutzung von Schiffahrtseinrichtungen. || In letzterer Beziehung ist im Schlußprotokoll zu den Artikeln 14 bis 19 nochmals hervorgehoben worden, daß in Bulgarien neue Abgaben (außer den bereits bestehenden, besonders aufgeführten) lediglich zu dem Zwecke eingeführt werden können, um die Häfen zu verbessern und die Ausführung der Landungs- und Löschungsarbeiten zu erleichtern.

Artikel 20 sichert Bulgarien das Recht zu, in den Haupthandelsplätzen Deutschlands zur Belebung der gegenseitigen Handelsbeziehungen Handelsagenten zu bestellen; die Amtssitze und Amtsbefugnisse derselben sollen späterer diplomatischer Vereinbarung vorbehalten bleiben. || Artikel 21 erstreckt, entsprechend Artikel 19 des deutsch-rumänischen Handelsvertrags von 1893, die Geltung des Vertrags auch auf die mit den Vertragsstaaten in Zollunion stehenden Länder und Gebietsteile. || Artikel 22 und das Schlußprotokoll dazu sehen, wie in den meisten neuen deutschen Handesverträgen, den Austrag von Zollstreitigkeiten und anderen Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Vertrags im schiedsrichterlichen Wege vor. Hinsichtlich der Deckung der durch das schiedsrichterliche Verfahren etwa entstehenden Kosten ist in das Schlußprotokoll die in Artikel 2, Absatz 10 des Zusatzvertrags zum deutsch-belgischen Handels und Zollvertrag vom 6. Dez. 1891, vom 22. Juni 1904 (Reichs-Gesetzbl. 1905, S. 599 ff.) vorgesehene Bestimmung aufgenommen worden. || Artikel 23 regelt das Inkrafttreten des Vertrags. Da die bulgarische Regierung ihren neuen, dem Vertrag zugrunde liegenden Zolltarif am 14. Januar (n. St.) in Kraft zu setzen beabsichtigt, ist dieser Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Vertrags selbst vereinbart worden. Andererseits hat Deutschland, dessen sonstige neue, auf dem Zolltarif vom 25. Dezember 1902 beruhenden Verträge am 1. März 1906 in Wirksamkeit treten, sich das Recht vorbehalten, seinerseits den neuen deutschen

Vertragstarif Bulgarien gegenüber erst am 1. März 1906 in Kraft zu setzen. Dagegen hat Bulgarien sich verpflichtet, die zur Zeit dort geltenden Zollsätze, die Deutschland auf Grund der Meistbegünstigung genießt bis zum 13. Januar (n. St.) 1906 für deutsche Waren aufrecht zu erhalten. Eine entsprechende Erklärung ist im Laufe der Verhandlungen seitens der deutschen Delegierten dahin abgegeben worden, daß die bulgarische Einfuhr nach Deutschland bis zur Inkraftsetzung des Tarifs B nach dem derzeitigen deutschen Vertragstarif behandelt werden wird. Der Vertrag bleibt bis zum 28. Februar (n. St.) 1911, und falls er zu diesem Zeitpunkte nicht gekündigt worden ist, bis nach Ablauf eines Jahres nach erfolgter Kündigung in Kraft. Eine längere Geltungsdauer wurde bulgarischerseits abgelehnt, da man dort zunächst die Wirkungen des neuen Tarifs erproben will. || Artikel 24 sieht in der üblichen Weise den Austausch der Ratifakationsurkunden des Vertrags vor.

C. Zum deutschen Tarif.

Der deutsche Tarif hat durch den Abschluß des Vertrags mit Bulgarien wesentliche Veränderungen der ihm durch die mit anderen Staaten abgeschlossenen Verträge bereits gegebenen Gestalt nicht erfahren. Bei der Ähnlichkeit der Produktions- und Handelsverhältnisse Bulgariens mit denjenigen Serbiens, zum Teil auch Rußlands und Rumäniens, war für das Zustandekommen des Vertrags in erster Linie die Gewährung derjenigen Zugeständnisse von Bedeutung, welche bei den Hauptgetreidearten, bei Erzeugnissen des Gemüse- und Obstbaues und der Viehzucht unsererseits anderen Staaten schon vertragsmäßig gemacht worden waren. Es mußte für Bulgarien vor allem darauf ankommen, sich hier aus eigenem Rechte die gleiche Behandlung seiner hauptsächlichsten Bodenerzeugnisse zu sichern. || Aus dieser Sachlage ergab sich, daß im allgemeinen nur Zugeständnisse zu machen waren, welche in gleichem Ausmaße auch in anderen von uns abgeschlossenen Verträgen sich finden. Von einer erneuten Erörterung der Gründe, welche die daraus sich ergebenden Zollermäßigungen und Bindungen angemessen lassen, kann daher hier abgesehen werden. || Bei einer Reihe von Tarifstellen gingen die Wünsche der bulgarischen Regierung nicht soweit, wie die bereits anderen Vertragsstaaten unsererseits gemachten Zugeständnisse; daher erscheinen zum Teil Zollsätze, welche höher sind, als die für die gleichen Waren in anderen Verträgen enthaltenen: jedoch werden die letzteren im Wege der Meistbegünstigung auch Bulgarien zuteil. || An neuen, in früher abgeschlossenen Verträgen noch nicht enthaltenen Zugeständnissen sind zunächst einige

minderwichtige Bindungen der im allgemeinen Tarife vorgesehenen Zollbefreiungen oder Zollsätze zu erwähnen: so bei Nr. 14 für Erdnüsse und Sesam (zollfrei), bei Nr. 111 für gespicktes oder auf andere Weise einfach zubereitetes Haarwild (35 Mk. für 1 dz), bei Nr. 359 für gemahlenen tierischen Dünger (zollfrei), bei Nr. 563 für Felle zur Pelzwerkbereitung (zollfrei) und bei Nr. 569 für Lederabfälle usw. (zollfrei). Bei allen diesen Erzeugnissen lagen Gründe wirtschaftlicher, fiskalischer oder handelspolitischer Natur, welche dem Wunsche der bulgarischen Regierung auf Bindung unseres Tarifs entgegenzusetzen gewesen wären, nicht vor. Abgesehen hiervon sind neue Zugeständnisse aus dem deutschen Tarife noch in drei Punkten gemacht worden. || Bei Nr. 164 wurde dem Wunsche Bulgariens gemäß für Graupen, Grieß und Grütze aus Getreide, unter Ausschluß jedoch derartiger aus Hafer gewonnener Erzeugnisse und des im allgemeinen Tarife besonders aufgeführten Reisgrießes, an Stelle des allgemeinen Tarifsatzes von 18,75 Mk. für 1 dz ein solcher von 12 Mk. zugesichert. Wenn auch bisher die Einfuhr Bulgariens zu uns in Müllereierzeugnissen unbedeutend ist, so konnte doch ein Interesse dieses Landes, dem es in erster Linie darauf ankommen muß, Industrien, welche der Verwertung seiner Bodenerzeugnisse dienen sollen, den Absatz in das Ausland zu erleichtern, nicht in Abrede gestellt werden. Eine Ermäßigung des im allgemeinen Tarife vorgesehenen Zollsatzes von 18,75 Mk. erschien überdies auch um deswillen zweckmäßig, weil bei dessen Bemessung von dem allgemeinen Zollsatze des Tarifs für Weizen von 7,50 Mk. ausgegangen war, dieser aber durch die bereits abgeschlossenen Verträge eine Ermäßigung auf 5,50 Mk. erfahren hat. Auch kam in Betracht, daß infolge der Bemessung des Zollsatzes für Teigwaren (Nr. 200) auf 15,50 Mk. für 1 dz im Vertrage mit Italien bei Aufrechterhaltung des Zollsatzes der Nr. 164 sich ein für unsere heimische Teigwarenfabrikation nachteiliges Mißverhältnis zwischen den Zollsätzen für das Rohmaterial (Weizengrieß), auf dessen Bezug aus dem Auslande sie zum Teil angewiesen ist oder mindestens Wert legen muß, und für das Fertigfabrikat der ausländischen Wettbewerbs-Industrie (Teigwaren) ergeben haben würde. Durch die Bemessung des Zollsatzes für Grieß usw. auf 12 Mk. wird einerseits ein zutreffenderes Verhältnis in dieser Hinsicht wiederhergestellt, andererseits der heimischen Grießmüllerei ein genügender Zollschutz gewährleiset. || Als ein weiteres neues Zugeständnis, auf welches seitens Bulgariens besonderer Wert gelegt wurde, stellt sich die Ermäßigung des im allgemeinen Tarife für Rosenöl (Nr. 353) vorgesehenen Zollsatzes von 30 Mk. auf 29 Mk. für 1 dz dar. Hierdurch wurde Bulgarien lediglich der Fortbestand der gegenwärtigen Einfuhrbedingungen zugesichert.

Wenn auch an und für sich bei dem außerordentlich hohen Werte dieser Ware, welcher sich auf rund 44 000 Mk. für 1 dz stellt, ein Zollsatz von 30 Mk. für 1 dz keine nennenswerte Belastung und die in unserem allgemeinen Tarife vorgesehene Erhöhung um 10 Mk. keine Erschwerung der Einfuhr darstellt, so mußte doch das Interesse Bulgariens an dem Fortbestande der bisherigen Verhältnisse bei der Einfuhr dieser Ware anerkannt werden. Nahezu unsere ganze Einfuhr in Rosenöl kommt aus Bulgarien: es gingen von dort ein 7 dz im Jahre 1904, im Werte von 312 000 Mk., 17 dz im Jahre 1903, im Werte von 748 000 Mk., 11 dz im Jahre 1902, im Werte von 484 000 M. Daneben trat die Einfuhr aus der europäischen Türkei, welche noch in Frage kommt, vollständig zurück; während der letzten drei Jahre ist lediglich im Jahre 1904 1 dz im Werte von 44 000 Mk. dorther gekommen. Es handelt sich hiernach in der Tat um einen ausschließlich bulgarischen Artikel und der besondere Wert, welcher auf dieses Zugeständnis gelegt wurde, erklärt sich aus diesem Umstande. Wirtschaftliche oder finanzielle Gründe, welche ein Festhalten an der im allgemeinen Tarife vorgesehenen Erhöhung von 10 Mk. erforderlich erscheinen lassen konnten, waren demgegenüber nicht geltend zu machen. || Endlich ist eine Zollermäßigung von 3 Mk. auf 2 Mk. zugestanden worden für ungespaltene oder gespaltene enthaarte halb- oder ganzgare, noch nicht gefärbte oder weiter zugerichtete Schaf- und Ziegenfelle, auch Lamm- und Zickelfelle (Nr. 544). Gegenwärtig unterliegen derartige Schaf- und Lammfelle einem Zollsatze von 3 Mk., während Ziegen- und Zickelfelle einen vertragsmäßigen Zollsatz von 1 M. für 1 dz genießen. Wenn auch unsere Einfuhr weit überwiegend aus Großbritannien und Britisch-Indien kommt und Bulgarien in erster Linie rohe derartige Tierfelle zu uns einführt, so ließ sich doch der von der bulgarischen Regierung im Interesse ihrer die Schaf- und Ziegenzucht treibenden Bergbevölkerung lebhaft vertretene Wunsch um so eher berücksichtigen, als damit zugleich den wiederholt hervorgetretenen Wünschen unserer Lederindustrie auf Herabsetzung des Zollsatzes in angemessener Weise entgegengekommen werden konnte.

D. Zum bulgarischen Tarife.

Der gegenwärtige bulgarische Einfuhrtarif hat sich aus dem alten türkischen allgemeinen und einheitlichen Wertzoll von 8 v. H. entwickelt. Für Tabak, Schuhwaren mit Ledersohlen, konfektionierte Kleider aus Wollen- oder Halbwollenstoff, Salz, Mineralöl und Explosivstoffe sind spezifische Zölle an die Stelle des Wertzolls getreten. Für alle übrigen

Waren ist der Wertzoll beibehalten, jedoch für die Mehrzahl der Waren nicht unerheblich gesteigert worden, sodaß sich die Zollsätze gegenwärtig zwischen 8 v. H. (für Schrauben, Brucheisen, Gießereiroheisen, Holz und Faßdauben, landwirtschaftliche und gewerbliche Geräte, landwirtschaftliche Maschinen, Öfen und Herde für gewerbliche Zwecke) und 20 v. H. (für Zucker und Fensterglas) bewegen. Tarifmäßig besteht Zollfreiheit nur für Koks einerseits und für Seidenraupeneier, Maschinen und Apparate für Seidenraupenzucht und Seidenspinnerei andererseits; weitere Zollbefreiungen finden auf Grund des Gesetzes, betreffend die Förderung der Industrie (veröffentlicht im Moniteur officiel du commerce von 31. Januar 1895, vgl. Deutsches Handelsarchiv I. Teil, Jahrgang 1895 Seite 238) statt. Dieses Gesetz schreibt vor, daß gewisse Arten von Fabriken, sofern sie innerhalb der ersten 10 Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes errichtet sind, für die zu ihrem Bau und Betriebe dienenden Maschinen und ferner für die zur Fabrikation dienenden Rohstoffe Zollfreiheit genießen sollen, soweit diese im Lande entweder gar nicht oder nicht in genügender Menge vorkommen. Das Verzeichnis der Fabrikationszweige, denen diese Vorteile zugute kommen sollen ist ziemlich umfangreich, sodaß im Endergebnis fast die ganze Industrie, soweit eine solche in Bulgarien bereits besteht, in der Lage ist, ihre Maschinen und einen Teil ihrer Rohstoffe zollfrei aus dem Auslande zu beziehen. || Entsprechend dem Überwiegen der Landwirtschaft in der bulgarischen Volkswirtschaft ist die Ein- und Ausfuhr ziemlichen Schwankungen je nach dem Ausfalle der Ernte unterworfen; im allgemeinen ist sowohl die Einfuhr als die Ausfuhr rasch gestiegen, wobei die Handelsbilanz — von den Mißerntejahren abgesehen — ziemlich stark aktiv ist. Aus den in der Anlage I mitgeteilten Ziffern der bulgarischen Statistik über den gesamten Spezialaußenhandel Bulgariens in den Jahren 1899 bis 1903 ergibt sich, daß die Gesamteinfuhr Bulgariens in dieser Zeit zwischen 46,3 und 81,8 Millionen Franken, seine Gesamtausfuhr dagegen zwischen 53,5 und 108,1 Millionen Franken betragen hat; an der Einfuhr ist Deutschland mit 5,6 bis 10,9 Millionen Franken, an der Ausfuhr mit 3,7 bis 10,6 Millionen Franken beteiligt; in der Einfuhr stehen vor Deutschland Österreich-Ungarn und Großbritannien, in neuerer Zeit auch die Türkei. Für 1904 liegt die bulgarische Statistik noch nicht vor; nach der als Anlage II beigefügten Übersicht aus der deutschen Statistik hat sich in diesem Jahre unsere Einfuhr dorthin von 7,7 auf 11,6 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahre gehoben. || Im Jahre 1903, für welches beide Statistiken vorliegen, wird die deutsche Ausfuhr nach Bulgarien von der deutschen Statistik auf 7,7 Millionen Mark = 9,6 Millionen

Franken, von der bulgarischen Statistik dagegen auf 10,9 Millionen Franken, d. i. etwa um 14 v. H. größer, angegeben, was sich durch die in der bulgarischen Statistik mitberechneten Fracht-, Versicherungs- und sonstigen Kosten erklären würde. Trotz der im wesentlichen befriedigenden Übereinstimmung des Gesamtergebnisses der deutschen und der bulgarischen Statistik bezüglich der deutschen Ausfuhr nach Bulgarien finden sich doch hinsichtlich der einzelnen Waren vielfach auffallende Unterschiede zwischen den Angaben der beiderseitigen Statistiken. Zum Beispiel erscheinen in Nr. 551 und 554 der deutschen Ausfuhrstatistik für 1903 821 dz grobe Waren aus grauer Packleinwand usw. im Werte von 255 000 Mk. und 529 dz Waren aus feinem Wachstuch usw. im Werte von 212 000 Mk., die in der Einleitung zum Abschnitte »Bulgarien« (S. 1 a. a. O.) als hervorragend wichtige Ausfuhrwaren aufgeführt sind; diesen stehen aber in Nr. 570 und 571 der bulgarischen Einfuhrstatistik als Einfuhr aus Deutschland nur

6,26 dz im Werte von 1 804 Franken und
22,65 dz „ „ „ 28 728 „

gegenüber.

Umgekehrt führt die Nr. 779 der bulgarischen Statistik eine Einfuhr von 199,35 dz Dynamit aus Deutschland im Werte von 128 198 Franken auf, während nach Nr. 97 der deutschen Statistik nur 4 dz im Werte von 1000 Mk. nach Bulgarien ausgeführt sein sollen. || Im ersteren Falle handelt es sich um zwei einmalige Sendungen von Armeetornistern, die im Oktober und November 1903 aus Deutschland zur Ausfuhr nach Bulgarien angemeldet worden sind, während die angebliche Dynamitausfuhr sich überhaupt nicht hat aufklären lassen; handelspolitisch kann daher weder der eine noch der andere Fall verwertet werden. || Erfahrungsmäßig sind die Einfuhrstatistiken zuverlässiger als die Ausfuhrstatistiken, weil einerseits in der Regel nur die Einfuhr, aber nicht die Ausfuhr von den Zollbehörden nach Menge und Gattung kontrolliert wird und weil es andererseits leichter ist, das Herkunftsland einer Einfuhrware festzustellen, als das Bestimmungsland einer Ausfuhrware. Legt man demgemäß die neuesten bekannten Ziffern der bulgarischen Einfuhrstatistik, d. i. die des Jahres 1903, zugrunde, so hat der Wert der deutschen Einfuhr nach Bulgarien sich bei folgenden Nummern über den Betrag von 100 000 Franken erhoben:

Nr. der bulgarischen Statistik	Bezeichnung der Einfuhrwaren	Wert der Gesamteinfuhr in 1000 Franken	Wert der Einfuhr aus Deutschland in 1000 Franken
281	Teerfarbstoffe und -farben	444	150
411	Gewöhnliche Glaswaren	477	106
425	Hartes Roheisen	341	154
426	Weiches Roheisen	644	129
433	Brücken und Brückenbestandteile aus Eisen	362	326
435	Eisenbahnschienen, eiserne Schwellen Bolzen, Laschen, Platten usw. für Eisenbahnen	1 431	362
443	Gewöhnliche eiserne Kurzwaren, als Hämmer, Pfannen, Schlösser, Tür- und Fensterangeln und dergl. .	225	151
444	Feine eiserne Kurzwaren, als Federmesser, Meißel, Feilen, Hobel und andere feine Schlosserarbeiten .	460	263
445	Drahtstifte	625	144
456	Feine Gegenstände aus Eisenblech (wozu auch das emaillierte Blechgeschirr gehört)	369	147
476	Kupfer, gehämmert oder gewalzt, in Platten, Stangen und Blechen .	538	113
563	Zugerichtete Felle zur Pelzwerksbereitung, außer Schaf- u. Lammfellen	148	120
567	Marokin- und Ziegenleder, Gemsleder, Kalbleder, gewichst oder lackiert; Korduanleder; gefärbte und lackierte Ledersorten und im allgemeinen sämtliche Schuhoberleder	1 073	225
592	Tuche und Stoffe aus Wolle, gefärbt (außer den Aba und Chayak genannten groben landesüblichen Geweben)	1 951	715

Nr. der bulgarischen Statistik	Bezeichnung der Einfuhrwaren	Wert der Gesamteinfuhr in 1000 Franken	Wert der Einfuhr aus Deutschland in 1000 Franken
594	Schals aus Wolle aller Art, auch gewirkt	264	137
637	Nähzwirn aus Baumwolle, für den Kleinverkauf aufgemacht	582	149
640	Baumwollgewebe, gebleicht, gefärbt, appretiert	2 209	185
645	Indiennes, Printanières und dergl. bedruckte, dünne Baumwollgewebe (feiner Kattun)	3 751	474
653	Baumwollene Wirkwaren	174	131
679	Wollstoffe, gemischt mit Seide, Leinen, Baumwolle	1 233	459
692	Kleider aller Art	822	251
693 a	Leibwäsche aller Art	576	101
722	Landwirtschaftliche Maschinen aller Art	449	117
724	Landwirtschaftliche Geräte	656	227
729	Maschinen, Instrumente und Apparate, sowie Teile von solchen (außer Lokomotiven, Lokomobilen, Dampfmaschinen, landwirtschaftlichen Maschinen, Näh- und Strickmaschinen, Destillier- und Kühlapparaten, chirurgischen, chemischen, astronomischen, optischen, mathematischen und physikalischen Instrumenten, Wagen und anderen Wäge- und Meßinstrumenten sowie Musikinstrumenten)	1 062	343

Vergleicht man bei den vorstehenden Positionen den Wert der deutschen Einfuhr mit dem der Einfuhr aus den anderen Ländern und der früheren Jahre, so ergibt sich ein ausgesprochen deutsches Interesse nur für die

Nummern 433, 443, 444, 563, 592, 594, 653 und 679, d. i. für eiserne Brückenkonstruktionen und für die Erzeugnisse der Kleineisenindustrie, der Pelzzurichterei, der Wollweberei, der Baumwollwirkerei und der Halbseidenweberei. || Für diese Zweige unserer Ausfuhrindustrie waren deshalb in erster Linie handelspolitische Begünstigungen bei der Einfuhr nach Bulgarien zu erstreben, ohne indes darüber andere, ebenfalls wichtige Industrien (z. B. die chemische und elektrische Industrie, die Leder-, Papier- und Konfektionsindustrie) außer acht zu lassen. || Der neue bulgarische Tarif hat zwar die bisherigen Wertzölle durchweg in spezifische Zölle umgewandelt, dabei aber gleichzeitig die für die Einfuhrstaaten allein in Betracht kommenden Industriezölle — von wenigen Ausnahmen abgesehen — stark erhöht, wofür zum Teil finanzielle, namentlich aber protektionistische Rücksichten maßgebend gewesen sind. Das auf Industrieförderung gerichtete Streben Bulgariens tritt besonders bei solchen Industriezweigen hervor, für die entweder bereits die Ansätze in Form einer Haus- und Kleinindustrie vorliegen oder bei denen doch wenigstens die Rohstoffe im Lande vorhanden sind. Da, wo beide Voraussetzungen zutreffen, wie z. B. bei der Wollindustrie, waren Zugeständnisse mehrfach nur dadurch zu erlangen, daß man deutscherseits seine Ansprüche auf Spezialartikel beschränkte, die in Bulgarien nicht hergestellt werden. || Bei 118 von den 562 Positionen des neuen bulgarischen Zolltarifs sind Ermässigungen oder Bindungen der Zölle oder sonstige Vorteile für die Einfuhr vereinbart worden, die in der anliegenden »Übersicht der bulgarischerseits Deutschland zugestandenen Bindungen und Zollermäßigungen usw.« zusammengestellt worden sind. Bei der Ermittelung der bisherigen spezifischen Belastung der Wareneinheiten in Spalte 5 dieser Übersicht sind Einheitswerte zu Grunde gelegt, die sich aus den Angaben der bulgarischen Statistik über die Gesamtmengen und die Gesamtwerte der Einfuhr aus Deutschland im Jahre 1903 berechnen. Diese Einheitswerte weichen von den Einheitswerten der deutschen Statistik vielfach erheblich ab, ohne dass diese Verschiedenheiten überall durch die Änderungen in der Warengruppierung einerseits und durch das Hinzutreten der Fracht- und Versicherungsspesen sowie der Preisaufschläge des österreichisch-ungarischen oder sonstigen Zwischenhandels andererseits erklärt werden könnten; die Angaben der Spalte 5 über die bisherige Belastuug der Waren sind daher mit Vorsicht aufzunehmen. Demgemäß kann die Übersicht nur einen allgemeinen Anhalt dafür geben, um wieviel die künftige Belastung durch den Vertrag gegenüber dem neuen autonomen Tarif ermäßigt worden ist; sie gibt aber nur einen unvollkommenen Aufschluß darüber, wie sich die künftige vertragsmäßige Belastung zu der bis-

herigen tatsächlichen verhält. Zu den einzelnen Positionen des bulgarischen Vertragstarifs ist folgendes zu bemerken:

Nr. 172. Künstliche organische Farben (Teerfarben).

In diesen steht nicht Deutschland, sondern Österreich-Ungarn an der Spitze der Einfuhrländer. Da die weit überwiegende Menge der Teerfarben für die Textilindustrie eingeht, diese aber nach dem Industriegesetze Zollfreiheit für ihre Rohstoffe beanspruchen kann, wird der Zoll wenig praktische Bedeutung erlangen.

Nr. 294. Leder.

Aus der Statistik ergibt sich, daß unsere Lederausfuhr zum weit überwiegenden Teile aus leichten Oberledern, insbesondere aus gefärbtem und lackiertem Kalbleder besteht. Die Lederindustrie hat in Bulgarien erhebliche Fortschritte gemacht, indem sie außer dem von jeher fabrizierten Sohlleder neuerdings auch gewichstes und gefärbtes Oberleder herstellt; dagegen hat man sich der Fabrikation von Lackleder noch nicht in größerem Umfange zugewendet. Diesen Verhältnissen entspricht es, daß für Lackleder eine Ermäßigung des Zolls um 150 Franken, dagegen für die in Betracht kommenden übrigen Leder nur eine solche von 50 bzw. 30 Franken zu erreichen war.

Nr. 305 und 306. Kürschnerwaren.

Bei dem hohen Werte, den die meisten Edelfelle haben, kam es weniger auf eine Herabsetzung, als vielmehr darauf an, zu verhüten, daß bei der Anwendung des Tarifs gewisse gewöhnliche Felle als Edelfelle angesehen und behandelt werden. Dem ist dadurch Rechnung getragen, daß in Absatz 3 der Anmerkung zu Nr. 305 und 306 Nerz, Waschbär, Bisamratte, gemeiner Fischotter und gemeines Eichhörnchen und im Absatz 4 Seeotter, Blaufuchs, Schwarzfuchs und Pelzseehund namentlich aufgeführt worden sind.

Absatz 5 der vertragsmäßigen Anmerkung schränkt den Absatz 5 der autonomen Anmerkung ein; danach dürfen von den aus gewöhnlichen Fellen hergestellten Nachahmungen von Edelfellen nur die nachgeahmten Astrachans als Edelfelle verzollt werden, alle übrigen behalten den Anspruch auf Verzollung alls gewöhnliche Felle.

Nr. 318 bis 321 und 325, Anmerkungen zu Nr. 318, 319, 320, 321 und 325 und zu Nr. 338 bis 346 sowie Anmerkung 1 zu Abmerkung XXIII. Halbseide.

Obschon dies aus der bulgarischen Statistik nicht hervorgeht, unterliegt es doch keinem Zweifel, daß bei der Seidenindustrie der Schwer-

punkt unserer Ausfuhr bei der Halbseide, und zwar bei denjenigen mehr oder weniger dichten, starkfädigen, gefärbten, buntgewebten und bedruckten Stoffen liegt, die aus Seide und Baumwolle bestehen. Nach dem bisherigen Tarif sind diese Stoffe mit 14% vom Werte verzollt worden; wie hoch sich diese Belastung spezifisch gestellt hat, ist aus der Statistik nicht zu ersehen, da diese keine Angaben über den Wert dieser Art von Stoffen enthält. Durch die vertragsmäßige Anmerkung 1 zu Abschnitt XXIII ist erreicht, daß z. B. Halbseidengewebe mit einem Seidengehalte bis zu 20% nicht als Halbseide unter No. 318 des Tarifs fallen, sondern wie Baumwollgewebe mit Zuschlägen von 50 und 150% verzollt werden; außerdem ist bei No. 318 der Zoll für die eigentlichen halbseidenen Stoffe von 1000 auf 750 Franken ermäßigt worden. Danach stellt sich künftig die vertragsmäßige Belastung dieser Stoffe gegenüber der autonomen wie folgt:

Bei einem Seidengehalt:	Autonom:	dz	Vertragsmäßig:	
bis zu 10%	nach Nr. 318	1000 Franken	nach Nr. 366, 367 und 388 in Verbindung mit der Anmerkung 1 zu Abschnitt XXIII	120, 135 und 150 Franken
von mehr als 10 bis 20%	desgleichen	1000 Franken	desgleichen	200, 225 und 250 Franken
von mehr als 20 bis 75%	desgleichen	1000 Franken	nach Nr. 318 in Verbindung mit der Anmerkung zu Nr. 318, 319, 320, 321 und 625	750 Franken

Nr. 338. Wollene Gewebe und Wirkstoffe.

Unter diese Nummer des Tarifs fallen nicht nur die reinwollenen Gewebe, sondern nach der Anmerkung 2 zu Abschnitt XXIII auch die aus Wolle und Baumwolle bestehenden halbwollenen Gewebe, sofern der Anteil an Wolle mehr als 10% des Gesamtgewichts beträgt. Die Einfuhr Bulgariens besteht fast nur aus mittelschweren und leichten Stoffen, wie sie von der verhältnismäßig wenig zahlreichen städtischen Bevölkerung getragen werden. In den von der bäuerlichen Bevölkerung verwendeten und vielfach von ihr selbst im Hausgewerbebetriebe hergestellten groben Wollstoffen, namentlich in den landesüblichen, Aba und Chayak genannten Geweben, vermag Bulgarien nicht nur seinen eigenen Bedarf zu decken,

sondern es führt von diesen auch noch namhafte Mengen nach der Türkei aus. Die Bedeutung der bulgarischen Wollindustrie zeigt sich darin, daß nach Nr. 589 dis 592 der bulgarischen Statistik für 1903 der Gesamteinfuhr an Wollgeweben von 2,161 Millionen Franken eine Gesamtausfuhr von 1,814 Millionen Franken gegenübersteht. Unter diesen Umständen war eine Ermäßigung der gegenüber dem bisherigen Tarif sehr stark erhöhten Zollsätze des neuen bulgarischen Tarifs nur für die Gewebe zu erreichen, die bis zu 500 g auf das Quadratmeter wiegen; bei den für uns verhältnismäßig wenig in Betracht kommenden schweren Geweben hat man sich bulgarischerseits nur zu einer Bindung des Zollsatzes verstanden.

Nr. 374. Baumwollene Wirkwaren.

In baumwollenen Halb- und Ganzfabrikaten steht die deutsche Einfuhr im allgemeinen weit hinter der englischen und italienischen zurück immerhin sind eine Anzahl dieser Positionen, an denen auch wir beteiligt sind, teils im Zoll ermäßigt, teils gebunden worden. Ein ausgesprochen deutsches Interesse bildet dagegen die Einfuhr baumwollener Wirkwaren. Durch die vereinbarte Einschaltung der Worte »auch geschnitten und genäht« in der Anmerkung zu Nr. 374 sind die gesschnittenen Wirkwaren aus den konfektionierten Baumwollwaren der Nr. 406 herausgenommen und den regulär gewirkten gleichgestellt worden; gleichzeitig ist der Zoll für die letzten von 300 auf 225 Franken ermässigt worden. Die Vertragszölle stellen sich daher gegenüber den autonomen wie folgt:

baumwollene Wirkwaren	Autonom		Vertragsmäßig	
regulär	Nr. 374 des Tarifs	300 Franken	No. 374 des Tarifs	225 Franken
geschnitten	No. 406 des Tarifs	1 200 Franken	Nr. 374 des Tarifs	225 Franken

Nr. 405 und 406. Konfektion.

Bei der Einfuhr von Konfektionswaren steht Deutschland nur in wollener Konfektion und in baumwollenen Frauenkleidern an der Spitze der Einfuhrländer.

Nr. 447 bis 482. Eisenindustrie.

Deutschland nimmt nur bei den Erzeugnissen der Kleineisenindustrie regelmäßig und unbestritten die erste Stelle unter den Einfuhrländern ein. Diese Erzeugnisse, die in Nr. 443 und 444 der bisherigen Statistik

zusammengefaßt waren, erscheinen im neuen Tarif in den Nr. 471, 472, 476, 478, 480, 481 und 482. Namentlich die Zölle für die drei letzteren Nummern, welche sich auf Messerwaren und Scheren beziehen, waren zum Schutze und zur Weiterentwickelung der in Bulgarien bestehenden Hausindustrie ansehnlich erhöht worden. Bei allen für unsere Kleineisenindustrie in Betracht kommenden Nummern sind Zollermäßigungen oder mindestens Zollbindungen vereinbart worden.

Weniger klar tritt das deutsche Interesse bei den übrigen Zweigen der Eisenindustrie hervor; z. B. handelt es sich bei den unter Nr. 433 und 435 der bulgarischen Statistik und Nr. 458 und 448 des neuen Tarifs fallenden Brückenkonstruktionen und Eisenbahnschienen in der Regel um einmalige Lieferungen für den Staat, für Gemeinden oder Aktiengesellschaften, bei deren Vergebung auch andere Rücksichten als Güte und Preis der Erzeugnisse ausschlaggebend sind. Immerhin schien es geraten, unsere Ausfuhrinteressen auch für diese beiden und einige andere Zweige unserer Eisenindustrie durch Zollermäßigungen und Zollbindungen zu sichern.

Nr. 178, 427, 429, 486, 492 und 541. Elektrische Industrie.

Wennschon unsere Ausfuhr in den Erzeugnissen der elektrischen Industrie zur Zeit noch verhältnismäßig unbedeutend ist, so ist bei dem wirtschaftlichen Aufschwunge, den Bulgarien neuerdings genommen hat, auf eine erhebliche Steigerung seines Bedarfs an elektrotechnischen Erzeugnissen zu rechnen. Aus diesem Grunde sind für alle wichtigeren Zweige der Elektrotechnik Zollermäßigungen oder Zollbindungen vorgesehen worden.

Nr. 492. Maschinen.

Während bei den landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten sich Österreich-Ungarn unbestritten an der Spitze der Einfuhrländer befindet, stehen wir bei anderen Maschinen mit ihm und anderen Ländern in erfolgreichem Wettbewerb. Aus diesem Grunde ist für eine Reihe von Maschinen, deren Ausfuhr nach Bulgarien aussichtsvoll erscheint, die im Tarif vorgesehene Zollfreiheit vertragsmäßig gebunden worden.

Nr. 13783. **DEUTSCHES REICH und SCHWEDEN.** Handels- und Schiffahrtsvertrag.*)

Stockholm, 8. Mai 1906.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preußen, im Namen des Deutschen Reichs, einerseits, und Seine Majestät der König von

*) Die Tarife sind fortgelassen. Red.

Schweden, andererseits, von dem Wunsche geleitet, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu erleichtern und zu vermehren, haben beschlossen, zu diesem Behufe einen Handels- und Schiffahrtsvertrag abzuschließen, und zu Bevollmächtigten ernannt: || Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preußen: || Allerhöchstihren außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem König von Schweden Felix von Müller, || Seine Majestät der König von Schweden: || Allerhöchstihren Minister des Äußern Eric Birger Trolle, || den Landesgouverneur, vormaligen Minister des Äußern, Grafen Ludvig Wilhelm August Douglas, || den Präsidenten des Reichsschuldenkontor, Dr. juris Per Axel Henrik Cavalli, Mitglied der ersten Kammer des Reichstags, welche, nach Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befindlichen Vollmachten, folgende Artikel vereinbart haben:

Art. 1.

Die Angehörigen eines jeden der vertragschließenden Teile sollen soweit nicht der gegenwärtige Vertrag Ausnahmen enthält, im Gebiete des anderen Teiles in bezug auf Handel, Schiffahrt und sonstige Gewerbe dieselben Privilegien, Befreiungen und Begünstigungen aller Art genießen, welche den Inländern zustehen oder zustehen werden. || Die Angehörigen des einen Teiles sollen im Gebiete des anderen Teiles, sofern und insoweit den Angehörigen des letzteren im Gebiete des ersteren dieselben Rechte gewährt werden, in gleicher Weise wie die Angehörigen irgend eines dritten Staates befugt sein, bewegliches oder unbewegliches Vermögen zu erwerben, zu besitzen und darüber durch Verkauf, Tausch, Schenkung, letzten Willen oder auf andere Weise zu verfügen sowie Erbschaften vermöge letzten Willens oder kraft Gesetzes zu erwerben. || Soweit nicht der gegenwärtige Vertrag Ausnahmen enthält, sollen die Angehörigen des einen Teiles im Gebiete des anderen Teiles weder für ihre Person oder ihren Geschäfts- oder Gewerbebetrieb noch in bezug auf ihre beweglichen oder unbeweglichen Güter anderen oder größeren, allgemeinen oder örtlichen Abgaben, Auflagen oder Lasten unterliegen als die Inländer.

Art. 2.

Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, in freundschaftlichem Einvernehmen die Behandlung der schwedischen Arbeiter in Deutschland und der deutschen Arbeiter in Schweden hinsichtlich der Arbeiterversicherung zu dem Zwecke zu prüfen, um durch geeignete Vereinbarungen den Arbeitern des einen Landes im anderen Lande eine Behandlung zu sichern, die ihnen möglichst gleichwertige Vorteile bietet. ||

Diese Vereinbarungen werden unabhängig von dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags durch ein besonderes Abkommen festgesetzt werden.

Art. 3.

Die Deutschen in Schweden und die Schweden in Deutschland sollen volle Freiheit haben, wie die Inländer ihre Geschäfte entweder in Person oder durch einen Unterhändler ihrer eigenen Wahl zu regeln, ohne verpflichtet zu sein, Mittelspersonen eine Vergütung oder Schadloshaltung zu zahlen, falls sie sich derselben nicht bedienen wollen, und ohne in dieser Beziehung anderen Beschränkungen als solchen zu unterliegen, welche durch die allgemeinen Landesgesetze festgestellt sind. || Sie sollen freien Zutritt zu den Gerichten haben zur Verfolgung und Verteidigung ihrer Rechte und in dieser Hinsicht alle Rechte und Befreiungen der Inländer genießen und wie diese befugt sein, sich in jeder Rechtssache der durch die Landesgesetze zugelassenen Anwälte, Bevollmächtigten oder Beistände zu bedienen.

Art. 4.

Die Angehörigen des einen vertragschließenden Teiles, die sich in dem Gebiete des anderen Teiles niedergelassen haben oder aufhalten, können dort weder zum persönlichen Dienste im Heere, in der Marine, im Landsturm oder in einem anderen militärisch eingerichteten Verbande, noch zu einer Ersatzleistung angehalten werden. || Sie sollen keinen anderen militärischen Leistungen und Requisitionen in Friedens- und Kriegszeiten unterworfen sein als die Inländer und beiderseits Anspruch auf die Entschädigungen besitzen, die durch die in den beiden Ländern geltenden Gesetze zugunsten der Inländer festgesetzt sind.

Art. 5.

Aktiengesellschaften und andere kommerzielle, industrielle und finanzielle Gesellschaften mit Einschluß der Versicherungsgesellschaften, die in dem Gebiete des einen vertragschließenden Teiles ihren Sitz haben und nach dessen Gesetzen errichtet sind, sollen auch in dem Gebiete des anderen Teiles als gesetzlich bestehend anerkannt werden und insbesondere das Recht haben, vor Gericht als Kläger oder Beklagte aufzutreten. || Die Zulassung der im Absatz 1 beseichneten Gesellschaften des einen vertragschließenden Teiles zum Gewerbe- oder Geschäftsbetriebe sowie zum Erwerbe von Grundstücken und sonstigem Vermögen in dem Gebiete des anderen Teiles bestimmt sich nach den dort geltenden Vorschriften. Doch sollen die Gesellschaften in diesem Gebiete jedenfalls dieselben Rechte genießen, welche den gleichartigen Gesellschaften irgend eines dritten Landes zustehen.

Art. 6.

Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende, welche sich durch den Besitz einer von den Behörden des Heimatlandes ausgefertigten Gewerbe-Legitimationskarte darüber ausweisen, daß sie in dem Staate, wo sie ihren Wohnsitz haben, die gesetzlichen Steuern und Abgaben entrichten, sollen befugt sein, persönlich oder durch in ihren Diensten stehende Reisende im Gebiete des anderen vertragschließenden Teiles, soweit es den Angehörigen des eigenen Landes gestattet ist, bei Kaufleuten oder in offenen Verkaufssteilen oder bei solchen Personen, welche die Waren produzieren, Warenankäufe zu machen oder bei Kaufleuten in deren Geschäftsräumen oder bei solchen Personen, in deren Gewerbebetriebe Waren der angebotenen Art Verwendung finden, Bestellungen zu suchen. || Die mit einer Gewerbe-Legitimationskarte versehenen deutschen Gewerbetreibenden (Handlungsreisenden) dürfen für die bezeichnete Tätigkeit in Schweden keiner höheren Abgabe unterworfen werden als die Handlungsreisenden im Ausland ansässiger schwedischer Geschäftshäuser oder die Handlungsreisenden des meistbegünstigten Landes. Die mit einer solchen Legitimationskarte versehenen schwedischen Gewerbetreibenden (Handlungsreisenden) dürfen in Deutschland mit gleich hohen Abgaben belegt werden, wie sie in Schweden von deutschen Handlungsreisenden zur Hebung gelangen. || Die Inhaber der Gewerbe-Legitimationskarten dürfen nur Warenmuster, aber keine Waren mit sich führen. || Die vertragschließenden Teile werden sich gegenseitig Mitteilung darüber machen, welche Behörden zur Erteilung von Gewerbe-Legitimationskarten befugt sein sollen, und welche Vorschriften von den Inhabern dieser Karten bei Ausübung ihrer Tätigkeit als Handlungsreisender zu beachten sind. || Für zollpflichtige Gegenstände, welche als Muster von den vorbezeichneten Handlungsreisenden eingebracht werden, wird beiderseits Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben unter der Voraussetzung zugestanden, daß diese Gegenstände, falls sie nicht in den freien Verkehr übergegangen sind, binnen einer Frist von sechs Monaten wieder ausgeführt werden und die Identität der ein- und wieder ausgeführten Gegenstände außer Zweifel ist, wobei es gleichgültig sein soll, über welches Zollamt die Gegenstände ausgeführt werden. || Die Wiederausfuhr der Muster muß in beiden Ländern bei der Einfuhr durch Niederlegung des Betrages der bezüglichen Zollgebühren oder durch Sicherstellung gewährleistet werden. || Die Erkennungszeichen (Stempel, Siegel, Blei usw.), die zur Wahrung der Identität der Muster amtlich angelegt worden sind, sollen gegenseitig anerkannt werden, und zwar in dem Sinne, daß die von der Zollbehörde des Ausfuhrlandes angelegten Zeichen auch in dem anderen Lande zum

Beweise der Identität dienen. Die beiderseitigen Zollämter dürfen jedoch weitere Erkennungszeichen anlegen, falls dies notwendig erscheint.

Art. 7.

Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbote zu hemmen. || Ausnahmen, sofern sie auf alle oder doch auf alle diejenigen Länder angewendet werden, bei denen die gleichen Voraussetzungen zutreffen, können in folgenden Fällen stattfinden: || 1. in Beziehung auf Kriegsbedarf unter außerordentlichen Umständen; || 2. aus Rücksichten auf die öffentliche Sicherheit; || 3. aus Rücksichten der Gesundheitspolizei oder zum Schutze von Tieren oder Nutzpflanzen gegen Krankheiten oder Schädlinge; || 4. zu dem Zwecke, um auf fremde Waren Verbote oder Beschränkungen anzuwenden, die durch die innere Gesetzgebung für die Erzeugung, den Vertrieb oder die Beförderung gleichartiger einheimischer Waren im Inlande festgesetzt sind.

Art. 8.

Die in dem beiliegenden Tarife A bezeichneten schwedischen Boden- und Gewerbserzeugnisse werden bei ihrer Einfuhr in Deutschland zu den durch diesen Tarif festgestellten Bedingungen zugelassen.

Art. 9.

Innere Abgaben, welche im Gebiete des einen der vertragschließenden Teile, sei es für Rechnung des Staates oder für Rechnung von Provinzen Gemeinden oder Korporationen, auf der Hervorbringung, der Zubereitung oder dem Verbrauch eines Erzeugnisses gegenwärtig ruhen oder künftig ruhen möchten, dürfen Erzeugnisse des anderen Teiles unter keinem Vorwande höher oder in lästigerer Weise treffen als die gleichartigen Erzeugnisse des eigenen Landes. || Keiner der beiden vertragschließenden Teile wird Gegenstände, welche im eigenen Gebiete nicht erzeugt werden, und welche in den Tarifen zum gegenwärtigen Vertrage begriffen sind, unter dem Vorwande der inneren Besteuerung mit neuen oder erhöhten Abgaben bei der Eintuhr belegen. || Wenn einer der vertragschließenden Teile es nötig findet, auf einen in den Tarifen zum gegenwärtigen Vertrage begriffenen Gegenstand einheimischer Erzeugung oder Fabrikation eine neue innere Steuer oder Akzisegebühr oder einen Gebührenzuschlag zu legen, so soll der gleichartige ausländische Gegenstand sofort mit einem gleichen Zolle oder Zollzuschlage bei der Einfuhr belegt werden können.

Art. 10.

Hinsichtlich des Betrages, der Sicherstellung und der Erhebung der Einfuhr- und Ausfuhrzölle sowie in bezug auf die Durchfuhr, die zollamtlichen Niederlagen, die (örtlichen) Gebühren, die Zollformalitäten, die Zollbehandlung und Zollabfertigung, ferner in bezug auf die für Rechnung des Staates, einer Provinz, Gemeinde oder Korporation zur Hebung gelangenden inneren Steuern und Akzisegebühren jeder Art verpflichtet sich jeder der vertragschließenden Teile, den anderen an jeder Begünstigung, jedem Vorrecht und jeder Herabsetzung in den Tarifen teilnehmen zu lassen, welche er einer dritten Macht gewährt haben sollte. || Ebenso soll jede späterhin einer dritten Macht zugestandene Begünstigung oder Befreiung sofort bedingungslos und ohne weiteres dem anderen vertragschließenden Teile zustatten kommen.

Art. 11.

Die Bestimmungen des Artikels 7 Absatz 2 und des Artikels 10 über die Gewährung der Meistbegünstigung berühren nicht: || 1. die Begünstigungen, welche anderen angrenzenden Staaten zur Erleichterung des örtlichen Verkehrs innerhalb der beiderseitigen Grenzbezirke, jedoch nicht über eine Zone hinaus von je 15 km Breite, von der Grenze an gerechnet, gegenwärtig gewährt sind oder in Zukunft gewährt werden sollten; || 2. die Verbindlichkeiten, welche sich für einen der vertragschließenden Teile durch die Bestimmungen einer schon abgeschlossenen oder etwa künftighin abzuschließenden Zolleinigung ergeben. || Deutscherseits werden ferner die besonderen Begünstigungen, die von Schweden den Angehörigen, den kommerziellen, industriellen oder finanziellen Gesellschaften oder den Boden- und Gewerbserzeugnissen Norwegens zugestanden sind oder künftig zugestanden werden möchten, so lange nicht auf Grund des Meistbegünstigungsrechtes in Anspruch genommen werden, als dieselben nicht auch den Angehörigen, den Gesellschaften oder den Erzeugnissen irgend eines anderen Staates eingeräumt werden.

Art. 12.

Auf Eisenbahnen soll weder hinsichtlich der Beförderungspreise noch der Zeit und Art der Abfertigung ein Unterschied zwischen den Bewohnern der Gebiete der vertragschließenden Teile gemacht werden. Insbesondere sollen für die aus Schweden nach einer deutschen Station oder durch Deutschland beförderten Gütersendungen auf den deutschen Bahnen keine höheren Tarife angewendet werden, als für gleichartige deutsche oder ausländische Erzeugnisse in derselben Richtung und auf derselben

Verkehrsstrecke. Das Gleiche soll auf den schwedischen Bahnen für Gütersendungen aus Deutschland gelten, die nach einer schwedischen Station oder durch Schweden befördert werden. || Ausnahmen sollen nur zulässig sein, soweit es sich um Transporte zu ermäßigten Preisen für öffentliche oder milde Zwecke handelt.

Art. 13.

Die deutschen Schiffe und ihre Ladungen sollen in Schweden und die schwedischen Schiffe und ihre Ladungen sollen in Deutschland völlig auf dem Fuße der inländischen Schiffe und Ladungen behandelt werden, gleichviel, von wo die Schiffe auslaufen oder wohin sie bestimmt sind. || Jedes Vorrecht und jede Befreiung, welche in dieser Beziehung von einem der vertragschließenden Teile einer dritten Macht eingeräumt werden sollte, soll gleichzeitig und bedingungslos auch dem anderen Teile zustehen. || Von den vorstehenden Bestimmungen wird eine Ausnahme gemacht in betreff derjenigen besonderen Begünstigungen, welche den Erzeugnissen des inländischen Fischfangs in dem einen oder dem anderen Lande jetzt oder in Zukunft gewährt werden sollten. || Für die Küstenschiffahrt gelten die vorstehenden Bestimmungen mit der Maßgabe, daß jeder der vertragschließenden Teile zur Kündigung mit einjähriger Frist befugt ist. Macht der eine oder der andere Teil von dieser Befugnis Gebrauch, so soll nach Ablauf der Kündigungsfrist jeder der beiden Teile alle Rechte und Begünstigungen, welche der andere Teil hinsichtlich der Küstenschiffahrt irgend einer dritten Macht eingeräumt hat oder einräumen wird, insoweit für seine Schiffe in Anspruch nehmen können, als er den Schiffen des anderen Teiles für sein Gebiet dieselben Rechte und Begünstigungen zugesteht.

Art. 14.

Die Nationalität der Schiffe soll beiderseits auf Grund der durch die zuständigen Behörden in jedem der beiden Länder den Kapitänen, Schiffseignern oder Schiffern ausgestellten Urkunden und Patente anerkannt werden. || Die von dem einen der vertragschließenden Teile ausgestellten Schiffsmeßbriefe werden nach Maßgabe der zwischen den beiden vertragschließenden Teilen getroffenen oder zu treffenden besonderen Vereinbarungen von dem anderen Teile anerkannt werden.

Art. 15.

Die deutschen Schiffe, welche nach einem schwedischen Hafen, und umgekehrt die schwedischen Schiffe, welche nach einem deutschen Hafen

kommen, um daselbst nur ihre Ladung zu vervollständigen oder einen Teil derselben zu löschen, sollen, vorausgesetzt, daß sie sich nach den Gesetzen und Vorschriften des betreffenden Staates richten, den nach einem anderen Hafen desselben oder eines anderen Landes bestimmten Teil ihrer Ladung an Bord behalten und ihn wieder ausführen können, ohne gehalten zu sein, für diesen letzteren Teil ihrer Ladung irgend eine Abgabe zu bezahlen außer den Aufsichtsabgaben, welche übrigens nur nach dem für die inländische oder die meistbegünstigte Schiffahrt bestimmten niedrigsten Satze erhoben werden dürfen.

Art. 16.

Von Tonnengeldern und Abfertigungsgebühren sollen in den Häfen eines jeden der beiden Länder völlig befreit sein: || 1. die Schiffe, welche von irgend einem Orte mit Ballast ein- und damit wieder auslaufen; || 2. die Schiffe, welche aus einem Hafen des einen der beiden Länder nach einem oder mehreren Häfen desselben Landes kommen und sich über die in einem anderen Hafen desselben Landes bereits erfolgte Zahlung jener Abgaben ausweisen können; || 3. die Schiffe, welche freiwillig oder notgedrungen mit Ladung nach einem Hafen kommen und ihn, ohne irgendwie Handel betrieben zu haben, wieder verlassen. || Diese Befreiung wird nicht gewährt für Leuchtturm-, Lotsen-, Remorkierungs-, Quarantäne- und sonstige auf dem Schiffskörper lastende Abgaben, welche für dem Verkehr dienende Leistungen und Vorkehrungen in gleichem Maße von den inländischen und von den Schiffen der meistbegünstigten Nation zu entrichten sind. || Ist das Einlaufen durch Not veranlaßt worden, so gelten nicht als Ausübung des Handelsbetriebes das zur Ausbesserung des Schiffes erfolgte Löschen und Wiedereinladen der Waren, das Überladen auf ein anderes Schiff im Falle der Seeuntüchtigkeit des ersten, die zur Verproviantierung der Schiffsmannschaft notwendigen Aufwendungen und der Verkauf der beschädigten Waren mit Genehmigung der Zollverwaltung.

Art. 17.

Wenn ein Schiff eines der vertragschließenden Teile an den Küsten des anderen Teiles strandet oder Schiffbruch leidet, sollen Schiff und Ladung dieselben Begünstigungen und Befreiungen genießen, welche die Gesetzgebung des betreffenden Landes den eigenen Schiffen oder denen der meistbegünstigten Nation in gleicher Lage bewilligt. Es soll dem Führer und der Mannschaft sowohl für ihre Person wie für Schiff und Ladung Hilfe und Beistand in demselben Umfang wie den Angehörigen des eigenen Landes geleistet werden. || Die vertragschließenden Teile

kommen außerdem überein, daß die geborgenen Waren keiner Zollabgabe unterliegen sollen, es sei denn, daß sie in den inländischen Verbrauch übergehen.

Art. 18.

Wenn im Gebiete des einen vertragschließenden Teiles Seeleute oder sonstige zur Besatzung gehörige Personen von einem Schiffe des anderen Teiles entweichen, so können die konsularischen Vertreter des letzteren die Entwichenen verhaften und an Bord oder in ihre Heimat zurücksenden lassen. Zu diesem Zwecke haben sie sich schriftlich an die zuständigen Beamten zu wenden und durch Vorlegung geeigneter amtlicher Schriftstücke nachzuweisen, daß die reklamierten Personen wirklich zur Schiffsbesatzung gehört haben. || Den erwähnten konsularischen Vertretern soll jeder Beistand zur Aufsuchung und Verhaftung der Entwichenen gewährt werden. Diese sollen auf schriftlichen Antrag und auf Kosten der Konsularbehörde solange in Gewahrsam gehalten werden, bis sich eine Gelegenheit findet, sie an Bord des Schiffes, zu dem sie gehören, zurückzubringen oder sie heimzusenden. || Sollte jedoch diese Gelegenheit innerhalb zweier Monate, vom Tage der Verhaftung an gerechnet, sich nicht darbieten oder sollten die Kosten der Gefangenhaltung nicht regelmäßig berichtigt werden, so sollen die Gefangenen in Freiheit gesetzt werden und aus demselben Grunde nicht wieder verhaftet werden dürfen. || Sollte der Entwichene am Lande eine strafbare Handlung begangen haben, so kann die örtliche Behörde die Auslieferung aussetzen, bis das Gericht die Entscheidung gefällt hat und diese vollstreckt worden ist. || Auf Seeleute oder andere Personen, welche Angehörige des Landes sind, in welchem die Entweichung erfolgt ist, finden die Bestimmungen dieses Artikels keine Anwendung.

Art. 19.

Zur Befahrung aller natürlichen und künstlichen Wasserstraßen in den Gebieten der vertragschließenden Teile sollen Schiffsführer und Fahrzeuge, welche einem derselben angehören, unter denselben Bedingungen zugelassen werden, wie Schiffsführer und Fahrzeuge des meistbegünstigten Landes. || Die Abgaben von Schiff und Ladung sollen in gleicher Höhe wie von inländischen Schiffen und inländischer Ladung erhoben werden.

Art. 20.

Die vertragschließenden Teile bewilligen sich gegenseitig das Recht, Konsuln in allen denjenigen Häfen und Handelsplätzen des anderen Teiles zu ernennen, in denen Konsuln irgend eines dritten Staates zugelassen

werden. || Die Konsuln des einen der vertragschließenden Teile sollen in dem Gebiete des anderen Teiles dieselben Vorrechte, Befreiungen und Befugnisse genießen, deren sich die Konsuln irgend eines dritten Staates gegenwärtig oder künftig erfreuen. Indes sollen ihnen diese Vorrechte, Befreiungen und Befugnisse nicht in einem größeren Ausmaße zustehen, als sie den konsularischen Vertretern des letzteren Teiles im Gebiete des ersteren gewährt werden.

Art. 21.

Der gegenwärtige Vertrag erstreckt sich auch auf die mit dem einen der vertragschließenden Teile gegenwärtig oder künftig zollgeeinten Länder oder Gebiete.

Art. 22.

Wenn zwischen den vertragschließenden Teilen über die Auslegung oder Anwendung der Tarife des gegenwärtigen Vertrags (Anlage A und B) oder über die Anwendung der Meistbegünstigungsklausel hinsichtlich der tatsächlichen Handhabung der sonstigen in Kraft befindlichen Vertragstarife eine Meinungsverschiedenheit entsteht, so soll dieser Streit auf Verlangen des einen oder anderen Teiles durch Schiedsspruch erledigt werden. || Das Schiedsgericht wird für jeden Streitfall derart gebildet, daß jeder Teil aus den Angehörigen seines Landes eine geeignete Persönlichkeit zum Schiedsrichter bestellt, und daß die beiden Teile einen Angehörigen eines befreundeten dritten Staates zum Obmann wählen. || Die beiden Teile behalten sich vor, die Person, die im gegebenen Falle das Amt des Obmanns zu versehen haben würde, im voraus für einen gewissen Zeitraum zu bestimmen. || Eintretendenfalls und vorbehaltlich besonderer Verständigung werden die vertragschließenden Teile auch Meinungsverschiedenheiten zum schiedsgerichtlichen Austrag bringen, die zwischen ihnen über die Auslegung oder Anwendung anderer als der im ersten Absatz bezeichneten Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages entstehen könnten. || Über das Verfahren in den Fällen, in denen auf Grund des ersten Absatzes ein schiedsgerichtlicher Austrag stattfindet, wird zwischen den vertragschließenden Teilen folgendes vereinbart: || Beim ersten Streitfall hat das Schiedsgericht seinen Sitz im Gebiete des beklagten Teiles, beim zweiten Streitfall im Gebiete des anderen Teiles und so abwechselnd in dem einen oder dem anderen der beiden Länder. Derjenige Teil, in dessen Gebiet das Schiedsgericht zusammenzutreten hat, bestimmt den Ort des Gerichtssitzes; er hat für die Stellung der Räumlichkeiten, der Schreibkräfte und des Dienstpersonals zu sorgen, deren das Schiedsgericht für seine Tätigkeit bedarf. Der Obmann ist Vor-

sitzender des Schiedsgerichts. Die Entscheidungen ergehen nach Stimmenmehrheit. || Die vertragschließenden Teile werden sich im einzelnen Falle oder ein für allemal über das Verfahren des Schiedsgerichts verständigen. In Ermangelung einer solchen Verständigung wird das Verfahren von dem Schiedsgerichte selbst bestimmt. Das Verfahren kann schriftlich sein, wenn keiner der vertragschließenden Teile Einspruch erhebt. In diesem Falle kann von der Bestimmung des vorhergehenden Absatzes abgewichen werden. || Hinsichtlich der Zustellung von Vorladungen vor das Schiedsgericht und der Erledigung der von diesem ausgehenden Ersuchen werden die Behörden jedes der vertragschließenden Teile, auf den von dem Schiedsgerichte bei der betreffenden Regierung zu stellenden Antrag, in derselben Weise Rechtshilfe leisten wie auf die Anträge der inländischen Zivilgerichte. || Die vertragschließenden Teile werden sich im einzelnen Falle oder ein für allemal über die Verteilung der Kosten verständigen. In Ermangelung einer Verständigung soll Artikel 57 des Haager Abkommens vom 29. Juli 1899 zur Anwendung gelangen.

Artikel 23.

Der gegenwärtige Vertrag soll mit dem Beginn des auf den Austausch der Ratifikationsurkunden folgenden Tages in Kraft treten und bis zum 31. Dezember 1910 wirksam bleiben. || Mit dem Beginn der Wirksamkeit des gegenwärtigen Vertrags treten die seinerzeit zwischen den Königreichen Schweden und Norwegen einerseits und einzelnen deutschen Bundesstaaten andererseits geschlossenen Handels- und Schiffahrtsverträge für die Beziehungen zwischen Schweden einerseits und den betreffenden deutschen Bundesstaaten und dem Deutschen Reiche andererseits außer Kraft.

Artikel 24.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich ausgetauscht werden.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen in doppelter Ausfertigung zu Stockholm, den 8. Mai 1906.

Unterschriften.

Schlußprotokoll.

Bei der am heutigen Tage stattgehabten Unterzeichnung des Handels- und Schiffahrtsvertrags zwischen dem Deutschen Reiche und Schweden haben die beiderseitigen Bevollmächtigten folgende Bemerkungen, Erklärungen und Verabredungen in das gegenwärtige Protokoll niedergelegt:

Zu den Artikeln 1, 3 und 6.

Durch die Bestimmung des ersten Absatzes des Artikels 1 soll keiner der beiden vertragschließenden Teile behindert sein vorzuschreiben, daß die Angehörigen des anderen Teiles ebenso wie alle anderen Ausländer, wenn sie im Lande Handel oder Gewerbe betreiben wollen, hierzu die Genehmigung der Staatsregierung einholen müssen. Es bleibt auch unbenommen, für die Angehörigen des anderen Teiles ebenso wie für alle anderen Ausländer die Zulassung zum Handels- und Gewerbebetrieb von einer Sicherstellung der voraussichtlich zu entrichtenden Steuern abhängig zu machen. || Es besteht ferner Einverständnis, daß dem Rechte eines jeden der vertragschließenden Teile, Angehörigen des anderen Teiles entweder infolge gerichtlicher Verfügung oder Gründen der inneren oder äußeren Sicherheit des Staates oder auch aus polizeilichen Gründen, insbesondere aus Gründen der Armen-, Gesundheits- und Sittenpolizei, den Aufenthalt im einzelnen Falle zu versagen, durch die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags kein Eintrag geschieht. || Es besteht endlich Einverständnis, daß die Bestimmungen der Artikel 1, 3 und 6 auf Hausierer und andere Personen, welche ein im Umherziehen ausgeübtes Gewerbe betreiben, keine Anwendung finden; diese Gewerbetreibenden sollen ebenso behandelt werden, wie die Angehörigen des meistbegünstigten Landes, die dasselbe Gewerbe betreiben.

Zu Artikel 6.

Die Abgabe, die in Schweden von deutschen Handlungsreisenden für die im Absatz 1 des Artikels 6 bezeichnete Tätigkeit erhoben wird, soll den Betrag von 100 Kronen für einen Zeitraum von 30 Tagen und, wenn die Tätigkeit über die ersten 30 Tage ohne Unterbrechung fortgesetzt wird, den Betrag von 50 Kronen für jeden sich unmittelbar anschließenden Zeitraum von 15 Tagen nicht übersteigen. || Die deutschen Handlungsreisenden in Schweden sollen verpflichtet sein, das Patent, das ihnen gegen Entrichtung der Abgabe ausgefertigt wird, am Orte ihrer ersten Tätigkeit im Lande der zuständigen Polizeibehörde zur Visierung vorzulegen; im übrigen genügt es, daß sie das Patent zur Kontrolle mit sich führen, ohne daß an den anderen von ihnen besuchten Orten eine abermalige Visierung erforderlich ist. || Unter den gleichen Bedingungen wie für Muster, die von Handlungsreisenden eingebracht werden, wird die Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben auch für diejenigen an sich zollpflichtigen Waren zugestanden, welche sonst als Muster aus Deutschland nach Schweden oder aus Schweden nach Deutschland eingebracht werden. || Die deutschen Handlungsreisenden dürfen in Schweden

mit unpunzierten Mustern von Edelmetallwaren reisen. Sie sind verpflichtet, diese Muster binnen sechs Monaten wieder auszuführen, und haben die Erfüllung dieser Verpflichtung sicherzustellen. Der sicherzustellende Betrag soll bei Silberwaren das Doppelte, bei Goldwaren das Fünffache des Zollbetrags nicht übersteigen. Durch Verfall der Sicherheit wird die strafrechtliche Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen die geltenden Bestimmungen betreffend den Handel mit Edelmetallwaren nicht ausgeschlossen.

Zu Artikel 7.

Bei der in Schweden in Aussicht genommenen Neuregelung der Vorschriften über die Behandlung arsenikhaltiger Waren werden folgende Grundsätze beobachtet werden: Das Verbot des Vertriebes arsenikhaltiger Waren soll auf solche Waren beschränkt werden, deren Gehalt an Arsenik eine ziffermäßig festzusetzende Höchstmenge übersteigt. Für die Bestimmung dieser Grenze wird allein der Schutz der menschlichen Gesundheit maßgebend sein. Das bloße Vorhandensein eines Arsenikspiegels soll das Verbot nicht begründen. || Die Prüfung auf den Arsenikgehalt soll nur durch einen besonders qualifizierten Sachverständigen erfolgen. Ist der Warenbesitzer mit dem Gutachten nicht einverstanden, so soll er das Recht haben, das Gutachten eines anderen derartigen Sachverständigen einzuholen. Weichen die beiden Gutachten von einander ab, so wird das Gutachten eines fachwissenschaftlichen Instituts eingeholt werden, das endgültig ist.

Zu Artikel 8.

I. Tarife A und B. — Eingangszölle in beiden Ländern.

Soweit die dem gegenwärtigen Vertrage beigefügten Tarife A und B den von einer Ware zu erhebenden Zoll von dem für eine andere Ware festgesetzten Zolle abhängig machen und bei diesem mehrere Sätze für die betreffende Tarifposition auf Grund des allgemeinen Tarifs oder auf Grund von Verträgen in Frage kommen, wird bei der Berechnung des abhängigen Zolles von dem niedrigsten unter diesen verschiedenen Sätzen ausgegangen, der auf die Erzeugnisse des anderen vertragschließenden Teiles anwendbar ist.

II. Tarif B. — Eingangszölle in Schweden.

1. Die im Tarif B festgesetzten Wertzölle sind zu berechnen nach dem Einkaufspreise der Ware unter Hinzurechnung des Wertes der Ver-

packung sowie der Versicherungs-, Fracht und sonstigen Kosten, die auf die Ware verwendet werden, bis sie — im Falle der Versendung zu Schiff — im Hafen, wohin sie bestimmt ist oder wo sie zur Weiterbeförderung nach dem Bestimmungsorte gelöscht wird, und — im Falle anderer Beförderung — an der ersten schwedischen Zollstelle eintrifft. || Die Entscheidung der zwischen der Zollbehörde und dem Wareneinführer entstehenden Streitigkeiten soll bis auf weiteres nach den Bestimmungen des § 5, Absatz 1, Satz 2 bis 5, der zur Zeit in Schweden geltenden Anweisung über die Anwendung des Zolltarifs erfolgen. Die schwedische Regierung ist zur Änderung dieser Bestimmungen befugt. Macht sie von dieser Befugnis Gebrauch, so sollen folgende Grundsätze beobachtet werden: a. Falls die Zollstelle den von dem Einführer erklärten Wert für ungenügend erachtet, soll dem Einführer eine Frist von mindestens fünf Tagen gewährt werden, um sich schlüssig zu machen, ob er den von der Zollstelle ermittelten Wert anerkennen oder es auf die Entscheidung der mit dem Austrage des Streites betrauten Sachverständigen oder Behörde ankommen lassen will. || b. Dem Einführer soll die Möglichkeit gegeben werden, seine Werterklärung vor den zuständigen Sachverständigen oder der zuständigen Behörde persönlich oder schriftlich zu rechtfertigen. || c. Eine Strafe soll jedenfalls dann nicht verhängt werden, wenn der Unterschied zwischen dem erklärten und dem von der Zollstelle, den zuständigen Sachverständigen oder der zuständigen Behörde festgestellten Wert nicht 10 v. H. dieses letzteren Wertes erreicht. Diese Regel findet keine Anwendung, falls nachgewiesen wird, daß der Einführer eine ungenügende Werterklärung in der Absicht der Zollhinterziehung abgegeben hat. In allen Fällen wird von dem Mehrwert ohne Rücksicht auf dessen Höhe der Zoll erhoben. || 2. Schweden behält sich die Befugnis vor, den schwedischen Zolltarif anders als bisher anzuordnen und einzuteilen. || Durch eine solche Maßregel dürfen für die im Tarif B genannten Gegenstände die dort festgesetzten Zollsätze, unbeschadet des Rechtes der Ermäßigung, nicht geändert werden. || Schweden ist jedoch berechtigt, die im Tarif B festgesetzten Wertzölle in gleichwertige spezifische Zölle umzuwandeln. Zu diesem Zwecke wird die schwedische Regierung mit der deutschen Regierung in Verbindung treten. Sollte innerhalb einer Frist von drei Monaten nach dem Tage der Mitteilung an die deutsche Regierung die Einigung über die vorgeschlagenen Sätze nicht erzielt worden sein, so wird nach Maßgabe des Artikels 22 das Schiedsgericht angerufen werden, und die Umwandlung kann nur entsprechend der Entscheidung dieses Gerichts erfolgen.

3. In Anbetracht der in Deutschland geltenden Vorschriften über

die Erteilung amtlicher Auskünfte in Zollsachen ist die schwedische Regierung bereit, sobald als möglich Bestimmungen zu erlassen, durch die es den Wareneinführern ermöglicht werden soll, auf amtlichem Wege über die Zollbehandlung von Waren bei deren Einfuhr nach Schweden verbindliche Auskunft zu erhalten. || 4. Zur Tarifnummer 261, zur Position »Kleider« (hinter Nr. 295), und zur Tarifnummer 395. Falls Schweden für folgende Waren Zolländerungen vornehmen sollte, werden die neuen Zölle die nachstehend angegebenen Sätze nicht übersteigen: || kaustisches Kali: 3 Kronen für 100 kg; || Kleidungsstücke aus Leinwand oder Baumwolle sowie Teile derselben, auch genähte Haushaltungsgegenstände aller Art, wie Tischzeug, Handtücher, Bettlaken Kopfkissen, Gardinen und dergleichen, andere als solche mit Stickereien 75 v. H. Aufschlag auf den Zoll für den Stoff, aus welchem das betreffende Stück hauptsächlich besteht; || Kleider und andere Kleidungsstücke aus anderem Stoff als Leinwand oder Baumwolle sowie Teile derselben, andere als solche mit Stickereien, Franzen, Posamenten, Spitzen, Blonden oder Futter, welches einem höheren Zoll unterliegt als der Stoff aus dem die Kleidungsstücke hauptsächlich bestehen: 75 v. H. Aufschlag auf den Zoll für den Stoff, aus welchem das betreffende Stück hauptsächlich besteht; || Balken-, Eck- und anderes, nicht in Eisenbahnschienen bestehendes sogenanntes Fassoneisen, im Gewichte von weniger als 60 kg bis 20 kg auf das laufende Meter: 1,50 Kronen für 100 kg. || 5. Zu den Tarifnummern 378 und 735. Schweden ist befugt, während der Dauer des gegenwärtigen Vertrags eine Änderung des Zolles dahin vorzunehmen, daß die unter die Nrn. 378 und 735 fallenden Maschinen (mit Ausschluß der Gerätschaften und Werkzeuge), soweit ihr Einzelgewicht 1000 kg oder darunter beträgt, bis um 5 v. H. vom Werte im Zolle erhöht werden, wenn gleichzeitig für diese Maschinen, soweit ihr Einzelgewicht über 10000 kg beträgt, eine Ermäßigung des Zolles um denselben Prozentsatz vom Werte gewährt wird.

Die gleiche Zolländerung soll für Teile von Maschinen Platz greifen, die erkennbar zu den im Zolle erhöhten oder ermäßigten Maschinen gehören oder für diese bestimmt sind.

Zu Artikel 9.

Durch Artikel 9 werden die Bestimmungen der schwedischen Gesetzgebung nicht berührt, nach den von Alkohol, der aus ausländischen Kartoffeln hergestellt ist, eine höhere Steuer erhoben wird als von dem Erzeugnis aus inländischen Kartoffeln.

Zu Artikel 10.

I.

Die Boden- und Gewerbserzeugnisse irgend welcher Herkunft, welche durch das Gebiet eines der vertragschließenden Teile durchgeführt werden, sollen bei ihrem Eingang in das Gebiet des anderen Teiles keinen anderen oder höheren Zöllen unterworfen werden, als wennsie unmittelbar aus dem Ursprungsland eingeführt worden wären.

II.

Während der Dauer des gegenwärtigen Vertrags werden in Schweden Eisenerze bei der Ausfuhr nicht mit Zoll belegt werden.

Zu Artikel 13.

Die Bestimmungen der Deklaration zwischen Schweden nnd Dänemark vom 22. September 1871 zur Regelung gewisser Handels- und Schiffahrtsverhältnisse im Öresund sowie die Abmachungen zwischen Schweden und Norwegen über die Handels- und Schiffahrtsverhältnisse im Jdefjord und Swinesund werden deutscherseits solange nicht auf Grund des Meistbegünstigungsrechtes in Anspruch genommen werden, als sie nicht auf andere Staaten erstreckt werden.

Zu Artikel 19.

Deutscherseits werden die besonderen Begünstigungen, die der norwegischen Schiffahrt für die Befahrung der schwedischen Binnenwässer zugestanden sind oder künftig zugestanden werden möchten, so lange nicht auf Grund des Meistbegünstigungsrechtes in Anspruch genommen werden, als sie nicht der Schiffahrt eines anderen Staates eingeräumt werden.

Das gegenwärtige Protokoll soll zugleich mit dem Vertrage den vertragschließenden Teilen vorgelegt werden, und im Falle der Ratifikation des letzteren sollen auch die in dem ersteren enthaltenen Erklärungen und Verabredungen ohne weitere förmliche Ratifikation als genehmigt gelten.

So geschehen in doppelter Ausfertigung zu Stockholm, am 8. Mai 1906.

F. von Müller.

Nr. 13784. **DEUTSCHES REICH.** Denkschrift dem Reichstage bei Einbringung von 13783 vorgelegt.

Berlin.

Einleitung.

Entsprechend der nachbarlichen Lage der beiden Länder und der nahen Verwandtschaft ihrer Bevölkerung nach Abstammung, Kultur und geistiger Entwickelung sind die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Schweden von jeher rege und bedeutend gewesen. || Nach der deutschen Statistik (Spezialhandel ohne Edelmetalle) betrug 1904 im Verkehre mit Schweden die deutsche Einfuhr: 99 Millionen Mark, die deutsche Ausfuhr 147 Millionen Mark (vgl. Anlage I)*). || Nach der schwedischen Statistik für das genannte Jahr führte Schweden für 222 Millionen Kronen aus Deutschland ein und für 72 Millionen Kronen dorthin aus (vgl, Anlage II)*). || Die Bedeutung des Schiffsverkehrs wird durch folgende Ziffern beleuchtet: || Es kamen im Jahre 1904 in deutschen Häfen unter schwedischer Flagge an: 5 099 Schiffe von 1 118 677 Registertons und in schwedischen Häfen unter deutscher Flagge 2 193 Schiffe von 823 465 Registertons. || Hierbei zeigt sich im Laufe der Jahrzehnte eine fortschreitende Entwickelung. Denn es betrug:

Die deutsche Einfuhr aus Schweden:		Die deutsche Ausfuhr nach Schweden:	
	Millionen Mark		Millionen Mark
1880	13	1880	49
1885	21	1885	58
1890	46	1890	91
1895	63	1895	76
1900	104	1900	137

*) Anmerkung. Die Verschiedenheit in den Angaben der Statistik der beiden Länder ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß mit Rücksicht auf die Kosten der Beförderung außerhalb der Landesgrenzen der Einheitswert in der schwedischen Statistik für die aus Deutschland nach Schweden und in der deutschen Statistik für die in umgekehrter Richtung versandten Güter im allgemeinen höher als in der anderen Statistik angesetzt wird, und daß dieser Umstand besonders bei den Massenartikeln des schwedischen Exportes nach Deutschland ins Gewicht fällt. Vor allem aber kommt in Betracht, daß die schwedische Statistik als Einfuhr aus Deutschland auch die großen Mengen von Waren außerdeutschen Ursprunges aufführt, die es lediglich im Wege des deutschen Zwischenhandels über unsere Freihäfen usw. bezieht, und die in der deutschen Statistik nicht erscheinen.

Die schwedische Einfuhr aus Deutschland:

	Millionen Kronen
1880	62
1885	101
1890	118
1895	116
1900	188

Die schwedische Ausfuhr nach Deutschland:

	Millionen Kronen
1880	17
1885	19
1890	37
1895	43
1900	65

Die Ankunft schwedischer Schiffe in deutschen Häfen

	Zahl der Schiffe	Registertons
1880	1 914	334 014
1885	2 117	445 269
1890	3 093	627 665
1895	3 258	642 736
1900	4 806	1 052 491

Die Ankunft deutscher Schiffe in schwedischen Häfen:

	Zahl der Schiffe	Registertons
1880	1 254	196 253
1885	1 535	295 466
1890	1 871	392 350
1895	1 582	457 448
1900	2 323	796 185

Bisher sind die Handels- und Schiffahrtsbeziehungen zwischen den beiden Ländern nur durch die in der Anlage III abgedruckten älteren Verträge Schweden-Norwegens mit einzelnen deutschen Bundesstaaten geregelt, und zwar durch: || den Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Preußen vom 14. März 1827, || den Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Hamburg vom 1. Mai 1841, || den Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Bremen vom 1. Mai 1841, || die Handels- und Schiffahrtsdeklaration mit Oldenburg vom 1. April 1843, || den Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Mecklenburg-Schwerin vom 10. Oktober 1846 und || den Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Lübeck vom 14. September 1852.

Diese Verträge, die sämtlich mit einjähriger Frist kündbar sind, sichern für die Seeschiffahrt mit Ausnahme der Küstenfahrt die wechselseitige Gleichstellung der beiden Flaggen. || Abgesehen von dem Vertrage mit Preußen enthalten sie außerdem auch die Klausel der Meistbegünstigung für alle Angelegenheiten der Schiffahrt und des Handels. Hierdurch ist außer der Küstenfahrt insbesondere auch die Wareneinfuhr geregelt. || Die Verträge mit Mecklenburg-Schwerin und mit Lübeck schreiben die meistbegünstigte Behandlung auch hinsichtlich der Vorrechte der Konsuln vor. || Auf Grund dieser Verträge der einzelnen Bundesstaaten hat im allgemeinen das Deutsche Reich für seinen gesamten Gebietsumfang im Verkehre mit Schweden die Meistbegünstigung in Handels- und Schiffahrts-

sachen gewährt und seinerseits gewährt erhalten. Dies gilt insbesondere für die Zollbehandlung der Wareneinfuhr (vgl. den Beschluß des Bundesrats vom 20. Februar 1885, Zentralblatt für das Deutsche Reich, 1885, S. 47). In dieser letzteren Hinsicht folgt die tatsächliche Anwendung der partikularen Verträge auf das ganze Reichsgebiet als Notwendigkeit aus dem Umstande, daß das Reich ein einheitliches Zollgebiet bildet. Im übrigen ergaben sich allerdings mehrfach Unsicherheiten über den Umfang der im einzelnen zu gewährenden Meistbegünstigung. || Bei dieser Sachlage wurde wiederholt erwogen, ob es sich nicht empfehle, die partikularen Verträge durch einen seitens des Reichs abzuschließenden Vertrag zu ersetzen. Schon in den Jahren 1873 und 1874 wurde deshalb in Verhandlungen mit der schwedisch-norwegischen Regierung eingetreten, ohne allerdings zu einer Einigung zu gelangen. || Das bevorstehende Inkrafttreten des neuen deutschen Zolltarifs gab den Anstoß, daß im vergangenen Jahre die Frage wieder aufgenommen wurde. Ende 1905 fanden kommissarische Verhandlungen in Stockholm statt; Anfang 1906 wurden dieselben in Berlin fortgesetzt. Nachdem die noch verbliebenen Meinungsverschiedenheiten auf diplomatischem Wege beglichen worden waren, ist schließlich der jetzt vorliegende Vertrag zustande gekommen. || In diesem Vertrage werden auch verschiedene Materien geregelt, die in den bisherigen partikularen Verträgen keine Berücksichtigung gefunden haben; insbesondere erfolgt eine Regelung der Eingangszölle durch wechselseitige tarifarische Zugeständnisse. Der Wert des Vertrages beruht für uns also nicht bloß darin, daß die Anwendung der partikularen Abmachungen auf das ganze Reichsgebiet festgelegt wird, sondern auch in der weiteren sachlichen Ausgestaltung des uns mit Schweden verbindenden Vertragsrechtes. Von großer Bedeutung ist namentlich, daß Schweden, welches nach der 1892 erfolgten Außerkraftsetzung der tarifarischen Abmachungen seines Handelsvertrags vom 30. Dezember 1881 grundsätzlich an der Autonomie des Zolltarifs festhielt, sich nunmehr auch seinerseits für eine erhebliche Anzahl von Waren zur vertragsmäßigen Festlegung seines Tarifs verstanden hat. || Unter den uns von Schweden gemachten tarifarischen Zugeständnissen steht die Bindung der Zollfreiheit für die Ausfuhr der Eisenerze an erster Stelle, eine Konzession, deren Tragweite unten näher erörtert werden wird, deren Wichtigkeit aber allein schon daraus erhellt, daß die deutsche Eisenindustrie in stets wachsendem Umfang auf die Einfuhr ausländischer Erze angewiesen ist, daß unter den Bezugsländern Schweden an zweiter Stelle — hinter Spanien — steht und, soweit die im Thomasverfahren gebrauchten phosphorhaltigen Erze in Frage kommen, sogar den ersten Rang einnimmt. || Im einzelnen ist folgendes zu bemerken:

A. Zum Vertragstext und den zugehörigen Bestimmungen des Schlußprotokolls.

Die Vertragsartikel 1 bis 6 regeln die Behandlung der natürlichen und juristischen Personen des einen Teiles im Gebiete des anderen Teiles, eine Materie, über die in unseren geltenden partikularen Handels- und Schiffahrtsverträgen mit Schweden keine Bestimmung getroffen ist. || Artikel 1 Absatz 1 gewährt den Angehörigen des einen Teiles im Gebiete des anderen in bezug auf Handel, Schiffahrt und Gewerbe grundsätzlich dieselben Privilegien, Befreiungen und Begünstigungen wie den Inländern. Die Fassung lehnt sich an den Artikel 1 des Handelsvertrages zwischen Schweden und Frankreich an. Dieser Artikel welcher den früheren Verträgen dieser Länder entstammt, bildet in Schweden die Grundlage für die Behandlung der Fremden auf dem einschlägigen Gebiete. Hierbei wird aber von den Vorbehalten Gebrauch gemacht, die seinerzeit von der schwedischen Regierung Frankreich gegenüber getroffen worden sind, und welche besagen, daß die Ausländer, die in Schweden zum Betrieb von Handel oder Gewerbe zugelassen werden wollen, hierzu eine besondere Genehmigung der Staatsregierung einholen müssen, und daß sie zu einer Sicherstellung der künftig zu entrichtenden Steuern angehalten werden dürfen. Diese Sicherstellung der Steuern wird für einen Zeitraum von drei Jahren gefordert. Bei den Verhandlungen erklärte sich die schwedische Regierung nur in der Lage, den bestehenden Zustand auch Deutschland gegenüber festzulegen. Es ist demgemäß ein auf das Erfordernis der Genehmigung der Staatsregierung und der Sicherstellung der Steuern bezüglicher Vorbehalt in den ersten Absatz der Schlußprotokollsbestimmung zu den Artikeln 1, 3 und 6 in einer uns die meistbegünstigte Behandlung sichernden Fassung aufgenommen worden. — Im zweiten Absatz der erwähnten Schlußprotokollsbestimmung ist ferner zum Ausdruck gebracht, daß durch die Festsetzungen des Vertrages dem Recht des Staates nicht vorgegriffen wird, aus gerichtlichen, sicherheitlichen, oder polizeilichen Gründen lästigen Ausländern den Aufenthalt zu versagen. Dieser an sich selbstverständliche Vorbehalt findet sich in ähnlicher Form in verschiedenen Handelsverträgen. Der hier gewählte Wortlaut stützt sich auf den Artikel 4 unseres Niederlassungsvertrags mit der Schweiz vom 31. Mai 1890 (Reichs-Gesetzbl. 1890, S. 131). — Im dritten Absatz endlich ist in Übereinstimmung mit den entsprechenden Vorbehalten der meisten unserer Handelsverträge eine Ausnahme wegen

der umherziehenden Gewerbetreibenden getroffen. || Artikel 1 Absatz 2 setzt für die Zulassung der Angehörigen des anderen Teiles zum Erwerb von Vermögen, insbesondere auch von unbeweglichen Gütern, das durch Gewährung der materiellen Gegenseitigkeit bedingte Recht der Meistbegünstigung fest. Nach der in Schweden geltenden Gesetzgebung ist prinzipiell den Ausländern der Erwerb unbeweglichen Vermögens nur auf Grund besonderer königlicher Genehmigung gestattet. Diese Gesetzgebung beruht in den besonderen Verhältnissen der dünn bevölkerten nördlichen schwedischen Provinzen, wo die Bodenpreise außerordentlich niedrig sind und man sich gegen die Gefahr schützen zu müssen glaubt, daß kapitalkräftige Ausländer durch Auskauf der ländlichen Bevölkerung ganze Distrikte in ihren Besitz bringen. Die schwedische Regierung erklärte sich außerstande, uns in dem Handelsvertrage eine Ausnahme von dem bezeichneten Prinzipe zuzugestehen. Eine solche Ausnahme besteht allerdings seit früherer Zeit zugunsten der Norweger, vgl. unten die Ausführungen zum Artikel 11. Ferner enthalten die von Schweden unter dem $\frac{\text{21. Juli}}{\text{2. August}}$ 1838 mit Belgien und unter dem $\frac{\text{28. März}}{\text{6. April}}$ 1845 mit Bayern geschlossenen und noch jetzt in Geltung befindlichen Übereinkommen über die Aufhebung des Abschosses und des Abfahrtsgeldes Klauseln, welche den beiderseitigen Angehörigen das Recht zugestehen, im Gebiete des anderen Teiles unbewegliches Vermögen zu erwerben. Diese Klauseln sind aber bisher in Schweden nicht zur tätsächlichen Ausführung gelangt, und die schwedische Regierung beabsichtigt, sie demnächst durch Kündigung oder Änderung der Übereinkommen auch rechtlich zu beseitigen. || Artikel 1 Absatz 3 stellt die Angehörigen des einen Teiles im Gebiete des anderen Teiles betreffs der Entrichtung der Steuern und Abgaben den Inländern gleich. Dieser Grundsatz ist in vielen unserer Handelsverträgen aufgestellt. Er unterliegt selbstverständlich der im dritten Absatz der Schlußprotokollsbestimmung zu den Artikeln 1, 3 und 6 gemachten Ausnahme wegen der umherziehenden Gewerbetreibenden.

Artikel 2, welcher mit Artikel 1 IV (2a) des Zusatzvertrags vom 3. Dezember 1904 zum deutsch-italienischen Handelsvertrage (Reichs-Gesetzbl. 1905 S. 413) übereinstimmt, enthält die Zusage, in gemeinschaftliche Erwägungen darüber einzutreten, wie die Frage der Anwendung der Arbeiterversicherungsgesetze auf die im Gebiete des einen Teiles Beschäftigung suchenden Arbeiter des anderen Teiles durch besondere Vereinbarungen sachgemäß zu lösen sein möchte. || Artikel 3 setzt fest, daß die Angehörigen des einen Teiles im Gebiete des anderen hinsichtlich

der Wahl von Mittelspersonen für den Abschluß von Geschäften keinen weiteren Beschränkungen unterworfen werden dürfen als die Inländer, und daß sie wie diese freien Zutritt zu den Gerichten haben sollen. Diese Bestimmung ist dem Artikel 3 unseres Handelsvertrags mit Italien vom 6. Dezember 1891 (Reichs-Gesetzbl. 1892 S. 97) entlehnt und findet sich auch in vielen anderen Handelsverträgen. || Artikel 4 sichert den Angehörigen des einen Teiles im Gebiete des anderen Befreiung vom Militärdienste zu und bestimmt darüber, inwieweit sie dort zu militärischen Leistungen herangezogen werden können. Er entspricht unter anderem dem Artikel 1 Ziffer I des Zusatzvertrags vom 22. Juni 1904 zum deutsch-belgischen Handelsvertrag (Reichs-Gesetzbl. 1905 S. 599) sowie dem Artikel 4 des deutsch-niederländischen Niederlassungsvertrag vom 17. Dezember 1905 (Drucksachen des Reichstags, II. Session, 1905/06, No. 39). || Artikel 5 bezieht sich auf die Rechtsstellung der Aktien- und ähnlichen Gesellschaften des einen Teiles, die im Gebiete des anderen Teiles ihre Rechte verfolgen oder zum Betriebe von Geschäften oder zum Erwerbe von Vermögen zugelassen sein wollen. Die getroffene Regelung entspricht unseren einschlägigen Abmachungen mit anderen Staaten, vergleiche Artikel 4 des Handelsvertrags mit Rußland vom 10. Februar 1894 (Reichs-Gesetzbl. 1894 S. 153) und Artikel 1 Ziffer V des Zusatzvertrags vom 25. Januar 1905 zum Handelsvertrage mit Österreich-Ungarn (Reichs-Gesetzbl. 1906 S. 143). || Im Zusammenhange mit der im Artikel 5 behandelten Materie steht die Frage, unter welchen Bedingungen die Angehörigen des einen Teiles im Gebiete des anderen zur Gründung und Leitung der nach dortigem Rechte errichteten Aktien- und ähnlichen Gesellschaften zugelassen werden. Nach der schwedischen Gesetzgebung bestehen in dieser Beziehung verschiedene Beschränkungen, welche deutschen Interessenten mitunter zu Klagen Anlaß gegeben haben. So müssen z. B. die Gründer einer Aktiengesellschaft in Schweden ansässig sein, und die Direktion muß, soweit nicht durch königliche Verfügung zu einem gewissen Teile Personen fremden Wohnsitzes oder ausländischer Staatsangehörigkeit zugelassen werden, aus in Schweden wohnhaften schwedischen oder norwegischen Untertanen bestehen. Deutscherseits sind diese Klagen bei den Vertragsverhandlungen zur Sprache gebracht worden. Schwedischerseits erklärte man sich jedoch mit dem Hinweise, daß die fraglichen Beschränkungen die oben erwähnten besonderen Verhältnisse der nördlichen Provinzen Schwedens im Auge hätten und bestimmt seien, einen Schutz gegen die Vernichtung des dortigen Bauernstandes durch große Aktiengesellschaften zu bilden, außerstande, auf eine vertragsmäßige Änderung der einschlägigen Gesetzgebung einzugehen; man sagte

aber zu, bei der Handhabung der Gesetzgebung, durch Gewährung zulässiger Ausnahmen, den Deutschen gegenüber möglichst wohlwollend zu verfahren.

Zu Artikal 6 und der zugehörigen Schlußprotokollsbestimmung. Der Artikel 6 betrifft die Handlungsreisenden; die Frage der Behandlung der deutschen Handlungsreisenden in Schweden hat seit Jahrzehnten in der Erörterung über die deutsch-schwedischen Verkehrsbeziehungen einen breiten Raum eingenommen. Nach der schwedischen Gesetzgebung haben die Reisenden im Ausland ansässiger Geschäftshäuser ein Patent gegen Entrichtung einer Abgabe zu lösen, welche 100 Kronen für einen Zeitraum von dreißig Tagen beträgt. Dieses Patent muß der Reisende an jedem von ihm besuchten schwedischen Orte vor Beginn seiner Tätigkeit bei Vermeidung hoher Strafen der örtlichen Behörde zur Visierung vorlegen. Dieser Rechtszustand ist von den deutschen Handlungsreisenden als drückend empfunden worden. Insbesondere richten sich die Beschwerden gegen den Zwang zur Visierung der Patente, in welchem die Beteiligten eine unnötige Belästigung und vielfach auch eine Entwürdigung ihrer Person erblicken; dagegen sind betreffs der Höhe der Abgabe die Ansichten geteilt, und auf verschiedenen Seiten verspricht man sich von einer Ermäßigung des Satzes von 100 Kronen für dreißig Tage keinen besonderen Nutzen. || Die Bemühungen, welche die deutschen Unterhändler während der Vertragsverhandlungen darauf richteten, eine wesentliche Ermäßigung der Abgabe oder doch ihre Bemessung auf einen kürzeren Zeitraum zu erreichen, stießen auf lebhaften Widerstand. Schwedischerseits wurde bei Ablehnung der deutschen Anträge darauf hingewiesen, daß die schwedische Gesetzgebung keinen Unterschied zwischen den eigentlichen Handlungsreisenden und den Detailreisenden mache und nach Lage der Verhältnisse im Lande auch nicht machen könne, daß aber die hohe Abgabe bestimmt sei, gerade gegen das Überhandnehmen des Detailreisens Schutz zu gewähren; eine Ermäßigung der Abgabe oder ihre Bemessung auf einen kürzeren Zeitraum würde zudem an erster Stelle nicht den deutschen Handlungsreisenden, sondern denjenigen Reisenden zugute kommen, welche von dem Handelsmittelpunkte Kopenhagen aus das nahe gelegene südliche Schweden besuchen. Im Laufe der Verhandlungen wurde nur das Zugeständnis erreicht, daß im Anschluß an das erste Patent zu 100 Kronen für dreißig Tage Ergänzungspatente zu 50 Kronen für je 15 Tage erteilt werden sollen (vgl. Schlußprotokollsbestimmung Absatz 1). Da viele deutsche Geschäftsleute Schweden länger als dreißig Tage bereisen, bedeutet insoweit dieses Zugeständnis für uns immerhin eine fühlbare Erleichterung. || Dagegen hat sich Schweden bereit finden

lassen, den Visierungszwang im Prinzip zu beseitigen. Es soll hinfort nur erforderlich sein, das Patent einmal, und zwar am Orte der ersten Tätigkeit im Lande, der zuständigen Polizeibehörde zur Visierung vorzulegen (vgl. Absatz 2 der Schlußprotokollsbestimmung). || Als weitere Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes haben wir erreicht, daß den deutschen Handlungsreisenden der Edelmetallindustrie gestattet wird, in Schweden mit unpunzierten Mustern ihrer Waren zu reisen (Schlußprotokollsbestimmung Absatz 4, vgl. unten in Abschnitt C die Ausführungen zu den schwedischen Zugeständnissen für unsere Edelmetallindustrie). || Störungen und Zeitverluste haben sich für die deutschen Handlungsreisenden in Schweden mitunter auch daraus ergeben, daß zur zeitweisen zollfreien Zulassung der Muster eine besondere Erlaubnis der Generalzolldirektion in Stockholm eingeholt werden und daß die Abfertigung der Muster stets beim Grenzzollamt erfolgen mußte. Ferner ist darüber geklagt worden, daß die Verwickeltheit der Bestimmungen über das Verfahren der Musterabfertigung dazu zwinge, sich der Hilfe von Spediteuren zu bedienen. In diesen Punkten wird künftig kein Anlaß mehr zu Beschwerden gegeben sein. Denn schwedischerseits ist im Laufe der Verhandlungen zum Sitzungsprotokoll erklärt worden, daß es künftig einer Erlaubnis der schwedischen Generalzolldirektion für die zeitweise zollfreie Abfertigung der Muster unserer Handlungsreisenden nicht mehr bedürfe, und daß diese Abfertigung nicht bloß an der Grenze, sondern bei jedem an sich zuständigen Zollamte vorgenommen werden könne. Ferner ist zugesagt worden, das Abfertigungsverfahren derart vereinfachen zu wollen, daß für die Handlungsreisenden möglichst wenig Anlaß gegeben sein würde, die Vermittelung des Spediteurs in Anspruch zu nehmen. || Da Schweden daran festhielt, die deutschen Handlungsreisenden mit einer Abgabe zu belegen, haben wir uns im Artikel 6 Abs. 2 das Recht vorbehalten, die schwedischen Handlungsreisenden in Deutschland gleichhoch zu besteuern, obgleich wir auf Grund unserer anderen Handelsverträge die fremden Handlungsreisenden an sich abgabenfrei zulassen. || Im übrigen entspricht die im Vertrage vorgesehene Regelung der Behandlung der Handlungsreisenden und ihrer Muster unseren einschlägigen Abmachungen mit anderen Ländern.

Artikel 7 regelt die Frage der Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverbote in der in den meisten neuen deutschen Handelsverträgen angenommenen Form (vgl. z. B. Artikel 1 Ziffer I des Zusatzvertrags vom 3. Dezember 1904 zum Handelsvertrag mit Italien). Von Bedeutung ist die hierzu im Schlußprotokoll gegebene schwedische Zusage wegen der Behandlung arsenikhaltiger Waren. Die hierüber zurzeit in Schweden

geltenden Bestimmungen bilden den Gegenstand lebhafter Beschwerden unserer Ausfuhrhäuser. Von diesen wird geltend gemacht, daß die schwedischen Bestimmungen zu streng seien, indem nach ihnen schon Waren mit ganz geringfügigen, bei aller Vollkommenheit der Herstellungstechnik nicht vermeidbaren oder rein zufälligen, jedenfalls aber für die Gesundheit ganz unschädlichen Spuren von Arsenik, wenn diese durch das Entstehen eines sogenannten Arsenikspiegels bei der Untersuchung nachgewiesen werden könnten, von dem Vertrieb ausgeschlossen würden. Es wird ferner über eine zu große Unsicherheit in der Handhabung der Bestimmungen und eine zu große Verschiedenheit in den Entscheidungen der einzelnen Behörden geklagt. Die geltenden Vorschriften sind auch in Schweden selbst als reformbedürftig erkannt worden und bilden schon seit längerer Zeit Gegenstand der Nachprüfung einer hierfür eingesetzten Kommission. Im Schlußprotokoll ist uns die Zusage gegeben, daß bei der beabsichtigten Neuregelung der Vorschriften gewisse Grundsätze beobachtet werden sollen, die geeignet sind, den Beschwerden unserer Interessenten im wesentlichen abzuhelfen. Für das Verbot soll das bloße Vorhandensein eines Arsenikspiegels nicht mehr ausreichen; es soll vielmehr der Höchstgehalt an Arsenik, der nicht überschritten werden darf, ziffernmäßig bestimmt werden. Ferner soll die Untersuchung der Ware durch besonders qualifizierte Sachverständige erfolgen und dem Warenbesitzer die Möglichkeit gegeben werden, Gegengutachten beizubringen und erforderlichenfalls die Einholung eines Obergutachtens einer fachwissenschaftlichen Anstalt zu veranlassen, so daß für eine sachgemäße Entscheidung und eine gleichmäßige Praxis Gewähr gegeben ist. || Im Laufe der Verhandlungen ist schwedischerseits zum Sitzungsprotokoll die Erklärung abgegeben worden, daß die in Frage stehende Neuregelung der Vorschriften über die arsenikhaltigen Waren längstens innerhalb von sechs Monaten nach dem Inkrafttreten des Vertrags durchgeführt werden wird.

Artikel 8 bezieht sich auf die beiden Vertragstarife. Im Schlußprotokoll — Ziffer I — ist hierzu in ähnlicher Form wie in den anderen deutschen Handelsverträgen Bestimmung über die abhängigen Zölle getroffen (vgl. z. B. Artikel 2 Ziffer I des Zusatzvertrags vom 3. Dezember 1904 zum Handelsvertrage mit Italien und Artikel 4 Ziffer IV des Zusatzvertrags vom 12. November 1904 zum Handelsvertrage mit der Schweiz, Reichs-Gesetzbl. 1905 S. 319). Die Ziffer II Nr. 1 der Schlußprotokollsbestimmung, welche gewisse Grundsätze für das Verfahren bei der Erhebung der im Vertragstarife B festgesetzten schwedischen Wertzölle aufgestellt, stimmt mit Artikel 3 Ziffer I (zu Artikel 2 und 3, Nr. 2) des

Zusatzvertrags vom 22. Juni 1904 zu unserem Handelsvertrage mit Belgien überein. Eben diesem Zusatzvertrag — Artikel 3 Ziffer 1 (zu Artikel 2 und 3, Nr. 3) — entspricht Nr. 2 der Ziffer II der Schlußprotokollsbestimmung. Danach behält sich Schweden das Recht vor, seine im Vertragstarife B festgesetzten Wertzölle während der Vertragsdauer in spezifische Zölle umzuwandeln. Wegen der Gründe, die uns eine solche Klausel annehmbar erscheinen lassen, darf auf die Denkschrift zu dem erwähnten Zusatzvertrage mit Belgien (zu Nr. 543 der Drucksachen des Reichstags, 1. Session 1903/1905, S. 7) verwiesen werden. — In Nr. 3 Ziffer II der Schlußprotokollsbestimmung erklärt Schweden sich bereit, nach deutschem Vorbilde (vgl. Zentralblatt für das Deutsche Reich 1906 S. 243). Vorschriften über die amtliche Erteilung verbindlicher Auskünfte in Zollsachen zu treffen. Hierdurch wird den verschiedentlich laut gewordenen Klagen deutscher Interessenten abgeholfen, daß sie durch Ungewißheit über die Handhabung des schwedischen Tarifs und durch Verschiedenheiten in der Praxis der einzelnen schwedischen Zollämter zu Schaden gekommen seien. — Wegen der Nr. 4 und 5 der Ziffer II der Schlußprotokollsbestimmung zu Artikel 8 vgl. unten die Ausführungen zum Vertragstarif B.

Artikel 9 bezieht sich auf die inneren Steuern und entspricht den einschlägigen Bestimmungen unserer anderen Handelsverträge (vgl. Artikel 8 Abs. 1 bis 3 des deutsch-schweizerischen Handelsvertrags vom 10. Dezember 1891 — Reichs-Gesetzbl. 1892 S. 195 —). Im Schlußprotokoll hat Schweden wegen der Besteuerung von Kartoffelbranntwein einen Vorbehalt gemacht, den zuzugestehen mangels entgegenstehender deutscher Interessen unbedenklich erschien. || Artikel 10 enthält die Klausel der Meistbegünstigung für den Warenverkehr. || Im Schlußprotokoll ist zu diesem Artikel festgesetzt, daß im Verkehr beider Länder die Erhebung einer sogenannten surtaxe d'entrepôt nicht statthaft sein soll. Deutschland hat eine derartige Verpflichtung bereits in anderen Handelsverträgen übernommen, vgl. z. B. Artikel 3 Ziffer I des Zusatzvertrags vom 22. Juni 1904 zum Handelsvertrag mit Belgien. Daß auch Schweden sich zu diesem Grundsatze bekannt hat, ist für den Zwischenhandel unserer Seestädte von Bedeutung. || Ferner ist uns im Schlußprotokoll zu Artikel 10 die wichtige Zusage gegeben, daß Schweden während der Dauer des Vertrags keinen Ausfuhrzoll für Eisenerze legen wird. || Die deutsche Einfuhr von Eisenerz betrug:

Jahr	aus allen Ländern		darunter aus Schweden	
	Menge in dz	Wert in Millionen Mark	Menge in dz	Wert in Millionen Mark
1901	43 700 217	70	14 771 243	24
1902	39 574 028	59	11 440 056	17
1903	52 253 359	80	14 346 536	23
1904	60 611 270	92	15 840 797	25
1905	60 851 956	ca. 92	16 424 566	ca. 26

Dieser Einfuhr steht folgende Eisenerzförderung des deutschen Zollgebietes (Luxemburg inbegriffen) gegenüber:

Jahr	Menge in dz
1901	165 701 820
1902	179 635 910
1903	212 306 500
1904	220 473 930
1905	234 440 730

Gegenüber dieser großen inländischen Förderung, die hauptsächlich auf dem Reichtum der Minettelager in Lothringen beruht, fällt die Einfuhr aus Schweden, für Gesamtdeutschland betrachtet, nicht allzu sehr ins Gewicht. Indes würde das Aufhören oder die Erschwerung der Zufuhr schwedischer Erze für einzelne Gebiete der deutschen Hüttenindustrie sich sehr empfindlich fühlbar machen, so für das niederrheinische und das schlesische Gebiet, insbesondere aber für die Hüttenindustrie, die an der Küste sich entwickelt hat und vollständig auf den Bezug des Rohmaterials aus der Ferne angewiesen ist. Eine Verschiebung der deutschen Produktionsverhältnisse würde die Folge sein, welche auch zu Störungen für das gesamte wirtschaftliche Leben führen würde. || Die Lieferung der schwedischen Erze erfolgt größtenteils auf Grund langfristiger Verträge, in denen meist ausbedungen ist, daß ein etwaiger schwedischer Ausfuhrzoll zur Hälfte von dem Käufer getragen werden solle. Es würde also die vollständige Abwälzung des Zolles auf die Produzenten in Schweden schon aus diesem Grunde nicht angängig sein, ganz abgesehen davon, daß es zweifelhaft ist, ob der Stand von Angebot und Nachfrage eine solche Abwälzung ermöglichen würde. || Die Gefahr, daß man in Schweden zur Einführung eines Ausfuhrzolles auf Eisenerze schreiten würde, war eine naheliegende. Es ist dort die Ansicht sehr verbreitet, daß die Allgemeinheit von dem reichen Bodenschatze, den das Land in dem mächtigen Eisenerzvorkommen im nördlichen Schweden besitzt, größeren Nutzen ziehe und daß man insbesondere auch die inländische Verarbeitung der

einheimischen Erze tunlichst fördern müsse. Dieser Auffassung entsprangen verschiedene im schwedischen Reichstag gestellte Anträge, die auf Belegung der Erze mit einem Ausfuhrzoll abzielten. Im Jahre 1905 wurde ein Antrag, einen solchen Zoll in Höhe von 1 Krone für die Tonne einzuführen, im Reichstage nur mit geringer Mehrheit und in der Erwägung abgelehnt, daß die Angelegenheit zunächst noch einer näheren Prüfung bedürfe. In diesem Jahre wurden die Anträge unter Forderung zum Teil sehr erheblicher Zollsätze erneuert. Bei dieser Sachlage ist deutscherseits in den Verhandlungen ausschlaggebendes Gewicht darauf gelegt worden, daß von Schweden die Zollfreiheit der Eisenerzausfuhr gebunden werden möchte, und die schwedische Regierung hat sich schließlich bereit finden lassen, dieser Forderung zu entsprechen.

Artikel 11 setzt gewisse Ausnahmen von der Meistbegünstigung fest. Der erste Absatz enthält die üblichen Vorbehalte für den Grenzverkehr und die Zollanschlüsse, der zweite Absatz aber einen Vorbehalt Schwedens zugunsten seines besonderen Verhältnisses zu Norwegen. Auf Grund der auch nach der Auflösung der schwedisch-norwegischen Union zunächst noch in Geltung gebliebenen Gesetzgebung genießen in Schweden norwegische Untertanen vor anderen Fremden gewisse Bevorzugungen hinsichtlich des Grunderwerbs, der Beteiligung an Aktiengesellschaften usw.; ferner sind norwegische Gesellschaften hinsichtlich ihres Geschäftsbetriebes bevorzugt. Was den Warenverkehr anlangt, so bestehen zwischen Schweden und Norwegen Begünstigungen, die aus dem Rahmen des im ersten Absatz des Artikels 11 bezeichneten gewöhnlichen Grenzverkehrs heraustreten (vgl. Verordnung vom 28. Mai 1897, Deutsches Handelsarchiv 1897 Teil I S. 526). Bis 1897 galt das sogenannte Zwischenreichsgesetz vom 30. Mai 1890 (Deutsches Handelsarchiv 1890 Teil I S. 631), auf Grund dessen gegen Gegenseitigkeit von norwegischer Seite die norwegischen Erzeugnisse in Schweden im allgemeinen zollfrei zugelassen und von den Fabrikaten nur gewisse Zölls zum Ausgleich der verschiedenen Belastung der Rohstoffe und Halbfabrikate erhoben wurden. Unter der Herrschaft der geltenden Verträge, bei denen Schweden und Norwegen als gemeinschaftliche Kontrahenten den deutschen Einzelstaaten gegenüberstehen, würden wir nicht in der Lage sein, derartige von Schweden an Norwegen gewährte oder künftig zu gewährende Begünstigungen auch für uns auf Grund der Meistbegünstigung in Anspruch zu nehmen. Der fragliche Vorbehalt, auf den Schweden entscheidendes Gewicht legt, um sich für die Neuregelung seiner Beziehungen zu Norwegen freie Hand zu wahren, entspricht also dem geltenden Verhältnis und bedeutet für uns nicht die Aufgabe eines uns zustehenden Rechtsanspruches. Der Vorbehalt ist für

uns wirtschaftlich unbedenklich; insbesondere dürften wir den Wettbewerb der norwegischen Industrie nicht zu fürchten haben, da diese im allgemeinen nur in solchen Zweigen entwickelt ist, die in Schweden selbst in Blüte stehen und in denen wir keine Ausfuhr dorthin besitzen.

Artikel 12 trifft in gleicher Weise wie Artikel 19 des deutsch-russischen Handelsvertrags vom 10. Februar 1894 und Artikel 1 Ziffer IV (10 a) des Zusatzvertrags vom 3. Dezember 1904 zum Handelsvertrag mit Italien Bestimmung über die Benutzung der Eisenbahnen. Als Regel wird festgesetzt, daß hinsichtlich der Beförderungspreise und der Zeit und Art der Abfertigung kein Unterschied zwischen den Bewohnern der beiden Länder gemacht werden darf, und daß insbesondere die aus dem einen Lande in das andere übergehenden Gütersendungen keinen höheren Frachttarifen unterworfen werden dürfen als die auf derselben Verkehrsstrecke und in derselben Richtung beförderten einheimischen Erzeugnisse.

Die Artikel 13 bis 17 regeln die Seeschiffahrt auf dem Fuße der Gleichstellung der fremden Flagge mit der einheimischen unter gleichzeitiger Festhaltung des Prinzips der Meistbegünstigung. Sie entsprechen im allgemeinen den einschlägigen Festsetzungen in anderen deutschen Verträgen mit dem Auslande, vgl. z. B. die Artikel 13 bis 17 des Handelsvertrags mit Rußland vom 10. Februar 1894. Die nachstehenden Punkte sind besonders hervorzuheben: || Die geltenden partikularen Verträge mit Schweden beziehen sich, soweit es sich um die Gleichstellung der fremden mit der einheimischen Flagge handelt, nicht auf die Küstenfahrt. Diese Gleichstellung wird für die Küstenschiffahrt vielmehr zurzeit auf Grund besonderer kurzfristiger Verständigungen gewährt. Aus diesem Grunde, und weil in der Regel die Küstenschiffahrt von den allgemeinen Bestimmungen der Handels- und Schiffahrtsverträge ausgenommen zu werden pflegt, erklärten sich die schwedischen Unterhändler zu der Einbeziehung der Küstenschiffahrt in den Artikel 13 nur unter der Bedingung bereit, daß die Möglichkeit der besonderen Kündigung mit einjähriger Frist vorbehalten würde, wobei sie ausdrücklich hervorhoben, daß in Schweden zurzeit keineswegs die Absicht bestehe, eine Änderung des bestehenden Zustandes vorzunehmen und die fremden Flaggen von der Küstenfahrt auszuschließen. Es erschien unbedenklich, auf diese Bedingung einzugehen, zumal es auch für Deutschland erwünscht sein kann, sich in der Frage der Zulassung fremder Flaggen zur Küstenfahrt nicht vollständig festzulegen. Für den Fall, daß der eine oder andere Teil von dem besonderen Kündigungsrechte Gebrauch machen sollte, ist Meistbegünstigung, bedingt durch materielle Gegenseitigkeit, vereinbart. || Im Schlußprotokoll zu Artikel 13 hat sich Schweden zwei Ausnahmen von der Meistbegünstigung

mit Rücksicht auf gewisse Abmachungen mit Dänemark und Norwegen vorbehalten. Da diese Abmachungen sich auf rein örtliche Verhältnisse beziehen und zur Ausdehnung auf den Verkehr zwischen Deutschland und Schweden nicht geeignet sind, war es vom deutschen Standpunkt unbedenklich, dem Vorbehalt zuzustimmen. || Artikel 14 Abs. 2 bestimmt, daß wechselseitig die Schiffsmeßbriefe nach Maßgabe der besonderen Vereinbarungen der beiden Teile anerkannt werden sollen. Die letzte Vereinbarung dieser Art wurde zwischen Deutschland und Schweden im Jahre 1896 getroffen (vgl. Zentralblatt für das Deutsche Reich 1896 S. 228). Da sie den deutschen Schiffahrtsinteressenten Anlaß zu Klagen gegeben hat, hat sich die schwedische Regierung bereit erklärt, demnächst in besondere Verhandlungen über die anderweitige Regelung der wechselseitigen Anerkennung der Schiffsmeßbriefe einzutreten.

Artikel 18 handelt von der Wiederergreifung entwichener Schiffsleute. Gleichartige Bestimmungen finden sich in verschiedenen Verträgen des Reichs mit anderen Staaten, vgl. Artikel 12 des Konsularvertrages mit Rußland vom 8. Dezember 1874 (Reichs-Gesetzbl. 1875 S. 145).

Artikel 19 betrifft die Schiffahrt auf den Binnengewässern. Die bestehenden partikularen Verträge mit Schweden enthalten nur die Bestimmung, daß das Prinzip der Gleichstellung der fremden mit der einheimischen Flagge auch auf die Schiffahrtsabgaben im Göta- und Trollhätta-Kanal Anwendung zu finden habe (vgl. Artikel 1 des hamburgischen, des bremischen, des oldenburgischen, des mecklenburg-schwerinschen und des lübeckischen Vertrags). Jetzt bestimmt Artikel 19 allgemein, daß auf den Binnengewässern die Abgaben von Schiff und Ladung in gleicher Höhe wie von inländischen Schiffen und inländischer Ladung erhoben werden sollen. Im übrigen wird für die Binnenschiffahrt die Meistbegünstigung festgesetzt mit einem im Schlußprotokoll beigefügten schwedischen Vorbehalt zugunsten Norwegens, welches gegenwärtig in Schweden auf Grund der geltenden Gesetzgebung eine Ausnahmestellung einnimmt.

Artikel 20 handelt von der Zulassung von Konsuln und regelt diese sowie die Frage der konsularischen Vorrechte, Befreiungen und Befugnisse auf dem Fuße der durch die Gewährung materieller Gegenseitigkeit bedingten Meistbegünstigung. || Artikel 21 erstreckt, in Übereinstimmung mit unseren übrigen Handelsverträgen, die Geltung der Vertragsbestimmungen auf die Zollanschlüsse. || Artikel 22 bezieht sich auf den schiedsgerichtlichen Austrag von Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Ausführung des Vertrags. Er entspricht den diese Materie betreffenden Bestimmungen, wie sie in der Mehrzahl der neueren deutschen Handelsverträge enthalten sind, vgl. z. B. Artikel 2 des Zusatzvertrags

vom 22. Juni 1904 zum Handelsvertrag mit Belgien. || Artikel 23 regelt das Inkrafttreten und die Dauer des Vertrages. Die Vertragsdauer ist verhältnismäßig kurz bemessen. Ferner ist ein festbestimmter Endtermin vorgesehen, so daß es einer Kündigung nicht bedarf und der Vertrag im Falle der Nichtkündigung nicht stillschweigend weiterläuft. Auf beide Punkte wurde von schwedischer Seite entscheidendes Gewicht gelegt. Nach Lage der staatsrechtlichen Verhältnisse in Schweden hält man es für erforderlich, daß jeder der beiden Kammern des dortigen Reichstags das Recht der Mitbestimmung über die Frage gewahrt bleibt, ob das Vertragsverhältnis fortgesetzt werden soll oder nicht; dieser Bedingung glaubt man nur dadurch entsprechen zu können, daß dem Vertrag ein fester Endpunkt gegeben wird, so daß es zur Fortsetzung der Verhältnisses einer von jeder der beiden Kammern zu genehmigenden neuen Vereinbarung bedürfen würde. Diesen Endpunkt wünschte man wenigstens für den Fall nicht auf längere Jahre hinauszuschieben, daß der Vertrag, wie es deutscherseits verlangt werden mußte und schwedischerseits schließlich zugestanden wurde, umfassende Festlegungen des geltenden schwedischen Zolltarifs aufweisen würde. Denn einerseits handelt es sich für Schweden bei dem Abschlusse des vorliegenden Vertrages um einen ersten Versuch des Wiedereintritts in die Bahnen der Tarifvertragspolitik; andererseits kommt in Betracht, daß der gegenwärtige schwedische Zolltarif an einem Mangel der Systematisierung leidet und deshalb nach schwedischer Auffassung nicht auf längere Zeit festgelegt werden darf, sondern tunlichst bald einer formellen Umgestaltung unterzogen werden muß, die vorzunehmen wäre, auch wenn eine Erhöhung des Zollschutzes nicht beabsichtigt wird. Vom deutschen Standpunkte würde im Interesse der Stetigkeit unseres Ausfuhrhandels eine längere Vertragsdauer vorzuziehen sein. Indes bietet der vorliegende Vertrag auch mit seiner kürzeren Dauer im Vergleiche zum gegenwärtigen Zustand eine namhafte Verbesserung, und er ist für uns in dieser Form um so mehr annehmbar, als wir nach Lage der Verhältnisse hoffen dürfen, rechtzeitig vor Eintritt des Endtermins neue Vereinbarungen mit Schweden auf wesentlich gleicher materieller Grundlage treffen zu können und dadurch unsere Ausfuhr vor Störungen zu bewahren. || Artikel 24 enthält den üblichen Ratifikationsvorbehalt.

B. Zum Vertragstarif A (Zölle bei der Einfuhr in Deutchland).

Allgemeiner Überblick.

Das Bestreben Schwedens hinsichtlich der vertragsmäßigen Umgestaltung unseres allgemeinen Zolltarifs vom 25. Dezember 1902 war in

erster Linie darauf gerichtet, für die wichtigeren Landeserzeugnisse, in denen es bisher eine erheblichere Ausfuhr zu uns gehabt hat, durchweg sich den Fortbestand desjenigen Zustandes zu sichern, welcher unter der Herrschaft des bis zum 28. Februar d. J. geltenden Zolltarifs bestand. Tatsächlich hat unser neuer allgemeiner Tarif mehrfach gerade Erzeugnisse mit neuen oder mit erhöhten Zöllen belegt, welche für die schwedische Ausfuhr von großer Bedeutung sind. Dem hiernach vom schwedischen Standpunkte aus durchaus berechtigten Wunsche nach Wiederbeseitigung solcher Zollsätze standen indes auf unserer Seite zumeist gewichtige wirtschaftliche Gründe entgegen, welche mindestens ein völliges Zurückgehen auf den bisherigen Zustand ausgeschlossen erscheinen lassen mußten. Aus dem auf beiden Seiten bestehenden Wunsche, im wohlverstandenen Interesse beider Völker an der Erhaltung guter handelspolitischer Beziehungen einen Ausgleich der naturgemäßen Gegensätze zu finden, ergab sich bei beiderseitiger Zurückstellung oder Einschränkung anfänglicher weitergehender Forderungen diejenige Gestaltung des deutschen Zolltarifs, welche im einzelnen aus Anlage A zu Artikel 8 des Vertrags ersichtlich ist.

Zur Erleichterung der Beurteilung der Bedeutung und Tragweite der darin gemachten Zugeständnisse sei zunächst hervorgehoben, daß nur bei 15 der dort aufgeführten 73 Nummern unseres allgemeinen Zolltarifs neue Zugeständnisse in Gestalt von Zollermäßigungen oder -beseitigungen gemacht worden sind. Bei den übrigen 58 Tarifnummern, also bei der weitaus überwiegenden Anzahl, finden sich lediglich Wiederholungen von Zugeständnissen, welche wir bereits in den früher abgeschlossenen, seit dem 1. März d. J. in Kraft stehenden Verträgen anderen Staaten gemacht haben und auf deren Mitgenuß Schweden schon auf Grund der Meistbegünstigungsklausel Anspruch haben würde. || Was die neuen Zugeständnisse anlangt, so ergibt ein Blick auf die statistische Lage unserer Einfuhr aus Schweden die innere Notwendigkeit eines Entgegenkommens in dieser Hinsicht, wenn anders ein befriedigender Abschluß der eingeleiteten Verhandlungen erzielt werden sollte. || Die Entwicklung der Einfuhr aus Schweden im Spezialhandel des deutschen Zollgebiets von 1891 bis 1904 ist ihrem Werte nach in Anlage I dargestellt. Im Jahre 1904 betrug der Wert rund 99 Millionen Mark. Diese entfallen in der Hauptsache auf folgende, der Gliederung des alten Zolltarifs und der ihm angepaßten Handelsstatistik entsprechende, hier dem fallenden Werte nach geordnete Warengruppen, bei denen die wichtigsten zugehörigen Waren zugleich besonders kenntlich gemacht sind:

	Millionen Mark
1. Holz usw. sowie Waren daraus	36,9
darunter: Bau- und Nutzholz, weiches, gesägt, Kanthölzer usw. 29,6 Millionen Mark, grobe, rohe Tischler- usw. Arbeiten 4,6 „ „	
2. Erden, Erze usw.	27,3
darunter: Eisenerze 25,3 Millionen Mark;	
3. Steine, Steinwaren	11,1
darunter: Pflastersteine 6,5 Millionen Mark, andere rohe, bloß behauene Steine 3,9 „ „ grobe usw. Steinmetzarbeiten 0,7 „ „	
4. Eisen, Eisenwaren	7,2
darunter: Roheisen 1,4 Millionen Mark, schmiedbares Eisen in Stäben usw. 3,2 „ „ Eisendraht 0,9 „ „	
5. Papier, Pappwaren	3,8
darunter: Zellstoff und Holzschliff 2,9 Millionen Mark;	
6. Häute, Felle	3,1
7. Material-, Spezerei- usw. Waren	2,2
darunter: frische Fische 1,8 Millionen Mark, gesalzene Heringe 0,2 „ „	
8. Erzeugnisse des Landbaues	1,9
darunter Preißelbeeren 1,8 Millionen Mark;	
9. Maschinen und Maschinenteile	1,5
10. Drogerie-, Apotheker- und Farbwaren	1,3
11. Kupfer usw., Kupferwaren	0,7
12. Tonwaren	0,4
darunter: unglasierte Mauersteine, Klinker 0,2 Millionen Mark; feuerfeste Steine 0,1 „ „	
Zusammen	97,4

Diese Zusammenstellung der hauptsächlichsten Ausfuhrwaren Schwedens im Verkehr mit uns bietet zugleich ein Bild seiner wichtigsten Produktionszweige und läßt das starke Überwiegen seiner Gewinnung

und Erzeugung an Holz und Holzwaren, Erzen, Steinen und Steinwaren, Eisen und Eisenwaren erkennen. Die vier ersten Gruppen zusammen stellen mehr als 80 vom Hundert des Wertes seiner Ausfuhr zu uns, die Holz- und die Steinindustrie zusammen allein nahezu 50 vom Hundert. || Berücksichtigt man, das unser neuer allgemeiner Tarif durch starke Zollerhöhungen besonders die rohen Tischler- usw. Arbeiten, die Pflastersteine und groben Steinmetzwaren, eine Reihe Erzeugnisse der Eisenindustrie, und unter den Bodenerzeugnissen noch besonders die Preißelbeeren betroffen hat, so ergibt sich aus dem Überblick über die Statistik von selbst im ganzen der Inhalt der Anforderungen, welche Schweden an die Gestaltung unseres Tarifs stellen, und zugleich das Maß der Bedeutung, welche es ihrer Berücksichtigung beilegen mußte. Diesen Verhältnissen tragen die von uns gemachten neuen Zugeständnisse Rechnung; sie liegen fast durchweg im Rahmen der oben gekennzeichneten, für Schweden wichtigsten Warengruppen, und zwar sind sie erfolgt bei der Holzindustrie: für rohe Fensterrahmen, Türen usw. und sogenanntes Compoboard (Nr. 628), bei der Steinindustrie: für Pflastersteine (Nr. 681) und gewisse grobe Steinmetzarbeiten (Nr. 685), bei der Eisenindustrie: für Eisendraht (Nr. 792), Pferderechen (Nr. 816), Hufeisen (Nr. 820), Wagenfedern (Nr. 824) und gewisse Arten von Drahtseilen und Nägeln (Nr. 825), weiter aus der Gruppe der Bodenerzeugnisse: für Preißelbeeren (Nr. 47), bei der Maschinenindustrie: für Milchentrahmungsmaschinen (Nr. 606), bei der chemischen Industrie: für Calciumacetat (Nr. 309), Tinte (Nr. 337) und gereinigten Holzgeist (Nr. 350), und bei der keramischen Industrie: für Klinker (Nr. 716). Dazu tritt noch ein Zugeständnis auf dem Gebiete der für Schweden ebenfalls nicht unwichtigen Kautschukindustrie, und zwar für lakkierte Gummischuhe (Nr. 577). Man wird bei Beurteilung dieser Zugeständnisse sich im allgemeinen gegenwärtig halten müssen, daß, so groß auch immer auf unserer Seite bei dem einen oder anderen Punkte die Bedeutung des Schutzinteresses unserer heimischen Industrie anzuschlagen war, dessen einseitiger Berücksichtigung doch von schwedischer Seite das von seinem Standpunkt aus nicht minder große Interesse seiner Industrie an Erhaltung ihres bisherigen Absatzes entgegengesetzt werden durfte, und daß am letzten Ende immer nur das Interesse der Allgemeinheit an der Sicherung ersprießlicher handelspolitischer Beziehungen auf der Grundlage, eines für die beiden Länder befriedigenden Tarifvertrags entscheidend sein kann. || Übrigens wird auch nicht übersehen werden dürfen, daß von den neugemachten Zugeständnissen die meisten, wie insbesondere diejenigen für rohe Fensterrahmen, Türen usw., für

grobe Steinmetzarbeiten, Calciumacetat, Tinte, gereinigten Holzgeist Gummischuhe, Klinker, sich in der Bemessung der neuen vertragsmäßigen Zollsätze tatsächlichen immer noch, und zwar zum Teil sehr erheblich, über den Sätzen unseres alten Tarifs halten, während diejenigen für Pflastersteine, Preißelbeeren und einige Erzeugnisse der Kleineisenindustrie lediglich die Wiedergewährung des früheren Zustandes darstellen. Herabsetzungen unter den bisherigen Zustand konnten dagegen bei allen wichtigeren Punkten vermieden werden. Wo sie sich vereinzelt finden, wie bei Pferderechen (Nr. 816), handelt es sich um Spezialartikel, deren Vollbelastung bei der Beurteilung des Ganzen weder in fiskalischer noch in wirtschaftlicher Hinsicht entscheidend ins Gewicht fallen kann. Bei ihrer Beurteilung ist auch zu berücksichtigen, daß, wenn wir einerseits von unseren Mitkontrahenten bei großen, wirtschaftlich für sie wie für uns gleich wichtigen Tarifragen die Übernahme gewisser von ihrem Standpunkt aus jedenfalls schwerwiegender Zollerhöhungen fordern müssen, wir auf der andern Seite billiger Weise einen Ausgleich durch einzelne weitergehende Zugeständnisse für gewisse Sondererzeugnisse ihres Landes nicht wohl versagen können. || Außer den bezüglich der Zollsätze bei den angegebenen Tarifstellen gemachten neuen Zugeständnissen enthält der Vertragstarif noch einige, in den bisherigen Verträgen sich nicht findende Anmerkungen, durch welche Warenbegriffe festgelegt und Erläuterungen für die Zollbehandlung gegeben werden, so bei Nr. 113 bis 117 für frische Fische, bei Nr. 224 für rohe oder bloß roh behauene Steine, bei Nr. 682 füs Granitplatten, bei Nr. 685 für Steinmetzarbeiten von schlichter, nicht profilierter Arbeit, zu Abschnitt 14 für Pflaster- und Bodenplatten aus Ton und für mehrfarbige Tonwaren, bei Nr. 784 für Eisenknüppel, bei Nr. 791/2 für Eisendraht, zu Abschnitt 17 A für Eisenwaren im allgemeinen und bei Nr. 906 für Michentrahmungsmaschinen. Es ist hervorzuheben, daß diese Anmerkungen fast ausnahmslos dem bisherigen amtlichen Warenverzeichnisse oder aber den vom Bundesrat in dem neuen Warenverzeichnisse beschlossenen Ausführungsbestimmungen und damit der bestehenden Praxis entsprechen.

Im übrigen stellen die im Tarif A aufgeführten ziemlich zahlreichen Vorschriften sich, wie bereits oben bemerkt, lediglich als Wiederholungen von Zugeständnissen dar, die von uns schon in anderen Verträgen und in erster Linie in dem in Österreich-Ungarn abgeschlossenen, zur Zeit der Verhandlungen noch nicht ratifizierten, inzwischen aber bereits in Kraft getretenen Zusatzvertrage gemacht worden sind; sie verändern also den dadurch bereits geschaffenen Zustand in keiner Weise. Einer beson-

deren Würdigung im einzelnen erscheinen diese Teile des Vertragstarifs somit nicht bedürftig. Die neuen Zugeständnisse sind im nachstehenden einer näheren Erörterung unterzogen, soweit nach dem bereits ausgeführten hierzu noch Anlaß gegeben ist.

Im einzelnen.

Frische Preißelbeeren sind unter der Herrschaft des alten Zolltarifs zollfrei eingegangen. Auch der Zolltarifentwurf der verbündeten Regierungen (Nr. 373 der Drucksachen des Reichstags, 10. Legislaturperiode, II. Session 1900/1902) hatte in Nr. 46 unter dem Beerenobst nur für Erdbeeren, nicht aber für andere Beeren eine Zollbelegung vorgeschlagen, da zwingende Gründe für letzteres nicht gegeben erschienen. Der auf Grund der Beratungen im Reichstage in den allgemeinen Zolltarif vom 25. Dezember 1902 eingestellte Zollsatz von 5 Mark für 1 dz anderer Beeren als Erdbeeren ist mit alleiniger Ausnahme der Preißelbeeren in den Verträgen mit Italien, Österreich-Ungarn und Serbien aufgegeben und auch bei Preißelbeeren für den österreichisch-deutschen Grenzverkehr die Zollfreiheit zugestanden worden. || An der Einfuhr von Preißelbeeren ist Schweden in erheblichem Maße und nahezu ausschließlich beteiligt. Der Wert der Einfuhr aus Schweden betrug im Jahre 1904 1,8 Millionen Mark und stand damit hinsichtlich seiner Bedeutung in der Reihe der schwedischen Einfuhrwaren an achter Stelle. Die eingeführten Mengen ergaben im Durchschnitt der fünf Jahre 1900/1904 jährlich rund 6600 dz im Werte von über 1,5 Millionen Mark; in einzelnen Jahren betrugen sie noch erheblich mehr (so in 1903: 100849 dz im Werte von 2,017 Millionen Mark). Die Ware findet hauptsächlich Verwendung in der heimischen Konservenindustrie, die zur Deckung ihres Bedarfs auf den Bezug vom Auslande angewiesen ist. || Gegenüber dem lebhaften Interesse, welches für Schweden an der vertragsmäßigen Sicherung der früheren Zollfreiheit bestand, konnten die auf deutscher Seite, wenn auch in beschränktem Maße, hervorgetretenen wirtschaftlichen Bedenken nicht als ausschlaggebend angesehen werden; vielmehr ist, wie für alle übrigen Beeren in den bisherigen Verträgen, so auch für Preißelbeeren die frühere Zollfreiheit wieder zugestanden worden.

Bis zum 28. Februar d. J. waren Acetate zollfrei. An Stelle der im Regierungsentwurf des neuen Zolltarifs vorgeschlagenen Beibehaltung dieser Zollfreiheit war bei den Beratungen in den gesetzgebenden Körperschaften ein Zoll von 1 Mark für 1 dz eingestellt worden, der indes mit Ausnahme des Calciumacetats im Handelsvertrage mit Österreich-Ungarn wieder aufgegeben worden ist. An der Einfuhr von essigsaurem

und holzessigsaurem Kalk sind in erster Linie die Vereinigten Staaten von Amerika, an zweiter Stelle und zwar in steigendem Maße Schweden beteiligt; von dort kamen in den Jahren 1903 und 1904: 4387 und 5777 dz im Werte von 66000 und 101000 Mark. Schwedischerseits wurde daher auf die Wiederherstellung des bisherigen Zustandes Wert gelegt. Wenn auch bei Aufstellung des Zolltarifentwurfs unter Abwägung der in wirtschaftlicher Hinsicht in Betracht kommenden Verhältnisse der beteiligten heimischen Industriezweige — auf der einen Seite der Gärungsessig- und der Spirituserzeugung, welche von einer Zollbelastung eine Verringerung des Wettbewerbs der Essigsäure und Essigessenz erhofften, und der Waldbesitzer und Holzverkohlungsindustrie, welche die Abhaltung des Auslands vom inländischen Markt wünschten, und andererseits der holzessigsauren Kalk und Essigsäure verbrauchenden Gewerbezweige, wie vor allem der Industrie der Anilinfarben und der Färberei — die verbündeten Regierungen zu dem Ergebnisse gelangt waren, daß der Beibehaltung der Zollfreiheit vor jeder Zollbelastung der Vorzug zu geben sei, so schien es gleichwohl nicht erwünscht, den vom Reichstage seinerzeit eingestellten Zoll ohne zwingenden Grund ganz wieder fallen zu lassen. Indes konnte die Ermäßigung auf 0,50 Mark bei dieser Sachlache als unbedenklich erachtet werden.

Der Zollsatz für Tinte und Tintenpulver betrug bis zum 28. Februar d. J. 3 Mark für 1 dz. Die Zollerhöhung auf 5 Mark, welche in den neuen allgemeinen Tarif eingestellt wurde, war von der Vereinigung deutscher Tintenfabrikanten in Hinblick auf die in den meisten ausländischen Staaten bestehenden hohen Zölle verlangt worden also in erster Linie aus handelspolitischen Gründen. Bei den Unterhandlungen mit Schweden wurde von uns auf Wunsch der deutschen Interessenten eine wesentliche Herabsetzung des schwedischen Zollsatzes von 10 Öre für 1 kg gefordert, um den deutschen Absatz nach Schweden zu erleichtern. Das entsprechende Verlangen ist aber auch von schwedischer Seite hinsichtlich unseres Zollsatzes gestellt worden, da die Einfuhr von dort in das deutsche Zollgebiet mit durchschnittlich rund 330 dz im Werte von etwa 33000 Mark während des Zeitraums 1900/1904 den zweiten Platz in unserer Gesamteinfuhr einnimmt. Der Ausgleich der beiderseitigen Wünsche fand sich durch Herabsetzung des schwedischen Zolles auf 8 Öre für 1 kg, während unsererseits eine Ermäßigung auf 4 Mark zugestanden wurde. Bedenken hiergegen konnten umsoweniger Platz greifen, als selbst unter der Herrschaft der alten Zollsätze im In- und Ausland unsere Gesamtausfuhr an Tinte usw. mehr als fünfmal so hoch war als die Gesamteinfuhr.

Nach dem alten Zolltarif war Holzgeist, ungereinigt oder gereinigt, zollfrei. Dem Schutzinteresse der heimischen Reinigungsindustrie und der handelspolitischen Bedeutung der Tarifstelle war im Regierungsentwurf durch Einstellung eines Zollsatzes von 15 Mark für gereinigten Holzgeist Rechnung getragen, welcher auf Grund der Beratungen im Reichstage eine Erhöhung auf 20 Mark erfuhr, während für rohen Holzgeist ein Zollsatz von 5 Mark festgesetzt wurde. In dem Vertrage mit Österreich-Ungarn wurde die Zollfreiheit für die rohe Ware wieder bewilligt und dieser die halbgereinigte gleichgestellt. Das Spannungsverhältnis zwischen der Zollbelastung der Rohware und dem gereinigten Erzeugnisse würde damit die Höhe von 20 Mark erreicht haben, während die tatsächlichen Reinigungskosten nicht mehr als etwa 10 Mark für 1 dz betragen. Unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, lag hiernach ein zwingender Grund zur Festhaltung des Zollsatzes von 20 Mark nicht vor. Außerdem kam hierbei das Interesse unserer Großindustrie in Betracht, welche erhebliche Mengen gereinigter, mehr als 95 Prozent haltender Ware bedarf. Bei dieser Sachlage erschien es angängig, den auf Wiederherstellung der Zollfreiheit gerichteten Wünschen der schwedischen Regierung wenigstens durch eine Ermäßigung zu entsprechen. Der Zollsatz von 8 Mark bildete die Linie, auf welcher eine Einigung erzielt werden konnte. Die eingeführten Mengen gereinigter Ware lassen sich mangels Trennung von der ungereinigten aus der bisherigen Statistik nicht entnehmen.

Gummischuhe unterlagen bis zum 28. Februar d. J. unlackiert einem Zolle von 40 Mark für 1 dz, lackiert einem solchen von 60 Mark. Im neuen allgemeinen Tarif sind diese Zollsätze auf 70 und 100 Mark erhöht worden. Ermäßigungen waren bisher vertragsmäßig nicht zugestanden worden. Während die Einfuhrmengen unlackierter Ware aus der Statistik nicht besonders ersichtlich sind, betragen diejenigen für lackierte Gummischuhe im ganzen jährlich durchschnittlich etwa 6800 dz; davon kamen aus Schweden im Jahre 1900: 129 dz im Wert von 74000 Mark, 1901: 510 dz im Wert von 306000 Mark, 1902: 447 dz im Wert von 246000 Mark. Im Jahre 1903 sank die Einfuhr auf 284 dz im Wert von 142000 Mark und 1904 auf 153 dz im Wert von 84000 Mark. Dagegen trat im Jahre 1905 eine starke Steigerung auf 1428 dz im Wert von etwa 785000 Mark ein, womit Schweden neben Rußland in die bisher von den Vereinigten Staaten von Amerika eingenommene zweite Stelle unter unseren Einfuhrländern emporrückte, während gleichzeitig die Einfuhr aus Österreich-Ungarn einen starken Rückgang zeigt. Schwedischerseits wurde deshalb lebhaftes Interesse an der Sicherung des

Absatzgebietes für seine im Emporblühen begriffene Industrie, welche gegenwärtig fünf Fabriken aufweist, geltend macht. Unsererseits wurden im Interesse der heimischen Kautschukindustrie eine Reihe Forderungen zum schwedischen Tarif gestellt und auch nicht unwesentliche Zugeständnisse durch Bindung der Zollfreiheit bei Nr. 282 und 284 und des bestehenden Zustandes bei Nr. 285 erreicht. Bei dieser Sachlage erschien die Ermäßigung des Zollsatzes von 100 Mark auf 80 Mark gerechtfertigt; sie stellt tatsächlich gegen den früheren Zustand immer noch eine Erhöhung um $33\,^1/_3$ Prozent dar und hält eine ausreichende Spannung gegen den auf 70 Mark verbleibenden Zollsatz für unlackierte Schuhe aufrecht.

Die starke und fortgesetzt steigende Einfuhr des Auslandes und besonders Schwedens von rohen Fensterrahmen, Türen, Treppen und Teilen von solchen, sowie von profilierten Holzleisten in das deutsche Zollgebiet und der damit unserem heimischen Tischlergewerbe bereitete empfindliche Wettbewerb hatten Anlaß geboten, im allgemeinen Tarif für die genannten Erzeugnisse eine Erhöhung des Zollsatzes von 3 Mark auf 8 Mark eintreten zu lassen. Bereits im Vertrage mit Österreich-Ungarn, welches an der Einfuhr nur in geringerem Maße als Schweden beteiligt ist, war indes eine Ermäßigung auf 6 Mark, für profilierte Holzleisten auf 5 Mark zugestanden worden. || Bei den Verhandlungen mit der schwedischen Regierung stand die Frage der Bemessung des Zolles für diese Erzeugnisse ihrer Bedeutung nach nahezu an erster Stelle. Wie aus der weiter oben gegebenen Übersicht hervorgeht, nehmen unter denjenigen Erzeugnissen, welche Schweden nach Deutschland einführt, rohe Fensterrahmen, Türen usw. einen wichtigen Platz ein; der Wert der Einfuhr betrug jährlich zwischen 3 und 5 Millionen Mark. Schwedischerseits wurde die Übernahme einer Zollerhöhung von 3 auf 6 Mark, also um 100 Prozent, als schlechterdings ausgeschlossen bezeichnet, vielmehr bis in die allerletzte Zeit die Wiederherstellung des Zollsatzes von 3 Mark gefordert. || Dem standen auf unserer Seite die beachtenswerten Interessen unseres heimischen Bautischlergewerbes entgegen, welches im Verein mit dem ostdeutschen Holzhandel wiederholt auf das lebhafteste dahin vorstellig wurde, von jeder weiteren Ermäßigung des Zollsatzes abzusehen. Die Erfüllung des schwedischen Wunsches auf Wiederherstellung des früheren Zustandes mußte daher von unserer Seite mit gleichem Nachdruck als ausgeschlossen bezeichnet werden, wenn auch vielleicht mit einem solchen Zugeständnis die Möglichkeit der Erreichung größerer Vorteile für unsere Ausfuhrindustrie gegeben gewesen wäre. || Bei dieser Sachlage blieb nur übrig, wenn anders das Scheitern der Verhandlungen vermieden werden sollte,

unter beiderseitigem Entgegenkommen dasjenige Ausmaß für den Zollsatz zu finden, welches eine Verständigung ermöglichte und mit den Interessen der auf beiden Seiten beteiligten Kreise allenfalls noch vereinbar erschien. Als solches ist der Zollsatz von 4 Mark in den Vertragstarif eingestellt. Bei dessen Würdigung ist unter voller Anerkennung der von den heimischen Gewerbebetrieben geltend gemachten Interessen vor allem zweierlei zu berücksichtigen: einmal, daß der Zollsatz von 4 Mark immer noch eine Erhöhung des bisherigen um $33^1/_3$ Prozent darstellt, wie sich solche bei verhältnismäßig wenigen Stellen unseres neuen Tarifs findet, dann aber, daß die Spannung zwischen den Zollsätzen für das Rohmaterial, welches unser Tischlergewerbe zu Herstellung derartiger Waren im Inlande bedarf, und für die fertige Ware sich zugunsten der heimischen Interessenten verändert hat. Denn bisher betrug der Zollsatz für gesägtes weiches Nutzholz 0,80 Mark für 1 dz, die Spannung zwischen diesem und dem Zollsatz für rohe Fensterrahmen, Türen usw. von 3 Mark somit 2,20 Mark; nach dem neuen Vertragstarif beträgt der Zollsatz für das gleiche Material dagegen 0,72 Mark für 1 dz, die Spannung bei einem Zollsatz für die Ware von 4 Mark somit 3,28 Mark. Bei dieser Sachlage kann nicht wohl angenommen werden, daß die Bemessung des Zollsatzes auf 4 Mark eine schädigende Wirkung auf die beteiligten Kreise der heimischen Industrie ausüben werde. Für die heimische Schiffahrt ist die Erleichterung eines weiteren lebhaften Warenaustausches mit Schweden, wie überhaupt, so auch bei diesem Artikel jedenfalls von Vorteil, und auch vom Standpunkte des Baugewerbes und der wohlfeilen Beschaffung der Wohnungen für die breiten Volksmassen kann in der Vermeidung erheblicherer Verteuerung der Baumaterialien ein Nachteil nicht erblickt werden.

Compoboard ist eine aus Lagen von Holz und imprägnierter Pappe hergestellte Ware, welche zur Bekleidung von Innenwänden zum Schutze gegen Feuchtigkeit und Witterungseinflüsse Verwendung findet und in der Form von Brettern zur Einfuhr kommt. Ihrer Beschaffenheit nach konnte es zweifelhaft sein, unter welche Tarifstelle sie fällt. Auf Wunsch der schwedischen Regierung ist sie der dritten Unterabteilung der Nr. 628 mit dem für diese bereits im Vertrage mit Österreich-Ungarn festgesetzten Zollsatz von 5 Mark zugewiesen worden. Über den Umfang der bisherigen Einfuhr lassen sich mangels ihrer gesonderten Aufführung in der Statistik Angaben nicht machen.

Zu den schon bei den Beratungen des Zolltarifentwurfs am meisten umstrittenen Fragen gehört diejenige der Zollbehandlung von Pflastersteinen. Bislang genossen sie Zollfreiheit und die verbündeten Regierungen

hatten auf Grund eingehender Prüfung der in Betracht kommenden Verhältnisse aus den bei Nr. 232 jenes Entwurfs in der ihm beigegebenen Begründung näher dargelegten Erwägungen von der Einstellung eines Zolles für Pflastersteine abgesehen. (S. 165 a. a. O.) Als bei den Beratungen des Entwurfs in der XVI. Kommission des Reichstages ein Zollsatz von 0,40 Mark für 1 dz beantragt worden war, sind die gegen einen solchen sprechenden Gründe regierungsseitig eingehend dargelegt worden (zu vgl. mündlicher Bericht des Berichterstatters der Kommission in der Verhandlung des Reichstags vom 10. Dezember 1902, Stenogr. Ber. 1900/1903 Bd. 8 S. 7059). Es ist dabei insbesondere hervorgehoben worden, daß der Einführung eines Zolles das Interesse der Landeskultur entgegenstehe, welches eine Verteuerung des zum zweckmäßigen Straßen- und Wegebau, zumal im Gebiete der norddeutschen Tiefebene, kaum noch entbehrlichen Materials durchaus erwünscht mache. Ferner wurde auf das sehr lebhafte Interesse der heimischen Schiffahrt an der Beibehaltung des bisherigen Zustandes hingewiesen, wobei insbesondere die an sich schon schwer um ihre Existenz kämpfende kleine Segelschiffahrt in der Ostsee in Betracht kommt. || Diese schon damals regierungsseitig hervorgehobenen Bedenken gegen die Zweckmäßigkeit einer Zollbelastung der Pflastersteine fanden auch weiterhin ihre Unterstützung in zahlreichen Eingaben aus den beteiligten Kreisen der Kommunalverwaltungen, des Handels und der Schiffahrt, welche die Zollfreiheit der Ware ebenso dringend forderten, wie die Hartsteinbruchbesitzer die Zollbelastung für erforderlich erklärten. || Nachdem aber der Reichstag die Einsetzung des Zolles beschlossen hatte, ist dieser selbstverständlich bei den Handelsvertragsverhandlungen nachdrücklich verteidigt worden. Trotz aller Versuche, dem Auslande den in das Gesetz aufgenommenen Zoll von 0,40 Mark annehmbar zu machen, mußte indes bereits in dem Vertrage mit Belgien, um dessen Zustandekommen zu ermöglichen, eine Ermäßigung auf 0,20 Mark zugestanden werden. Der Wert des in halber Höhe noch festgehaltenen Zolles fand durch Einräumung eines zollfreien Kontingents von 350 000 dz solcher Steine aus hellem grauen Granit im Vertrage mit Österreich-Ungarn eine weitere Abschwächung. || Schweden ist an der Einfuhr von Pflastersteinen nach Deutschland an erster Stelle und zwar so stark beteiligt, daß auf dieses Land etwa drei Viertel der Gesamteinfuhr entfallen, während alle übrigen in Betracht kommenden Gebiete — Belgien, Dänemark, Norwegen und Österreich-Ungarn — zusammen etwa ein Viertel liefern. Ziffernmäßig stellt sich die Einfuhr wie folgt:

Im Jahre:	1904	1903	1902	1901	1900
Gesamteinfuhr (dz)	4630679	4635518	4350874	4392101	5636124
davon aus Schweden (dz)	3611611	3738290	3635737	3391542	4110541
Wert der Einfuhr aus Schweden (Millionen Mark)	6,5	5,6	5,5	5,1	6,2

Die ausgedehnte Steinmetzindustrie in Schweden ist ein naturgemäßes Ergebnis der Bodenbeschaffenheit des Landes; die Bearbeitung des weite Strecken des Gebietes teils in losen Findlingsblöcken, teils als massiver Fels bedeckenden Granits bildet in noch höherem Maße, als es bei uns der Fall ist, für einzelne Gegenden die einzige Erwerbsgelegenheit der Bevölkerung, und die Unerschöpflichkeit des vorhandenen Materials sichert dieser zugleich dauernde Beschäftigung, solange ihre Erzeugnisse nur genügenden Absatz finden. Bei dieser Sachlage konnte es von vornherein nicht wohl zweifelhaft sein, daß seitens der schwedischen Regierung die Fortgewähr der Zollfreiheit für Pflastersteine als eine Hauptbedingung für den Vertragsabschluß mit besonderem Nachdruck gefordert werden würde. Demgegenüber kamen die Rücksichten in Betracht, welche sich aus den Interessen der beteiligten inländischen Kreise ergeben. Es kann in dieser Hinsicht auf die schon oben angeführten Darlegungen in der XVI. Kommission des Reichstags Bezug genommen werden. Aber zu welchem Ergebnis man auch bei Würdigung der für eine Zollbelegung des Pflasterungsmaterials sprechenden wirtschaftlichen Gründe kommen mochte, so mußte doch trotz der entgegenstehenden Bedenken im Interesse des Zustandekommens des Vertrags die Entscheidung im Sinne des Verzichts auf den Zoll für Pflastersteine getroffen werden.

Die Bestimmung ist dem Vertrage mit Österreich-Ungarn entnommen und unterscheidet sich von dieser sachlich lediglich durch ihre Ausdehnung auf Granit jeder Farbe, indem auf die Beschränkung auf hellen grauen Granit auch bei Pflastersteinen und anderen Steinmetzarbeiten verzichtet ist. || Bei der Zollbehandlung grober Steinmetzarbeiten der in Frage kommenden Art bestand unter der Herrschaft des alten Tarifs die Besonderheit, daß die Einfuhr auf dem Seewege volle Zollfreiheit genoß, während sie auf anderen Wegen mit 1 Mark für 1 dz belastet war. Bei Aufstellung des neuen Zolltarifs war die Begünstigung des Seeverkehrs beseitigt und regierungsseitig als Ausgleich der verschiedenartigen Zollbelastung ein Zollsatz von 0,75 Mark vorgeschlagen worden, welcher indes eine Erhöhung auf 1,25 Mark erfuhr. Im Vertrag mit Italien wurde dessen Ermäßigung auf 1 Mark zugestanden. Ein solcher Zollsatz würde naturgemäß ausschließlich diejenigen Länder sehr empfindlich treffen, welche auf den Seeweg angewiesen sind und die bis-

her somit für ihre Erzeugnisse Zollfreiheit genossen hatten. Tatsächlich war auch nahezu die ganze Einfuhr zollfrei; nur geringe Mengen hatten den Zoll von 1 Mark zu tragen.

Es gingen ein:

im Jahre	1904	1903	1902	1901	1900
insgesamt (dz)	173 330	163 823	178 454	199 403	184 347
zum Satze von 1 Mark (dz)	8 150	4 351	5 505	12 936	5 797
zollfrei (dz)	165 180	159 472	172 949	186 467	178 550
Davon aus Schweden (dz)	84 046	76 630	87 429	104 536	129 517
im Werte von (Mark) . .	672 000	460 000	525 000	627 000	842 000

Neben Schweden sind an der Einfuhr Großbritannien und Norwegen beteiligt, welche zusammen ungefähr die gleiche Menge im Seewege einführten wie Schweden.

Auf schwedischer Seite wurde bei dieser Sachlage dringend die Wiederherstellung des früheren Zustandes durch Gewährung der Zollfreiheit für den Seeverkehr gefordert. Konnte dem auch aus grundsätzlichen Erwägungen und im Hinblick auf die berechtigten Interessen unseres Steinmetzgewerbes nicht entsprochen werden, so war doch die Notwendigkeit eines Ausgleichs durch Einstellung eines mittleren Zollsatzes nicht abzuweisen. Der im allgemeinen für derartige Arbeiten aus Granit gewählte Satz von 0,50 Mark stellt sich nach der oben gegebenen Statistik für mehr als 95 Prozent der Gesamteinfuhr im Seewege als eine bei dem schweren Eigengewicht der Ware recht erhebliche neue Belastung dar, zu deren Übernahme die schwedische Regierung sich nur schwer hat verstehen können. || Die weitere Herabsetzung des Zollsatzes auf 0,25 Mark für Randsteine für Bürgersteige findet ihre Rechtfertigung in dem geringeren Maße ihrer Bearbeitung und darin, daß sie nach ihrem Werte und ihrem Verwendungszwecke als Teile des Straßenpflasters begrifflich den Pflastersteinen sehr nahe stehen. Auch dieser Zollsatz bedeutet gegen den früheren Zustand eine im wesentlichen neue Belastung der ausländischen Industrie zugunsten der heimischen.

Unglasierte Tonklinker waren unter der Herrschaft des früheren Tarifs ebenfalls zollfrei. In den neuen allgemeinen Zolltarif wurde ein Zollsatz von 0,50 Mark eingestellt, weil über den Wettbewerb des Auslandes, besonders Dänemarks und Schwedens, in Tonpflasterklinkern von den heimischen Fabrikanten Klage geführt und regierungsseitig das Schutzbedürfnis anerkannt wurde. Gleichzeitig waren auch für die gewöhnlichen Mauersteine Zollsätze von 0,20 Mark und 0,10 Mark (Nr. 713 und 714) festgesetzt worden, welche jedoch in dem Vertrage mit Österreich-Ungarn bereits teilweise auf 0,15 Mark und 0,05 Mark ermäßigt worden

sind. An der Einfuhr von Klinkern ist — soweit die Statistik bei mangelnder Trennung von den gewöhnlichen Mauersteinen, Dachziegeln usw. es erkennbar macht — Schweden an erster Stelle beteiligt. Die ziffernmäßig größere Einfuhr der Niederlande besteht hauptsächlich aus unglasierten Mauersteinen. Aus Schweden gingen ein:

im Jahre	1904	1903	1902	1901	1900
dz	159 042	154 309	126 510	115 545	128 797
im Werte von Mark	215 000	185 000	158 000	173 000	206 000

Damit findet das Interesse, welches schwedischerseits auch hier für die Wiedererlangung der Zollfreiheit gezeigt wurde, seine Erklärung. Wenn von unserer Seite das Interesse der heimischen Fabrikanten dieser Waren auch die Aufrechterhaltung eines gewissen Zollschutzes gerechtfertigt erscheinen ließ, so ist doch zu bemerken, daß weite Kreise sowohl der inländischen Verbraucher, als der Schiffahrt und Seehandel treibenden Bevölkerung die Wiederherstellung der Zollfreiheit lebhaft befürwortet haben, weil die schwedische Ware in besonderem Maße für Uferbauten, Kaimauern usw. geeignet sei und ihre Einfuhr im Seewege bisher lohnende Beschäftigung und geeignete Rückfracht, vor allem auch für die kleineren, der Getreideausfuhr aus unseren östlichen Landesteilen dienenden Fahrzeuge geboten habe. Es sind daher ganz besonders auch die Interessenvertretungen des Getreidehandels unserer Ostseestädte, welche die Erleichterung der Einfuhr befürworten. || Der Ausgleich der verschiedenartigen Interessen wird sich auf der Linie einer Zollbemessung von 0,20 Mark für 1 dz finden lassen. Dieser Satz steht im Einklang mit den bei Mauersteinen usw. bereits anderweit gewährten Zollermäßigungen und entspricht demjenigen für Formsteine der Nr. 713, welcher die ausländischen Klinker wegen ihrer von den inländischen Normalmaßen vielfach abweichenden Ausmessungen zum Teil unterfallen würden.

Wiewohl das Gebiet der Eisenindustrie für Schweden nicht ohne erhebliche Bedeutung ist, gelang es doch, die Zugeständnisse bei Erzeugnissen dieser Industrie auf wenige Punkte zu beschränken. || Die für verzinnten Draht (Nr. 792) in der Stärke von weniger als 0,5 bis 0,22 mm zugestandene Ermäßigung des allgemeinen Zollsatzes von 5,50 auf 4,75 Mark (um 0,75 Mark) ist in demjenigen Verhältnisse bemessen, welches sich aus der Herabsetzung des Zolles für rohen Eisendraht der gleichen Stärke von 4,50 auf 3,75 Mark (ebenfalls um 0,75 Mark) im Vertrage mit Österreich-Ungarn ergab, und wird daher besonderen Bedenken nicht begegnen können. Die Einfuhr, wobei es sich hauptsächlich um sogenannten Buchbinderdraht handelt, läßt sich aus der Statistik nicht besonders entnehmen, ist aber bei der engen Umgrenzung des Zugeständnisses kaum von er-

heblichem Umfange. Der bisherige Zollsatz betrug 3 Mark. || Pferderechen (Nr. 816) unterlagen zum Teil zwar bisher höheren Zollsätzen; indessen erscheint die Herabsetzung des Zolles von 8 Mark auf 6 Mark für 1 dz unbedenklich und kommt unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung zugute. Das Gleiche gilt für die Wiederherstellung des bis zum 28. Februar d. J. geltenden Zollsatzes von 3 Mark für rohe Hufeisen (Nr. 820). In der Zollbehandlung der infolge besserer Oberflächenbearbeitung wertvolleren Hufeisen tritt hierdurch keine Änderung ein. || Aus Nr. 824 war für Eisenbahnwagenfedern der angegebenen Beschaffenheit bereits in dem mit Belgien geschlossenen Vertrage der bisherige Satz von 3 Mark wieder hergestellt worden. Neu ist lediglich die Ausdehnung auf Wagenfedern anderer Art, was einmal im Hinblick auf den Wert, welcher durchschnittlich auf etwa 50 Mark für 1 dz angegeben worden ist, gerechtfertigt erscheint und andererseits für die Durchführung in der Praxis wegen der nicht immer sicheren Unterscheidung der Federn nach ihrem Verwendungszweck nicht unerwünscht ist. || Drahtseile aus Eisendraht (Nr. 825) waren, soweit sie zur Tauerei dienten, nach dem früheren Zolltarif zollfrei, im übrigen, unpoliert und unlackiert, ohne Unterschied der Stärke des verwendeten Eisendrahtes mit 3 Mark zollpflichtig. Die zugestandene Ermäßigung des Zollsatzes von 8 Mark auf 5 Mark für Drahtseile aus mindestens 0,5 mm starkem Eisendraht stellt bei einem für Drahtseile aller Art in der Handelsstatistik für 1904 auf durchschnittlich 37 Mark für 1 dz angegebenem Einfuhrwerte eine Wertbelastung von etwa 13,5 Prozent dar und gewährt immer noch gegen den bisherigen Zustand eine erhebliche Verstärkung des Zollschutzes. || Für Hufnägel und gewisse Arten grober roher Eisennägel von bestimmten Längen, wie solche besonders im Baugewerbe beim Gerüstbau, für Bohlenbefestigung usw. Verwendung finden, ist eine Ermäßigung des Zollsatzes von 8 Mark auf 6 Mark für 1 dz zugestanden worden. Bei der großen Verschiedenheit des Wertes der in der Nr. 825 des Tarifs zusammengefaßten Erzeugnisse und im Hinblick darauf, daß nach dem früheren Tarif Nägel, soweit sie nicht abgeschliffen oder dem gleichgestellt waren, bereits dem Zollsatze von 6 Mark unterlagen, werden sich ausschlaggebende Bedenken gegen die Ermäßigung nicht geltend machen lassen. Bei Hufnägeln kommt für die Ermäßigung noch das Interesse unserer Landwirtschaft und des Fuhrgewerbes in Betracht, welchen an dem wohlfeilen Bezuge der guten schwedischen Ware gelegen sein muß. || Auf dem für Schweden ebenfalls nicht unwichtigen Gebiete der Maschinenindustrie, auf welchem es uns in seinem Tarif in weitem Maße entgegengekommen ist, konnten wir uns auf ein Zugeständnis für Milchent-

rahmungsmaschinen aus Nr. 906 beschränken. Die vereinbarten Zollsätze liegen durchweg über denjenigen des früheren Tarifs, nach welchem je nach der Beschaffenheit des — überwiegend verwendeten — Eisens im Höchstfalle 5 Mark für 1 dz in Frage kamen. Mangels besonderer Ausscheidung läßt sich die Höhe der Einfuhr aus der Statistik nicht besonders erkennen; indessen steht fest, daß Maschinen dieser Art, die eine Spezialität der schwedischen Industrie bilden und dort in großem Umfange in leistungsfähigen Sonderfabriken hergestellt werden, im heimischen Molkereibetriebe zahlreich Verwendung finden; diesem kommt die zugestandene Ermäßigung zugute.

C. Zum Vertragstarif B (Zölle bei der Einfuhr in Schweden).

Unser Handelsverkehr mit Schweden hat sich im großen und ganzen in zufriedenstellender Weise entwickelt. Unser Absatz dorthin ist in den letzten Jahren verhältnismäßig stärker und schneller gewachsen als unser Bezug von dort, wobei freilich nicht übersehen werden darf, daß trotzdem die schwedische Ausfuhr nach Deutschland im Vergleich zur schwedischen Ausfuhr nach allen Ländern noch immer einen weitaus größeren Prozentsatz darstellt (1903: 16,14 Prozent, 1904: 17,3 Prozent) als unsere Ausfuhr nach Schweden im Vergleich zu unserer Ausfuhr nach allen Ländern (1903: nur 2,6 Prozent, 1904: nur 2,8 Prozent). || Die im allgemeinen günstige Entwickelung, die unser Absatz nach Schweden genommen hat, läßt unser erhebliches Interesse daran erkennen, daß uns die Fortdauer der derzeitigen Absatzbedingungen tunlichst gesichert bleibt. Der Hauptnachdruck unserer Forderungen bei den Verhandlungen war demgemäß, soweit der schwedische Tarif in Frage kam, auf die Bindung der Zollsätze und sonstigen tarifarischen Bestimmungen bei möglichst vielen der für uns wichtigen Positionen zu legen. Der Wert dieser Bindungen für die Dauer der Vertragsperiode tritt besonders hervor, wenn man der mannigfachen Zollerhöhungen gedenkt, die Schweden wiederholt und namentlich in den letzten Jahren vorgenommen hat. Indessen ist auch eine Anzahl von Ermäßigungen der derzeit geltenden schwedischen Sätze erzielt für wichtige deutsche Exportartikel, deren derzeitige Zollbelastung besonders hoch ist. Auf der anderen Seite hat sich Schweden bei einigen Artikeln, die als für uns wichtig in unsere Forderungsliste einzubeziehen waren, deren gegenwärtiger Zollschutz ihm aber nicht ausreichend erschien, die Möglichkeit einer Zollerhöhung gewahrt, die indessen über eine vereinbarte Maximalgrenze nicht hinausgehen darf; es handelt sich nur um drei Tarifstellen, und der Zoll würde, auch wenn er die vereinbarte Maximalhöhe tatsächlich erreichen sollte,

erträglich bleiben. || Der Gesamtwert derjenigen schwedischen Einfuhr aus Deutschland, für die im vorliegenden Vertrage — durch Ermäßigung oder Bindung der Zollsätze oder, in drei Fällen, durch Vereinbarung einer Maximalgrenze im Falle einer etwaigen Zollerhöhung — eine Sicherung erreicht ist, betrug im Jahre 1904 nach der schwedischen Statistik 121½ Millionen Kronen, d. i. 54,7 Prozent der schwedischen Gesamteinfuhr aus Deutschland. Zur Würdigung dieses Ergebnisses muß in Betracht gezogen werden, daß die restlichen 45,3 Prozent dieser Gesamteinfuhr ganz überwiegend auf Waren entfallen, die nichtdeutschen Ursprungs sind und lediglich durch den deutschen Zwischenhandel nach Schweden geliefert werden, wegen deren also deutscherseits bei den Verhandlungen Anträge überhaupt nicht gestellt zu werden brauchten. || Im folgenden seien die wichtigeren Zugeständnisse, abweichend von der Reihenfolge des alphabetisch geordneten schwedischen Tarifs und zusammengestellt nach Produktionsgruppen, aufgeführt. || Vgl. auch die Übersicht der Anlage IV.

Chemische Industrie.

Die Zollfreiheit im bisherigen Umfange oder die Verzollung nach den derzeitigen Sätzen ist festgelegt u. a. für folgende chemische Erzeugnisse: || für Apothekerwaren (Nr. 16 des schwedischen Tarifs), für Firnis (Nr. 110), für die für uns wichtigeren Farben, wie Alizarin-, Anilin- und andere Teerfarben, Buch-, Stein- und Kupferdruckfarben, Indigo, Zinkweiß und Lithopon und die Sammelgruppe der im schwedischen Tarife nicht besonders benannten Farben (Nr. 142, 144, 145, 149, 150; unser gesamtes Ausfuhrinteresse bei diesen Positionen beläuft sich auf 4,6 Millionen Kronen), — ferner für Gerbsäure (Nr. 156), kohlensaures, doppeltkohlensaures und salpetersaures Kali (Nr. 263 und 265), bestimmte Arten chemisch-technischer Präparate (Nr. 288 und 289), Magnesia und Magnesiasalze (Nr. 373), kohlensaures und schwefligsaures Natron (Nr. 477 und 481), Kochsalz (Nr. 560), Salzsäure (Nr. 561), Superphosphat (Nr. 625), für parfümierte Seife, Seife in Handstücken und Transparentseife (Nr. 666). || Eine Ermäßigung von 10 auf 8 Öre pro kg ist erfolgt für Schreibtinte (Nr. 53) in Relation zu der von uns Schweden eingeräumten Herabsetzung des deutschen Tintenzolles; den Wünschen unserer Industriellen entsprechend ist ferner neu bestimmt, daß die Teerfarbstoffe (Nr. 142 und 145) zollfrei bleiben, auch wenn sie geringe Mengen von Essigsäure, Azetin, Sulfiden und anderen Stoffen außer Alkohol behufs Milderung oder Fixierung des Farbentons, Verhinderung der Fällung im Bade u. dergl. enthalten; auch ist die Gleichstellung des synthetischen Indigos mit dem natürlichen bei Nr. 145 nunmehr ausdrücklich ausgesprochen.

Auf der anderen Seite konnte für kaustisches Kali (Nr. 261) die Bindung der derzeitigen Zollfreiheit nicht erreicht werden; bei der Bedeutung des Artikels für unsere Ausfuhr wurde der Abstandnahme von Forderungen die Vereinbarungen einer Höchstgrenze für den Fall einer Zolleinführung vorgezogen; diese Grenze wurde mit 3 Kronen, also nicht höher als der deutsche Zoll von 3,50 Mark, festgesetzt (Schlußprotokoll zu Artikel 8, Ziffer II Nr. 4). || Durch die vorgenannten Bestimmungen erscheint unsere Ausfuhr an chemischen Erzeugnissen nach Schweden in einem Gesamtwerte von 13,5 Millionen Kronen gesichert.

Textilindustrie.

Unter den Garnen sind es die wollenen, die für unsere Ausfuhr nach Schweden weitaus an erster Stelle in Betracht kommen; deshalb sind für die sämtlichen Wollengarne (Nr. 157 bis 160) die derzeitigen Sätze gebunden und damit ist ein Exportwert von $4^1/_4$ Millionen Kronen sichergestellt. — Sehr viel geringer ist unser Export nach Schweden in Leinen- und Hanf- sowie in Baumwollengarnen; in ersteren ist er auf $^1/_4$, in letzterem auf etwa $^1/_2$ Million Kronen zu bewerten. Die Sätze für einfaches Leinen- und Hanfgarn (Nr. 161/162) sind gebunden. Dagegen konnten wir auf eine Bindung der Sätze für Baumwollengarn, bei dem uns Großbritannien an Absatz auf dem schwedischen Markte weit voransteht, wohl verzichten, nachdem uns Schweden die Bindung des Zolles auf Baumwollenzwirn (Nr. 651), in dem wir erheblich nach dort exportieren, und die Bindung der Zölle auf die Baumwollengewebe zugestanden hat; es ist nicht anzunehmen, daß Schweden nunmehr durch Erhöhung der Zölle auf die Garne die Lage seiner Zwirnerei und Weberei in Baumwolle verschlechtern werde. Bindungen sind ferner erreicht für rohes Segelgarn und Bindfaden (Nr. 169) und für gefärbtes oder gebleichtes Seidengarn (Nr. 574), einen Exportartikel mit rund 1 Million Kronen Exportwert. || Auch bei unserm Gewebeexport nach Schweden spielen die Gewebe die Hauptrolle und auch hier sind, analog wie bei den Wollengarnen, für sämtliche Arten der wollenen und halbwollenen Gewebe (Nr. 705/707), einschließlich der Preßtücher, der Maschinenfilze und Teppiche, die derzeitigen Zölle durch Bindungen festgelegt; unser hierdurch geschützter Exportwert beläuft sich auf annähernd 8 Millionen Kronen. — Aber auch unsere Ausfuhr in den anderen Webwaren ist durchgehends in gleicher Weise gesichert infolge der zugestandenen Bindung der Zölle für den Hauptteil der Flachs- und Hanfgewebe (Nr. 708/711 und 715), für die undichten (außer Tüll) und die feinen dichten sowie für den Hauptteil der gebleichten, gefärbten, bedruckten

und gepreßten Baumwollgewebe (Nr. 722, 724 und 725). Eine erhebliche Begünstigung erfahren die seidenen und halbseidenen Gewebe und Bänder (Nr. 703/704, 22/23) durch die Herabsetzungen der Zölle von 8 auf 6 und von 3 auf 2,50 Kronen; hierdurch werden Artikel im Exportwerte von etwa $4^1/_2$ Millionen Kronen besser als bisher gestellt; die Unterscheidung von ganz- und halbseidenen Waren ist, für unser Interesse nicht ungünstig, dahin vereinbart, daß als erstere nur Seidenwaren mit mindestens 85 Prozent Seidengespinsten verzollt werden. Bindungen der Sätze für die übrigen Bänder (Nr. 24), für Stickereien (Nr. 64), für Posamentierwaren (Nr. 589/590), für Spitzen und Blonden (Nr. 605/606), namentlich auch für die nichtseidenen Wirkwaren (Nr. 619 und 687), endlich für Watte, auch zu medizinischen Zwecken zubereitet (Nr. 682), und für bestimmte wasserdichte Gewebe, darunter Wachstuch (Nr. 733), vervollständigen das Bild der sehr umfangreichen, wohl fast alle wichtigeren Exportartikel umfassenden Sicherung, die unsere Textilindustrie durch den vorliegenden Vertragsentwurf erhält. Unser Gesamtexportwert in den vorgenannten Textilartikeln mag sich auf 2,8 Millionen Kronen belaufen.

Was die Konfektion (hinter Nr. 295) betrifft, so hat die Bindung der derzeitigen Bestimmungen des schwedischen Tarifs nur für einen Teil der hierher fallenden Gegenstände erreicht werden können, nämlich für die leinenen und baumwollenen Kleider und für die genähten Haushaltungsgegenstände aller Art, soweit diese Artikel eine Verzierung mit Stickereien erfahren haben, sowie ferner für die anderen Kleider, sofern sie mit Stickereien, Fransen, Posamenten, Spitzen, Blonden oder höher verzolltem Futter versehen sind; alle diese Artikel unterliegen einem 100prozentigen Aufschlag auf den Zoll für den Stoff, aus dem sie hauptsächlich bestehen, und diesen Zuschlag hat Schweden gebunden. Gebunden ist ferner die Bestimmung, daß bei gesäumten oder eingefaßten leinenen oder baumwollenen Kleidern und genähten Haushaltungsgegenständen der Zuschlag nur 10 Prozent beträgt, und die weitere Bestimmung, daß bei Kleidern aus geknoteten, gestrickten oder gewirkten Gegenständen oder aus Strumpfwirkerwaren, wenn auch mit gewöhnlichen Zutaten wie Knöpfen, Riemen, Zugschnüren und Zugbändern, Schleifen, einfachen Quasten und dergl. versehen, überhaupt kein Zuschlag erhoben wird, sondern die Verzollung ohne Aufschlag nach den für Strümpfe und Strumpfwirkerwaren geltenden Regeln erfolgt. Dagegen ist für die übrigen Kleider, also die leinenen und baumwollenen ohne Stickerei und die wollenen und seidenen ohne solche und ohne Fransen, Posamenten, Spitzen oder höher verzolltes Futter, sowie für die nichtbestickten genähten Haushaltungsgegenstände die Bindung des derzeitigen Zuschlags von 50 Prozent

nicht erreicht worden; Schweden hat sich aber verpflichtet, im Falle einer Zollerhöhung den Aufschlag nicht über 75 Prozent des Zolles auf den Stoff, aus welchem das betreffende Stück hauptsächlich besteht, zu erhöhen (Schlußprotokoll zu Artikel 8, Ziffer II Nr. 4). Hierzu ist zu bemerken: einerseits, daß, wenn diese Erhöhung des Aufschlags um 25 Prozent tatsächlich eingeführt werden sollte, die schwedischen Konfektionszölle im Vergleiche mit denjenigen anderer Länder immer noch mäßige bleiben würden, anderseits aber daß infolge der von uns ausgewirkten Herabsetzung der Seidenzölle diese Steigerung des Aufschlags in sehr vielen Fällen überhaupt nicht zu einer Erhöhung des Gesamtzolles führen, sondern daß dieser sogar noch unter dem bisherigen bleiben würde. Das gilt nicht nur für die wertvollen rein- und gemischtseidenen Kleider, sondern — da nach wie vor bei Kleidern das Oberzeug und, wenn es schwierig ist, dessen Hauptbestandteil zu bestimmen, das höchstbelegte Material der Zollberechnung zugrunde gelegt wird — auch für die wollenen und baumwollenen Kleider, die einen reichen Einsatz oder Besatz aus Seide oder Halbseide haben und bei denen infolgedessen der Grundzoll und Aufschlag nach den Zöllen auf Seide oder Halbseide berechnet werden. Für einen Doppelzentner solcher Kleider, die auf Grund des Seidenzolls verzollt werden, waren bisher bei 50 Prozent Aufschlag 1200 Kronen zu entrichten, in Zukunft werden es nur 1050 Kronen sein; für einen Doppelzentner halbseidener Konfektion stellen sich die analogen Summen auf 450 Kronen bisher und 437,50 Kronen zukünftig. Noch größer ist naturgemäß die Herabsetzung gegen den derzeitigen Gesamtzoll bei seidener und halbseidener Konfektion, die, weil sie z. B. Spitzen aufweist, nach wie vor dem 100prozentigen Zuschlag unterliegt. Ein seidenes Kleid mit Spitzen im Gewichte von 5 kg zahlte bisher 80 Kronen und zahlt zukünftig nur 60 Kronen, ein gleichschweres halbseidenes mit Posamenten kostete bisher an Zoll 30 Kronen und kostet zukünftig nur 25 Kronen. Im Hinblick auf diese erheblichen Ermäßigungen kann wohl behauptet werden, daß unsere Konfektionsindustrie mit einem Exportwerte von rund 3 Millionen Kronen sich in ihrer Gesamtheit, auch wenn der in Rede stehende Aufschlag tatsächlich bis auf 75 Prozent erhöht werden sollte, nicht schlechter stehen würde als bisher. — Hingewiesen sei hier noch auf die Bindung der derzeitigen Bestimmungen über die Zollbehandlung der Schals (hinter Nr. 566) und der leeren Säcke (hinter Nr. 634).

Metallindustrie.

Auf dem Gebiete der Metallindustrie zeigt der schwedische Tarif stellenweise eine sehr weitgehende Detaillierung; nicht an allen diesen

Positionen hat Deutschland, wie die Statistik nachweist, ein erhebliches Interesse. Es war daher unbedenklich, unsere Anträge auf die Positionen, die für uns von größerer Bedeutung sind, zu beschränken, wodurch es möglich wurde, ungeachtet der entgegenstehenden Wünsche der aufstrebenden schwedischen Eigenproduktion nach höherem Schutze die Festlegung der für unsere Ausfuhr wichtigen Bestimmungen zu erreichen. || Für einen besonders wichtigen Stapelartikel unserer Eisenausfuhr ist das indessen nicht in vollem Umfange gelungen, nämlich für Fassoneisen. Zurzeit geht Fassoneisen im Gewichte von 20 kg oder mehr auf den laufenden Meter zollfrei in Schweden ein (Nr. 395); in Zukunft ist uns nur die Zollfreiheit für solches Eisen im Gewichte von 60 kg oder mehr pro Meter gesichert, während hinsichtlich des Fassoneisens im Gewichte von 20 bis 60 kg Schweden sich die Möglichkeit offen gehalten hat, einen Zoll im Höchstbetrage von 1,50 Kronen pro dz einzuführen (Schlußprotokoll zu Artikel 8, Ziffer II Nr. 4). Daß der Zoll, der auch in der Maximalhöhe nicht übermäßig sein würde, unserer Einfuhr erheblichen Abbruch tun könnte, ist wohl nicht zu befürchten. Für Fassoneisen von geringerem Gewichte als 29 kg auf den laufenden Meter ist der derzeitige Satz gebunden (Nr. 396). Das Gleiche gilt für die übrigen großen Stapelartikel der Eisenindustrie: für Platten und Bleche, auch geschnitten, gebogen oder durchlocht, indessen nicht weiter bearbeitet (Nr. 399/400), für geschmiedete, gewalzte oder gezogene Röhren und Röhrenteile (Nr. 406) und für Draht und Drahtwaren (Nr. 407/408). Es gilt auch für die beiden großen Sammelpositionen der nicht besonders benannten Eisen- und Stahlwaren (Nr. 427 und 428), in denen unsere Ausfuhr nach Schweden sich auf 3,8 Millionen Kronen beläuft; besonders wertvoll erscheint es, daß auch der niedrige Zoll, der für solche Eisenwaren im Stückgewicht über 10 kg für das Mehrgewicht autonom besteht, in unserem Vertrage gebunden ist (Anmerkung 1 zu Nr. 428). Für Brückenkonstruktionen ist die Zugehörigkeit zu Nr. 427 oder 428 und damit der niedrige Mehrzoll bei einem Stückgewicht über 10 kg noch ausdrücklich festgelegt (Anmerkung 2 zu 428). Von den nicht zahlreichen im schwedischen Tarif besonders benannten Fertigfabrikaten aus Eisen haben die Nähnadeln und die Nähmaschinennadeln eine Ermäßigung von 40 auf 30 Öre pro kg, die übrigen Nadeln aber eine Bindung erfahren (Nr. 488). || Für die beiden Hauptartikel unserer Ausfuhr in Blei, nämlich für Blei in Platten (Nr. 383) und für Buchdrucktypen (Nr. 55), ist gleichfalls Bindung der derzeitigen Sätze erfolgt, desgleichen für Zinkblech (Nr. 458). || Sehr erheblich ist unsere Ausfuhr nach Schweden auf dem Gebiete der Kupferindustrie: sie erfährt eine volle ausreichende

Sicherung durch Bindung der Zölle für den gewöhnlichen (nicht zu Seilen gewundenen und nicht isolierten) Kupferdraht und die Gewebe aus Kupferdraht (Nr. 442), für den Kupferdraht, der mit Blei oder Eisen armiert oder in bestimmter Weise isoliert ist, und für den Hauptteil der elektrischen Kabel (Nr. 440|441), die wie bisher zollfrei bleiben, endlich für den Hauptteil der Kupferwaren (Nr. 444/445). Durch diese Bindungen sind uns die derzeitigen Sätze für einen Ausfuhrwert von insgesamt über $6^1/_2$ Millionen Kronen weitergewährt. Bei den im Vertrage nicht enthaltenen Positionen des schwedischen Tarifs, die bearbeitetes Kupfer betreffen, weist die schwedische Statistik eine Einfuhr aus Deutschland von insgesamt nur etwa 700 000 Kronen nach; die Sicherung der Ausfuhr unserer Kupferindustrie durch die vorliegenden Zugeständnisse ist also absolut wie relativ eine sehr weitgehende.

Maschinenindustrie.

Der schwedische Tarif faßt nahezu sämtliche Maschinen in Nr. 378 zusammen und verweist zu dieser Nummer überdies noch die Gerätschaften und Werkzeuge; außerdem kommen für unsere Ausfuhr nur noch die Nr. 735 des Tarifs, die die Dampfmaschinen, und Nr. 630, die die Näh- und Strickmaschinen behandelt, in Betracht. Bei diesen drei Positionen sieht der Vertrag die Bindung des 10prozentigen Wertzolls vor und sichert damit einer deutschen Ausfuhr im Werte von 7,2 Millionen Kronen, die sich in schnellem Aufsteigen befindet, den Fortgenuß einer mäßigen Verzollung. In einer Schlußprotokollsbestimmung (Schlußprotokoll zu Artikel 8, Ziffer II Nr. 5) hat sich Schweden allerdings die Möglichkeit offengehalten, die unter die Nr. 378 und 735 fallenden Maschinen (nicht auch die Gerätschaften und Werkzeuge), soweit ihr Einzelgewicht 10 dz oder weniger beträgt, bis um 5 Prozent vom Werte im Zolle zu erhöhen, aber unter der Bedingung, daß gleichzeitig für diese Maschinen, soweit ihr Einzelgewicht über 100 dz beträgt, eine Ermäßigung des Zolles um denselben Prozentsatz vom Werte gewährt wird; infolge dieser Bedingung würde eine derartige Änderung indessen gewiß zu unserem Vorteil ausschlagen, da wir infolge der hohen Entwickelung unserer Maschinenindustrie im Gegensatze zu manchen Konkurrenzstaaten imstande sind, auch die größten Maschinen zu bauen und deshalb an der Ausfuhr schwerer Maschinen ein besonderes Interesse haben. Es sei noch bemerkt, daß die Teile der Maschinen, Gerätschaften und Werkzeuge überall der Zollbehandlung der fertigen Artikel folgen. || Die übrigen großen Industriezweige und die für sie erlangten Konzessionen seien in Anlehnung an die Reihenfolge des deutschen Tarifs aufgeführt.

Lederindustrie.

Bindungen der derzeitigen Sätze, die einen sehr erheblichen Export ermöglicht haben, sind erreicht zunächst für Leder aller Art (Nr. 219 und 220; Ausfuhrwert: 3,1 Millionen Kronen), dann aber auch für sämtliche wichtigeren Lederwaren, wie Lederhandschuhe (Nr. 205), Täschnerwaren, das sind Schreibmappen, Zigarrenetuis, Brieftaschen, andere Taschen, Portemonnaies — diese auch, wenn sie aus anderen Stoffen, außer aus Seide oder Halbseide, bestehen (Nr. 539 und Anmerkung dazu), Treibriemen aus Leder (Nr. 547), Sattlerwaren (Nr. 557) und gewöhnliche Lederschuhe (Nr. 580); für die feineren Lederschuhe der Nr. 478, das sind solche aus Saffian, Korduan, gefärbtem, gepreßtem oder lackiertem Leder, in denen wir stärker als in den gewöhnlichen Lederschuhen nach Schweden exportieren, ist eine Ermäßigung von 6 auf 5 Kronen pro kg erzielt.

Kautschukindustrie.

Der derzeitige schwedische Tarif sieht außer für den unbearbeiteten Kautschuk die Zollfreiheit vor auch für die sämtlichen Halbfabrikate und für einen Teil der Fertigfabrikate aus Kautschuk. Wir haben zunächst den Satz für die nicht besonders benannten Kautschukwaren (Nr. 285) gebunden, wodurch die Möglichkeit, daß Schweden auf die Halbfabrikate einen Zoll einführt, jedenfalls sehr gemindert wird. Überdies ist uns noch die Zollfreiheit gebunden für Kautschuk in Platten von mindestens 1 mm Dicke (Nr. 282) und für Fäden und Röhren aus Hartkautschuk oder Ebonit (aus Nr. 284). Der Wert unserer auf diese Weise gesicherten Ausfuhr an Kautschuk und Kautschukwaren mag wohl auf $^3/_4$ Millionen Kronen anzusetzen sein.

Flechtwarenindustrie.

Hingewiesen sei auf die Bindung der Sätze für die Korbwaren (Nr. 317), abgesehen allein von denen aus ungeschälten Zweigen und gröberen Spänen, d. h. von den ganz gewöhnlichen, die schwerlich in größerem Umfange nach Schweden ausgeführt werden, sowie für die Kokosmatten (Nr. 380), einen nicht unbedeutenden deutschen Ausfuhrartikel.

Holzindustrie.

Bei dem großen Holzreichtume Schwedens ist es erklärlich, daß wir, abgesehen von wenigen Spezialitäten, nur in weiterverarbeiteten Waren, die eine größere Arbeitsleistung erfordern, und zumeist auch wohl nur dort, wo nicht das eigentliche schwedische Holz, das Tannen- und Fichtenholz, verwandt ist, mit der schwedischen Eigenproduktion konkurrieren

können. Hiernach erscheinen die erlangten Bindungen ausreichend, nämlich diejenigen der Sätze für die Zigarrenkistenhölzer, abgesehen von den tannenen und fichtenen (Nr. 655), für die Drechsler- und Bildhauerwaren (Nr. 658) sowie für die Tischlerwaren und die nicht besonders benannten Holzwaren, abgesehen von denen aus Tannen- oder Fichtenholz (Nr. 663/664).

Papierindustrie.

In den Artikeln der Papier- und Papierverarbeitungsindustrie hat die deutsche Ausfuhr nach Schweden den Wettbewerb mit der sehr entwickelten und durch den billigeren Rohstoff sowie durch das reichlich vorhandene Wasser begünstigten einheimischen Erzeugung zu bestehen. Es wäre deshalb erwünscht gewesen, wenn, entsprechend den Anträgen unserer Interessenten, umfassende Herabsetzungen der schwedischen Zollsätze hätten erreicht werden können. Indes war dies nicht möglich. Immerhin sind einige nicht unwichtige Besserstellungen erfolgt, und jedenfalls ist durch Bindung der Sätze bei nahezu sämtlichen wichtigeren Positionen verhütet, daß die derzeitigen Absatzbedingungen noch verschlechtert werden. Gebunden sind die Zölle für die sämtlichen Papierarten (abgesehen von den technischen Papieren der Nr. 510 und dem Packpapier, an denen unser Interesse auf dem schwedischen Markte ein geringes ist), also die Sätze für Schreib- und Druckpapier, für vergoldetes, versilbertes Papier, für Buntpapier usw., auch für Papier in Verbindung mit Geweben (Nr. 512/513) und für Tapeten (Nr. 515). Gebunden ist ferner der Zoll auf Pappe (Nr. 507), allerdings nur für diejenige Pappe, die nicht als Verhäutungs-, Preß und Dachpappe (Nr. 506) anzusehen ist; an der Ausfuhr der letzteren hat Deutschland erhebliches Interesse, die Bindung des Satzes war aber von Schweden nicht zu erreichen. Dafür ist indessen bei den Waren aus Pappe, Papier und Papiermaché, gleichfalls sehr wichtigen Artikeln unserer Ausfuhr, nicht nur die Bindung des Zolles für die unlackierten, sondern auch eine Ermäßigung für die lackierten, bronzierten, vergoldeten, versilberten von 2 auf 1,50 Kronen erreicht (Nr. 508 und 509). Für einige wichtige Waren aus Papier oder Pappe, die aus diesen Sammelpositionen ausgeschieden sind und gesondert tarifieren, ist gleichfalls die Zollbindung zugestanden: für die Briefumschläge und Papiertüten (Nr. 62) und für die Visitenkarten, Adreßkarten, Gratulationskarten, Pappkarten zum Aufkleben von Photographien, für Speisezettel usw. (Nr. 701); solche Karten dürfen nunmehr, ohne Zollerhöhung zu erfahren, auch mit Gold- oder Silberprägung, Gold- oder Silberdruck versehen sein (Anmerkung zu Nr. 701). Wichtiger ist aber die zu Nr. 62 vereinbarte Bestimmung hinsichtlich der Papierausstattungen:

für Papierausstattungen (d. i. Briefpapier mit Briefkarten oder mit Briefumschlägen oder mit beiden in Behältnissen aus Papier, Pappe oder Holz) ist der mäßige Einheitssatz von 25 Öre pro kg zugebilligt, was gegenüber der bisherigen schwankenden Durchschnittsverzollung nach der Menge der einzelnen Teile zunächst eine größere Sicherheit, ferner aber auch in den meisten Fällen eine wesentliche Herabsetzung gegen die bisherige Berechnung ergibt. Zu den Behältnissen dürfen andere Materialien als Papier, Pappe oder Holz nicht verwandt sein; jedoch können die einzelnen Teile des Inhalts mit Bändchen aus Gespinsten gebunden, auch dürfen solche Bändchen oder Beschläge zum Festhalten des Deckels oder zum Schließen des Behältnisses angebracht sein und die Behältnisse selbst Einrichtungen zur Unterbringung verschiedener Arten oder Größen von Briefbogen, Briefkarten oder Briefumschlägen haben — alles dies, ohne daß deshalb ein höherer Zoll Platz greift. || Gebunden sind endlich die Sätze für die uneingerahmten Lithographien, Photographien, Kupferstiche, Stahlstiche, Holzschnitte, Öldruckbilder (Nr. 368; Ausfuhrwert 1,3 Millionen Kronen), wobei zusätzlich bestimmt ist, daß diese Bilder auch auf lackiertem, vergoldetem, versilbertem Papier oder derartiger Pappe angebracht sein können, ohne eine Zollerhöhung zu erfahren, ferner für die Bücher in fremden Sprachen oder mit erhabener Schrift für Blinde (Nr. 82) und für die nicht eingebundenen Musikalien (Nr. 466); für die Kinderbilderbücher und -Malbücher mit erläuterndem Texte ist die Zuweisung zu Nr. 81 (gebundene Bücher in schwedischer Sprache) und Nr. 82 (Bücher in fremder Sprache) festgelegt, beides derzeit zollfreie Positionen und letztere, wie erwähnt, gebunden (Anmerkung zu Nr. 81 und 82). || Weniger Interesse an der Ausfuhr nach Schweden, als die Papierindustrie, hat unsere || Industrie der mineralischen Rohstoffe und der Waren daraus, da Schweden selbst an nutzbaren Mineralien, namentlich Steinen, überreich ist. Bindungen sind ausgewirkt für Asbest und Asbestwaren (Nr. 18), für Zement (Nr. 88) und für gebrannten und gemahlenen Gips (Nr. 173). Eine erhebliche Bedeutung hat dagegen der schwedische Markt für unsere keramische Industrie. || Der Vertrag weist Bindungen der schwedischen Sätze auf für alle Artikel, an denen wir größeres Interesse haben: für feuerfeste Ziegel, Tassadeziegel und Bürgersteigsteine (Nr. 352), für Porzellanwaren (Nr. 358/359) und für andere Tonwaren, wie Kacheln, Ofenornamente, Töpferwaren, Majolikawaren, Fayence und dergl. (Nr. 360/61). Namentlich für unsere Ausfuhr in Porzellan und Fayence ist die Sicherung der Fortdauer der derzeitigen Verzollung von Wert, da bei dem Aufstreben der schwedischen Porzellanindustrie Versuche, das Aufblühen durch Zollerhöhungen noch zu beschleunigen, wohl nicht fern gelegen hätten. Eine

Ermäßigung des Zollsatzes ist erreicht für unglasierte einfarbige Fußboden- und Wandplatten (weniger als 3 cm dick) und für Bauornamente (Nr. 354); vielleicht wird diese nicht unerhebliche Ermäßigung (von 3 auf 2 Kronen pro dz) zu einer Belebung unseres bisher nicht sehr bedeutenden Exports in diesen Artikeln nach Schweden beitragen.

Auf dem Gebiete der || Glasindustrie || liegt nur bei einigen Positionen des schwedischen Tarifs ein größeres deutsches Ausfuhrinteresse vor, und bei diesen sind auch die Zollsätze gebunden: bei belegtem Fenster- und Spiegelglas (Nr. 184/185), photographischen Trockenplatten (Nr. 186) und bei der Sammelposition der Nr. 187, die nicht besonders aufgeführtes Glas und Glaswaren, auch Karaffen und gepreßte oder geschliffene Flaschen umfaßt. || Edelmetallindustrie. || Bei den beiden für unsere Edelmetallindustrie vorwiegend wichtigen Positionen der Gold- und Silberwaren (Nr. 391 und 450) sind die derzeitigen Zollsätze gebunden. In Schweden selbst und in dem benachbarten Norwegen besteht eine entwickelte Edelmetallindustrie, und das ist wohl der Hauptgrund, weshalb unsere Ausfuhr in diesen Waren nach Schweden nicht die sonst gewöhnliche Höhe erreicht. Eine Ermäßigung des Zolles für Silberwaren, die vielfach gewünscht war, ließ sich nicht erzielen. Dagegen ist für die Goldgespinstwaren der Nr. 198 (Nestelschnüre, Kantillen, Flitter, Borten, Besätze, Schnüre u. dergl.), und zwar für die echten wie für die unechten, eine bei der Bedeutung dieses Artikels gerade für ein an Nationaltrachten so reiches Land wie Schweden nicht unwichtige Zollherabsetzung von 12 auf 9 Kronen erlangt; zugleich ist bestimmt worden, daß die Verzollung als Goldgespinstwaren erst dann eintreten soll, wenn die Artikel mehr als 15 Prozent des Gesamtgewichts an Goldfäden oder Goldgespinsten enthalten, und daß bei geringerem Gehalte die Artikel nach ihrer sonstigen Beschaffenheit verzollt werden sollen. Erwünscht wird unserer Edelmetallindustrie auch das Zugeständnis im Schlußprotokolle zu Artikel 6 des Vertrages sein, wonach deutsche Handlungsreisende in Zukunft in Schweden mit unpunzierten Mustern von Edelmetallwaren reisen dürfen, gegen die Verpflichtung, die Muster binnen 6 Monaten wieder auszuführen und gegen mäßige Sicherstellung dieser Verpflichtung; gerade die bisherige Bestimmung, daß die Edelmetallwarenmuster, die nach Schweden mitgebracht wurden, einen bestimmten und hohen Edelmetallgehalt aufweisen mußten, hat zu vielen Klagen Veranlassung gegeben. || Instrumentenindustrie. || Unsere Instrumentenfabrikanten unterhalten einen sehr bedeutenden Export nach Schweden, der auf weit über 1 Million Kronen jährlich zu bewerten ist. Dementsprechend enthält der Vertragsentwurf die Bindung der Sätze der beiden Tarifnummern 239 und 240, welche die

chirurgischen, mathematischen, physikalischen, chemischen Instrumente, die Navigationsinstrumente aller Art, ferner die optischen Instrumente, einschließlich der Fernrohre, Brillen und gefaßten optischen Gläser begreifen. Überdies hat aber für drei wichtige Arten von Instrumenten eine Ermäßigung des derzeitigen Satzes auf die Hälfte stattgefunden, entsprechend Wünschen aus den Kreisen unserer Industrie, nämlich für Barometer, Manometer uud Thermometer; Manometer sind von verhältnismäßig hohem Gewichte, Barometer und Thermometer sind Erzeugnisse der thüringischen Hausindustrie, beides Umstände, die die Ermäßigung für uns besonders erwünscht erscheinen lassen.

Elektrotechnische Industrie. || Auch die elektrotechnische Industrie erfährt eine ausreichende Sicherung der derzeitigen Absatzbedingungen nach Schweden auf tarifarischem Gebiete: es sind gebunden die Sätze für die Elektrometer (Nr. 99), für die elektrischen Glühlampen (Nr. 100) und für die elektrischen Maschinen, wie Dynamomaschinen, Elektromotore und Transformatoren, sowie ihre Teile (Nr. 101). Unser Interesse an der Ausfuhr dieser Erzeugnisse der elektrotechnischen Industrie mag sich auf $1^1/_4$ bis $1^1/_2$ Millionen Kronen bewerten. Die von den Interessenten gewünschte Herabsetzung des Wertzolls der Nr. 101 von 15 auf 10 Prozent, also auf die Höhe, die er bis zum 1. Januar 1905 hatte, ist nicht erreicht worden. || Fahrzeugindustrie. || Für die am Export nach Schweden beteiligten wichtigeren Gruppen unserer Fahrzeugindustrie sind gleichfalls Festlegungen der derzeitigen Zollsätze erfolgt: so für die Eisenbahn- und Pferdebahnwagen, denen auch solche Wagen zugerechnet werden, in welchen Motore angebracht sind (Nr. 253), für die Fahrräder (Nr. 693), für die Erzeugnisse der Automobilindustrie, also die Motorfahrräder und die Automobile (Nr. 683), und endlich für die Kinderwagen (Nr. 683). || Uhrenindustrie. || Auf dem Gebiete der Uhrenindustrie ist eine wichtige Verbesserung für unseren Export gegenüber dem derzeitigen Stand der Zollsätze zu verzeichnen: für die sogenannten Großuhren (das sind Wand- und Stutzuhren) in Gehäusen aus Metall und für die einzelnen Uhrgehäuse aus Metall (Nr. 677) ist der Zoll von 1,50 Kronen auf 75 Öre, also auf die Hälfte, ermäßigt worden. Gerade hierher fallen überwiegend die billigen Uhren, u. a. insbesondere der große Stapelartikel der billigen Weckeruhren, und gerade für solche Uhren ist die Herabsetzung des derzeitigen schwedischen Zolles lebhaft beantragt worden. Im übrigen ist, soweit ein erheblicheres Interesse unsererseits vorliegt, die Bindung der Zollsätze erfolgt: für die Großuhren in anderen Gehäusen als solchen aus Metall, also namentlich für die Uhren in Holzgehäusen — ausgenommen von der Bindung bleiben Uhren in Gehäusen

aus Alabaster oder Porzellan, die keine große Rolle spielen — und für die betreffenden Gehäuse allein (Nr. 678), ferner für die losen Werke zu Großuhren und die Uhrfurnituren (Nr. 679). Unser derzeitiger Export an Uhren und Uhrteilen nach Schweden ist auf $1^1/_4$ Millionen Kronen zu bewerten. || Musikinstrumentenindustrie. || Auch für einen wichtigen Zweig unserer Musikinstrumentenfabrikation ist eine erhebliche Zollherabsetzung zu verzeichnen: Akkordeons und ihre Teile (Nr. 245) werden in Zukunft 50 Öre statt 1 Krone Zoll zahlen. Dagegen hat eine Ermäßigung der hohen Sätze für die Pianinos und Flügel (Nr. 241 und 242) nicht stattgefunden; die Sätze sind vielmehr gebunden, ebenso wie der Wertzoll von 15% für die Sammelposition der nicht besonders benannten musikalischen Instrumente (Nr. 246). Die Gesamtausfuhr aus Deutschland nach Schweden an Musikinstrumenten, die unter die vorgenannten Positionen fallen — und das ist der sehr überwiegende Hauptteil unserer Ausfuhr nach Schweden an musikalischen Instrumenten — mag sich wohl auf 700000 Kronen bewerten. || Spielwarenindustrie. Der schwedische Tarif gehört allerdings zu denjenigen, die für Spielzeug aller Art, ohne Rücksicht auf das verwandte Material, und für die Teile von Spielzeug eine einzige Position (Nr. 348) mit einem Einheitssatz aufweisen; dieser Satz war aber bisher so hoch, daß ein erheblicherer, der Bedeutung unserer Industrie entsprechender Export nach Schweden sich nicht entwickeln konnte. Der Satz ist nunmehr bedeutend, von 2 Kronen auf 1,20 Kronen pro kg ermäßigt. Den Anträgen unserer Industrie entspricht gleichfalls die Zusatzbestimmung, wonach Christbaumschmuck, soweit er nicht nach seiner Beschaffenheit niedrigeren Zollsätzen unterliegt, dem Spielzeuge gleich behandelt wird (Anmerkung zu Nr. 348).

Verschiedene andere Industriezweige. || Von den weiteren Zugeständnissen zum schwedischen Tarif, an denen die deutsche Industrie Interesse hat, seien — in der Reihenfolge des schwedischen Tarifs — die folgenden hervorgehoben: || Für Briefmarken- und Postkartenalbums und ihre Teile treten Ermäßigungen des derzeitigen Satzes von 2 Kronen auf 1 und $1^1/_2$ Krone ein; für die anderen Albums und ihre Teile ist der geltende Satz gebunden (Nr. 6). Gebunden sind ferner die Sätze für die unechte Bijouterie (Nr. 35; Wert 337000 Kronen), für die künstlichen Blumen (Nr. 46), für Bleistifte (Cr. 50) einschließlich der in Holz gefaßten Farbstifte, für die besseren Bürstenbinderwaren der Nr. 60, für die Zelluloidwaren, die lediglich aus Zellhorn bestehen (Nr. 87). — Eine Ermäßigung ist zu verzeichnen für einen Teil der Etuis (Nr. 107). Während die Etuis, die mit Leder oder Textilien überzogen oder ausgestattet sind oder Zelluloid oder ähnliche Formerstoffe aufweisen, beim

bisherigen Zolle verbleiben, erfahren die anderen Etuis eine Herabsetzung von 2 auf 1,50 Kronen. Die Unterscheidung ist also ähnlich getroffen, wie in Nr. 668 des neuen deutschen Tarifs; freilich sind die schwedischen Sätze noch immer weit höher als die deutschen. Von Bedeutung ist die zu Nr. 107 vereinbarte Anmerkung. Es ist zu beachten, daß eine Verzollung zu den hohen Sätzen der Nr. 107 nur dann stattfindet, wenn es sich um ein Etui aus zusammengesetztem (oder im Tarif anderweit nicht als bearbeitet aufgeführtem) Material handelt; nunmehr ist bestimmt, daß bei Prüfung der Frage, ob ein Etui aus zusammengesetztem Material besteht und deshalb nach Nr. 107 zu verzollen ist, Schließvorrichtungen, wie kleine Schlößchen nebst den Schlüsseln, Schlüsselschilder und dergleichen, außer Betracht bleiben. Infolge dieser Zusatzbestimmung, die analog auch für Schachteln und Dosen der Nr. 20 gilt (Anmerkung zu Nr. 20), werden zahlreiche einfachere Holzetuis, insbesondere z. B. Federkästchen und dergleichen, in Zukunft überhaupt nicht mehr nach Nr. 107, sondern als Holzwaren mit weit niedrigeren Sätzen als bisher verzollt werden. — Bindungen der derzeitigen Zollsätze enthält ferner der Vertrag für Krollhaare (Nr. 230), für Knöpfe, abgesehen von solchen mit Seide (Nr. 299), für Palmkern- und Kokosnußöl in Fässern (Nr. 498), für flüchtige Öle in größeren Behältern (Nr. 500), für Schirmteile, sowohl Gestelle wie Stöcke (Nr. 519 und 520), für Pfeifenköpfe mit oder ohne Beschlag, abgesehen von solchen aus Meerschaum (Nr. 528), für Perlmutterwaren (Nr. 543) und für Linoleummatten (Nr. 732). — Bei allen diesen Positionen handelt es sich um bedeutende Artikel unseres Exports, und der Gesamtwert unserer Ausfuhr nach Schweden in den hier benannten Erzeugnissen verschiedener Industriezweige kann wohl auf 3,2 Millionen Kronen veranschlagt werden. || Endlich sei noch auf zwei generelle für unsere Industrie wichtige Bestimmungen des schwedischen Vertragstarifs hingewiesen: auf die Bindung der Sammelposition Nr. 584, die alle im Tarif nicht benannten Handwerker-, Fabrik-, Hausfleiß- und Manufakturwaren umfaßt und für diese zunächst die Verzollung nach dem Stoffe, aus dem sie hauptsächlich bestehen, falls dieser aber nicht mit Bestimmtheit festgestellt werden kann, die Verzollung mit einem 15 prozentigen Wertzolle vorschreibt, ferner auf die generelle Anmerkung 1 zum allgemeinen Tarif, nach der eine Ware als „poliert“ erst dann anzusehen ist, wenn an einem größeren oder geringeren Teile die Feil- oder Schleifstriche nicht zu sehen sind; dieses erstere Zugeständnis sichert zahlreiche und mannigfache gewerbliche Exportartikel gegen Zollerhöhungen, das letztere bewahrt die bloß abgefeilten oder abgeschliffenen Waren vor der Verzollung als polierte und wird wohl manchen Zollstreit verhüten.

Landwirtschaftliche Artikel.

Nahrungs- und Genußmittel.

In landwirtschaftlichen Artikeln hat Deutschland einen sehr bedeutenden Export nach Schweden; allein in Getreide, Hülsenfrüchten und Mehl — soweit wir Konzessionen dafür erlangt haben — bewertete er sich im Jahre 1904 auf 33½ Millionen Kronen. Wenn nun auch zunächst wohl nicht zu erwarten ist, daß Schweden, das infolge seiner klimatischen Verhältnisse auf den Auslandbezug von Getreide in größerem Maße angewiesen ist, zu einer für unseren Import dorthin gefährlichen Erhöhung seiner Getreidezölle schreiten wird, so ist die im Vertragstarife vorgesehene Sicherung durch Bindung der Sätze für die uns interessierenden Arten von Getreide, Hülsenfrüchten und Mehl doch immerhin von erheblichem Werte für unsere landwirtschaftliche Produktion, insbesondere für diejenige der nördlichen Gegenden unseres Vaterlandes, die ihren lokalen Überschuß nach Skandinavien exportieren. Es sind gebunden die Sätze für Roggen, Weizen, Gerste, Erbsen, Bohnen (Nr. 596), für Hafer und Wicken (Nr. 597) und für Mehl und Grieß aller Art (Nr. 600). Infolge der letzteren Bindung kann eine Erhöhung der Spannung zwischen dem Getreide- und dem Mehlzolle jedenfalls nur durch Ermäßigung des ersteren, die indessen nicht wahrscheinlich ist, nicht aber auch durch Erhöhung des letzteren stattfinden, so daß der Export unserer Müllerei verhältnismäßig gesichert erscheint. Ferner liegen für mehrere andere wichtige landwirtschaftliche Artikel teils Bindungen, teils auch Ermäßigungen vor: Bindungen für Gänse (Nr. 140), für Hopfen (Nr. 226; Ausfuhrwert über 2,7 Millionen Kronen) und für Kartoffeln (Nr. 540), für die Schweden die Zollfreiheit auf die gleiche Zeit des Jahres, während deren Kartoffeln zollfrei nach Deutschland eingehen können, festgelegt hat. Auch auf die Bindung des Satzes für polierten Reis (Nr. 194) sei hier hingewiesen. Zugunsten unserer Weinausfuhr nach Schweden ist vereinbart, daß die deutschen Weißweine nicht schlechter als die Weine, auch die Rotweine, anderer Staaten in Schweden behandelt werden dürfen, und daß die derzeitige Spannung zwischen dem Zolle auf Weißweine in Fässern und dem Zolle auf nicht schäumende Weißweine in Flaschen nicht erhöht werden darf (Anmerkungen zu Nr. 695 und Nr. 697). Ermäßigungen der derzeitigen Zollsätze sind erreicht für Spargel (Nr. 601) von 30 auf 20 Öre pro kg und für lebende Gewächse (Nr. 734) von 10 auf 7 Öre, unter Bindung der Bestimmung, daß bei einem Gewichte der Gewächse über 10 kg für das Mehrgewicht nur 3 Öre pro kg zu berechnen sind (Anmerkung zu Nr. 734); auch bei diesen Positionen handelt es sich um nicht unerhebliche Exportinteressen namentlich des Lübecker Bezirkes.

Es bleiben zu erwähnen: || 1. die Bindung des 15prozentigen Wertzolls bei Nr. 740 für alle im allgemeinen schwedischen Tarif nicht besonders benannten Waren, die eine Bearbeitung erfahren haben (Ausfuhrwert bei dieser Position über 900000 Kronen) und || 2. die Bestimmung, daß Musterkarten und Muster in Abschnitten oder Proben, die nur zum Gebrauch als solche geeignet sind, zollfrei zugelassen werden (Anmerkung 2 zum allgemeinen Tarif).

Anlage.*)

Die bestehenden Handels- und Schiffahrtsverträge einzelner deutscher Bundesstaaten mit Schweden und Norwegen.

(Deutsche Übersetzung.)

1. Handels- und Schiffahrtsvertrag

zwischen Preußen und Schweden-Norwegen vom 14. März 1827.

Im Namen der hochheiligen und unteilbaren Dreieinigkeit!

Seine Majestät der König von Preußen und Seine Majestät der König von Schweden und Norwegen, von gleichem Wunsche beseelt, die zwischen Ihren beiderseitigen Staaten bestehenden Handelsverbindungen zum gegenseitigen Wohle Ihrer Untertanen zu erweitern und zu befestigen, und überzeugt, daß dieser heilsame Zweck auf keine Weise besser als durch Annahme eines auf Grundsätzen der Billigkeit beruhenden Systems vollkommener Gegenseitigkeit erreicht werden könne, sind infolgedessen übereingekommen, wegen Abschließung eines Handelsvertrages in Unterhandlung zu treten, und haben zu diesem Behufe Bevollmächtigte ernannt, nämlich: || Seine Majestät der König von Preußen, || den Herrn Franz Friedrich Ludwig v. Tarrach, Allerhöchst-Ihren Geheimen Legationsrat und außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem Könige von Schweden und Norwegen, Ritter Allerhöchst-Ihres roten Adlerordens 2. Klasse und Kommandeur des Schwedischen Nordsternordens; || und || Seine Majestät der König

---

*) Weggelassen sind folgende Anlagen:

Anlage 1. Übersicht der deutschen Einfuhr und Ausfuhr im Spezialhandel gegenüber Schweden auf Grund der deutschen Statistik (ohne Edelmetalle).

Anlage 2. Übersicht der Einfuhr und Ausfuhr Schwedens insgesamt und nach einzelnen Ländern, auf Grund der schwedischen Statistik.

Anlage 4. Übersicht der schwedischerseits Deutschland zugestandenen Bindungen und Zollermäßigungen, unter Gegenüberstellung der Sätze des schwedischen allgemeinen Tarifs nebst den zugehörigen Werten der Einfuhr Schwedens aus Deutschland.

von Schweden und Norwegen, || den Herrn Gustav Grafen v. Wetterstedt, Allerhöchst-Ihren Staatsminister und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Ritter und Kommandeur Allerhöchst-Ihrer Orden, Ritter der Russischen St. Andreas-, St. Alexander-Newski- und St. Annen-Orden 1. Klasse, Ritter des Preußischen roten Adlerordens 1. Klasse, Großkreuz des Österreichischen Leopold-Ordens, Eines der achtzehn Mitglieder der Schwedischen Akademie; und den Herrn Paul Christian Holst, Allerhöchst-Ihren Staatsrat des Königreichs Norwegen, Kommandeur Allerhöchst-Ihres Nordsternordens; || welche, nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen gegenseitigen Vollmachten, über folgende Artikel übereingekommen sind:

Artikel 1.

Die Preußischen, mit Ballast oder mit Ladung in den Häfen der Königreiche Schweden und Norwegen ankommenden, ingleichen die Schwedischen und Norwegischen, mit Ballast oder Ladung in den Häfen des Königreichs Preußen ankommenden Schiffe, sollen, bei ihrem Einlaufe wie bei ihrer Abfahrt hinsichtlich der Hafen-, Tonnen-, Leuchtturm-, Lootsen- und Bergegelder, wie auch hinsichtlich aller anderen der Krone, den Städten oder Privatanstalten zufließenden Abgaben und Lasten irgend einer Art oder Benennung, auf demselben Fuße wie die Nationalschiffe behandelt werden.

Artikel 2.

Alle Waren und Gegenstände des Handels, mögen es Erzeugnisse des Bodens oder des Kunstfleißes des Königreichs Preußen oder jedes anderen Landes sein, welche gesetzlich auf Schwedischen und Norwegischen Schiffen in die Häfen der Königreiche Schweden und Norwegen eingeführt werden dürfen, sollen daselbst gleicherweise auf Preußischen Schiffen eingeführt werden können, ohne mit höheren oder anderen Abgaben irgend einer Benennung belegt zu werden, als wenn diese Waren oder Erzeugnisse auf Schwedischen und Norwegischen Schiffen eingeführt worden wären; und in Erwiderung dessen sollen alle Waren und Gegenstände des Handels, mögen es Erzeugnisse des Bodens oder des Kunstfleißes der Königreiche Schweden und Norwegen oder jedes anderen Landes sein, welche gesetzlich auf Preußischen Schiffen in die Häfen des Königreichs Preußen eingeführt werden dürfen, gleichmäßig auch auf Schwedischen und Norwegischen Schiffen daselbst eingeführt werden können, ohne höheren oder anderen Abgaben irgend einer Benennung, als wenn diese Waren und Erzeugnisse auf Preußischen Schiffen ein-

geführt worden wären, unterworfen zu sein. || Die Bestimmung des vorhergehenden und des gegenwärtigen Artikels sind in ihrer ganzen Ausdehnung auf die Preußischen, in die Häfen der Königreiche Schweden und Norwegen einlaufenden, und auf die Schwedischen und Norwegischen, in die Häfen des Königreichs Preußen einlaufenden Schiffe selbst dann anwendbar, wenn diese beiderseitigen Schiffe nicht unmittelbar aus den Häfen des Königreichs Preußen oder bezw. der Königreiche Schweden und Norwegen, sondern geraden Weges aus den Häfen einer dritten oder fremden Macht ankommen sollten.

Artikel 3.

Alle Waren und Handelsgegenstände, sowohl Erzeugnisse des Bodens oder des Kunstfleißes des Königreichs Preußen, als auch jedes anderen Landes, deren Ausfuhr aus den Häfen des gedachten Königreichs auf inländischen Schiffen gesetzlich erlaubt ist, sollen aus diesen Häfen auch auf Schwedischen und Norwegischen Schiffen ausgeführt werden dürfen, ohne mit höheren oder anderen Abgaben, welchen Namen sie haben möchten, belegt zu werden, als wenn die Ausfuhr auf Preußischen Schiffen stattfände. In den Häfen der Königreiche Schweden und Norwegen soll eine vollkommene Gegenseitigkeit beobachtet werden, dergestalt, daß alle Waren und Handelsgegenstände, sowohl Erzeugnisse des Bodens oder des Kunstfleißes der Königreiche Schweden und Norwegen, als auch jedes anderen Landes, deren Ausfuhr aus den Häfen der gedachten Königreiche auf inländischen Schiffen gesetzlich erlaubt ist, aus diesen Häfen auch auf Preußischen Schiffen sollen ausgeführt werden dürfen, ohne mit höheren oder anderen Abgaben, welchen Namen sie haben möchten, belegt zu werden, als wenn die Ausfuhr auf Schwedischen und Norwegischen Schiffen stattfände.

Artikel 4.

Die allgemeinen Bestimmungen der Artikel 1, 2 und 3 sollen auch auf diejenigen Preußischen Schiffe Anwendung erhalten, welche in die Seiner Majestät dem Könige von Schweden und Norwegen angehörende Kolonie St. Barthelemy in Westindien und auf die Schiffe dieser Kolonie, welche in Häfen des Königreichs Preußen eingehen werden.

Artikel 5.

Bei dem Einkaufe der in den einen Staat eingeführten Erzeugnisse des Bodens oder des Kunstfleißes des anderen oder jedes dritten Staates soll auf die Nationalität des Schiffes, durch welches dergleichen gesetzlich zur Einfuhr gestattete Gegenstände eingeführt worden sind, keine Rücksicht genommen, und aus solchem Grunde weder unmittelbar noch mittel-

bar, weder durch die Regierung des einen oder des anderen Staates, noch durch in deren Namen oder unter deren Autorität handelnde Gesellschaften, Korporationen oder Agenten. irgend ein Vorzug gewährt werden, indem es die wahre und bestimmte Absicht der hohen kontrahierenden Mächte ist, daß in dieser Hinsicht durchaus kein Unterschied gemacht werde.

Artikel 6.

Die Preußischen sowohl wie die Schwedischen und Norwegischen Schiffe sollen der Freiheiten und Vorteile, welche ihnen der gegenwärtige Vertrag zusichert, nur insofern genießen, als sie mit denjenigen Papieren und Zeugnissen versehen sein werden, welche nach den auf beiden Seiten bestehenden Anordnungen zum Beweise ihrer Trächtigkeit und ihrer Nationalität erforderlich sind. || Die hohen kontrahierenden Teile behalten sich die Auswechselung von Erklärungen vor, um deutlich und bestimmt die Papiere und Dokumente zu bezeichnen, womit, ihren Anordnungen gemäß, ihre Schiffe versehen sein müssen. Wenn nach dieser, spätestens zwei Monate nach Unterzeichnung des gegenwärtigen Vertrages vorzunehmenden Auswechselung, der eine oder der andere der beiden hohen kontrahierenden Teile in den Fall kommen sollte, seine in Beziehung hierauf bestehenden Vorschriften abzuändern oder zu modifizieren, so soll dem anderen Teile davon amtliche Mitteilung gemacht werden.

Artikel 7.

Die Bestimmungen des elften Artikels des am siebenten Juni achtzehnhundert und fünfzehn zwischen den beiden hohen kontrahierenden Teilen abgeschlossenen Vertrages*) werden in ihrer vollen Gültigkeit aufrecht erhalten.

Artikel 8.

Gegenwärtiger Vertrag soll vom ersten April des gegenwärtigen Jahres ab acht Jahre hindurch in Kraft bestehen, und wenn nicht zwölf Monate vor dem Ablauf dieses Zeitraumes die eine oder die andere der beiden hohen kontrahierenden Mächte ihre Absicht, denselben aufzuheben, der anderen kund getan haben wird, so soll dieser Vertrag noch ein Jahr weiter und so fort bis zum Ablaufe eines Zeitraums von zwölf Monaten, nach der von der einen der beiden hohen kontrahierenden Mächte der der anderen wegen dessen Aufhebung gemachten amtlichen Eröffnung, verbindlich bleiben.

*) Artikel 11 des Vertrages vom 7. Juni 1815 hatte für einen fünfundzwanzigjährigen Zeitraum besondere Bestimmungen über den Handel zwischen Schweden und Norwegen einerseits und dem Herzogtum Pommern sowie dem Fürstentum Rügen andererseits getroffen.

Artikel 9.

Der gegenwärtige Vertrag soll von den hohen kontrahierenden Teilen ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen innerhalb vier Wochen nach der Unterzeichnung, oder, womöglich, noch früher in Stockholm ausgewechselt werden. || Zu Urkund dessen haben wir, die Unterzeichneten, kraft unserer Vollmachten, den gegenwärtigen Vertrag vollzogen und mit unseren Wappen besiegelt. || Geschehen zu Stockholm, den vierzehnten März, im Jahre unseres Herrn, dem achtzehnhundert und sieben und zwanzigsten.

(L. S.) F. v. Tarrach.
(L. S.) G. Graf von Wetterstedt.
(L. S.) C. Holst.

Dieser Vertrag ist ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sind am 10. Mai 1827 ausgewechselt worden.

2. Handels- und Schiffahrtsvertrag

zwischen Hamburg und Schweden-Norwegen vom 1. Mai 1841.

Seine Majestät der König von Schweden und Norwegen, und der Senat der freien Hanse-Stadt Hamburg, gleichmäßig von dem Wunsche beseelt, die zwischen den Königreichen Schweden und Norwegen und dem Freistaate Hamburg bestehenden Handelsverbindungen zu erweitern und zu befestigen, und überzeugt, daß dieser heilsame Zweck nicht besser erfüllt werden könne, als durch die Annahme eines auf Grundsätzen der Billigkeit basierten Systemes vollkommener Reziprozität, sind demgemäß übereingekommen, zum Zwecke des Abschlusses eines Handelsvertrages in Verhandlung zu treten, und haben zu diesem Ende ihre Bevollmächtigten ernannt, nämlich: || Seine Majestät der König von Schweden und Norwegen, || den Grafen Anton Reinhold von Wrangel, Ihren Kammerherrn und Geschäftsträger bei den Großherzögen von Mecklenburg und den freien Hanse-Städten Lübeck, Bremen und Hamburg, Ritter des Ordens vom Nordstern; || und || der Senat der freien Hanse-Stadt Hamburg, den Syndikus Edward Banks, Doktor der Rechte; || welche, nach erfolgter Auswechselung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über nachstehende Artikel sich vereinigt haben:

Artikel I.

Schwedische und Norwegische Schiffe, welche beladen oder in Ballast in den Häfen des Freistaates Hamburg, und ebenso Hamburgische Schiffe, welche beladen oder in Ballast in den Häfen der Königreiche Schweden

und Norwegen ankommen, sollen sowohl ein- als ausgehend, rücksichtlich der Hafen-, Tonnen-, Leucht- und Lootsengelder, sowie aller anderen Abgaben oder Auflagen jeder Art und Benennung, mögen sie der Regierung, den Städten oder Privatanstalten irgend einer Art zugute kommen, auf völlig gleichem Fuße mit den nationalen Schiffen behandelt werden. || Man ist übereingekommen, diese Bestimmungen auch auf die Schiffahrtsabgaben im Göta- und Trollhätta-Kanale zu erstrecken.

Artikel II.

Alle Waren und Handelsartikel, sie mögen Erzeugnisse des Bodens oder der Industrie der Königreiche Schweden und Norwegen, oder irgend eines andern Landes sein, deren Einfuhr in die Häfen des Freistaates Hamburg in Hamburgischen Schiffen gesetzlich erlaubt ist, dürfen daselbst auch in Schwedischen und Norwegischen Schiffen eingeführt werden, ohne anderen oder höheren Abgaben, weß Namens es auch sei, zu unterliegen, als wenn dieselben Waren oder Erzeugnisse in Hamburgischen Schiffen angebracht wären; und umgekehrt dürfen alle Waren und Handelsartikel, gleichviel, ob Erzeugnisse des Bodens oder der Industrie des Freistaates Hamburg oder irgend eines andern Landes, deren Einfuhr in die Häfen der Königreiche Schweden und Norwegen in Schwedischen oder Norwegischen Schiffen gesetzlich erlaubt ist, gleichmäßig auch in Hamburgischen Schiffen eingeführt werden, ohne anderen oder höheren Abgaben, wie sie auch heißen mögen, zu unterliegen, als wenn die nämlichen Waren oder Erzeugnisse in Schwedischen oder Norwegischen Schiffen eingebracht wären. || Die Bestimmungen dieses und des vorhergehenden Artikels sind respektive auf die in die Häfen des Freistaates Hamburg einlaufenden Schwedischen und Norwegischen, oder auch in die Häfen der Königreiche Schweden und Norwegen einlaufenden Hamburgischen in ihrer vollen Ausdehnung selbst dann anwendbar, wenn diese Fahrzeuge auch nicht direkt aus den Häfen der Königreiche Schweden und Norwegen oder denen des Freistaates Hamburg, vielmehr aus den Häfen einer dritten oder fremden Macht ankommen sollten.

Artikel III.

Alle Waren und Handelsartikel, sie mögen Erzeugnisse des Bodens oder der Industrie der Königreiche Schweden und Norwegen, oder irgend eines andern Landes sein, deren Ausfuhr aus den Häfen der gedachten Königreiche in den eigenen Schiffen der letzteren gesetzlich erlaubt ist, dürfen ebendaher auch in Hamburgischen Schiffen ausgeführt werden, ohne anderen oder höheren Abgaben, wie sie Namen haben mögen,

unterworfen zu sein, als wenn die Ausfuhr in Schwedischen oder Norwegischen Schiffen erfolgt wäre. Und in Beobachtung einer genauen Gegenseitigkeit sollen alle Waren und Handelsartikel, sie mögen Erzeugnisse des Bodens oder der Industrie des Freistaates Hamburg oder irgend eines andern Landes sein, deren Ausfuhr aus den Häfen des Freistaates Hamburg in dessen eigenen Schiffen gesetzlich verstattet ist, auf gleiche Weise auch in Schwedischen und Norwegischen Fahrzeugen verschifft werden dürfen, ohne anderen oder höheren Abgaben, wie sie auch heißen mögen, zu unterliegen, als wenn die Ausfuhr in Hamburgischen Schiffen geschehen wäre.

Artikel IV.

Die allgemeinen Bestimmungen der vorstehenden Artikel I, II und III einschließlich, sollen gleichmäßig auch auf die der Kolonie Seiner Majestät des Königs von Schweden und Norwegen, St. Barthelemy in Westindien, angehörigen Schiffe, bei ihrem Eintreffen in den Häfen des Freistaates Hamburg, sowie umgekehrt auf die Schiffe des letzteren, bei ihrem Eintreffen in den Häfen der gedachten Kolonie, Anwendung finden.

Artikel V.

Die hohen kontrahierenden Teile verpflichten sich, ihre gegenseitigen Ausfuhrartikel, Produkte des Bodens oder der Industrie der respektiven Territorien, bei deren Einfuhr von einem Lande in das andere, mit keinen höheren oder anderen Abgaben zu belegen, als die nämlichen Artikel und Produkte irgend eines dritten Landes; desgleichen auch wider den Verkehr mit den beiderseitigen Boden- oder Industrieerzeugnissen kein Aus- oder Einfuhrverbot zu erlassen, ohne daß solches Verbot gleichzeitig auf jede andere Nation erstreckt würde. || In allem, was Handel und Schifffahrt betrifft, wird jeder der hohen kontrahierenden Teile den anderen auf dem Fuße der begünstigtsten Nationen behandeln.

Artikel VI.

Es soll weder direkt noch indirekt, weder durch eine der Regierungen selbst, noch von seiten irgend einer, in ihrem Namen oder Auftrag handelnden Gesellschaft, Korporation oder Agentur, für den Ankauf irgend eines in das Gebiet des anderen Teiles verführten Erzeugnisses des Bodens oder der Industrie, sei es eines der beiden Staaten oder eines dritten Landes, irgend ein Vorzug erteilt werden dürfen, auf den Grund oder in Berücksichtigung der Nationalität des Schiffes, welches ein solches gesetzlich erlaubtes Erzeugnis verführet hat, indem es die bestimmte Absicht der hohen kontrahierenden Teile ist, daß in dieser Hinsicht keinerlei Verschiedenheiten oder Unterscheidungen statthaben sollen.

Artikel VII.

Die Schwedischen und Norwegischen, sowie die Hamburgischen Schiffe können sich die Vorzüge und Befreiungen des gegenwärtigen Vertrages nur dann zu eigen machen, wenn sie mit den zur Festsetzung ihrer Trächtigkeit und Nationalität erforderlichen Papieren und Zertifikaten, in Gemäßheit der darüber beiderseits bestehenden gesetzlichen Vorschriften, versehen sind. || Die hohen kontrahierenden Teile behalten sich vor, Deklarationen mit klarer und bestimmter Aufzählung derjenigen Papiere und Dokumente auszuwechseln, mit denen, den Vorschriften des einen und des andern Staates zufolge, ihre Schiffe versehen sein müssen. Sollte, nachdem diese, spätestens in zwei Monaten nach Unterzeichung des gegenwärtigen Vertrages zu beschaffende, Auswechselung erfolgt ist, einer der hohen kontrahierenden Teile sich in dem Falle befinden, seine Verfügungen über den betreffenden Gegenstand ganz oder teilweise zu ändern, so ist dem andern davon amtliche Mitteilung zu machen.

Artikel VIII.

Gegenwärtiger Vertrag soll, vom ersten Juli dieses Jahres an gerechnet, fünf Jahre lang in Kraft, auch über diese Frist hinaus noch ein weiteres Jahr hindurch verbindlich bleiben, wenn nicht zwölf Monate vor Ablauf derselben einer der hohen kontrahierenden Teile dem andern seine Absicht kund getan, ihn außer Kraft treten zu lassen, und so ferner bis zum Ablaufe von zwölf Monaten nach der amtlichen Anzeige eines der hohen kontrahierenden Teile an den anderen, daß der Vertrag aufhören solle.

Artikel IX.

Der gegenwärtige Vertrag soll von den hohen kontrahierenden Teilen ratifiziert und die Ratifikationen sollen zu Hamburg ausgewechselt werden, innerhalb zweier Monate nach Unterzeichnung desselben oder, wenn tunlich, noch früher. || Deß zur Urkund haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt. || So geschehen zu Hamburg, am ersten Mai, im Jahre unseres Herrn Eintausend acht hundert ein und vierzig.

(L. S.) Banks.
(L. S.) Anton Reinhold Graf von Wrangel.

Die Ratifikationen sind am 30. Juni 1841 zu Hamburg ausgewechselt worden.

3. Handels- und Schiffahrtsvertrag

zwischen Bremen und Schweden-Norwegen vom 1. Mai 1841.

Seine Majestät der König von Schweden und Norwegen und der Senat der freien Hansestadt Bremen, gleichmäßig von dem Wunsche beseelt, die zwischen den Königreichen Schweden und Norwegen und dem Bremischen Freistaate bestehenden Handelsverbindungen zu erweitern und zu befestigen, und überzeugt, daß dieser heilsame Zweck nicht besser erfüllt werden könne, als durch die Annahme eines auf Grundsätzen der Billigkeit basierten Systems vollkommener Reziprozität, sind demgemäß übereingekommen, zum Zweck des Abschlusses eines Handelsvertrages in Verhandlung zu treten, und haben zu diesem Ende ihre Bevollmächtigten ernannt, nämlich: || Seine Majestät der König von Schweden und Norwegen: || den Grafen Anton Reinhold von Wrangel, Ihren Kammerherrn und Geschäftsträger bei den Großherzögen von Mecklenburg und den freien Hansestädten Lübeck, Bremen und Hamburg, Ritter des Ordens vom Nordstern: || und || der Senat der freien Hansestadt Bremen: || den Bürgermeister Johann Smidt, Doktor der Rechte und Chef der Kommission des Senats für die auswärtigen Angelegenheiten; || welche, nach erfolgter Auswechselung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über nachstehende Artikel sich vereinigt haben:

Artikel 1.

Schwedische und Norwegische Schiffe, welche beladen oder in Ballast in den Häfen des Bremischen Freistaats, und ebenso Bremische Schiffe, welche beladen oder in Ballast in den Häfen der Königreiche Schweden und Norwegen ankommen, sollen, sowohl ein- als ausgehend, rücksichtlich der Hafen-, Tonnen-, Leucht- und Lootsengelder, sowie aller anderen Abgaben oder Auflagen jeder Art und Benennung, mögen sie der Regierung, den Städten oder Privatanstalten irgend einer Art zugute kommen, auf völlig gleichem Fuße mit den nationalen Schiffen behandelt werden. Man ist übereingekommen, diese Bestimmungen auch auf die Schiffahrtsabgaben im Göta- und Trollhätta-Kanal zu erstrecken.

Artikel 2.

Alle Waren- und Handelsartikel, sie mögen Erzeugnisse des Bodens oder der Industrie der Königreiche Schweden und Norwegen, oder irgend eines anderen Landes sein, deren Einfuhr in die Häfen des Bremischen Freistaats in Bremischen Schiffen gesetzlich erlaubt ist, dürfen daselbst auch in Schwedischen und Norwegischen Schiffen eingeführt werden, ohne

anderen oder höheren Abgaben, weß Namens es auch sei, zu unterliegen, als wenn dieselben Waren oder Erzeugnisse in Bremischen Schiffen angebracht wären; und umgekehrt dürfen alle Waren und Handelsartikel, gleichviel ob Erzeugnisse des Bodens oder der Industrie des Bremischen Freistaats, oder irgend eines anderen Landes, deren Einfuhr in die Häfen der Königreiche Schweden und Norwegen in Schwedischen oder Norwegischen Schiffen gesetzlich erlaubt ist, gleichmäßig auch in Bremischen Schiffen eingeführt werden, ohne anderen oder höheren Abgaben, wie sie auch heißen mögen, zu unterliegen, als wenn die nämlichen Waren oder Erzeugnisse in Schwedischen oder Norwegischen Schiffen angebracht wären. || Die Bestimmungen dieses und des vorhergehenden Artikels sind bezw. auf die in die Häfen des Bremischen Freistaats einlaufenden Schwedischen und Norwegischen, oder auch in die Häfen der Königreiche Schweden und Norwegen einlaufenden Bremischen Schiffe in ihrer vollen Ausdehnung selbst dann anwendbar, wenn diese Fahrzeuge auch nicht direkt aus den Häfen der Königreiche Schweden und Norwegen oder denen des Bremischen Freistaates, vielmehr aus den Häfen einer dritten oder fremden Macht ankommen sollten.

Artikel 3.

Alle Waren und Handelsartikel, sie mögen Erzeugnisse des Bodens oder der Industrie der Königreiche Schweden und Norwegen, oder irgend eines anderen Landes sein, deren Ausfuhr aus den Häfen der gedachten Königreiche in den eigenen Schiffen der letzteren erlaubt ist, dürfen ebendaher auch in Bremischen Schiffen ausgeführt werden, ohne anderen oder höheren Abgaben, wie sie Namen haben mögen, unterworfen zu sein, als wenn die Ausfuhr in Schwedischen oder Norwegischen Schiffen erfolgt wäre. Und in Beobachtung einer genauen Gegenseitigkeit werden alle Waren und Handelsartikel, sie mögen Erzeugnisse des Bodens oder der Industrie des Bremischen Freistaats, oder irgend eines anderen Landes sein, deren Ausfuhr aus den Häfen des Bremischen Freistaats in dessen eigenen Schiffen gesetzlich verstattet ist, auf gleiche Weise auch in Schwedischen und Norwegischen Fahrzeugen verschifft werden dürfen ohne anderen oder höheren Abgaben, wie sie auch heißen mögen, zu unterliegen, als wenn die Ausfuhr in Bremischen Schiffen geschehen wäre.

Artikel 4.

Die allgemeinen Bestimmungen der vorstehenden Artikel 1, 2 und 3 sollen gleichmäßig auch auf die der Kolonie Seiner Majestät des Königs von Schweden und Norwegen, St. Barthelemy in Westindien, angehörigen

Schiffe bei ihrem Eintreffen in den Häfen des Bremischen Freistaats, sowie umgekehrt auf die Schiffe der letzteren bei ihrem Eintreffen in den Häfen der gedachten Kolonie, Anwendung finden.

Artikel 5.

Die hohen kontrahierenden Teile verpflichten sich, ihre gegenseitigen Ausfuhrartikel, Produkte des Bodens oder der Industrie der respektiven Territorien, bei deren Einfuhr von einem Lande in das andere mit keinen höheren oder anderen Abgaben zu belegen, als die nämlichen Artikel und Produkte irgend eines dritten Landes, desgleichen auch wider den Verkehr mit den beiderseitigen Boden- oder Indutrieerzeugnissen kein Aus- oder Einfuhrverbot zu erlassen, ohne daß solches Verbot gleichzeitig auf jede andere Nation erstreckt würde. — In allem, was Handel und Schiffahrt betrifft, wird jeder der hohen kontrahierenden Teile den anderen auf dem Fuße der begünstigtsten Nation behandeln.

Artikel 6.

Es soll weder direkt noch indirekt, weder durch eine der Regierungen selbst, noch von Seiten irgend einer, in ihrem Namen oder Auftrage handelnden Gesellschaft, Korporation oder Agentur, für den Ankauf irgend eines in das Gebiet des anderen Teiles verführten Erzeugnisses des Bodens oder der Industrie, sei es eines der beiden Staaten oder eines dritten Landes, irgend ein Vorzug erteilt werden dürfen, auf den Grund oder in Berücksichtigung der Nationalität des Schiffes, welches ein solches gesetzlich erlaubtes Erzeugnis verführt hat, — indem es die bestimmte Absicht der hohen kontrahierenden Teile ist, daß in dieser Hinsicht keinerlei Verschiedenheiten und Unterscheidungen statthaben sollen.

Artikel 7.

Die Schwedischen und Norwegischen wie die Bremischen Schiffe können sich die Vorzüge und Befreiungen des gegenwärtigen Vertrags nur dann zu eigen machen, wenn sie mit den zur Festsetzung ihrer Trächtigkeit und Nationalität erforderlichen Papieren und Zertifikaten, in Gemäßheit der darüber beiderseits bestehenden gesetzlichen Vorschriften, versehen sind. || Die hohen kontrahierenden Teile behalten sich vor, Deklarationen mit klarer und bestimmter Aufzählung derjenigen Papiere und Dokumente auszuwechseln, mit denen ihre Schiffe in Gemäßheit der Vorschriften des einen und des anderen Staates versehen sein müssen. Sollte, nachdem die spätestens in zwei Monaten nach Unterzeichnung des gegenwärtigen Vertrags zu beschaffende Auswechselung erfolgt ist, einer

der kontrahierenden Teile sich in dem Fall befinden, seine Verfügungen über den betreffenden Gegenstand ganz oder teilweise zu ändern, so ist dem anderen davon amtliche Mitteilung zu machen.

Artikel 8.

Gegenwärtiger Vertrag soll, vom ersten Juli d. J. an gerechnet, fünf Jahre lang in Kraft, auch über diese Frist hinaus noch ein weiteres Jahr hindurch verbindlich bleiben, wenn nicht zwölf Monate vor Ablauf derselben einer der hohen kontrahierenden Teile dem anderen seine Absicht kund gethan, ihn außer Kraft treten zu lassen; — und so ferner bis zum Ablauf von zwölf Monaten nach der amtlichen Anzeige eines der hohen kontrahierenden Teile an den anderen, daß der Vertrag aufhören solle.

Artikel 9.

Der gegenwärtige Vertrag soll von den hohen kontrahierenden Teilen ratifiziert und die Ratifikationen sollen zu Hamburg ausgewechselt werden innerhalb zweier Monate nach Unterzeichnung desselben oder, wenn tunlich, noch früher. || Deß zur Urkund haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel beigedruckt. || So geschehen zu Hamburg, am 1. Mai im Jahre unseres Herrn Ein Tausend Acht Hundert Ein und Vierzig.

(L. S.) Anton Reinhold Graf von Wrangel.
(L. S.) Smidt.

Der Austausch der Ratifikationen hat innerhalb der im Vertrage bezeichneten Frist stattgefunden.

4. Gegenseitige Handels- und Schiffahrts-Deklaration

zwischen Oldenburg und Schweden-Norwegen vom 1. April 1843.

Indem Seine Majestät der König von Schweden und Norwegen einerseits und Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Oldenburg andererseits von dem gegenseitigen Wunsche beseelt sind, die Freundschafts- und Verkehrsbeziehungen, welche bisher zwischen den beiderseitigen Staaten bestanden haben, zu befestigen, und die Absicht hegen, den in dieser Hinsicht bereits bestehenden Bestimmungen noch mehr Ausdehnung zu geben, erklärt der Unterzeichnete, Staatsminister und Minister der auswärtigen Angelegenheiten Seiner Majestät des Königs von Schweden und Norwegen, von seinem erhabenen Souverän zu diesem Zwecke ermächtigt, durch Gegenwärtiges in Höchsdessen Namen und Auftrag wie folgt:

Artikel 1.

Die in den Häfen der Königreiche Schweden und Norwegen mit Ballast oder Ladung ankommenden Oldenburgischen Schiffe sollen sowohl bei ihrer Ankunft als ihrem Abgang, hinsichtlich der Hafen-, Tonnen-, Leuchtfeuer- und Lotsengelder, sowie jeder anderen Abgabe oder Belastung, welcher Art und Namen sie auch sein mögen, kommen sie der Staatsregierung, den Städten oder Privatanstalten zu, auf demselben Fuße wie die einheimischen Schiffe behandelt werden. Diese Bestimmungen erstrecken sich gleichfalls auf die Schiffahrtsabgaben auf dem Götha- und Trollhätta-Kanal.

Artikel 2.

Alle Waren und Verkehrsgegenstände, seien es Erzeugnisse des Bodens oder Industrie des Großherzogtums Oldenburg oder jedes anderen Landes, deren Einfuhr in die Häfen der Königreiche Schweden und Norwegen auf Schwedischen und Norwegischen Schiffen gesetzlich erlaubt ist, können gleicherweise in dieselben auf Oldenburgischen Schiffen eingeführt werden, ohne höheren oder anderen Abgaben, welcher Benennung sie auch sein mögen, unterworfen zu sein, als wenn diese selbigen Waren oder Erzeugnisse in Schwedischen und Norwegischen Schiffen eingeführt worden wären. || Die Bestimmungen des vorigen und dieses Artikels sind in ihrem ganzen Umfange auf Oldenburgische Schiffe anwendbar, welche in die Häfen der Königreiche Schweden und Norwegen einlaufen, selbst dann, wenn diese Schiffe, ohne unmittelbar aus den Häfen des Großherzogtums Oldenburg zu kommen, aus den Häfen einer dritten oder fremden Macht kämen.

Artikel 3.

Alle Waren und Verkehrsgegenstände, seien es Erzeugnisse des Bodens oder der Industrie der Königreiche Schweden und Norwegen oder jedes anderen Landes, deren Ausfuhr aus den Häfen der genannten Königreiche in ihren eigenen Schiffen gesetzlich erlaubt ist, können gleicherweise aus besagten Häfen auf Oldenburgischen Schiffen ausgeführt werden, ohne höheren oder anderen Abgaben, welcher Benennung sie auch sein mögen, unterworfen zu sein, als wenn die Ausfuhr auf Schwedischen und Norwegischen Schiffen geschehen wäre.

Artikel 4.

Die allgemeinen Bestimmungen der Artikel 1, 2 und 3 einschließlich sollen ebenfalls auf Oldenburgische Schiffe angewendet werden, welche in

die Häfen der Königlich Schwedischen und Norwegischen Kolonie St. Barthelemy in Westindien einlaufen werden.

Artikel 5.

Die Ausfuhrartikel, Erzeugnisse des Bodens oder der Industrie des Großherzogtums Oldenburg sollen bei ihrer Einfuhr aus diesem Lande in die Königreiche Schweden und Norwegen keinen höheren oder andern Abgaben unterliegen, als dieselben Artikel, wenn sie Erzeugnisse des Bodens oder der Industrie eines anderen fremden Landes sind. || Kein Verbot soll die Einfuhr der Erzeugnisse des Bodens oder der Industrie des genannten Großherzogtums in die obgedachten Königreiche treffen, ohne daß dieses Verbot sich zugleich auf jede andere Nation erstrecke. In allem, was den Verkehr und die Schiffahrt betrifft, soll das Großherzogtum Oldenburg in den Königreichen Schweden und Norwegen auf dem Fuße der begünstigtsten Nation behandelt werden.

Artikel 6.

Es sollen weder unmittelbar noch mittelbar, weder durch die Staatsregierung Seiner Majestät des Königs von Schweden und Norwegen, oder durch irgend eine Gesellschaft, Körperschaft oder Agenten, in Höchstdessen Namen und Ermächtigung handelnd, irgend ein Vorzug bei dem Kauf irgend eines Erzeugnisses des Bodens oder der Industrie, sei es des Großherzogtums Oldenburg oder jedes anderen Landes, welche in das Gebiet der Königreiche Schweden und Norwegen eingeführt wird, wegen oder aus Rücksicht der Nationalität des Schiffes, welches dieses gesetzlich erlaubte Erzeugnis eingebracht haben möchte, gegeben werden, indem es die sehr bestimmte Absicht Seiner Majestät des Königs von Schweden und Norwegen ist, daß in dieser Beziehung keine Verschiedenheit oder Unterscheidung stattfinden soll.

Artikel 7.

Die Oldenburgischen Schiffe werden die Freiheiten und Vorzüge, welche ihnen die gegenwärtige Erklärung einräumt, nur insofern genießen können, als sie mit den Papieren und Certifikaten versehen sind, welche die bestehenden Anordnungen verlangen, um ihre Trächtigkeit und Nationalität zu bekunden. || Zwei Monate nach dem Datum der gegenwärtigen Erklärung soll dem Ministerium Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Oldenburg eine klare und genaue Angabe derjenigen Papiere und Urkunden zugestellt werden, deren Vorhandensein die Königreiche Schweden und Norwegen auf ihren Schiffen verlangen. Wenn später die hierauf

bezüglichen Verordnungen abgestellt oder geändert werden sollten, so soll deshalb eine amtliche Mitteilung gemacht werden.

Artikel 8.

Die Bestimmungen der gegenwärtigen Erklärungen sollen während fünf Jahren vom 1. April 1843 an in Kraft bleiben, und wenn zwölf Monate vor dem Ablaufe dieses Zeitraumes die Staatsregierung Seiner Majestät des Königs von Schweden und Norwegen ihre Absicht, die Wirksamkeit derselben aufhören zu lassen, der Großherzoglich Oldenburgischen Staatsregierung nicht angekündigt hat, so sollen dieselben noch ein Jahr weiter bestehen und so fort bis zum Ablaufe der zwölf Monate, die auf die amtliche Ankündigung der Königlich Schwedischen und Norwegischen Staatsregierung wegen deren Aufhörens folgen werden.

Artikel 9.

Die gegenwärtige Erklärung soll gegen eine andere gleichen Inhalts, und eine genaue und vollständige Gegenseitigkeit für die Behandlung der Schwedischen und Norwegischen Schiffe in den Häfen des Großherzogtums Oldenburg gewährend, von seiten des Ministeriums Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Oldenburg ausgetauscht werden.

Artikel 10.

Diese Erklärung wird von seiner Majestät dem Könige von Schweden und Norwegen ratifiziert und die Ratifikation innerhalb zweier Monate nach dem Datum des Gegenwärtigen, oder früher, wenn tunlich, gegen die Ratifikation der im vorigen Artikel erwähnten Erklärung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Oldenburg in Hamburg ausgetauscht werden. || Zur Urkunde dessen hat der Unterzeichnete die gegenwärtige Erklärung mit seiner Unterschrift versehen und das Siegel seines Ministeriums beidrucken lassen.

Gegeben Stockholm, den 1. April 1843.

Alb. Ihre.

Gegen die vorstehende Königlich Schwedische Ministerialerklärung ist eine mutatis mutandis vollkommen gleichlautende Erklärung für das Großherzogtum Oldenburg zugunsten der Schiffe der Königreiche Schweden und Norwegen von seiten des Staats- und Kabinettsministers Freiherrn v. Berg, Chefs des Departements der auswärtigen Angelegenheiten Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs, abgegeben, ausgetauscht und Höchsten Orts ratifiziert worden.

5. Handels- und Schiffahrtsvertrag

zwischen Mecklenburg-Schwerin und Schweden-Norwegen
vom 10. Oktober 1846.

Seine Majestät der König von Schweden und Norwegen und Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, gleichmäßig von dem Wunsche beseelt, die zwischen den Königreichen Schweden und Norwegen und dem Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin bestehenden Handelsverbindungen zu erweitern und zu befestigen, und überzeugt, daß dieser heilsame Zweck nicht besser erfüllt werden könne, als durch die Annahme eines auf Grundsätzen der Billigkeit begründeten Systems vollkommener Gegenseitigkeit, sind demgemäß übereingekommen, zum Zwecke des Abschlusses eines Handels- und Schiffahrtsvertrags in Verhandlung zu treten, und haben zu diesem Zwecke Ihre Bevollmächtigten ernannt, nämlich: || Seine Majestät der König von Schweden und Norwegen: || den Grafen Anton Reinhold von Wrangel, Ihren Kammerherrn und Minister-Residenten bei den Großherzögen von Mecklenburg und den freien Hansestädten Lübeck, Bremen und Hamburg, Ritter des Ordens vom Nordstern, || und || Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin: || den Herrn Friedrich Albrecht von Oertzen, Ihren Regierungsdirektor, Kommandeur des Danebrog-Ordens, || welche, nach erfolgter Auswechselung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über nachstehende Artikel sich vereinigt haben.

Artikel I.

Schwedische und Norwegische Schiffe, von welcher Tragfähigkeit oder Bauart sie auch sein mögen, welche beladen oder in Ballast in den Häfen des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin, und ebenso Mecklenburgische Schiffe, von welcher Tragfähigkeit oder Bauart sie auch sein mögen, welche beladen oder in Ballast in den Häfen der Königreiche Schweden und Norwegen ankommen, sollen sowohl ein- und ausgehend, als während ihres Aufenthaltes rücksichtlich ihrer Behandlung, sowie des Betrags und der Erhebungsart der Hafen-, Tonnen-, Leuchtfeuer-, Messungs-, Lootsen- und Bergungsgelder, auch aller anderen Abgaben oder Auflagen jeder Art und Benennung, mögen sie der Regierung, den Städten oder Privatanstalten irgend einer Art zukommen, auf völlig gleichem Fuße mit den nationalen Schiffen behandelt werden; kurz in Allem, was die Schiffahrt betrifft, wird jeder der hohen kontrahirenden Teile von dem anderen auf völlig gleichem Fuße wie die Inländer behandelt werden. || Man ist übereingekommen, diese Bestimmungen auch auf die Schiffahrtsabgaben im Göta- und Trollhätta-Kanal zu erstrecken.

Artikel 2.

Alle Waren und Handelsartikel, sie mögen Erzeugnisse des Bodens oder der Industrie der Staaten der hohen kontrahierenden Teile oder irgend eines anderen Landes sein, deren Ein- oder Ausfuhr in den Schiffen des einen der beiderseitigen Staaten gesetzlich erlaubt ist, dürfen ebenfalls in den Schiffen des anderen Staates ein- oder ausgeführt werden, ohne anderen oder höheren Abgaben, welcher Art oder Benennung sie auch sein mögen, zu unterliegen, als wenn dieselben Waren oder Erzeugnisse in den Schiffen der eigenen Nation ein- oder ausgeführt worden wären. Es soll in dieser Hinsicht eine so genaue Gegenseitigkeit beobachtet werden, daß auch die Prämien, Abgabenerstattungen und andere Begünstigungen dieser Art, welche in dem Gebiete des einen der hohen kontrahierenden Teile der Ein- oder Ausfuhr auf Nationalschiffen bewilligt werden, in derselben Weise bewilligt werden sollen, wenn die Ein- oder Ausfuhr auf Schiffen des anderen Staates erfolgt.

Artikel III.

Es soll weder direkt noch indirekt, weder durch eine der Regierungen selbst, noch von Seiten irgend einer in ihrem Namen oder Auftrag handelnden Gesellschaft, Korporation oder Agentur für den Ankauf irgend eines in das Gebiet des anderen Teiles verführten Erzeugnisses des Bodens oder der Industrie, sei es eines der beiderseitigen Staaten oder eines dritten Landes, irgend ein Vorzug erteilt werden dürfen, auf den Grund oder in Berücksichtigung der Nationalität des Schiffes, welches ein solches gesetzlich erlaubtes Erzeugniß verführt hat, indem es die bestimmte Absicht der hohen kontrahierenden Teile ist, daß in dieser Hinsicht keinerlei Verschiedenheit oder Unterscheidung statthaben soll.

Artikel IV.

Die Bestimmungen der vorgehenden Artikel sind auf die in die Häfen des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin einlaufenden Schwedischen und Norwegischen, oder auch in die Häfen der Königreiche Schweden und Norwegen einlaufenden Mecklenburgischen Schiffen in ihrer vollen Ausdehnung selbst dann anwendbar, wenn diese respektiven Fahrzeuge nicht direkt aus den Häfen der Königreiche Schweden und Norwegen oder auch aus denen des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin, vielmehr aus den Häfen einer dritten oder fremden Macht kommen sollten.

Artikel V.

Die allgemeinen Bestimmungen der vorstehenden Artikel I, II, III und IV einschließlich sollen gleichmäßig auch auf die der Kolonie Seiner

Majestät des Königs von Schweden und Norwegen, St. Barthelemy in Westindien, angehörigen Schiffe bei ihrem Eintreffen in den Häfen des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin, sowie umgekehrt auf die Mecklenburgischen Schiffe bei ihrem Eintreffen in den Häfen der gedachten Kolonien Anwendung finden.

Artikel VI.

Die hohen kontrahierenden Teile behalten sich gegenseitig das Recht vor, alle die Bestimmungen zu treffen, welche sich sowohl auf die Küstenschiffahrt, als auf die Schiffahrt auf den Flüssen der beiden Staaten beziehen; es ist aber nichtsdestoweniger vereinbart, daß die beiderseitigen Schiffe und Landesbewohner in dieser Beziehung alle diejenigen Rechte genießen sollen, die einer dritten Nation eingeräumt sind oder künftig bewilligt werden möchten.

Artikel VII.

Die hohen kontrahierenden Teile verpflichten sich, die Ausfuhrartikel, Produkte des Bodens oder der Industrie der respektiven Territorien, bei der Einfuhr von einem Lande in das andere, mit keinen höheren oder anderen Abgaben zu belegen, als die nämlichen Artikel, Produkte des Bodens oder der Industrie irgend eines anderen fremden Landes; desgleichen die Einfuhr oder Ausfuhr der beiderseitigen Boden- oder Industrieerzeugnisse von einem der respektiven Länder in das andere mit keinerlei Verbote zu belegen, ohne daß solches Verbot gleichzeitig auf jede andere Nation erstreckt würde. || In allem, was den Handel betrifft, wird jeder der hohen kontrahierenden Teile von dem anderen auf dem Fuße der begünstigtsten Nation behandelt werden.

Artikel VIII.

Jedes Schwedische oder Norwegische Handelsschiff, welches in einen Hafen des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin im Notfalle einläuft, und umgekehrt, jedes Mecklenburgische Handelsschiff, welches in einen Hafen der Königreiche Schweden und Norwegen im Notfalle einläuft, soll daselbst von allen dem Staate gebührenden Hafen oder Schiffahrtsabgaben frei sein, wenn die Ursachen, welche das Einlaufen in den Hafea notwendig gemacht haben, wirklich vorhanden sind und klar vorliegen, vorausgesetzt, daß sie in den Nothäfen keine Handelsunternehmung durch Einladung oder Löschung von Waren vornehmen, — wobei indessen die zum Zwecke der Ausbesserung des Schiffes erforderlichen Löschungen und Wiedereinladungen nicht als eine Handelsunternehmung betrachtet werden sollen, wodurch die Entrichtung der Abgaben veranlaßt würde —

und daß das Schiff seinen Aufenthalt in dem Hafen nicht über die nach den Umständen, welche dazu Veranlassung gegeben haben, notwendige Zeit hinaus verlängert.

Artikel IX.

Die Schwedischen und Norwegischen, sowie die Mecklenburgischen Schiffe können sich die Vorzüge und Befreiungen des gegenwärtigen Vertrages nur dann zu eigen machen, wenn sie unter der Flagge ihres Landes fahren und mit den Schiffspapieren und Certifikaten versehen sind, welche durch die beiderseits bestehenden gesetzlichen Bestimmungen vorgeschrieben sind, um ihre Trächtigkeit und Nationalität darzutun. || Die hohen kontrahierenden Teile behalten sich vor, Deklarationen mit klarer und bestimmter Aufzählung derjenigen Papiere und Dokumente auszuwechseln, mit denen, den Vorschriften des einen oder des anderen Staates zufolge, ihre Schiffe versehen sein müssen. Sollte, nachdem die spätestens in drei Monaten nach Unterzeichnung des gegenwärtigen Vertrages zu beschaffende Auswechselung erfolgt ist, einer der hohen kontrahierenden Teile sich in dem Falle befinden, seine Verfügungen in dieser Beziehung ganz oder teilweise zu ändern, so ist dem anderen davon amtliche Mitteilung zu machen.

Artikel X.

Die in gehöriger Form von den betreffenden Regierungen ernannten Konsuln jeder Klasse, sobald sie das Exequatur von derjenigen Regierung, in deren Gebiete sie residieren sollen, erhalten haben, werden in beiden Ländern sowohl für ihre Personen als auch hinsichtlich ihrer Amtsverrichtungen dieselben Privilegien genießen, wie die derselben Klasse angehörenden Konsularagenten der begünstigtsten Nation.

Artikel XI.

Gegenwärtiger Vertrag soll, vom 1. Januar 1847 an gerechnet, fünf Jahre lang in Kraft, auch über diese Frist hinaus noch ein weiteres Jahr hindurch verbindlich bleiben, wenn nicht zwölf Monate vor Ablauf desselben einer der hohen kontrahierenden Teile dem anderen seine Absicht kund getan, ihn außer Kraft treten zu lassen, und so ferner bis zum Ablauf von zwölf Monaten nach der amtlichen Anzeige eines der hohen kontrahierenden Teile an den anderen, daß der Vertrag aufhören sollte.

Artikel XII.

Der gegenwärtige Vertrag soll von den hohen kontrahierenden Teilen ratifiziert, und die Ratifikationen sollen innerhalb dreier Monate nach Unterzeichnung desselben oder, wenn tunlich, noch früher, ausgewechselt

werden. || Zur Urkunde dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag in doppeltem Original unterzeichnet und ihre Siegel beigedruckt. || So geschehen zu Hamburg, den 10. Oktober im Jahre unseres Herrn Eintausendachthundertsechsundvierzig.

(L. S.) Fr. v. Oertzen.
(L. S.) A. R. Wrangel.

Die Ratifikationsurkunden sind am 31. Dezember 1846 ausgewechselt worden.

6. Handels- und Schiffahrtsvertrag

zwischen Lübeck und Schweden-Norwegen vom 14. September 1852.

Der hohe Senat der freien und Hansestadt Lübeck und seine Majestät der König von Schweden und Norwegen, gleichmäßig von dem Wunsche beseelt, die zwischen den Königreichen Schweden und Norwegen und der freien und Hansestadt Lübeck bestehenden Handelsverbindungen zu erweitern und zu befestigen, und überzeugt, daß dieser heilsame Zweck nicht besser erfüllt werden könne, als durch die Annahme eines auf Grundsätzen der Billigkeit begründeten Systems vollkommener Gegenseitigkeit, sind demgemäß übereingekommen, zum Zwecke des Abschlusses eines Handels- und Schiffahrtsvertrages in Verhandlung zu treten, und haben zu dem Ende Bevollmächtigte ernannt, nämlich: || der Hohe Senat der freien und Hansestadt Lübeck, || den Syndikus Peter Ludwig Elder, || beider Rechte Doktor, || und || Seine Majestät der König von Schweden und Norwegen, || den Grafen Anton Reinhold von Wrangel, Ihren Kammerherrn und Minister-Residenten bei Ihren Königlichen Hoheiten den Großherzögen von Mecklenburg und den freien und Hansestädten Lübeck, Bremen und Hamburg, Ritter des Polarstern-Ordens, Kommandeur des Danebrog-Ordens, || welche nach erfolgter Auswechselung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über nachstehende Artikel sich geeinigt haben.

Artikel I.

Schwedische und Norwegische Schiffe, von welcher Tragfähigkeit oder Bauart sie auch sein mögen, sowohl Segel- als Dampfschiffe, welche in Ballast oder mit Ladung in den Häfen der freien und Hansestadt Lübeck, und ebenso Lübeckische Schiffe, von welcher Tragfähigkeit oder Bauart sie auch sein mögen, sowohl Segel- als Dampfschiffe, welche in Ballast oder mit Ladung in den Häfen der Königreiche Schweden und Norwegen ankommen, sollen sowohl ein- und ausgehend, als während

ihres Aufenthaltes rücksichtlich ihrer Behandlung, sowie des Betrages und der Erhebungsart der Hafen-, Tonnen-, Leuchtfeuer-, Messungs-, Lotsen- und Bergungsgelder, auch aller anderen Abgaben oder Auflagen jeder Art und Benennung, mögen sie der Regierung, den Städten oder Privatanstalten irgend einer Art zukommen, auf völlig gleichem Fuße mit den nationalen Schiffen behandelt werden; kurz, in allem was die Schiffahrt betrifft, wird jeder der hohen kontrahierenden Teile von dem anderen auf völlig gleichem Fuße, wie die Inländer, behandelt werden. || Man ist übereingekommen, daß diese Bestimmungen auch auf Schiffahrtsabgaben im Göta- und Trollhätta-Kanale sich erstrecken sollen.

Artikel II.

Alle Waren und Handelsartikel, sie mögen Erzeugnisse des Bodens oder der Industrie der Staaten der hohen kontrahierenden Teile oder irgend eines anderen Landes sein, deren Ein- oder Ausfuhr in den Schiffen des einen der beiderseitigen Staaten gesetzlich erlaubt ist, dürfen ebenfalls in den Schiffen des anderen Staates ein- oder ausgeführt werden ohne anderen oder höheren Abgaben, welcher Art oder Benennung sie, auch sein mögen, zu unterliegen, als wenn dieselben Waren oder Erzeugnisse in den Schiffen der eigenen Nation ein- oder ausgeführt worden wären. Es soll in dieser Hinsicht eine genaue Gegenseitigkeit beobachtet werden, so daß auch die Prämien, Abgabenerstattungen und andere Begünstigungen dieser Art, welche in dem Gebiete des einen der hohen kontrahierenden Teile der Ein- oder Ausfuhr auf Nationalschiffen bewilligt werden, in derselben Weise bewilligt werden sollen, wenn die Ein- oder Ausfuhr auf Schiffen des anderen Staates erfolgt.

Artikel III.

Es soll weder direkt, noch indirekt, weder durch eine der Regierungen selbst, noch von seiten irgend einer in ihrem Namen oder Auftrage handelnden Gesellschaft, Korporation oder Agenten für den Ankauf irgend eines in das Gebiet des anderen Teiles verführten Erzeugnisses des Bodens oder der Industrie, sei es eines der beiderseitigen Staaten oder eines anderen Landes auf den Grund oder in Berücksichtigung der Nationalität des Schiffes, welches ein solches gesetzlich erlaubtes Erzeugnis verführt hat, irgend ein Vorzug gegeben werden, indem es die bestimmte Absicht der hohen kontrahierenden Teile ist, daß in dieser Hinsicht keinerlei Verschiedenheit oder Unterscheidung statthaben soll.

Artikel IV.

Die Bestimmungen der vorhergehenden Artikel sind in ihrem ganzen Umfange auf die in den Häfen der freien und Hansestadt Lübeck ein-

laufenden Schwedischen und Norwegischen, sowie auch auf die in die Häfen der Königreiche Schweden und Norwegen einlaufenden Lübeckischen Schiffe selbst dann anwendbar, wenn diese respektiven Fahrzeuge nicht direkt aus den Häfen der Königreiche Schweden und Norwegen oder auch aus denen der freien und Hansestadt Lübeck, sondern aus den Häfen einer dritten oder fremden Macht kommen sollten.

Artikel V.

Die allgemeinen Bestimmungen der vorstehenden Artikel I, II, III und IV einschließlich, sollen gleichmäßig auch auf die der Kolonie Sr. Majestät des Königs von Schweden und Norwegen, St. Barthelemy in Westindien, angehörigen Schiffe, welche in den Häfen der freien und Hansestadt Lübeck ankommen, sowie umgekehrt auf die Lübeckischen Schiffe, welche in den Häfen der gedachten Kolonie ankommen, Anwendung finden.

Artikel VI.

Die hohen kontrahierenden Teile behalten sich gegenseitig das Recht vor, alles was sowohl auf die Küstenschiffahrt, als auf die Schiffahrt au den Flüssen der beiden Staaten sich bezieht, nach Belieben zu regeln; es ist aber nichtsdestoweniger vereinbart, daß die beiderseitigen Schiffe und Angehörigen in dieser Beziehung alle diejenigen Rechte genießen sollen, die einer dritten Nation eingeräumt sind oder künftig bewilligt werden möchten.

Artikel VII.

Die hohen kontrahierenden Teile verpflichten sich, die Ausfuhrartikel Produkte des Bodens oder der Industrie der respektiven Territorien, bei der Einfuhr von dem einen Lande in das andere mit keinen höheren oder anderen Abgaben zu belegen, als die nämlichen Artikel, Produkte des Bodens oder der Industrie irgend eines anderen fremden Landes, desgleichen die Einfuhr oder Ausfuhr der beiderseitigen Boden- oder Industrie-Erzeugnisse von einem der respektiven Länder in das andere mit keinerlei Verbote zu belegen, ohne solches Verbot gleichzeitig auf jede andere Nation zu erstrecken. || In allem, was den Handel betrifft, wird jeder der hohen kontrahierenden Teile von dem anderen auf dem Fuße der begünstigtsten Nation behandelt werden.

Artikel VIII.

Jedes Schwedische oder Norwegische Handelsschiff, welches in einen Hafen der freien und Hansestadt Lübeck aus Not einläuft, und umgekehrt, jedes Lübeckische Handelsschiff, welches in einen Hafen der Königreiche Schweden und Norwegen aus Not einläuft, soll daselbst von allen dem

Staate gebührenden Hafen- nnd Schiffahrtsabgaben frei sein, wenn die Ursachen, welche das Einlaufen in den Hafen notwendig gemacht haben, begründet sind und klar vorliegen, und wenn sie im Nothafen in keine Handelsunternehmungen durch Laden oder Löschen von Waren sich einlassen, — wobei indessen das zum Zwecke der Ausbesserung des Schiffes erforderliche Löschen und Wiedereinladen nicht als eine die Entrichtung der Abgaben erfordernde Handelsunternehmung betrachtet werden soll — sowie, wenn das Schiff seinen Aufenthalt in dem Hafen nicht über die nach den Umständen, welche zum Einlaufen Veranlassung gegeben haben, notwendige Zeit hinaus verlängert.

Artikel IX.

Den Schwedischen und Norwegischen, sowie den Lübeckischen Schiffen kommen die Befreiungen und Begünstigungen des gegenwärtigen Vertrages nur dann zu Gute, wenn sie unter der Flagge ihres Landes fahren und mit den nach den beiderseits bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zum Beweise ihrer Trächtigkeit und Nationalität vorgeschriebenen Schiffspapieren und Certifikaten versehen sind. ‖ Die hohen kontrahierenden Teile behalten sich vor, Deklarationen mit klarer und bestimmter Aufzählung derjenigen Papiere und Dokumente auszuwechseln, mit welchen, den Vorschriften des einen oder des anderen Staates zufolge ihre Schiffe versehen sein müssen. Sollte, nachdem die spätestens in drei Monaten nach Unterzeichnung des gegenwärtigen Vertrages zu beschaffende Auswechselung erfolgt ist, einer der hohen kontrahierenden Teile sich in dem Falle befinden, seine Verfügungen in dieser Beziehung ganz oder teilweise zu ändern, so ist dem anderen davon amtliche Mitteilung zu machen.

Artikel X.

Die in gehöriger Form von den betreffenden Regierungen ernannten Konsuln jeder Klasse werden, sobald sie das Exequatur von derjenigen Regierung, in deren Gebiete sie residiren sollen, erhalten haben, in beiden Ländern sowohl für ihre Personen, als auch hinsichtlich ihrer Amtsverrichtungen dieselben Privilegien genießen, wie die derselben Klasse angehörenden Konsularagenten der begünstigtsten Nation.

Artikel XI.

Der gegenwärtige Vertrag soll fünf Jahre lang, vom Tage der Auswechselung der Ratifikation an gerechnet, in Kraft, auch über diese Zeit hinaus noch ein weiteres Jahres hindurch verbindlich bleiben, wenn nicht zwölf Monate vor Ablauf derselben, einer der hohen kontrahierenden Teile

dem anderen seine Absicht kund getan, ihn außer Kraft treten zu lassen, und so ferner, bis zum Ablaufe von zwölf Monaten nach der amtlichen Anzeige eines der hohen kontrahierenden Teile an den anderen, daß der Vertrag aufgehoben sein solle.

Artikel XII.

Der gegenwärtige Vertrag soll von den hohen kontrahierenden Teilen ratifiziert, und die Ratifikationen sollen ausgewechselt werden innerhalb dreier Monate nach Unterzeichnung desselben, oder, wenn tunlich, noch früher. || Zur Urkunde dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag in gedoppeltem Original unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen. || So geschehen zu Lübeck, den vierzehnten September im Jahre des Herrn Eintausendachthundertundzweiundfünfzig.

P. L. Elder, Dr. (L. S.)

A. R. von Wrangel. (L. S.)

Die Ratifikationsurkunden sind am 16. Februar 1853 ausgewechselt worden.

Nr. 13785. **VERTRAGSSTAATEN.** Abkommen über Verwaltungsmaßregeln zur Gewährung wirksamen Schutzes gegen den Mädchenhandel.

Paris, 18. Mai 1904.

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, au nom de l'Empire Allemand; Sa Majesté le Roi des Belges; Sa Majesté le Roi de Danemark; Sa Majesté le Roi de' Espagne; le Président de la République Française; Sa Majesté le Roi du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande et des Possessions Britanniques au delà des mers, Empereur des Indes; Sa Majesté le Roi d'Italie; Sa Majesté la Reine des Pays-Bas; Sa Majesté le Roi du Portugal et des Algarves; Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies; Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège, et le Conseil Fédéral Suisse, désireux d'assurer aux femmes majeures, abusées ou contraintes, comme aux femmes et filles mineures, une protection efficace contre le trafic criminel connu sous le nom de „Traite des Blanches", ont résolu de conclure un Arrangement à l'effet de concerter des mesures propres à atteindre ce but, et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse: || S. A. S. le Prince de Radolin, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près le Président de la République Française: || Sa Majesté le

Roi des Belges: || M. A. Leghait, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près le Président de la République Française: || Sa Majesté le Roi de Danemark: || M. le Comte F. Reventlow, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près le Président de la République Française; || Sa Majesté le Roi d'Espagne: || S. Exc. M. F. de Leon y Castillo, Marquis del Muni, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près le Président de la République Française; || Le Président de la République Française: || S. Exc. M. Th. Delcassé, Député, Ministre des Affaires Étrangères de la République Française; || Sa Majesté le Roi du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande et des Possessions Britanniques au delà des mers, Empereur des Indes: || S. Exc. Sir Edmund Monson, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près le Président de la République Française; || Sa Majesté le Roi d'Italie: || S. Exc. M. le Comte Tornielli Brusati di Vergano, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près le Président de la République Française; || Sa Majesté la Reine des Pays-Bas: || M. le Chevalier de Stuers, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près le Président de la République Française; || Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves: || M. T. de Souza-Roza, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près le Président de la République Française; || Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies: || S. Exc. M. de Nelidow, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près le Président de la République Française; || Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège: || Pour la Suède et pour la Norvège: || M. Åkerman, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près le Président de la République Française; || Et le Conseil Fédéral Suisse: || M. Charles-Édouard Lardy, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de la Confédération Suisse près le Président de la République Française; || Lesquels, ayant échangé leurs pleins pouvoirs t rouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes

Article premier.

Chacun des Gouvernements contractants s'engage à établir ou à désigner une Autorité chargée de centraliser tous les renseignements sur l'embauchage des femmes et filles en vue de la débauche à l'étranger; cette Autorité aura la faculté de correspondre directement avec le Service similaire établi dans chacun des autres États contractants.

Article 2.

Chacun des Gouvernements s'engage à faire exercer une surveillance en vue de rechercher, particulièrement dans les gares, les ports d'embarque-

ment et en cours de voyage, les conducteurs de femmes et filles destinées à la débauche. Des instructions seront adressées dans ce but aux fonctionnaires ou à toutes autres personnes ayant qualité à cet effet, pour procurer, dans les limites légales, tous renseignements de nature à mettre sur la trace d'un trafic criminel. || L'arrivée de personnes paraissant évidemment être les auteurs, les complices ou les victimes d'un tel trafic sera signalée, le cas échéant, soit aux Agents Diplomatiques ou Consulaires intéressés, soit à toutes autres Autorités compétentes.

Article 3.

Les Gouvernements s'engagent à faire recevoir, le cas échéant et dans les limites légales, les déclarations des femmes ou filles de nationalité étrangère qui se livrent à la prostitution, en vue d'établir leur identité et leur état civil, et de rechercher qui les a déterminées à quitter leur pays. Les renseignements recueillis seront communiqués aux Autorités du pays d'origine des dites femmes ou filles, en vue de leur rapatriement éventuel. || Les Gouvernements s'engagent, dans les limites légales et autant que faire se peut, à confier, à titre provisoire et en vue d'un rapatriement éventuel, les victimes d'un trafic criminel, lors-qu'elles sont dépourvues des ressources, à des institutions d'assistance publique ou privée ou à des particuliers offrant les garanties nécessaires. || Les Gouvernements s'engagent aussi, dans les limites légales et autant que possible, à renvoyer dans leurs pays d'origine celles de ces femmes ou filles qui demandent leur rapatriement ou qui seraient réclamées par les personnes ayant autorité sur elles. Le rapatriement ne sera effectué qu'après entente sur l'identité et la nationalité, ainsi que sur le lieu et la date de l'arrivée aux frontières. Chacun des Pays contractants facilitera le transit sur son territoire. || La correspondance relative aux rapatriements se fera, autant que possible, par la voie directe.

Article 4.

Au cas où la femme ou fille à rapatrier ne pourrait rembourser elle-même les frais de son transfert et où elle n'aurait ni mari, ni parents, ni tuteur qui payeraient pour elle, les frais occasionnés par le rapatriement seront à la charge du pays sur le territoire duquel elle réside, jusqu'à la prochaine frontière ou port d'embarquement dans la direction du pays d'origine, — et à la charge du pays d'origine pour le surplus.

Article 5.

Il n'est pas dérogé, par les dispositons des articles 3 et 4 ci-dessus, aux Conventions particulières qui pourraient exister entre les Gouvernements contractants.

Article 6.

Les Gouvernements contractants s'engagent, dans les limites légales à exercer, autant que possible, une surveillance sur les bureaux ou agences qui s'occupent du placement de femmes ou filles à l'étranger.

Article 7.

Les États non signataires sont admis à adhérer au présent Arrangement. A cet effet, ils notifieront leur intention, par la voie diplomatique, au Gouvernement Français qui en donnera connaissance à tous les États contractants.

Article 8.

Le présent Arrangement entrera en vigueur six mois après la date de l'échange des ratifications. Dans le cas où l'une des Parties contractantes le dénoncerait, cette dénonciation n'aurait d'effet qu'à l'égard de cette Partie, et cela douze mois seulement à dater du jour de la dite dénonciation.

Article 9.

Le présent Arrangement sera ratifié et les ratifications seront échangées à Paris, dans le plus bref délai possible. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Arrangement et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Paris, le 18 mai 1904, en un seul exemplaire qui restera déposé dans les Archives du Ministère des Affaires Étrangères de la République Française, et dont une copie, certifiée conforme, sera remise à chaque Puissance contractante.

(Unterschriften.)

Procès-Verbal de Signature.

Les Plénipotentiaires soussignés, réunis ce jour à l'effet de procéder à la signature de l'Arrangement ayant pour but d'assurer une protection efficace contre la «Traite des Blanches», ont échangé la déclaration suivante en ce qui concerne l'application du dit Arrangement aux Colonies respectives des États contractants.

Article premier.

Les Pays signataires de l'Arrangement susmentionné ont le droit d'y accéder en tout temps pour leurs Colonies ou Possessions étrangères. || Ils peuvent, à cet effet, soit faire une déclaration générale par laquelle toutes leurs Colonies ou Possessions sont comprises dans l'accession, soit nommer expressément celles qui y sont comprises, soit se borner à indiquer celles qui en sont exclues.

Article 2.

Le Gouvernement Allemand déclare réserver ses résolutions au sujet de ses Colonies. || Le Gouvernement Danois déclare qu'il se réserve le droit d'adhérer à l'Arrangement pour les Colonies Danoises. || Le Gouvernement Espagnol déclare réserver ses résolutions au sujet de ses Colonies. || Le Gouvernement Français déclare que l'Arrangement s'appliquera à toutes les Colonies Françaises. || Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique déclare se réserver le droit d'adhérer à l'Arrangement et de le dénoncer pour chacune des Colonies ou Possessions Britanniques, séparément. || Le Gouvernement Italien déclare que l'Arrangement s'appliquera à la Colonie de l'Erythrée. || Le Gouvernement des Pays-Bas déclare que l'Arrangement s'appliquera à toutes les Colonies Néerlandaises. || Le Gouvernement Portugais déclare se réserver de décider ultérieurement si l'Arrangement sera mis en vigueur dans quelqu'une des Colonies Portugaises. || Le Gouvernement Russe déclare que l'Arrangement sera applicable intégralement à tout le territoire de l'Empire en Europe et en Asie.

Article 3.

Les Gouvernements qui auraient ensuite à faire des déclarations au sujet de leurs Colonies les feront dans la forme prévue à l'article 7 de l'Arrangement. || Au moment de procéder à la signature de l'Arrangement, S. A. S. le Prince de Radolin, Ambassadeur d'Allemagne, demande, au nom de son Gouvernement, à faire la déclaration suivante: || De l'avis du Gouvernement Allemand, les règlements qui pourraient exister entre l'Empire Allemand et le pays d'origine, concernant l'assistance mutuelle d'indigents, ne sont pas applicables aux personnes qui seront rapatriées, en vertu du présent Arrangement, en passant par l'Allemagne.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont signé le présent Procès-Verbal.

(Unterschriften.)

Nr. 13786. **DEUTSCHES REICH und NIEDERLANDE.** Regelung der Spirituoseneinfuhr.

Berlin, 18. Mai 1906.

Um den Verkehr mit Branntwein und Spirituosen an der Grenze zwischen den Niederlanden und Deutschland zu regeln, haben die Unterzeichneten, der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Ihrer Majestät der Königin der Niederlande und der Staatssekretär des Auswärtigen Amts des Deutschen Reiches, unter Vorbehalt der Genehmigung ihrer Regierungen, die nachstehende Vereinbarung getroffen:

Artikel 1.

Steuerfreiheit bei der Ausfuhr von Branntwein und Spirituosen über die zuständigen Zollämter an der deutsch-niederländischen Grenze wird nur unter der Bedingung gewährt, daß der Ausführende dem Ausgangsamte eine Bescheinigung vorlegt, aus der erhellt, daß die Ware bei der Zollbehörde des Einfuhrlandes ordnungsgemäß zur zollamtlichen Abfertigung eingemeldet worden ist.

Artikel 2.

Die Bestimmung des Artikels 1 findet keine Anwendung auf alkoholhaltige flüssige Parfümerien, Kopf-, Zahn- und Mundwasser, die mit der Post in das Ausland versandt werden.

Artikel 3.

Der Regierung jedes der beiden Länder steht es frei, jederzeit von der gegenwärtigen Vereinbarung zurückzutreten.

Geschehen zu Berlin in doppelter Ausfertigung am 18. Mai 1906.

(gez.) von Tschirschky.

Nr. 13787. **ÖSTERREICH-UNGARN und BAYERN.** Vertrag über mehrere Eisenbahnanschlüsse an der Grenze.

München, 22. Nov. 1904.

Seine Majestät der Kaiser von Österreich, König von Böhmen usw. und Apostolischer König von Ungarn || und || Seine Königliche Hoheit Prinz Luitpold, des Königreichs Bayern Verweser, im Namen Seiner Majestät des Königs, || haben zum Zwecke der Herstellung weiterer Eisenbahnverbindungen zwischen den beiderseitigen Staatsgebieten und um die hierauf bezüglichen Verhältnisse vertragsmäßig zu regeln und festzustellen, zu Bevollmächtigten ernannt: || Seine Majestät der Kaiser von Österreich, König von Böhmen usw. und Apostolischer König von Ungarn: || Allerhöchstihren Geheimen Rat, a. o. Gesandten und bevollmächtigten Minister Theodor Grafen Zichy zu Zich und von Vásonykeö, || und || Seine Königliche Hoheit Prinz Luitpold, des Königreichs Bayern Verweser: || Allerhöchstihren Kämmerer, Staatsrat i. o. D., Staatsminister des Königlichen Hauses und des Äußern, Vorsitzenden im Ministerrat Klemens Freiherrn von Podewils-Dürniz, || von welchen nach geschehener Mitteilung und gegenseitiger Anerkennung ihrer Vollmachten unter dem Vorbehalte der Ratifikation der nachstehende Vertrag verabredet und abgeschlossen worden ist.

Artikel I.

Die hohen vertragschließenden Teile sind übereingekommen, die Ausführung der Eisenbahnverbindungen: || 1. von Wallern nach Waldkirchen; || 2. von Reutte über Vils nach Pfronten || nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen sicherzustellen. || Die kaiserlich-königliche österreichische Regierung wird die Ausführung der zwischen der bestehenden Station Wallern oder einem anderen geeigneten Punkte der Lokalbahn Strakonitz—Winterberg—Wallern und der Reichsgrenze zwischen Brandhäuser und Haidmühle gelegenen Teilstrecke der neu herzustellenden Eisenbahnverbindung von Wallern nach Waldkirchen sowie der zwischen Reutte und der Reichsgrenze bei Schönbichl gelegenen Strecke der in Aussicht genommenen Eisenbahnverbindung von Reutte über Vils nach Pfronten in dem ihr geeignet erscheinenden Zeitpunkte im Wege der Erteilung der Konzession an Privatunternehmungen sicherstellen. || Über die erfolgte Sicherstellung des Baues der vorangeführten Bahnstrecken wird die kaiserlich-königliche österreichische Regierung der königlich bayerischen Regierung jeweils rechtzeitig Mitteilung machen und wird sodann die königlich bayerische Regierung die Anschlußstrecken der vorgenannten Bahnlinien von der Reichsgrenze zwischen Brandhäuser und Haidmühle nach Waldkirchen und von der Reichsgrenze bei Schönbichl nach Pfronten für eigene Rechnung als Staatsbahn ausführen und den Bau derart beschleunigen, daß die gedachten Linien tunlichst gleichzeitig mit den österreichischen Anschlußstrecken in Betrieb gesetzt werden.

Artikel II.

Die königlich bayerische Regierung behält sich vor, die Ausführung einer Eisenbahn von Berchtesgaden, eventuell im Anschlusse an die dortige Station der königlich bayerischen Staatseisenbahnen, bis zur beiderseitigen Grenze in der Richtung gegen St.Leonhard-Drachenloch in dem ihr geeignet erscheinenden Zeitpunkte auf Grund gesetzlicher Ermächtigung für Rechnung des Staates zu bewerkstelligen. || Über die erfolgte Sicherstellung des Baues der vorangeführten Eisenbahn wird die königlich bayerische Regierung der kaiserlich-königlichen österreichischen Regierung rechtzeitig Mitteilung machen und wird sodann die kaiserlich-königliche österreichische Regierung der Salzburger Eisenbahn- und Tramway-Gesellschaft die Bewilligung zum Baue und Betriebe der auf österreichischem Gebiete gelegenen Teilstrecke von der Grenze bis St. Leonhard-Drachenloch in Gemäßheit der Bestimmungen der Allerhöchsten Konzessionsurkunde vom 21. April 1885, Reichsgesetzblatt Nr. 70, erteilen.

Artikel III.

Die beiden hohen Regierungen stimmen darin überein, vorbehaltlich des Zustandekommens einer besonderen Vereinbarung über die diesbezüglich in Betracht kommenden näheren Modalitäten, die Herstellung einer Eisenbahnverbindung von Garmisch-Partenkirchen über Mittenwald und Scharnitz nach Innsbruck oder einem anderen geeigneten Punkte der Bahnlinie Innsbruck—Landeck zuzulassen und in der von ihnen für geeignet erachteten Weise zu fördern. || Unter dem gleichen Vorbehalte nehmen die beiden hohen Regierungen die Zulassung und Förderung einer Bahnlinie von Garmisch-Partenkirchen über Lermoos nach Reutte in Aussicht.

Artikel IV.

Die spezielle Feststellung der Bahnlinien sowie des gesamten Bauplanes und der einzelnen Bauentwürfe bleibt jeder der beiden hohen Regierungen für ihr Gebiet vorbehalten. || Nachdem die Feststellung des Punktes, wo die in Artikel I genannte Eisenbahn von Reutte nach Pfronten die Grenze überschreitet, bereits durch technische, zu diesem Zwecke abgeordnete Kommissäre erfolgt ist, genehmigen die beiden hohen Regierungen die diesbezüglich getroffene Vereinbarung. || Dagegen werden die Punkte, wo die im Artikel I angeführte Eisenbahn von Wallern nach Waldkirchen, dann die in den Artikeln II und III bezeichneten Eisenbahnen die Grenze überschreiten sollen, erst im Wege gemeinsamer Verhandlung durch beiderseitige Kommissäre bestimmt werden. || Zum Zwecke der Erwerbung der zur Anlage der in Artikel I, II und III bezeichneten Eisenbahnen erforderlichen Grundstücke soll den Unternehmern in jedem der beiden Staatsgebiete das Enteignungsrecht nach den dort jeweilig geltenden gesetzlichen Bestimmungen eingeräumt werden.

Artikel V.

Die den Gegenstand des Staatsvertrages bildenden Eisenbahnen sollen als Lokal-, beziehungsweise Nebenbahnen zur Ausführung gelangen und zunächst nur mit einem durchgehenden Geleise versehen werden. Sollte späterhin das Bedürfnis nach Herstellung des zweiten Geleises auf einer oder der anderen dieser Bahnlinien oder auf einzelnen Teilstrecken derselben oder nach einer sonstigen zur ungestörten Abwicklung des Verkehres notwendigen weiteren Ausgestaltung der ersten Bau- und Betriebseinrichtungen sich herausstellen, so werden die hohen Regierungen behufs einer Verständigung hierüber in weitere Verhandlung treten. || Die Spurweite der Geleise der in den Artikeln I und II genannten Bahnen soll

in Übereinstimmung mit den anschließenden Bahnen 1,435 m im Lichten der Schienen betragen. || Die Konstruktionsverhältnisse der anzulegenden Bahnstrecken und deren Betriebsmittel sollen dergestalt nach gleichmäßigen Grundsätzen festgestellt werden, daß auf den beiderseitigen Bahnstrecken ein ineinandergreifender Betrieb stattfinden kann, insbesondere auch die Betriebsmittel wechselseitig ungehindert übergehen und benützt werden können. || Die von einer der beiden hohen Regierungen geprüften Betriebsmittel werden ohne nochmalige Prüfung auch auf der im Gebiete der anderen liegenden Bahnstrecke zugelassen werden. || Die Festsetzung der Spurweite der im Artikel III bezeichneten Bahnen bleibt späterer Vereinbarung zwischen den beiden hohen Regierungen vorbehalten.

Artikel VI.

Die beiden hohen Regierungen verpflichten sich, zuzulassen, beziehungsweise anzuordnen, daß die in den Artikeln I, II und III genannten Bahnen an ihren Endpunkten in angemessene Verbindung mit den im gegebenen Zeitpunkte daselbst bestehenden Eisenbahnen gesetzt werden.

Artikel VII.

Die volle Landeshoheit (also auch die Ausübung der Justiz- und Polizeigewalt) bleibt auf den Grenzbahnhöfen sowie auf den zwischen diesen Bahnhöfen und der Grenze gelegenen Bahnstrecken, endlich in Ansehung der die beiderseitige Grenze überschreitenden Bahnlinien auf jedem der beiden Gebiete der betreffenden Territorialregierung ausschließlich vorbehalten.

Artikel VIII.

Die hohen Regierungen behalten sich vor, zur Handhabung der ihnen über die bezüglichen Bahnstrecken in ihrem Gebiete und den Betrieb auf denselben zustehenden Hoheits- und Aufsichtsrechte Kommissäre zu bestellen, welche die Beziehungen ihrer Regierungen zu den Eisenbahnverwaltungen in allen denjenigen Fällen zu vertreten haben, die nicht zum direkten gerichtlichen oder polizeilichen Einschreiten der zuständigen Landesbehörden geeignet sind.

Artikel IX.

Unbeschadet des Hoheits- und Aufsichtsrechtes der hohen vertragschließenden Teile über die in ihren Gebieten gelegenen Bahnstrecken und über den darauf stattfindenden Betrieb verbleibt die Ausübung des Oberaufsichtsrechtes über die den Betrieb führenden Eisenbahnverwaltungen im allgemeinen derjenigen Regierung, in deren Gebiet dieselben ihren Sitz haben.

Artikel X.

Die Bahnpolizei wird unter Aufsicht der dazu in jedem der beiden Gebiete zuständigen Behörden in Gemäßheit der für jedes Gebiet geltenden Vorschriften und Grundsätze zunächst durch die Beamten der den Betrieb der betreffenden Bahnstrecke führenden Eisenbahnverwaltung gehandhabt werden. || Auf den auf österreichischem Gebiete gelegenen Strecken der in Artikel I genannten Eisenbahn von der beiderseitigen Grenze bis Reutte sowie im Falle der Einführung eines durchgehenden Personenzugsverkehrs zwischen Berchtesgaden und Salzburg auch zwischen der beiderseitigen Grenze und Salzburg sind auch die beim Zugförderungs- und Fahrdienste verwendeten Organe der königlich bayerischen Staatseisenbahn-Verwaltung (Artikel XVII) in ihrem Wirkungskreise zu der Handhabung der Bahnpolizei berufen. || Dieselben Befugnisse sollen in letzterem Falle auch den im Zugförderungs- und Fahrdienste verwendeten Organen der österreichischen Bahnverwaltung auf der auf bayerischem Gebiete gelegenen Bahnstrecke von der beiderseitigen Grenze bis Berchtesgaden zustehen.

Artikel XI.

Insoweit ein österreichischer Unternehmer innerhalb des bayerischen Gebietes oder ein deutscher Unternehmer innerhalb des österreichischen Gebietes den Bau, beziehungsweise den Betrieb einer oder der anderen der den Gegenstand dieses Vertrages bildenden Bahnlinien ganz oder teilweise übernimmt oder künftig übernehmen sollte, hat sich derselbe rücksichtlich aller aus der Anlage und aus dem Betriebe der Bahn herzuleitenden Entschädigungsansprüche den Gesetzen und der Gerichtsbarkeit des Staates, in welchem die Schadenszufügung stattgefunden hat, zu unterwerfen, insofern der Entschädigungsanspruch nicht aus einem mit der betriebführenden Bahnverwaltung oder mit einer der übrigen an dem Transporte beteiligten Bahnen abgeschlossenen Frachtgeschäfte hergeleitet wird.

Artikel XII.

Staatsangehörige des einen der hohen vertragschließenden Teile, welche von den Eisenbahnverwaltungen beim Betriebe einer im Gebiete des anderen Teiles gelegenen Strecke etwa angestellt werden, scheiden dadurch nicht aus dem Untertanenverbande ihres Heimatslandes aus. || Die Stellen der Lokalbeamten, mit Ausnahme der Bahnhofvorstände, der Telegraphen- und derjenigen Beamten, welche mit der Erhebung von Geldern betraut sind, sollen jedoch tunlichst mit einheimischen Staatsangehörigen besetzt werden. || Sämtliche Beamte sind ohne Unterschied des Ortes ihrer

Anstellung bei der Bahn rücksichtlich der Disziplinarbehandlung nur der Anstellungsbehörde, im übrigen aber den Gesetzen und Behörden des Staates unterworfen, in welchem sie ihren Wohnsitz haben.

Artikel XIII.

Die Feststellung und Genehmigung der Fahrpläne und Tarife bleibt derjenigen Regierung vorbehalten, in deren Gebiete die betriebführende Eisenbahnverwaltung ihren Sitz hat.

Artikel XIV.

Die im Interesse der Erleichterung des gegenseitigen Eisenbahnverkehrs zwischen dem Deutschen Reiche und der Österreichisch-Ungarischen Monarchie jeweilig bestehenden Vertragsbestimmungen finden auch auf die durch den gegenwärtigen Vertrag gesicherten Eisenbahnanschlüsse Anwendung. || Beide hohen vertragschließenden Teile verpflichten sich, dahin zu wirken: || 1. daß auf den den Gegenstand dieses Vertrages bildenden Eisenbahnen möglichst im Anschlusse an die Züge der angrenzenden Bahnstrecken für den Personen- und Güterverkehr so viel Züge eingerichtet werden, als zur Bewältigung desselben erforderlich sind, sowie daß die sonstigen Betriebsanordnungen den lokalen Verkehrsbedürfnissen entsprechend geregelt werden; || 2. daß der Einführung direkter Abfertigungen im Personen- und Güterverkehre zwischen den in Frage stehenden Eisenbahnen und den angrenzenden Bahnstrecken, falls dieselbe im Interesse des Verkehres von beiden hohen Regierungen als wünschenswert bezeichnet wird, seitens der betriebführenden Verwaltungen der beteiligten Eisenbahnen nicht widersprochen werde; || 3. daß die in Rede stehenden Eisenbahnen zur Aufnahme in die Liste der dem internationalen Übereinkommen für den Eisenbahnfrachtverkehr unterworfenen Eisenbahnen angemeldet werden.

Artikel XV.

Der Betriebswechsel findet auf der in Artikel I bezeichneten Eisenbahnlinie von Wallern nach Waldkirchen in dem auf bayerischem Gebiete in unmittelbarer Nähe der Grenze anzulegenden Bahnhofe Haidmühle statt. || Auf der in Artikel II behandelten Eisenbahnlinie dagegen soll, unbeschadet einer etwa zwischen den beiderseitigen Bahnverwaltungen zu treffenden Vereinbarung über die Beförderung durchgehender Personenzüge zwischen Berchtesgaden und Salzburg und umgekehrt, die auf österreichischem Gebiete gelegene, eventuell entsprechend zu verlegende und umzugestaltende Station St. Leonhard-Drachenloch als Grenz- und

Wechselstation gelten. || Die Bestimmung der Betriebswechsel-Stationen für die in Artikel III genannten Bahnlinien bleibt für jede dieser Linien späterer Vereinbarung zwischen den beiden hohen Regierungen vorbehalten. || Für die Anlage und Ausrüstung der Grenz- und Wechselstationen sind die in dem bezüglichen Staatsgebiete geltenden Grundsätze maßgebend. || Dagegen sollen die Einrichtungen des Baues und Betriebes, die Konstruktion des Oberbaues und die Signaleinrichtungen der Strecken von der Grenze bis zu den Wechselstationen mit denjenigen Einrichtungen übereinstimmen, welche in dieser Beziehung für die jenseits der Grenze gelegene Anschlußstrecke genehmigt werden.

Artikel XVI.

Die beiden hohen Regierungen erklären ihre Zustimmung dazu, daß die Strecken von der beiderseitigen Grenze bis zu den Betriebswechsel-Stationen (Artikel XV) von der Unternehmung der fremdländischen Anschlußstrecke betrieben werden. || Bezüglich der Bedingungen, unter welchen der Unternehmung der fremdländischen Anschlußstrecke der Betrieb auf der Strecke von der Grenze bis zur Betriebswechsel-Station zu überlassen sowie die Mitbenützung der Betriebswechsel-Station zu gestatten ist, bleibt einer Verständigung zwischen den beteiligten Verwaltungen vorbehalten. || Beim Mangel eines Einverständnisses haben sich die Bahnverwaltungen den nach vorgängiger Verständigung gemeinschaftlich zu treffenden Anordnungen der beiden hohen Regierungen zu fügen. || Jedenfalls soll aber die betriebführende Verwaltung seitens der die Oberaufsicht ausübenden Regierung bindend verpflichtet werden, die ordnungsmäßige Instandhaltung der ihr in Betrieb gegebenen Strecke nebst allem Zubehör, einschließlich der nach den Verwaltungsgrundsätzen der betreffenden Territorial-Regierung erforderlich werdenden Erneuerungen, auf eigene Kosten zu übernehmen und dem Eigentümer das auf die Strecke nachweislich verwendete Anlagekapital, jedoch ohne Einrechnung etwaiger Kosten der Geldbeschaffung und Kursverluste mit jährlich 4 Prozent zu verzinsen. || Die Kosten für die Anlagen und Bauten in den Wechselstationen einschließlich der Dienst- und Wohnräume für die Eisenbahn-, Zoll-, Post-, Telegraphen- und Polizeiverwaltung in dem durch das wirkliche Bedürfnis des Verkehres der in Rede stehenden Bahn bedingten Umfange sollen seitens der den Bahnhof mitbenützenden fremdländischen Bahnverwaltung nach Verhältnis der Mitbenützung dem Eigentümer mit 4 Prozent verzinst werden. || Nach gleichen Grundsätzen werden die Erweiterungen der ursprünglichen Bahnanlagen auf der Strecke bis zur Grenze und in der Wechselstation behandelt, welche die betreffende Terri-

torial-Regierung im Interesse des Verkehres für geboten erachten oder welche die Regierung des fremden Landesgebietes für ihre im fünften Absatze bezeichneten Dienstzweige etwa in Anspruch nehmen sollte.

Artikel XVII.

Die beiden hohen Regierungen erklären ihre Zustimmung dazu, daß auf der auf österreichischem Gebiete gelegenen Strecke der im Artikel I genannten Eisenbahn von der beiderseitigen Grenze bis Reutte der Zugförderungs- und Fahrdienst für die betriebführende österreichische Unternehmung bis auf weiteres von der königlich bayerischen Staatseisenbahn-Verwaltung besorgt werde. || Desgleichen erteilen die beiden hohen Regierungen ihre Zustimmung, daß auf den Bahnstrecken von der beiderseitigen Grenze bei St. Leonhard-Drachenloch nach Berchtesgaden einerseits, nach Salzburg anderseits ein durchgehender Personenzugsverkehr eingerichtet werde. || Bezüglich der Bedingungen, unter welchen der bayerischen Staatseisenbahn-Verwaltung die Besorgung des Zugförderungs- und Fahrdienstes auf der österreichischen Bahnstrecke von der Grenze bis Reutte zu überlassen ist, sowie über die eventuelle Einrichtung eines direkten Personenzugsverkehres zwischen Berchtesgaden und Salzburg und umgekehrt, bleibt eine Verständigung zwischen den beiden Bahnverwaltungen vorbehalten. || Beim Mangel eines Einverständnisses haben sich die Bahnverwaltungen den nach vorgängiger Verständigung gemeinschaftlich zu treffenden Anordnungen der beiden hohen Regierungen zu fügen. || Für den Fall, daß die vorgenannte Bahnstrecke von der beiderseitigen Grenze bis Reutte eine direkte Anschlußverbindung mit einer österreichischen Bahn erlangen sollte, behält sich die kaiserlich-königliche österreichische Regierung das Recht vor, den Betrieb dieser Bahnstrecke in vollem Umfange entweder selbst zu übernehmen oder der Unternehmung der österreichischen Anschlußbahn zu übertragen. Für diesen Fall hat der Betriebswechsel in dem auf bayerischem Gebiete anzulegenden Bahnhofe Pfronten-Steinach stattzufinden und haben hinsichtlich der Betriebsführung auf der Strecke von der Grenze bis zur Betriebswechsel-Station sowie hinsichtlich der Mitbenützung der Betriebswechsel-Station die Anordnungen des Artikels XVI sinngemäß zur Anwendung zu gelangen.

Artikel XVIII.

Auf der Linie Reutte—Pfronten ist das bayerische Grenzzollamt in der projektierten Station Pfronten-Steinach einzurichten, woselbst auch eine Expositur des in Reutte aufzustellenden österreichischen Grenzzollamtes zu errichten ist. || Diese Grenzzollämter sind mit den den Verkehrs-

verhältnissen entsprechenden Abfertigungsbefugnissen zu versehen. || Die beiden hohen Regierungen erklären sich bereit, die Befugnisse der genannten Zollämter zu erweitern, sobald und soweit die Ausdehnung des Verkehres es erfordern sollte. || Die königlich bayerische Regierung erklärt ihre Bereitwilligkeit, auf ihre Kosten zur zeitweisen Einrichtung einer Zollabfertigung und einer tierärztlichen Untersuchung in Reutte an den jährlich in Reutte stattfindenden sechs großen Viehmärkten bayerische Zoll- und tierärztliche Organe dorthin zu entsenden.

Artikel XIX.

In bezug auf die Bahnlinien von Wallern nach Waldkirchen und von Berchtesgaden nach St. Leonhard-Drachenloch sowie gegebenen Falles in bezug auf die im Artikel III behandelten Bahnlinien werden die Bedingungen und Modalitäten der zollamtlichen und sonstigen Überwachung späteren Vereinbarungen zwischen den beiden hohen Regierungen unter Berücksichtigung der besonderen Anlage- und Verkehrsverhältnisse dieser Bahnlinien vorbehalten.

Artikel XX.

Die Förmlichkeiten der zollamtlichen Revision und Abfertigung des Passagiergepäcks, der ein- und ausgehenden Güter sowie der zollamtlichen Überwachung des Durchzugsverkehres sollen seinerzeit durch beiderseitige Kommissäre noch näher verabredet werden. || Hierbei soll insbesondere auf die tunlichste Erleichterung des Durchzugsverkehres von Scharnitz über Garmisch-Partenkirchen nach Lermoos und Reutte und von da über Garmisch-Partenkirchen nach Scharnitz besonders Bedacht genommen werden.

Artikel XXI.

Die wegen Handhabung der Paß- und Fremdenpolizei im Eisenbahnverkehre schon bestehenden oder noch zu vereinbarenden Bestimmungen sollen auf die den Gegenstand dieses Vertrages bildenden Eisenbahnverbindungen Anwendung finden. || Über die Amtsbefugnisse der Polizeibeamten, welche etwa von der fremdländischen Regierung auf den Grenzbahnhöfen stationiert werden sollten, bleibt eine besondere Verständigung zwischen den beiden hohen Regierungen vorbehalten. || Die Verhandlung hierüber soll mindestens drei Monate vor Inbetriebsetzung der betreffenden Eisenbahn beginnen und vor Eröffnung des Betriebes tunlichst vollständig zum Abschlusse gebracht werden.

Artikel XXII.

Die Regelung des Post- und Telegraphendienstes bleibt der besonderen Verständigung zwischen den beiderseitigen Post- und Telegraphen-Verwaltungen vorbehalten. || Im Falle der Erbauung oder des Betriebes einer Anschlußlinie auf fremdländischem Gebiete hat die betriebführende Verwaltung alle Verpflichtungen und Leistungen zu übernehmen, welche ihr im Interesse der Post- und Telegraphenanstalt von der für das betreffende Gebiet zuständigen Staatsverwaltung auferlegt werden.

Artikel XXIII.

Die beiden hohen Regierungen werden den Betrieb der auf ihrem Gebiete gelegenen Strecken der in den Artikeln I, II und III behandelten Bahnlinien, soweit und solange derselbe von einer fremdländischen Eisenbahnverwaltung geführt wird, mit keinen anderen oder höheren Abgaben belegen als denjenigen, welche den Bahnbetrieb ausländischer Eisenbahnverwaltungen im allgemeinen treffen.

Artikel XXIV.

Sollte späterhin eine Änderung in den Eigentumsverhältnissen der den Gegenstand dieses Vertrages bildenden Strecken, soweit dieselben durch Privatunternehmungen ausgeführt werden, infolge Einlösung oder Heimfalles derselben eintreten, oder die betreffende Territorial-Regierung den Betrieb der gedachten Strecken übernehmen, ohne das Eigentum derselben zu erwerben, so bleiben dessenungeachtet die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages unverändert in Kraft.

Artikel XXV.

Gegenwärtiger Vertrag soll beiderseitig zur Allerhöchsten Genehmigung vorgelegt und die Auswechselung der darüber auszufertigenden Ratifikations-Urkunden baldtunlichst in München bewirkt werden. || Zur Beglaubigung dessen haben die Bevollmächtigten denselben in zwei Ausfertigungen unterzeichnet und besiegelt.

So geschehen zu München, am 22. November 1904.

Theodor Gf. Zichy m. p.
Clemens Frh. v. Podewils m. p.

Nr. 13788. **TÜRKEI und GRIECHENLAND.** Hande svertrag.
Athen, 30. März 1903.
12. April

Sa Majesté Impériale le Sultan, Empereur des Ottomans, et Sa Majesté le Roi des Hellènes, animés du désir de consolider par un Traité les relations de commerce et de navigation qui existent entre les deux Pays, ont nommé, pour Leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté Impériale le Sultan, || Son Excellence Rifaat Bey, Grand Cordon de l'Ordre Impérial du Médjidié, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire, à Athènes, et || Sa Majesté le Roi des Hellènes, || Son Excellence Monsieur Alexandre Skousès, Commandeur de l'Ordre Royal du Sauveur, Son Ministre des Affaires Etrangères, || Lesquels après avoir échangé leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivants.

Article 1er.

Les produits d'origine ou de manufacture ottomane qui seront importés en Grèce et les produits d'origine ou de manufacture hellénique qui seront importés en Turquie, continueront à être respectivement soumis—quant aux droits d'importation, d'exportation, de transit, de réexportation et aux formalités douanières — au même traitement que les produits de la nation la plus favorisée. || Toutefois, les articles et produits énumérés dans le Tableau A ciannexé—relatif aux droits à percevoir sur les marchandises ottomanes importées en Grèce—et dans le Tableau B également ci-annexé—concernant les marchandises helléniques importées en Turquie, — seront soumis aux taxes y indiquées ou à des droits plus réduits qui seraient appliqués à l'égard des produits similaires d'un autre Etat.

Article 2.

Les deux Hautes Parties Contractantes s'engagent à ne laisser embarquer dans leurs ports—sauf autorisation spéciale du Pays d'importation—aucun article à destination des ports de l'Empire Ottoman ou de ceux du Royaume de Grèce qui serait prohibé ou monopolisé dans les Pays respectifs. || Ces articles sont: || En Turquie, la poudre et les matières explosibles de toute sorte, les armes de guerre et leurs accessoires, les munitions militaires, le tabac sous toutes ses formes, le tombac et le sel; || En Grèce, le pétrole, les cartes à jouer, le sel, les allumettes et le papier à cigarettes. || Les listes ci-dessus pourront être modifiées, selon les circonstances, par communication préalable et écrite à l'autre Haute Partie Contractante.

Article 3.

En ce qui concerne le commerce de cabotage, les bateaux ottomans et helléniques, tant à voiles qu'à vapeur, continueront à bénéficier, en Turquie et en Grèce, du traitement de la nation la plus favorisée, sans payer d'autres ni de plus forts droits que les navires nationaux ou les navires des nations les plus favorisées.

Article 4.

Tout bâtiment considéré comme ottoman par la Loi Ottomane et tout bâtiment considéré comme hellène par loi hellénique, seront reconnus comme tels par les deux Hautes Parties Contractantes.

Article 5.

Les sujets ottomans et les sujets hellènes auront le droit de se livrer réciproquement, dans les eaux helléniques et ottomanes, à la pêche des éponges, à la condition de se conformer aux Règlements territoriaux qui seraient appliqués aux indigènes ou aux sujets étrangers les plus favorisés.

Article 6.

Les papiers de bord des voiliers et des bateaux à vapeur ottomans et helléniques qui devront être soumis au visa des Consulats des deux Pays, sont les suivants: || la patente de santé, || le manifeste de la Douane || et le livret-manifeste, ces deux derniers visas, pour les vapeurs d'un jaugeage de 200 tonnes et au-dessous qui ne font pas de service régulier à itinéraire fixe, ainsi que pour les voiliers de tout tonnage || Le Tarif du visa pour la patente de santé, est fixé ainsi qu'il suit: une demi-Livre Turque, pour les bâtiments jaugeant plus de 300 tonnes; un quart de Livre Turque, pour ceux de 100 à 300 tonnes; 10 Piastres or ou l'équivalent, pour ceux au-dessous de 100 tonnes. || Le Tarif du visa pour le manifeste de la Douane et le livret-manifeste, est fixé ainsi qu'il suit: || 1 franc 50 centimes, pour les bateaux à vapeur et voiliers jaugeant moins de 50 tonnes; || 2 francs, pour ceux qui jaugent de 50 à 100 tonnes; || 2 francs 50 centimes, pour ceux qui jaugent de 100 à 200 tonnes, et || 5 francs, pour les voiliers jaugeant plus de 200 tonnes. || Ces taxes seront perçues séparément pour le visa de chacun de ces deux actes. || Il est convenu que ledit visa sera délivré par les Consuls des deux Pays, sans aucun retard, et que la taxe consulaire y afférente pour chacun des papiers de bord ci-dessus spécifiés, ne sera perçue qu'une seule fois pendant le cours d'un même voyage, les autres visas successifs devant se faire sans frais. || Quant aux bateaux à vapeur et voiliers otto-

mans et helléniques, transportant des marchandises en vrac, ils doivent faire viser leur livret-manifeste, quel que soit leur tonnage, dans le cas où ils ne feraient pas de service régulier avec itinéraire fixe, et suivant les Tarifs Consulaires des Pays respectifs. || Il est bien entendu que les susdits visas ne seront obligatoires que dans le cas où, au port de départ ou d'escale du navire, résiderait une Autorité Consulaire de l'autre Partie Contractante.

Article 7.

Le livret-manifeste mentionné à l'Article précédent, devra être certifié par les Autorités compétentes et être conforme au modèle annexé au présent Traité. Il mentionnera le port de départ et celui d'arrivée, la nature de la cargaison entière d'après les indications données par les expéditeurs et portées sur le connaissement, avec les marques, numéros et espèces des colis et leur contenu. || Au port de départ, les Autorités Douanières y consigneront, sans retard, la date du départ, et au port d'escale, elles y consigneront, également sans retard, la date de l'arrivée et du départ du navire, ainsi que l'embarquement, le débarquement et le transbordement des marchandises. || Les Autorités Douanières respectives des deux Hautes Parties Contractantes, aussitôt avisées du chargement, ou transbordement à opérer par un navire ottoman dans les eaux helléniques ou par un navire hellénique dans les eaux ottomanes, auront à prendre, dans les 24 heures à partir de l'avis du capitaine ou du chargeur—les jours fériés exceptés—les mesures nécessaires pour faciliter l'accomplissement des formalités douanières susmentionnées.

Article 8.

Tous les droits, privilèges, et immunités conférés aux sujets, aux bâtiments, à la navigation et au commerce des deux Etats Contractants par les stipulations du Traité de Canlidja, conclu entre l'Empire Ottoman et le Royaume de Grèce, le 27. Mai 1855, sont confirmés, mais bien entendu dans les limites de la Décision Arbitrale des Représentants des Grandes Puissances rendue à Constantinople, le 20 Mars / 2 Avril 1901, et en tant que les stipulations dudit Acte de Canlidja ne sont pas modifiées par le présent Traité.

Article 9.

Le présent Traité aura ses effets à partir de l'échange des ratifications et restera en vigueur pendant dix-huit (18) ans. || Les ratifications seront échangées, à Constantinople, le plus tôt que faire se pourra. || En foi de quoi les Plénipotentiaires ont signé le présent Traité et y ont

apposé leurs cachets. || Fait à Athènes, en double, le trente Mars / douze Avril mil neuf cent trois.

(Signé:) Rifaat.
A. G. Skousès.

Protocole-Annexe.

Au moment de procéder à la signature du Traité de Commerce et de Navigation, conclu en date de ce jour, entre la Turquie et la Grèce, les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés par les Gouvernements respectifs, sont convenus du présent Protocole qui fera partie intégrante dudit Traité et aura même force et valeur. || 1° Les droits fixés dans le Tableau B, mentionné à l'Article 1er du présent Traité, ne seront appliqués en Turquie, aux articles et produits helléniques y énumérés, que du jour où le nouveau Tarif Douanier sera mis en application générale dans l'Empire Ottoman, pour les Puissances les plus favorisées. || 2° Il est bien entendu qu'en ce qui concerne l'Article 3 du présent Traité, tous les avantages qui résultent actuellement en Grèce du traitement de la nation la plus favorisée, déterminé entre autres par le Traité Helléno-Italien du 20 Mars/1er Avril 1889, ou qui seront assurés dans l'avenir aux navires étrangers les plus favorisés, continueront, en tout état de cause, à rester acquis aux navires ottomans à vapeur et à voiles. || 3° Il est, en outre, convenu que les dispositions des Articles 6 et 7 entreront, de part et d'autre, en vigueur huit mois après l'échange des ratifications du présent Traité. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont signé le présent Protocole-Annexe et y ont apposé leurs cachets. || Fait à Athènes, en double, le trente Mars/douze Avril mil neuf cent trois.

(Signé:) Rifaat.
» A. G. Skousès.

Procès-Verbal de Ratification.

Les soussignés, Tevfik Pacha, Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté Impériale le Sultan, et Monsieur J. Gryparis, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi des Hellènes, s'étant réunis aujourd'hui, 24 Mai/6 Juin 1903, pour procéder à l'échange des ratifications du Traité de Commerce et de Navigation conclu entre la Turquie et la Grèce et signé à Athènes, le 30 Mars/12 Avril 1903, et les ratifications respectives de cette Convention, après avoir été soigneusement comparées, ayant été trouvées exactement conformes l'une à l'autre, ledit échange a eu lieu dans la forme usitée. || En foi de quoi, les soussignés ont dressé le présent procès-verbal et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait en double, à Constantinople, le 24 Mai/6 Juin 1903.

(Signé:) Tevfik. (Signé:) J. Gryparis.
» M. Noury. » A. Naoum.

Note

adressée, le 30 Mars/12 Avril 1903, au Gouvernement Royal Hellénique par Son Excellence Rifaat Bey, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Turquie, à Athènes.

Au cours des négociations relatives au Traité de Commerce, signé en ce jour, entre le Gouvernement Impérial Ottoman et le Gouvernement Royal de Grèce, les deux Hautes Parties Contractantes étant tombées d'accord de réserver à des négociations ultérieures la discussion et la détermination des mesures à prendre, de part et d'autre, pour la répression de la contrebande, le soussigné, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté Impériale le Sultan, prie Son Excellence M. Skousès, Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté le Roi des Hellènes, de vouloir bien lui donner acte de ce qui précède.

(Signé:) Rifaat.

Note

adressée le 30 Mars/12 Avril 1903, par Son Excellence le Ministre des Affaires Étrangères de Grèce à la Légation Impériale Ottomane, á Athènes.

Le soussigné, Ministre des Affaires Étrangères de Sa Majesté le Roi des Hellènes, a eu l'honneur de recevoir la Note que Son Excellence Rifaat Bey, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté Impériale le Sultan, a bien voulu lui adresser en date de ce jour, pour lui faire part de l'accord intervenu entre les deux Hautes Parties Contractantes, au cours des négociations relatives au Traité de Commerce, signé en ce jour, de réserver à des négociations ultérieures la discussion et la détermination des mesures à prendre, de part et d'autre, pour la répression de la contrebande. || Le soussigné prend, au nom de son Gouvernement, acte de ce qui précède.

(Signé:) Skousès.

Note

adressée le 6 Juin 1903, sub N° 52,916/45, à la Légation Royale Hellénique par Son Excellence Tevfik Pacha, Ministre des Affaires Étrangères de Sa Majesté Impériale le Sultan.

Au cours des négociations relatives au Traité de commerce signé à Athènes les 30 Mars/12 Avril 1903, et dont l'échange des ratifications a eu lieu en ce jour, les deux Hautes Parties Contractantes étant tombées d'accord de réserver à des négociations ultérieures la discussion et la dé-

termination des mesures à prendre, de part et d'autre, pour la répression de la contrebande, le soussigné, Ministre des Affaires Étrangères de Sa Majesté Impériale le Sultan, prie Son Excellence M. J. Gryparis, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotantiaire de Sa Majesté le Roi des Hellènes, le vouloir bien lui donner acte de ce qui précède.

(Signé:) Tevfik.

Note

adressée, le 24 Mai / 6 Juin 1903, sub N° 578, au Gouvernement Impérial Ottoman par la Légation Royale Hellénique, à Constantinople.

Le soussigné, Envoyé, Extraordinaire et Ministre Plénipotantiaire de Sa Majesté le Roi des Hellènes, a eu l'honneur de recevoir la Note que Son Excellence Tevfik Pacha, Ministre des Affaires Étrangères de Sa Majesté Impériale le Sultan, a bien voulu lui adresser en date de ce jour, sub N° 52,916/45, pour lui faire part de l'accord intervenu entre les deux Hautes Parties Contractantes, au cours des négocations relatives au Traité de Commerce, signé à Athènes le 30 Mars/12 Avril 1903, et dont l'échange des ratifications a eu lieu en ce jour, de réserver à des négociations ultérieures la discussion et la détermination des mesures à prendre, de part et d'autre, pour la répression de la contrebande.‖ Les soussigné prend, au nom de son Gouvernement, acte de ce qui précède.

(Signé:) J. Gryparis.

Nr. 13789. FRANKREICH und SIAM. Grenzabkommen.

Paris, 13. Febr, 1904.

Convention.

Le Président de la République française et S. M. le roi de Siam, désireux de rendre plus étroites et plus confiantes les relations d'amitié qui existent entre leurs deux pays et de régler certaines difficultés qui s'étaient élevées sur l'interprétation du traité et de la convention du 3 octobre 1893, ont décidé de conclure une nouvelle convention et ont nommé à cet effet pour leurs plénipotentiaires, savoir: ‖ Le Président de la République française, ‖ M. Théophile Delcassé, député, ministre des affaires étrangères, etc.; ‖ Et S. M. le roi de Siam, ‖ Phya Suriya Nuvatr, son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près le Président de la République française, décoré de la 1re classe de l'ordre royal de la couronne de Siam, grand officier de l'ordre national de la Légion d'honneur, etc.; ‖ Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Art. 1er. — La frontière entre le Siam et le Cambodge part, sur la rive gauche du Grand-Lac, de l'embouchure de la rivière Stung-Roluos; elle suit le parallèle de ce point dans la direction de l'Est jusqu'à la rencontre de la rivière Prék-Kompong-Tiam, puis, remontant vers le Nord, elle se confond avec le méridien de ce point de rencontre jusqu'à la chaîne de montagnes Pnom-Dang-Rek. De là elle suit la ligne de partage des eaux entre les bassins du Nam-Sen et du Mékong, d'une part, et du Nam-Moun d'autre part, et rejoint la chaîne Pnom-Padang dont elle suit la crête vers l'Est jusqu'au Mékong. En amont de ce point, le Mékong reste la frontière du royaume de Siam, conformément à l'article 1er du traité du 3 octobre 1893.

Art. 2. — Quant à la frontière entre le Luang-Prabang, rive droite, et les provinces de Muang-Phichaï et Muang-Nan, elle part du Mékong à son confluent avec le Nam-Huong et, suivant le thalweg de cette rivière jusqu'à son confluent avec le Nam-Tang, remontant ensuite le cours dudit Nam-Tang, elle atteint la ligne de partage des eaux entre les bassins du Mékong et celui de la Ménam en un point situé près de Pou-Dène-Dine. A partir de ce point, elle remonte vers le Nord, suivant la ligne de faîte entre les deux bassins jusqu'aux sources de la rivière Nam-Kop dont elle suit le cours jusqu'à sa rencontre avec le Mékong.

Art. 3. — Il sera procédé à la délimitation des frontières entre le royaume de Siam et les territoires formant l'Indo-Chine française. Cette délimitation sera effectuée par des commissions mixtes composées d'officiers nommés par les deux pays contractants. Le travail portera sur la frontière déterminée par les articles 1er et 2, ainsi que sur la région comprise entre le Grand-Lac et la mer. || En vue de faciliter les travaux des commissions et en vue d'éviter toute possibilité de difficulté dans la délimitation de la région comprise entre le Grand-Lac et la mer, les deux gouvernements se mettront d'accord, avant la nomination des commissions mixtes, pour fixer les points principaux de la délimitation dans cette région, notamment le point où la frontière atteindra la mer. || Les commissions mixtes seront nommées et commenceront leurs travaux dans les quatre mois après la ratification de la présente convention.

Art. 4. — Le gouvernement siamois renonce à toute prérogative de suzeraineté sur les territoires du Luang-Prabang situés sur la rive droite du Mékong. || Les bateaux de commerce et les trains de bois appartenant à des Siamois auront le droit de naviguer librement sur la partie du Mékong traversant le territoire du Luang-Prabang.

Art. 5. — Aussitôt que l'accord prévu par l'article 3, paragraphe 2, et relatif à la délimitation de la frontière entre le Grand-Lac et la mer,

aura été établi, et aussitôt qu'il sera officiellement notifié aux autorités françaises que les territoires résultant de cet accord et les territoires situés à l'est de la frontière, telle qu'elle est indiquée aux articles 1er et 2 du présent traité, se trouvent à leur disposition, les troupes françaises qui occupent provisoirement Chantaboun, en vertu de la convention du 3 octobre 1893, quitteront cette ville.

Art. 6. — Les dispositions de l'article 4 du traité du 3 octobre 1893 seront remplacées par celles qui suivent: || S. M. le roi de Siam prend l'engagement que les troupes qu'elle enverra ou entretiendra dans tout le bassin siamois du Mékong seront toujours des troupes de nationalité siamoise, commandées par des officiers de cette nationalité. Il n'est fait exception à cette règle qu'en faveur de la gendarmerie siamoise, actuellement commandée par des officiers danois. Dans le cas où le gouvernement siamois voudrait substituer à ces officiers des officiers étrangers appartenant à une autre nationalité, il devrait s'entendre au préalable avec le gouvernement français. || En ce qui concerne les provinces de Siem-Reap, de Battambang et de Sisophon, le gouvernement siamois s'engage à n'y entretenir que les contingents de police nécessaires pour le maintien de l'ordre. Ces contingents seront recrutés exclusivement sur place parmi les indigènes.

Art. 7. — A l'avenir, dans la partie siamoise du bassin du Mékong, le gouvernement royal, s'il désire exécuter des ports, canaux, chemins de fer (notamment des chemins de fer destinés à relier la capitale à un point quelconque de ce bassin), se mettra d'accord avec le Gouvernement français, dans le cas où ces travaux ne pourraient être exécutés exclusivement par un personnel et avec des capitaux siamois. Il en serait naturellement de même pour l'exploitation desdites entreprises. || En ce qui concerne l'usage des ports, canaux, chemins de fer, aussi bien dans la partie siamoise du bassin du Mékong que dans le reste du royaume, il est entendu qu'aucun droit différentiel ne pourra être établi contrairement au principe de l'égalité commerciale inscrite dans les traités signés par le Siam.

Art. 8. — En exécution de l'article 6 du traité du 3 octobre 1893, des terrains d'une superficie à déterminer seront concédés par le gouvernement siamois au Gouvernement de la République aux points suivants situés sur la rive droite du Mékong: || Zieng-Khan, Non-Khay, Muong-Saniabouri, embouchure du Nam-Khan (rive droite ou rive gauche), Bang-Mouk-Dahan, Kemmarat et embouchure du Nam-Moun (rive droite ou rive gauche). || Les deux gouvernements s'entendront pour dégager le cours du Nam-Moun, entre son confluent avec le Mékong et Pimoun, des

obstacles qui gênent la navigation. Dans le cas où ces travaux seraient reconnus inexécutables ou trop coûteux, les deux gouvernements se concerteraient pour l'établissement d'une voie terrestre de communication entre Pimoun et le Mékong. || Ils s'entendront également pour établir entre Bassac et la frontière du Luang-Prabang, telle qu'elle résulte de l'article 2 du présent traité, les lignes ferrées qui seraient reconnues nécessaires pour suppléer au défaut de navigabilité du Mékong.

Art. 9. — Dès à présent il est convenu que les deux gouvernements faciliteront l'établissement d'une voie ferrée reliant Pnom-Penh à Battambang. La construction et l'exploitation seront faites soit par les gouvernements eux-mêmes, chacun d'eux se chargeant de la partie qui est sur son territoire, soit par une compagnie franco-siamoise agréée par les deux gouvernements. || Les deux gouvernements sont d'accord sur la nécessité de faire des travaux pour améliorer le cours de la rivière de Battambang entre le Grand-Lac et cette ville. A cet effet, le Gouvernement français est prêt à mettre à la disposition du gouvernement siamois les agents techniques dont celui-ci pourrait avoir besoin tant en vue de l'exécution que de l'entretien desdits travaux.

Art. 10. — Le gouvernement de Sa Majesté Siamoise accepte les listes des protégés français telles qu'elles existent actuellement, à l'exception des individus dont il serait reconnu, de part et d'autre, que l'inscription a été indûment obtenue. Copie de ces listes sera communiquée aux autorités siamoises par les autorités françaises. || Les descendants des protégés ainsi maintenus sous la juridiction française n'auront plus le droit de réclamer leur inscription, s'ils ne rentrent pas dans la catégorie des personnes visées à l'article suivant de la présente convention.

Art. 11. — Les personnes d'origine asiatique nées sur un territoire soumis à la domination directe ou placé sous le protectorat de la France, sauf celles qui ont fixé leur résidence au Siam avant l'époque où le territoire dont elles sont originaires a été placé sous cette domination ou sous ce protectorat, auront droit à la protection française. || La protection française sera accordée aux enfants de ces personnes, mais ne s'étendra pas à leurs petits-enfants.

Art. 12. — En ce qui concerne la juridiction à laquelle seront désormais soumis, sans aucune exception, tous les Français et protégés français au Siam, les deux gouvernements conviennent de substituer aux dispositions existantes les dispositions suivantes: || 1° En matière pénale, les Français ou protégés français ne seront justiciables que de l'autorité judiciaire française; || 2° En matière civile, tout procès intenté par un

Siamois contre un Français ou protégé français sera porté devant le tribunal consulaire français. || Tout procès, dans lequel le défendeur sera Siamois, sera porté devant la cour siamoise des causes étrangères instituée à Bangkok. || Par exception, dans les provinces de Xieng-Maï, Lakhon, Lampoun et Nan, tous les procès civils et criminels intéressant les ressortissants français seront portés devant la cour internationale siamoise. || Mais il est entendu que, dans tous ces procès, le consul de France aura le droit d'assister aux audiences ou de s'y faire représenter par un délégué dûment autorisé et de formuler toutes observations qui lui sembleront convenables dans l'intérêt de la justice. || Au cas où le défendeur serait Français ou protégé français, le consul de France pourra, à tout moment au cours de la procédure, s'il le juge opportun et moyennant une réquisition écrite, évoquer l'affaire en cause. || Celle-ci sera alors transférée au tribunal consulaire français, qui sera, à partir de ce moment, seul compétent et auquel les autorités siamoises seront tenues de prêter le concours de leurs bons offices. || Les appels des jugements rendus tant par la cour des causes étrangères que par la cour internationale, pour les quatre provinces susmentionnées, seront portés devant la cour d'appel de Bangkok.

Art. 13. — En ce qui concerne, pour l'avenir, l'admission à la protection française des Asiatiques qui ne sont pas nés sur un territoire soumis à l'autorité directe ou au protectorat de la France, ou qui ne se trouvent pas légalement naturalisés, le gouvernement de la République jouira de droits égaux à ceux que le Siam accorderait à toute autre puissance.

Art. 14. — Les dispositions des anciens traités, accords et conventions entre la France et le Siam, non modifiées par la présente convention, restent en pleine vigueur.

Art. 15. — En cas de difficultés d'interprétation de la présente convention, rédigée en français et en siamois, le texte français fera seul foi.

Art. 16. — La présente convention sera ratifiée dans un délai de quatre mois à partir du jour de la signature, ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Paris, en double exemplaire, le 13 février 1904.

(L. S.) Signé: Delcassé.
(L. S.) Signé: Phya Suriya.

En exécution de l'article 3, paragraphe 2, de la convention du 13 février 1904, et désirant compléter et rectifier les articles 1er et 2 de ladite convention, le Gouvernement de la République française et le gouvernement de S. M. le roi de Siam sont convenus de ce qui suit:

I. *Kratt.* — La frontière, à partir du Grand-Lac, continuera le tronçon de la délimitation tracée en 1867, en suivant le fleuve Prec-Konpong-Prak jusqu'à sa source. De ce point, elle longera dans la direction de l'Ouest la ligne de faîtes qui sépare le bassin des affluents du Grand-Lac, vers la pointe septentrionale de celui-ci, du bassin du Stung-Krevanh ou rivière de Pursat jusqu'aux montagnes où cette dernière rivière prend sa source. Elle se dirigera ensuite vers la source de la rivière Barain ou Huay-Reng dont elle longera le cours jusqu'à son confluent avec le fleuve Tungyai, qui se jette dans l'estuaire de Kratt. Puis, elle suivra ledit fleuve jusqu'à son confluent avec la rivière Klong-Dja. Ce confluent se trouve environ à mi-chemin entre le confluent de la rivière Barain avec le fleuve Tungyai et l'embouchure de ce dernier. La frontière suivra ensuite le Klong-Dja jusqu'à sa source qu'on suppose être située sur la montagne appellée Kaomai-See. De ce point, elle suivra la chaîne de montagnes jusqu'à la montagne Kao-Knun et de ce point, la chaîne de montagnes jusqu'à la mer à l'extrémité du cap Lem-Ling. || Ce tracé établit une frontière naturelle d'après laquelle le port de Kratt et les territoires situés au Sud sont attribués à l'Indo-Chine française. || En conséquence, les îles situées à proximité de la côte à partir dudit cap Lem-Ling (telles que Koh-Chang et les suivantes), de même que les territoires au sud de la frontière ainsi déterminée appartiendront à l'Indo-Chine française; il restera bien entendu, en outre, que la délimitation susindiquée devra laisser à celle-ci les territoires qu'elle occuperait actuellement au nord de ladite ligne. || Dix jours après qu'il sera officiellement notifié aux autorités françaises que les territoires dont il s'agit, comme tous ceux auxquels ont trait la convention franco-siamoise du 13 février 1905 et le présent accord, se trouvent à leur disposition, les troupes françaises quitteront Chantaboun en exécution de l'article 5 de la convention susvisée.

II. *Luang-Prabang.* — En ce qui concerne la frontière du Luang-Prabang décrite à l'article 2 de la convention du 13 février, les deux puissances signataires ont adopté d'un commun accord les modifications suivantes: || A) Frontière du Sud. — La frontière partira du confluent du Mékong et du Nam-Huong et, au lieu de suivre le Nam-Tang, elle suivra le thalweg du Nam-Huong, appelé dans sa partie supérieure Nam-Man jusqu'à la ligne de partage des eaux entre les bassins du

Mékong et de la Ménam, au point où est située la source du Nam-Man. || De là, et suivant cette ligne, elle remontera vers le Nord, conformément à la convention du 13 février 1904. || B) Frontière du Nord. — Au lieu de suivre le cours du Nam-Kop, la frontière contournera les sources de ce fleuve pour suivre la première crête des montagnes sur la rive gauche du Nam-Kop.

En foi de quoi, les soussignés M. Th. Delcassé, député, ministre des affaires étrangères de la République française, et Phya Suriya, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de S. M. le roi de Siam près le Président de la République française, dûment autorisés à cet effet, ont dressé le présent protocole qu'ils ont revêtu de leurs cachets.

Fait à Paris, en double exemplaire, le 29 juin 1904.

(L. S.) Signé: Delcassé.
(L. S.) Signé: Phya Suriya.

Nr. 13790. VERTRAGSSTAATEN. Abkommen über die Lazarettschiffe.

Haag, 21. Dez. 1904.

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse; Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême etc., etc. et Roi Apostolique de Hongrie; Sa Majesté le Roi des Belges; Sa Majesté l'Empereur de Chine; Sa Majesté l'Empereur de Corée; Sa Majesté le Roi de Danemark; Sa Majesté le Roi d'Espagne; le Président des Etats-Unis d'Amérique; le Président des Etats-Unis Mexicains; le Président de la République Française; Sa Majesté le Roi des Hellènes; Sa Majesté le Roi d'Italie; Sa Majesté l'Empereur du Japon; Son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg, Duc de Nassau; Son Altesse le Prince de Monténégro; Sa Majesté la Reine des Pays-Bas; le Président de la République Péruvienne; Sa Majesté Impériale le Schah de Perse; Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves, etc.; Sa Majesté le Roi de Roumanie; Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies; Sa Majesté le Roi de Serbie; Sa Majesté le Roi de Siam et le Conseil Fédéral Suisse.

Considérant que la Convention, conclue à La Haye le 29 juillet 1899 pour l'adaptation à la guerre maritime des principes de la Convention de Genève du 22 août 1864, a consacré le principe de l'intervention de la Croix Rouge dans les guerres navales par des dispositions en faveur des bâtiments hospitaliers; || Désirant conclure une convention à l'effet de faciliter par des dispositions nouvelles la mission des dits bâtiments; || Ont nommé comme Plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse: M. de Schlözer, Son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à La Haye; || Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême etc., etc. et Roi Apostolique de Hongrie: M. Alexandre Okolicsanyi d'Okolicsna, Son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à La Haye; || Sa Majesté le Roi des Belges: M. le Baron Guillaume, Son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à La Haye; || Sa Majesté l'Empereur de Chine: Hoo Wei-Teh, Son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à St. Pétersbourg; || Sa Majesté l'Empereur de Corée: Young Chan Min, Son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à Paris; || Sa Majesté le Roi de Danemark: M. W. de Grevenkop Castenskiold, chargé d'affaires du Royaume à La Haye; || Sa Majesté le Roi d'Espagne: M. Arthur de Baguer, Son envoyé extraordinaire et mininistre plénipotentiaire à La Haye; || Le Président des Etats-Unis d'Amérique: M. John W. Garrett, charché d'affaires intérimaire de la République à La Haye; || Le Président des Etats-Unis Mexicains: M. Zenil, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de la République à Vienne; || Le Président de la République Française: M. de Monbel, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de la République à La Haye; || Sa Majesté le Roi des Hellènes: M. D. G. Métaxas, Son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à La Haye; || Sa Majesté le Roi d'Italie: M. Tugini, Son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à La Haye; || Sa Majesté l'Empereur du Japon: M. Nobukata Mitsuhashi, Son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentaire à La Haye; || Son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg, Duc de Nassau: M. le Comte H. de Villers, chargé d'affaires du Grand Duché à Berlin; || Son Altesse le Prince de Monténégro: M. N. Tcharykow, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies à la Haye; || Sa Majesté la Reine des Pays-Bas: M. le Baron Melvil, de Lynden, Son ministre des affaires étrangères, et M. T. M. C. Asser, Son ministre d'état; || Le Président de la République Péruvienne; M. C. G. Candamo, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de la République à Paris et à Londres; || Sa Majesté Impériale le Schah de Perse: Mirza Samad Khan, momtazos saltaneh, Son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à La Haye; || Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves, etc.: M. le comte de Selir, Son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à La Haye; || Sa Majesté le Roi de Roumanie: M. Jean N. Papiniu, Son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à La Haye; || Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies: M. Martens, Son conseiller privé, membre permanent du conseil

du ministère Impérial des affaires étrangères; || Sa Majesté le Roi de Serbie: M. M. Vesnitch, Son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à Paris; || Sa Majesté le Roi de Siam: Phya Raja Nupraphandh, Son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à La Haye; || Le Conseil Fédéral Suisse: M. G. Carlin, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de la Confédération à La Haye; || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Article premier.

Les bâtiments hospitaliers, à l'égard desquels se trouvent remplies les conditions prescrites dans les articles 1, 2 et 3 de la Convention, conclue à La Haye le 29 juillet 1899 pour l'adaptation à la guerre maritime des principes de la Convention de Genève du 22 août 1864, seront exemptés, en temps de guerre, dans les ports des Parties contractantes de tous droits et taxes, imposés aux navires au profit de l'Etat.

Article 2.

La disposition de l'article précédent n'empêche pas l'application, au moyen de la visite et d'autres formalités, des lois fiscales ou autres lois en vigueur dans ces ports.

Article 3.

La règle contenue dans l'article premier n'est obligatoire que pour les Puissances contractantes, en cas de guerre entre deux ou plusieurs d'entre elles. || La dite règle cessera d'être obligatoire du moment où, dans une guerre entre des Puissances contractantes, une Puissance non contractante se joindrait à l'un des belligérants.

Article 4.

La présente Convention qui, portant la date de ce jour, pourra être signée jusqu'au premier octobre 1905 par les Puissances qui en auraient manifesté le désir, sera ratifiée dans le plus bref délai possible. || Les ratifications seront déposées à La Haye. Il sera dressé du dépôt des ratifications un procès-verbal, dont une copie, certifiée conforme, sera remise après chaque dépôt par la voie diplomatique à toutes les Puissances contractantes.

Article 5.

Les Puissances non signataires sont admises à adhérer à la présente Convention après le premier octobre 1905. || Elles auront, à cet effet, à faire connaître leur adhésion aux Puissances contractantes, au moyen

d'une notification écrite, adressée au Gouvernement des Pays-Bas et communiquée par celui-ci à toutes les autres Puissances contractantes.

Article 6.

S'il arrivait qu'une des Hautes Parties contractantes dénonçât la présente Convention, cette dénonciation ne produirait ses effets qu'un an après la notification faite par écrit au Gouvernement des Pays-Bas et communiquée immédiatement par Celui-ci à toutes les autres Puissances contractantes. Cette dénonciation ne produira ses effets qu'à l'égard de la Puissance qui l'aura notifiée. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont signé la présente Convention et l'ont revêtue de leurs cachets. || Fait à La Haye le vingt et un décembre mil neuf cent quatre, en un seul exemplaire, qui restera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas et dont des copies, certifiées conformes, seront remises par la voie diplomatique aux Puissances contractantes.

Unterschriften:

(l. s.) von Schlözer. { Sous réserve de la déclaration faite dans la séance de la Conférence du 21 décembre 1904.

(l. s.) J. N. Papinin. { Sous réserve de la réciprocité et des taxes de pilotage.

(Die übrigen ohne Vorbehalt.)

Nr. 13791. RUSZLAND und PERSIEN. Postvertrag.

Petersburg, 3. Januar 1905.

Le Directeur Général des Postes et des Télégraphes de l'Empire de Russie et le Gérant Intérimaire de l'Administration des Postes de Perse sont convenus de l'Arrangement ci-après, relatif à l'échange des colis-postaux entre la Russie et la Perse, Arrangement dont la teneur est mot pour mot comme suit: || L'Administration des Postes de Russie représentée par le Conseiller Privé Sévastianoff, Directeur Général des Postes et des Télégraphes de l'Empire de Russie, et l'Administration des Postes de Perse représentée par son Gérant Intérimaire le Sieur Fernand Lavers, Secrétaire Général du Ministère des Douanes et des Postes de l'Empire Persan, || considérant que l'article 17 de la Convention de Washington relative aux colis-postaux confirme le droit des parties contractantes de maintenir et de conclure des conventions spéciales, ainsi que de maintenir et d'établir des unions plus restreintes, en vue de l'amélioration du service des colis-postaux, || sont convenues de l'Arrangement ci-après:

Article premier.

Sur les expéditeurs des colis-postaux échangés entre la Russie et les bureaux persans admis à ce trafic et directement par les frontières russo-persanes il sera perçu au total comme taxe au poids et comme surtaxe: || a) au profit de la Russie: || 1. dans l'échange de la Russie d'Europe et du Caucase 1 franc par colis; || 2. dans l'échange de la Transcaspie 0,75 franc par colis. || b) au profit de la Perse: || dans l'échange avec la Russie d'Europe, le Caucase et la Transcaspie 0,50 franc par colis.

Article deuxième.

Aucune taxe ni aucun droit supplémentaire ne seront perçus sur les expéditeurs des colis susmentionnés du chef du transport de ces colis par la mer Caspienne.

Article troisième.

Les taxes d'assurance et de remboursement, de même que toutes les autres conditions de l'échange, restent fixées conformément aux stipulations de la Convention de Washington relative aux colis postaux.

Article quatrième.

Le présent Arrangement qui sera mis en exécution le 19 mars/1 avril 1905, sera ratifié par un échange de Déclarations Ministérielles aussitôt que faire se pourra. || Il restera en vigueur jusqu'à l'expiration d'un délai de trois mois après la date à laquelle l'une des parties contractantes aura notifié à l'autre son intention d'en faire cesser les effets. || Fait en double original et signé à Saint-Pétersbourg le 21 décembre 1904/3 janvier 1905 et à Téhéran le 18/5 février 1905. Le Directeur Général des Postes et des Télégraphes de l'Empire de Russie (signé) Sévastianoff. Le Secrétaire Général du Ministère des Douanes et des Postes de l'Empire de Perse (signé) F. Lavers. Pour approbation: le Ministre des Douanes et des Postes de l'Empire de Perse (signé) Naus.

Nr. 13792. VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA und RUSZLAND.

Abkommen über die Handelsgesellschaften.

Petersburg, 12./25. Juni 1905.

Arrangement.

Le Gouvernement Impérial de Russie et le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique ayant jugé utile de régler réciproquement la situation des sociétés par actions (anonymes) et autres associations commerciales,

industrielles ou financières, les soussignés, en vertu de l'autorisation qui leur a été conférée, sont convenus de ce qui suit: || 1. — Les sociétés par actions (anonymes) et autres associations commerciales, industrielles ou financières domiciliées dans l'un des deux pays et à condition qu'elles y aient été validement constituées conformément aux lois en vigueur, seront reconnues comme ayant l'existence légale dans l'autre pays et elles y auront notamment le droit d'ester en justice devant les tribunaux, soit pour intenter une action, soit pour s'y défendre.

2. — En tout cas les dites sociétés et associations jouiront dans l'autre pays des mêmes droits qui sont ou seront accordés à des sociétés similaires de tout autre pays.

3. — Il est entendu que la stipulation qui précède ne concerne point la question de savoir si une pareille société constituée dans l'un des deux pays sera admise ou non dans l'autre pays pour y exercer son commerce ou son industrie, cette admission restant toujours soumise aux prescriptions qui existent à cet égard dans ce dernier pays.

Le présent arrangement entrera en vigueur le 12/25 Juin 1904 et il ne cessera ses effets qu'un an après la dénonciation qui en serait faite de part ou d'autre.

Fait en double à St. Pétersbourg, le 12/25 Juin 1904.

(Signé) Comte Lamsdorff. (L. S.)

(Signé) Robert Mc. Cormick. (L. S.)

Nr. 13793. TÜRKEI und SERBIEN. Handelsvertrag.

Konstantinopel, 15./28. Mai 1906.

Sa Majesté le Roi de Serbie et Sa Majesté Impériale le Sultan, Empereur des Ottomans, désireux d'établir, par un traité spécial, sur de nouvelles bases, les relations de commerce entre Leurs Etats respectifs, ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté le Roi de Serbie, || le Sieur Georges S. Simitch, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire, près Sa Majesté Impériale le Sultan, décoré des Grands Cordons de Takovo, de St. Sava et de l'Osmanié etc., etc., etc., et || Sa Majesté Impériale le Sultan, Empereur des Ottomans, || Tevfik Pacha, Son Ministre des Affaires Etrangères, décoré du Grand Cordon de l'Imtiaz en brillants, de l'Ordre de l'Jftihar en brillants et des Grands Cordons de l'Osmanié et du Medjidié en brillants et de l'Aigle Blanc de Serbie, etc., etc., etc. || Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article 1er.

Il y aura pleine et entière liberté de commerce entre le Royaume de Serbie et l'Empire Ottoman. || Les sujets de l'une des Hautes Parties pourront, conformément aux lois et règlements locaux, voyager et s'établir librement sur le territoire de l'autre Partie. || Les sujets de l'une des Hautes Parties, qui sont établis ou résident provisoirement sur le territoire de l'autre, jouiront — dans l'exercice de leur commerce, profession, métier ou industrie, — des mêmes droits que les nationaux et ne seront soumis à des charges, impôts ou taxes autres ou plus élevés que ceux qui frappent les nationaux.

Article 2.

Les produits d'origine ou de manufacture serbe qui sont importés en Turquie et les produits d' origine ou de manufacture ottomane qui sont importés en Serbie, seront respectivement soumis — en ce qui concerne les droits d'importation, d'exportation, de transit, la réexportation, le transbordement, le courtage, l'entrepôt, les droits intérieurs, les formalités douanières, le transport et toute manipulation sur chemin-de-fer — au même traitement que les produits de la nation la plus favorisée. || Sous aucun prétexte et dans aucun cas, ils ne seront assujettis à des droits de douane, taxes, impôts, droits additionnels de douane autres ou plus élevés que ceux qui grèveront les produits provenant de tout autre pays, ni soumis à la défense d'importation, d'exportation et de transit, si ces mesures ne sont pas également appliquées aux produits similaires des autres pays. || En conséquence, toute concession ou privilège, toute diminution des droits de douane dans le tarif autonome ou dans les tarifs conventionnels des Pays respectifs ainsi que toute diminution des doits internes et des taxes que l'une des Parties Contractantes aurait accordées à un Etat tiers d'une manière permanente ou provisoire, seront appliquées, immédiatement et sans aucune exception, aux produits d'origine ou de manufacture de l'autre Partie.

Article 3.

Les dispositions de l'Article précédent ne s'appliquent point: || a) aux concessions stipulées avec d'autres Etats limitrophes pour faciliter le trafic-frontière, c'est-à-dire aux concessions accordées pour la zone frontière, laquelle ne peut s'étendre au delà de 15 kilomètres de la frontière; || b) aux concessions que l'une des Parties Contractantes accorde à un autre Etat par une Convention d'union douaniere; || c) au tabac produit dans l'Empire Ottoman qui — lors de son exportation en Serbie — sera assujetti à un droit d'exportation de quatre (4) Piastres par ocque, soit Piastres trois-cent douze et demie (312 1/2) par cent kilogrammes.

Article 4.

Les produits d'origine ou de manufacture ottomane énumérés dans le Tarif ci-annexé, seront soumis aux droits y inscrits à leur importation en Serbie; ils bénéficieront, en outre, des droits plus réduits qui seraient appliqués à l'égard des produits similaires d'un autre Etat.

Article 5.

Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à n'entraver le commerce réciproque par aucune prohibition d'importation ou de transit. || Elles ne pourront faire exception à cette règle que: || 1° pour les besoins militaires dans des circonstances exceptionnelles; || 2° par égard à la sûreté publique; || 3° par égard à la police sanitaire et vétérinaire, à la santé publique, à la protection des animaux et des plantes utiles contre des maladies ou infections; || 4° par égard aux monopoles d'Etat actuellement en vigueur ou qui pourraient être établis à l'avenir.

Article 6.

L'importation et le transit de la poudre, de la dynamite et d'autres matières explosibles analogues — ainsi que de tout produit chimique servant à la fabrication des matières explosibles — des canons, des armes de guerre, de leurs accessoires et des munitions militaires dans les Etats respectifs, sont formellement prohibés. || Le commerce des armes et munitions reste, dans les pays respectifs, sous la surveillance immédiate et spéciale du gouvernement territorial.

Article 7.

Les droits intérieurs auxquels sont ou seront soumises la production, la fabrication ou la consommation de n'importe quel produit sur le territoire de l'une des Hautes Parties Contractantes, ne pourront, sous aucun prétexte, être perçus sur les produits de l'autre Partie à un taux plus élevé ni d'une manière plus onéreuse qu'ils ne le sont pour les produits similaires nationaux ou ceux de la nation la plus favorisée.

Article 8.

Les négociants, les fabricants et les industriels, sujets des deux Hautes Parties Contractantes, qui pourront prouver par une carte de légitimation dans la forme du modèle annexé au présent Traité, qu'ils acquittent, dans le pays où ils résident, les droits et impôts nécessaires pour l'exercice de leur industrie, ne seront soumis, à ce titre, à aucun droit ou impôt ultérieur dans l'autre pays, lorsqu'ils voyagent ou font voyager leurs commis ou agents avec ou sans échantillons, dans l'intérêt

exclusif du commerce et de l'industrie qu'ils exercent et à l'effet de faire des achats ou de recevoir des commissions. || Les dispositions cidessus ne sont pas applicables: || 1° Aux personnes qui se livrent à la recherche de commandes chez des personnes n'exerçant ni commerce ni industrie. Toutefois, les commis-voyageurs de l'une des Parties Contractantes ne seront pas traités sous ce rapport sur le territoire de l'autre moins favorablement que les nationaux; || 2° Aux courtiers, au colportage, au commerce et aux professions exercés exclusivement en ambulant. || Les sujets de l'une des Parties Contractantes qui exercent le métier d'expéditeur (émanetdji) ou de charretier entre divers points des territoires respectifs ne pourront par rapport à l'exercice de ce métier être taxés que dans le pays de leur résidence. || Les sujets de l'une des Parties Contractantes se rendant aux foires ou marchés sur le territoire de l'autre Partie pour les besoins de leur commerce ou pour y débiter leurs produits, y seront réciproquement traités comme les nationaux.

Article 9.

Les sociétés par actions (anonymes) et autres associations commerciales, industrielles ou financières, domiciliées dans l'un des deux pays, et à condition qu'elles y aient été validement constituées conformément aux lois en vigueur, seront reconnues comme ayant l'existence légale dans l'autre pays, et elles y auront notamment le droit d'ester en justice devant les tribunaux, soit pour intenter une action, soit pour y défendre. || Il est entendu qu'en ce qui concerne l'admission de ces Sociétés dans l'autre pays à l'exercice de leur commerce ou de leur industrie, elles devront se conformer aux prescriptions qui existent à cet égard dans ce dernier pays.

Article 10.

Sans préjudice des arrangements spéciaux sur le traitement douanier du trafic par chemin-de-fer, il est convenu que les marchandises qui sont soumises sur le territoire de l'une des Hautes Parties Contractantes au traitement de l'acquit-à-caution et qui, pour cette même raison ou pour une autre, y ont été déjà mises sous scellés, ne seront point déballées sur le territoire de l'autre Partie, et les scellés et plombs trouvés intacts ne seront pas remplacés, pourvu que l'on ait satisfait aux exigences du contrôle. || En général, les formalités du service douanier seront réglées d'après des principes identiques et seront simplifiées autant que possible; il sera pourvu à une expédition régulière et prompte dans les heures de service qui seront fixées en nombre suffisant.

Article 11.

Les deux Hautes Parties Contractantes s'engagent à coopérer, par des moyens appropriés, pour empêcher et punir la contrebande dirigée contre leurs territoires; à accorder, à cet effet, toute assistance légale aux employés de l'autre Partie Contractante chargés de la surveillance; à les aider et à leur faire parvenir — par les employés de finances et de police, ainsi que par les autorités locales en général — toutes les informations dont ils auront besoin pour l'exercice de leurs fonctions.

Article 12.

En attendant qu'une convention spéciale intervienne entre les deux Gouvernements, les sujets serbes en Turquie et les sujets ottomans en Serbie jouiront, — en ce qui concerne les marques de fabrique et de commerce, les dessins industriels et les modèles, — de la même protection que les nationaux. || Les sujets de l'une des Parties Contractantes qui désirent jouir de la protection de leurs marques, de leurs dessins et de leurs modèles, dans les territoires de l'autre Partie, devront effectuer le dépôt de ces marques, dessins et modèles, conformément aux prescriptions légales respectives, savoir, actuellement, en Serbie, au Tribunal de commerce de Belgrade, et, en Turquie aux Ministères Impériaux du Commerce et de la Justice, à Constantinople, et au Conseil Administratif du Vilayet et au Greffe de la Cour d'Appel, en Province.

Article 13.

Le présent Traité entrera en vigueur dès l'échange des ratifications et restera exécutoire pendant cinq ans.

Cependant, après une période de trois ans à compter de la date de l'échange des ratifications, chacune des Hautes Parties Contractantes aura toujours le droit de le dénoncer. Dans ce cas, le Traité produira ses effets encore douze mois à partir du jour où la dénonciation aura été notifiée à l'autre Partie. Dans le cas où ce délai de cinq ans sera échu sans que l'une des Hautes Parties Contractantes ait notifié douze mois à l'avance son intention de faire cesser les effets du présent Traité, celui-ci demeurera exécutoire jusqu'à l'expiration d'un an à partir du jour où l'une ou l'autre des Hautes Parties Contractantes l'aura dénoncé.

Article 14.

Le présent Traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Constantinople le plus tôt possible.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent

Traité et l'ont revêtu de leurs cachets. || Fait à Constantinople en double original, le 15/28 Mai 1906.

(L. S.) G. S. Simitch. (L. S.) Tevfik.

Protocole final.

Au moment de procéder à la signature du Traité de Commerce conclu à la date de ce jour entre le Royaume de Serbie et l'Empire Ottoman, les Plénipotentiaires soussignés ont fait les réserves et déclarations suivantes qui auront à former partie intégrante du Traité même: || 1. Il demeure entendu qu'en ce qui concerne l'application de l'Article 1-er, § 3 du présent Traité, les sujets serbes faisant partie des corporations (Esnafs) établies en Turquie, ne pourront, en aucun cas, occuper l'emploi de chef de corporation (Kéhya) ni de membre du Conseil des Prud'hommes (Londja). || 2. Les marchandises d'origine ottomane non produites en Serbie ne seront assujetties qu'aux droits de consommation perçus pour le compte de l'Etat ou de la commune, dont elles sont grevées au moment de la conclusion du présent Traité. Le taux des dits droits ne pourra être augmenté et, s'il est réduit ou supprimé, il ne pourra être remajoré ou rétabli. || 3. Comme les nouveaux tarifs douaniers serbes, ainsi que le tarif spécial, annexé au présent Traité, comprennent l'impôt de l'obrt, prélevé jusqu'ici en même temps que les droits de douane, le dit impôt ne sera plus perçu à l'avenir en Serbie sur les marchandises de provenance ottomane. || 4. En matière de taxes intérieures (trocharina ou autres), il demeure entendu que toute diminution et exemption et tout régime favorable accordés sous ce rapport par la Serbie à un titre quelconque, à une tierce Puissance, seront, immédiatement et sans condition ou compensation, acquis à l'Empire Ottoman qui en aura de droit la jouissance.

G. S. Simitch m. p. Tevfik m. p.

Protocole.

Le Gouvernement Royal de Serbie se rendant volontiers au désir exprimé par le Gouvernement Impérial de Turquie de fixer supplémentairement le droit sur le paprika moulu et le joindre au tarif du traité de commerce conclu entre la Serbie et la Turquie le 15|28 Mai 1906. — entre les deux Gouvernements est convenu là — dessus ce qui suit:

1.

Paprika moulu, qui entre dans le numéro 9 § 4 du tarif général Serbe, acquittera à l'entrée en Serbie le droit de douane de 20 francs par 100 kilogrammes.

2.

Ce protocole fait partie intégrante du traité de commerce, qui est conclu entre la Serbie et la Turquie et signé le 15/28 Mai 1906. — à Constantinople, et restera en vigueur comme le traité même.

3.

En raison de ce que le traité de commerce dont ce protocole fait partie intégrante et provisoirement mis en vigueur le 1 septembre v. s. avant l'échange des ratifications, il est convenu, que ce protocole entrera en vigueur le jour où la ratification du traité sera faite.

4.

En foi de quoi les Soussignés ont signé ce protocole et l'ont revêtu de leurs cachets.

Fait à Belgrade en double original le 17/30 octobre 1906.

(L. S.) Nik. P. Pachitch m. p. (L. S.) Féthy m. p.

Nr. 13794. **BELGIEN** und **RUMÄNIEN.** Handelsvertrag.

Bukarest, $\frac{\text{23. Mai}}{\text{5. Juni}}$ 1906.

Convention.

Sa Majesté le Roi des Belges et Sa Majesté le Roi de Roumanie, animés du désir de développer les relations commerciales entre Leurs deux Etats, ont résolu de remplacer, par de nouvelles dispositions conventionnelles, la Convention de commerce conclu le 10/22 janvier 1894 entre la Belgique et la Roumanie, et ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté le Roi des Belges, || Monsieur le Baron Beyens, Officier de l'Ordre de Léopold, etc., etc., Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté le Roi de Roumanie, et || Sa Majesté le Roi de Roumanie, || Monsieur Georges Gr. Cantacuzène, Grand Croix de Son Ordre «Charles Premier» avec collier, Grand Croix des Ordres de l'Etoile de Roumanie et de la Couronne de Roumanie, etc., etc., Son Président du Conseil des Ministres et Ministre Secrétaire d'Etat au Département des Affaires Etrangères par intérim, || Lesquels, après s'être communiqués leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article 1er.

Les ressortissants, les navires et les marchandises, produits du sol et de l'industrie de chacune des Hautes Parties contractantes, jouiront, dans les territoires de l'autre, des privilèges, immunités ou avantages quelconques accordés à la nation la plus favorisée. || Il est entendu, toutefois, que la stipulation qui précède ne déroge en rien aux lois, ordonnances et règlements spéciaux en matière de commerce, d'industrie, de police et de sûreté générale en vigueur dans chacun des deux pays et applicables à tous les étrangers en général.

Article 2.

Tous les produits du sol ou de l'industrie de la Belgique qui seront importés en Roumanie et tous les produits du sol ou de l'industrie de la Roumanie qui seront importés en Belgique, destinés soit à la consommation, soit à l'entreposage, soit à la réexportation, soit au transit, seront soumis, pendant la durée de la présente Convention, au traitement accordé à la nation la plus favorisée et, nommément, ne seront passibles de droits ni plus élevés ni autres que ceux qui frappent les produits ou les marchandises de la nation la plus favorisée. || A l'exportation en Belgique, il ne sera pas perçu en Roumanie, et à l'exportation en Roumanie, il ne sera pas perçu en Belgique, des droits de sortie autres ou plus élevés qu'à l'exportation des mêmes objets dans le pays le plus favorisé à cet égard. || Chacune des Hautes Parties contractantes s'engage donc à faire profiter l'autre, immédiatement, de toute faveur, de tout privilège ou abaissement de droits qu'elle a déjà accordés ou pourrait accorder par la suite, sous les rapports mentionnés, à une tierce Puissance. || Les marchandises de toute nature, provenant du territoire de l'une des Hautes Parties contractantes, ou y allant, seront exemptes, dans le territoire de l'autre, de tout droit de transit. Le traitement de la nation la plus favorisée est réciproquement garanti à chacune des Parties contractantes pour tout ce qui concerne le transit.

Article 3.

Les produits belges énumérés dans le tarif annexé à la présente Convention ne seront pas soumis, à leur entrée en Roumanie, à des droits plus élevés que ceux qui sont prévus dans ledit tarif.

Article 4.

Il est entendu que la clause du traitement de la nation la plus favorisée stipulée par la présente Convention ne fait pas obstacle aux avantages qui résulteraient d'une union douanière conclue ou à conclure par l'une ou l'autre des Hautes Parties contractantes et qu'elle n'exclut

pas, non plus, la perception de droits supplémentaires en compensation de primes d'exportation ou de production.

Article 5.

Les ressortissants de chacune des Hautes Parties contractantes seront exempts, sur le territoire de l'autre, de tout service militaire, aussi bien dans l'armée régulière et la marine, que dans la milice et la garde civique.

Ils ne seront astreints, en temps de paix et en temps de guerre, qu'aux prestations et aux réquisitions militaires imposées aux nationaux, et ils auront, réciproquement, droit aux indemnités établies en faveur des nationaux par les lois en vigueur dans leurs Pays respectifs.

Article 6.

La présente Convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Bucarest, aussitôt que faire se pourra. || Elle entrera en vigueur le dixième jour après l'échange des ratifications, en remplacement de la Convention du 10/22 janvier 1894.

La présente Convention restera obligatoire pendant quatre années à partir du jour de son entrée en vigueur. Dans le cas où aucune des Hautes Parties contractantes n'aurait notifié, douze mois avant l'expiration de ladite période de quatre années, son intention d'en faire cesser les effets, la Convention demeurera obligatoire jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où l'une ou l'autre des Hautes Parties contractantes l'aura dénoncée.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait en double original à Bucarest, le 5 juin/23 mai 1906.

(L. S.) Bon Beyens. (L. S.) G. Gr. Cantacuzène.

Nr. 13795. ITALIEN und RUMÄNIEN. Handelsvertrag.

Bukarest, 5. Dezb. 1906.

Sa Majesté le Roi d'Italie et Sa Majesté le Roi de Roumanie, animés du désir de resserrer de plus en plus les relations commerciales et maritimes entre leurs Etats, ont résolu de conclure un traité de commerce, de douane et de navigation et ont nommé à cet effet pour leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté le Roi d'Italie: || Monsieur

Emanuele Beccaria des marquis d'Incisa, Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté le Roi de Roumanie; || Monsieur Ludovico Luciolli, Directeur chef de division au Ministère des finances || et Monsieur Ernesto Koch, Chef de section au Ministère des affaires étrangères; || Sa Majesté le Roi de Roumanie: || Monsieur Jacques Lahovary, général de division, Son Ministre Secrétaire d'Etat au Département des affaires étrangères; || lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1er

Il y aura pleine liberté de commerce et de navigation entre les deux Etats; les ressortissants de l'une des Parties contractantes ne seront pas soumis, à raison de leur commerce et de leur industrie, dans les ports, villes et autres lieux quelconques de l'autre Partie contractante, soit qu'ils y établissent, soit quils y résident temporairement, à des droits, impôts, taxes ou patentes, sous quelque dénomination que ce soit, autres ni plus élevés que ceux qui sont ou seront perçus sur les nationaux et sur les ressortissants de la nation la plus favorisée, et les droits, privilèges, exemptions, immunités et autres faveurs quelconques dont jouiraient, en matière de commerce ou d'industie, les ressortissants de l'une des Parties contractantes ou de la nation la plus favorisée seront communs à ceux de l'autre. || Il est entendu toutefois que la stipulation qui précède ne déroge en rien aux lois, ordonnances et règlements spéciaux en matière de police et de sûreté publique ou d'encouragement de l'industrie nationale, en vigueur dans chacun des deux Etats et applicables à tous les étrangers, ni à la réserve en faveur des nationaux quant à l'exercice de certains métiers ou professions, selon les lois des deux pays.

Art. 2.

Pour ce qui concerne le droit d'acquérir, de posséder ou d'aliéner toute espèce de propriété mobilière ou immobilière, les italiens en Roumanie et les roumains en Italie jouiront des droits des sujets de l'Etat le plus favorisé, sans être assujettis à des taxes, impôts ou charges sous quelque dénomination que ce soit autres ou plus élevés que ceux qui sont ou seront établis sur les nationaux. || Ils pourront, de même, exporter librement le produit de la vente de leur propriété et leur biens en général, sans être tenus à payer des droits autres ou plus élevés que ceux que les nationaux auraient à acquitter en pareille circonstance.

Art. 3.

Les ressortissants de chacune des deux Parties contractantes seront exempts, sur le territoire de l'autre, de tout service militaire, soit dans les armées de terre et de mer, soit dans les gardes ou milices nationales. || Ils seront également dispensés de toute fonction officielle obligatoire, judiciaire, administrative ou municipale, de toute réquisition ou prestation militaire, ainsi que des emprunts forcés et autres charges qui seraient imposés pour les besoins de la guerre ou par suite d'autres circonstances exceptionnelles. Seront toutefois exceptées les charges qui sont connexes à la possession ou à la location d'un bien-fonds, aussi bien que les prestations et les requisitions militaires auxquelles les nationaux et les ressortissants de la nation la plus favorisée peuvent être appelés à se soumettre comme propriétaires, fermiers ou locataires d'immeubles. || Ils ne pourront être assujettis, ni quant à leurs personnes, ni quant à leurs biens meubles ou immeubles, à des obligations, restrictions, taxes et impôts autres que ceux auxquels seront assujettis les nationaux.

Art. 4.

Les négociants, fabricants et autres industriels qui prouvent, par l'exhibition d'une carte de légitimation industrielle, délivrée par les autorités de leurs pays, que dans l'Etat où ils ont leur domicile, ils sont autorisés à exercer leur commerce ou industrie et qu'ils y acquittent les taxes et impôts légaux, auront le droit personellement, ou par des voyageurs à leur service, de faire des achats dans les territoires de l'autre Partie contractante, chez des négociants ou dans les locaux de vente publics ou chez les personnes qui produisent ces marchandises. Ils pourront aussi prendre des commandes, même sur échantillons chez les négociants ou autres personnes dans l'exploitation industrielle desquels les marchandises du genre offert trouvent leur emploi. Ni dans un cas ni dans l'autre, ils ne seront astreints à acquitter pour cela une taxe spéciale plus élevée que les nationaux ou les ressortissants de la nation la plus favorisée. || Les industriels (voyageurs de commerce) munis d'une carte de légitimation industrielle ont droit d'avoir avec eux des échantillons, mais non des marchandises. || Les cartes de légitimation industrielle devront être établies conformément au modèle ci-joint, et rédigées en italien ou en roumain avec traduction en français. || Les parties contractantes se donneront reciproquement connaissance des autorités chargées de délivrer les cartes de légitimation, ainsi que des dispositions auxquelles les voyageurs doivent se conformer dans l'exercice de leur commerce. || Les dispositions

ci-dessus ne sont pas applicables aux industries ambulantes, non plus qu'au colportage et à la recherche des commandes chez des personnes n'exerçant ni commerce, ni industrie. || Les objets passibles d'un droit de douane qui seront importés comme échantillons par les voyageurs de commerce seront, de part et d'autre, admis en franchise de droit d'entrée et de sortie, à la condition que ces objets, sans avoir été vendus, soient réexportés dans un délai de douze mois et que l'identité des objets importés et réexportés ne soit pas douteuse. || La réexportation des échantillons devra être garantie à l'entrée, dans les deux pays, soit par le dépôt du montant des droits de douane respectifs, soit par cautonnement. || Les ressortissants de l'une des parties contractantes se rendant aux foires ou marchés sur les territoires de l'effet d'y exercer leur commerce on d'y débiter leur produits, seront réciproquement traités comme les nationaux et ne seront pas soumis à des taxes plus élevées que celles perçues de ces derniers.

Art. 5.

Les Parties contractantes s'engagent à n'entraver nullement le commerce réciproque des deux pays par des prohibitions à l'importation, ou à l'exportation au transit. || Des exceptions à cette règle, en tant qu'elles soient applicables à tous les pays ou aux pays se trouvant dans des conditions identiques, ne pourront avoir lieu que: || 1. dans des circonstances exceptionelles par rapport aux provisions de guerre; || 2. par des raisons de sûreté publique; || 3. par égard à la police sanitaire et en vue de la protection des animaux ou des plantes utiles contre les maladies ou les insectes et parasites nuisibles; || 4. en vue de l'application, aux marchandises étrangères, des prohibitions ou restrictions arrêtées par des lois intérieures à l'égard de la production intérieure des marchandises similaires, ou de la vente ou du transport à l'intérier des marchandises similaires de production nationale.

Art. 6.

Quant au montant, à la garantie et à la perception des droits d'importation et d'exportation, ainsi que par rapport au transit, à la réexportation, à l'entreposage, aux droits locaux et aux formalités douanières, au transbordement des marchandises et, en général, pour tout ce qui se rapporte à l'exercice du commerce, de la navigation et de l'industrie, chacune des deux Parties contractantes s'engage à faire profiter l'autre de toute faveur, de tout privilège ou abaissement dans les tarifs, à l'importation ou à l'exportation des produits du sol et de l'industrie des deux pays, que l'une d'elles pourrait avoir accordé à une

tierce Puissance. Aussi tout faveur ou immunité concedée plus tard à une tierce Puissance, sera étendue immédiatement, sans conditions et par ce fait même, aux produits du sol et de l'industrie de l'autre partie contractante. || Les dispositions qui précèdent ne s'appliqueront pas aux faveurs actuellement accordées ou qui pourraient être accordées ultérieurement à d'autres Etats limitrophes pour faciliter le trafic-frontière.

Art. 7.

Les produits du sol et de l'industrie de l'Italie qui seront importés en Roumanie et les produits du sol et de l'industrie de la Roumanie qui seront importés en Italie, destinés soit à la consommation, soit à l'entreposage, soit à la réexportation ou au transit, seront soumis au même traitement et ne seront passibles de droits ni plus élevés ni autres que les produits de la nation la plus favorisée sous ces rapports. || D'ailleurs les produits du sol et de l'industrie de la Roumanie, énumérés dans le tarif *A*, joint au présent traité, à leur importation en Italie, et les produits du sol et de l'Industrie de l'Italie, énumérés dans le tarif *B*, joint au présent traité, à leur importation en Roumanie, ne seront assujettis à des droits d'entrée autres ni plus élevés que ceux inscrits dans les dits tarifs.

Art. 8.

À l'exportation vers l'Italie il ne sera perçu en Roumanie, et a l'exportation vers la Roumanie il ne sera percu en Italie, d'autres ni de plus hauts droits de sortie qu'à l'exportation des mêmes objets vers le pays le plus favorisé à cet égard. De même toute autre faveur accordée par l'une des Parties contractantes à une tierce Puissance à l'égard de l'exportation, sera immédiatement et sans conditions étendue à l'autre.

Art. 9.

Les marchandises de toute nature venant de l'un des deux Etats ou y allant, seront réciproquement exemptes dans l'autre de tout droit de transit, soit qu'elles transitent directement, soit que, pendant le transit, elles doivent être déchargées, déposées et rechargées.

Art. 10.

Les droits intérieurs, perçus pour le compte de l'Etat, des communes ou des corporations, qui grèvent ou grèveront la production, la fabrication ou la consommation d'un article dans le territoire d'une des Parties contractantes, ne frapperont, pour aucun motif, les produits de l'autre d'une manière plus forte ou plus gênant que des produits indigènes de même

espèce ou, en l'absence de ceux-ci, que les produits de la nation la plus favorisée. || Les produits du sol et de l'industrie de l'un des deux pays, importés dans le territoire de l'autre et destinés à l'entreposage ou transit, ne seront soumis à aucun droit interne.

Art. 11.

Les navires italiens et leur cargaison en Roumanie et, réciproquement, les navires roumains et leur cargaison en Italie, à leur arrivée, soit directement du pays d'origine, soit d'un autre pays, et quel que soit le lieu de provenance ou la destination de leur cargaison, jouiront, sous tous les rapports, du même traitement que les navires nationaux et leur cargaison. || Tout privilège et toute franchise accordés, à cet égard, à une tierce Puissance par une des Parties contractantes seront accordés, à l'instant même et sans conditions, à l'autre. || Toutefois, il est fait exception aux dispositions précédentes en ce qui concerne: || 1° les avantages dont les produits de la pêche nationale sont ou pourront être l'objet dans l'un ou dans l'autre des deux Etats; || 2° le cabotage, lequel continue à être régi par les lois qui sont ou seront en vigueur dans chacun des deux Etats. En tout cas, les navires italiens et roumains pourront passer d'un port de l'un des deux pays contractants dans un ou plusieurs port du même pays, soit pour y déposer toute ou partie de leur cargaison apportée de l'étranger, soit pour y composer ou compléter leur chargement pour une destination étrangère.

Art. 12.

Aucun droit, taxe ou charge quelconque, pesant sous quelque dénomination que ce soit, sur la coque du navire, son pavillon ou sa cargaison, et perçu au nom ou au profit du Gouvernement, des fonctionnaires publics, des particuliers, des corporations ou établissements quelconques, ne sera imposé aux bâtiments de l'un des deux Etats dans les ports de l'autre, à leur arrivée, durant leur séjour et à leur sortie, qui ne serait également et dans les mêmes conditions imposé aux navires nationaux.

Art. 13.

En tout ce qui concerne le placement des navires, leur chargement et leur déchargement dans les ports, rades, hâvres ou bassins et, généralement, pour toutes les formalités et dispositions quelconques auxquelles peuvent être soumis les navires de commerce, leurs équipages et leurs cargaisons, il ne sera accordé aux navires nationaux de l'un des deux Etats, aucun privilège ni aucune faveur qui ne le soit également aux

navires de l'autre, la volonté des Parties contractantes étant que sous ce rapport, les bâtiments italiens et les bâtiments roumains soient traités sur le pied d'une parfaite égalité et jouissent réciproquement des avantages accordés aux nationaux ou aux ressortissants de la nation la plus favorisé.

Art. 14.

Les navires italiens entrant dans un port de Roumanie et, réciproquement, les navires roumains entrant dans un port d'Italie, qui n'y viendraient que pour compléter leur chargement ou décharger une partie de leur cargaison, pourront, en se conformant toutefois aux lois et règlements des Etats respectifs, conserver à leur bord la partie de leur cargaison qui serait destinée à un autre port, du même pays, soit d'un autre, et la réexporter, sans être astreints à payer, pour cette dernière partie de leur cargaison, aucun droit, sauf ceux de surveillance, lesquels d'ailleurs ne pourront être perçus qu'au taux fixé pour la navigation nationale.

Art. 15.

Seront complètement affranchis de droit de tonnage et d'expédition, dans les ports de chacun des deux Etats: || 1° les navires qui, entrés sur lest de quelque lieu que ce soit, en repartiront sur lest; || 2° les navires qui, passant d'un port de l'un des deux Etats dans un ou plusieurs ports du même Etat, justifieront d'avoir acquitté déjà ces droits dans un autre port du même Etat; || 3° les navires qui, entrés avec un chargement dans un port, soit volontairement soit en relâche forcée, en sortiront sans avoir fait aucune opération de commerce. || En cas de relâche forcée, ne seront pas considérés comme opérations de commerce le débarquement et le rechargement des marchandises pour la réparation du navire, le transbordement sur un autre navire, en cas d'innavigabilité du premier, les dépenses nécessaires au ravitaillement des équipages et la vente des marchandises avariées, lorsque l'administration des douanes en aura donné l'autorisation. || Il est entendu que les stipulations de cet article ne regardent pas les droits sanitaires, dont la perception sera réglée d'après les législations respectives.

Art. 16.

En cas d'échouement ou de naufrage d'un navire de l'une des Parties contractantes sur les côtes ou rivages de l'autre, ce navire y jouira, tant pour le bâtiment que pour la cargaison, des faveurs et immunités que la législation de chacun des pays respectifs accorde à ses propres navires en pareille circonstance. Il sera prêté toute aide et assistance au

capitaine et à l'équipage, tant pour leurs personnes que pour le navire et sa cargaison. Les opérations relatives au sauvetage auront lieu conformément aux lois du pays. Tout ce qui aura été sauvé du navire et de la cargaison, ou le produit de ces objets, s'ils ont été vendus, sera restitué aux propriétaires ou à leurs ayant-cause, et il ne sera payé de frais de sauvetage plus forts que ceux, auxquels les nationaux seraient assujettis en pareils cas. || Les Parties contractantes conviennent, en outre, que les marchandises sauvées ne seront sujettes au payement d'aucun droit de douane, à mois qu' on ne les destine à la consommation intérieure.

Art. 17.

La nationalité des bâtiments sera reconnue, de part et d'autre, d'après les lois et règlements particuliers à chaque Etat, au moyen des titres et patentes délivrés par les autorités compétentes.

Art. 18.

Si des contestations venaient à surgir entre les deux Parties contractantes au sujet de l'interprétation ou de l'application du présent traité, y compris les tarifs et le protocole final, ainsi que de toutes les questions concernant l'exercice du commerce entre les deux pays, et que l'une des Parties contractantes demande qu'elles soient soumises à la décision d'un tribunal arbitral, l'autre Partie devra y consentir, même pour la question préjudicielle de savoir si la contestation est de nature à être déférée au tribunal arbitral. || Le tribunal arbitral sera constitué pour chaque contestation, de manière que chacune des deux Parties ait à nommer, en qualité d'arbitre, un de ses ressortissants et que les deux Parties choisissent pour troisième arbitre un ressortissant d'une tierce Puissance amie. || Les Parties contractantes se réservent de s'accorder, en anticipation et pour une période de temps déterminée, sur la personne du troisième arbitre à désigner en cas de besoin. || La décision des arbitres aura force obligatoire.

Art. 19.

Le présent traité entrera en vigueur à une date à convenir entre les Gouvernements des deux Parties contractantes et qui ne dépassera pas le 1 er / 14 avril 1907. À partir de la date de la mise en vigueur de ce traité, la convention commerciale conclue le 11 / 23 décembre 1892 entre l'Italie et la Roumanie cessera d'exercer ses effets. || Le présent traité restera exécutoire jusq'au 18.-31. décembre 1917. Dans le cas où aucune des deux Parties contractantes n'aurait notifié, douze mois avant l'échéance de ce terme, son intention d'en faire cesser les effets, il demeurera obligatoire jusqu'à l'expiration d'un an à partir du jour où l'une ou l'autre des Parties contractantes l'aura dénoncé.

Art. 20.

Le présent traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Bucarest aussitôt que possible. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires l'ont signé et revêtu de leurs cachets.

Fait à Bucarest, le 22. novembre-5. décembre 1906.

(L. S.) E. Di Beccaria. (L. S.) Général J. Lahovary.
(L. S.) L. Luciolli.
(L. S.) E. Koch.

(*Annexe*)
(*Modèle*)

Protocole final.

Au moment de procéder à la signature du traité de commerce, de douane et de navigation conclu à la date de ce jour, entre l'Italie et la Roumanie, les Plénipotentiaires soussignés ont fait les réserves et déclarations suivantes qui auront à former partie intégrante du traité même:

I. — En ce qui concerne le texte du traité.

Ad Art. 3.

Il est entendu que, s'il y a des doutes sur la nationalité d'un conscrit, celui-ci, avant que sa nationalité ne soit établie, ne pourra être contraint à se soumettre ni à des prestations militaires, ni surtout à la visite médicale réquise pour la conscription.

Ad Art. 7.

Il est convenu que dans le cas de réclamations d'intéressés de l'un des deux Etats, demandant pour une marchandise le traitement selon le tarif conventionnel de l'autre Etat ou concernant l'interprétation des dispositions de ce tarif, une décision déjà émise par les autorités compétentes en dernière instance, ne pourra servir de motif à écarter toute possibilité de discussions ultérieures sur l'objet de la réclamation et n'empêchera pas, le cas échéant, une nouvelle décision de l'autorité en question, pourvu, toutefois, que la réclamation soit présentée, par voie diplomatique et avec appui de déclarations d'experts ou d'autre autorité compétente dans un délai de six mois à partir du jour où la première décision aura été officiellement notifiée aux intéresses. La décision prise sur recours ne pourra viser que le cas en question, pour lequel elle sera sans appel. Toutefois, les Parties contractantes auront la faculté de provoquer, pour le cas en question et les cas futurs, une correcte interprétation ou application des stipulations du présent traité selon l'article 18.

Ad Art. 11 et 12.

Les navires italiens et les marchandises italiennes importées par voie d'eau, après avoir acquitté les droits d'entrée, ne seront soumis en Roumanie à aucun droit additionnel ou à des taxes accessoires, si ce n'est les taxes établies dans le seul but d'améliorer les ports et de favoriser l'exécution de certains travaux publics, destinés à faciliter le chargement ou le déchargement des marchandises. Sous le rapport de ces taxes, du droit de quaiage, ainsi que sous tous les autres, les navires et les marchandises italiennes seront assimilés dans les ports roumains à ceux de la nation la plus favorisée. || Les marchandises italiennes entrant en Roumanie par voie de terre seront exemptes de tout droit additionnel.

Ad Art. 11 à 16.

Il sera permis aux compagnies de navigation et aux propriétaires de bateaux italiens, faisant un service régulier de transport, de louer dans le rayon des ports, pour leurs bureaux, ateliers et magasins, des terrains, même appartenant à l'Etat, contre un prix convenable, lorsqu'il n'en aura pas besoin pour d'autres usages. Il reste entendu que lesdits magasins seront considérés comme entrepôts dès qu'ils répondront aux exigences légales.

Ad Art. 18.

À l'égard de la procédure dans le cas où l'arbitrage a lieu d'après l'article 18, les Parties contractantes sont convenues de ce qui suit: || Au premier cas d'arbitrage, le tribunal arbitral siégera dans le territoire de la Partie contractante défenderesse, au second cas dans le territoire de l'autre Partie contractante, et ainsi de suite alternativement dans l'un et dans l'autre territoire. La Partie, sur le territoire de laquelle siégera le tribunal, désignera le lieu du siège. Elle aura la charge de fournir les locaux, les employés de bureau et le personnel de service, nécessaires pour le fonctionnement du tribunal. || Le tribunal sera présidé par le surarbitre. Les décisions seront prises à la majorité de voix. || Les Parties contractantes s'entendront, ou le cas échéant ou une fois pour toutes, sur la procédure du tribunal arbitral. À défaut d'une telle entente, la procédure sera réglée par le tribunal même. La procédure pourra se faire par écrit, si aucune des Parties contractantes ne soulève d'objection; dans ce cas, on pourra se départir des dispositions de l'alinéa 1er de cet article. || Pour la citation et l'audition des témoins et des experts, les autorités de chacune des Parties contractantes, sur la réquisition du tribunal arbitral à adresser au Gouvernement respectif, prêteront leur assistance de la même manière que sur les réquisitions des tribunaux

civils du pays. || Les Parties contractantes s'entendront sur la répartition des frais, soit à l'occasion de chaque arbitrage, soit par une disposition applicable à tous les cas. À défaut d'entente, l'article 57 de la convention de la Haye du 29. juillet 1899 sera appliqué.

II. — En ce qui concerne le tarif *A*. (Droits à l'entrée en Italie).

Ad N. ex 8 *a*. — Il est entendu que les résidus de la destillation des huiles minérales, admis au droit conventionnel de 2 lires la tonne, sont exempts du droit de statistique.

III. — En ce qui concerne le tarif *B*. (Droits à l'entrée en Roumanie).

Ad N. 222. — En présence des règles spéciales en vigueur en Roumanie pour le dédouanement des huiles d'olive à leur entrée dans le territoire du Royaume, dans le but de constater qu'elles ne sont pas mêlées avec d'autres huiles, il est convenu que seront reconnus en Roumanie les certificats d'analyse délivrés par les Instituts scientifiques du Royaume d'Italie, qui y seront autorisés d'après les accords à prendre à ce sujet entre les Gouvernements des deux Parties contractantes. || Les huiles qui seront accompagnées par les certificats dont il s'agit ne seront pas soumises à des nouvelles analyses, pourvu qu'il résulte desdits certificats que l'analyse a été faite en Italie d'après les règles établies d'un commun accord entre les deux Gouvernements. || Cette disposition ne porte toutefois aucun préjudice au droit réservé aux autorités roumaines de vérifier de leur côté, en cas de doute, l'analyse des huiles importées avec les certificats. || *Ad* N. 268. — Le droit de 5 *lei* les 100 kg fixé pour les tanins non dénommés et les extraits de toute matière servant au tannage, ne sera appliqué qu'à partir du 1/14 septembre 1908. || Le présent protocole, qui sera considéré comme approuvé et sanctionné par les Parties contractantes, sans autre ratification spéciale, par le seul fait de l'échange des ratifications du traité auquel il se rapporte, a été dressé, en double expédition, à Bucarest, le $\frac{22 \text{ novembre}}{5 \text{ décembre}}$ 1906.

(L. S.) E. Di Beccaria. (L. S.) Général J. Lahovary.
(L. S.) L. Luciolli.
(L. S.) E. Koch.

Notenaustausch über die Handelsgesellschaften und die Konsularagenten.

Monsieur le Ministre. || Au moment de procéder à la signature du traité de commerce de douane et de navigation entre l'Italie et la

Roumanie, et en me référant aux explications et déclarations échangées, pendant les négociations, entre les délégations des deux Gouvernements, j'ai l'honneur de prier Votre Excellence de vouloir bien constater que: || 1° — En ce qui concerne les questions d'établissement, les stipulations générales du traité visant seulement les personnes physiques et non les personnes morales, il demeure entendu que, pour les Sociétés commerciales, industrielles ou financières fondées sur le territoire de l'une des Parties contractantes, l'autorisation de leur établissement et le contrôle de leur fonctionnement sur le territoire de l'autre Partie, restent réservés aux dispositions des lois respectives. || Il est également entendu à cet égard que le bénéfice de toute faveur qui serait concédée dans l'avenir par une des Parties contractantes à une tierce Puissance, pourra être invoqué par l'autre Partie, sous condition de réciprocité. || 2° — L'article 14 de la convention consulaire entre l'Italie et la Roumanie du 5/17 août 1880, se basant, pour ce qui a trait à la faculté d'établir des consuls, vice-consuls et agents consulaires dans les ports, villes et localités des territoires des deux parties contractantes, sur l'article 18 de la convention de commerce et de navigation faite à Rome le 23 mars 1878, il est entendu que les dispositions de ce dernier article continueront à rester consolidées par la convention consulaire en vigueur entre les deux Etats. || En priant Votre Excellence de vouloir bien me donner acte des réserves qui précèdent, je saisis cette occasion pour Vous renouveler, monsieur le marquis, l'assurance de ma haute considération.

Bucarest, le $\frac{22 \text{ novembre}}{5 \text{ decembre}}$ 1906.

Général J. Lahovary.

Il regio ministro d'Italia a Bucarest al ministro degli affari esteri di Romania.

Monsieur le ministre, || J'ai l'honneur de Vous accuser réception de la note que Vous avez bien voulu m'adresser ce jourd'hui et par laquelle, en Vous référant aux explications et déclarations échangées, pendant les négociations, entre les délégations des deux Gouvernements, Vous m'avez prié de constater que: || 1° — En ce qui concerne les questions d'établissement, les stipulations générales du traité visant seulement les personnes physiques et non les personnes morales, il demeure entendu que, pour les sociétés commerciales, industrielles ou financières fondées sur le territoire de l'une des Parties contractantes, l'autorisation de leur établissement et le contrôle de leur fonctionnement sur le territoire de l'autre Partie,

restent réservés aux dispositions des lois respectives. || Il est également entendu à cet égard que le bénéfice de toute faveur qui serait concédée dans l'avenir par une des Parties contractantes à une tierce Puissance, pourra être invoqué par l'autre Partie, sous condition de réciprocité. || 2° — L'article 14 de la convention consulaire entre l'Italie et la Roumanie du 5/17 août 1880, se basant, pour ce qui a trait à la faculté d'établir des consuls, vice-consuls et agents consulaires dans les ports, villes et localités des territoires des deux Parties contractantes, sur l'article 18 de la convention de commerce et de navigation faite à Rome le 23 mars 1878, il est entendu que les dispositions de ce dernier article continueront à rester consolidées par la convention consulaire en vigueur entre les deux Etats. || En Vous remerciant de cette communication, dont je prends acte, je Vous prie d'agréer, monsieur le ministre, les nouvelles assurances de ma haute considération.

Bucarest, le $\frac{22 \text{ novembre}}{5 \text{ décembre}}$ 1906.

E. di Beccaria.

Nr. 13796. ITALIEN und RUMÄNIEN. Abkommen über den Schutz geistigen Eigentums.

Bukarest, 5. Dezbr. 1906.

Sa Majesté le Roi d'Italie et Sa Majesté le Roi de Roumanie, désirant garantir dans leurs pays respectifs l'exercice du droit de propriété sur les œuvres littéraires et artistiques publiées dans l'un ou dans l'autre des deux Etats, et d'assurer la continuité de la protection à la propriété des marques de fabrique et de commerce des nationaux respectifs, ont jugé utile de stipuler une convention spéciale à cet effet et ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté le Roi d'Italie || Monsieur Emanuele Beccaria des marquis d'Incisa, Son Envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près Sa Majesté le Roi de Roumanie, || Monsieur Lodovico Luciolli, directeur chef de division au Ministère de finances || et monsieur Ernesto Kock, chef de section au Ministère des affaires étrangères. || Sa Majesté le Roi de Roumanie || Monsieur Jacques Lahovary, général de division, son ministre secrétaire d'Etat au département des affaires étrangères, || lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1.

Les auteurs des œuvres publiées pour la première fois respectivement en Italie et en Roumanie, dès qu'ils auront accompli les formalités

nécessaires dans leurs pays d'origine, jouiront, en ce qui concerne la protection de la propriété littéraire et artistique, de tous les avantages et de tous les droits accordés aux nationaux par les lois respectives. || La durée de la protection ainsi accordée en Roumanie, aux œuvres des auteurs italiens, et en Italie, aux œuvres des auteurs roumains, ne pourra toutefois excéder la durée qui leur est accordée par les lois du pays d'origine.

Art. 2.

La convention pour la protection des marques de fabrique et de commerce conclue à Bucarest, le 24 mai/6 juin 1903, ainsi que les dispositions de l'art. 1 ci-dessus resteront en vigueur jusqu'au 18/31 décembre 1917. || Dans le cas où aucune des parties contractantes n'aurait notifié, douze mois avant l'échéance de ce terme, son intention de faire cesser les effets de la présente convention, celle-ci demeurera obligatoire jusqu'à l'expiration d'un an à partir du jour où l'une ou l'autre des parties contractantes l'aura dénoncée.

Art. 3.

La présente convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Bucarest aussitôt que possible.

En foi de quoi, les plénipotentiaires l'ont signée et l'ont revêtue de leurs cachets.

Faite à Bucarest, le $\frac{22 \text{ novembre}}{5 \text{ décembre}}$ 1906.

(L. S.) E. di Beccaria. (L. S.) Général J. Lahovary.
(L. S.) L. Luciolli.
(L. S.) E. Koch.

Nr. 13797. **ITALIEN und SERBIEN.** Handels- und Schiffahrtsvertrag.

Belgrad, 14. Januar 1907.

Sa Majesté le Roi d'Italie et Sa Majesté le Roi de Serbie, animés du désir de resserrer de plus en plus les relations commerciales entre leurs Etats, ont résolu de conclure un traité de commerce et de navigation et ont nommé à cet effet pour leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté le Roi d'Italie: || M. le marquis Alessandro Guiccioli, sénateur du Royaume, Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Belgrade; || M. Ludovico Luciolli, Directeur chef de division au Ministère des finances; || M. Ernesto Koch, Chef de section au Ministère des affaires étrangères; ||

Sa Majesté le Roi de Serbie: || M. Racha Milochévitch, Directeur général des monopoles de l'Etat; || M. Sava R. Koukitch, Directeur général des douanes; || lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1er.

Il y aura pleine et entière liberté de commerce et de navigation entre l'Italie et la Serbie.

Art. 2.

Les ressortissants de l'une des Parties contractantes seront libres de faire usage, sous les mêmes conditions et en payant les mêmes taxes que les nationaux, des chaussées et autres routes, canaux, écluses, bacs, ponts et ponts-tournants, des ports et endroits de débarquement, signaux et feux servant à désigner les eaux navigables, du pilotage, des grues et poids publics, magasins et établissements pour le sauvetage et le magasinage de la cargaison et autres objets, en tant que ces établissements ou institutions sont destinés à l'usage du public, soit qu'ils soient administrés par l'Etat, soit par des particuliers. || Sauf les règlements particuliers sur les phares et fanaux et sur le pilotage, il ne sera perçu aucune taxe, s'il n'a été fait réellement usage de ces établissements et institutions.

Art. 3.

Les Parties contractantes s'engagent à n'entraver nullement le commerce réciproque des deux pays par des prohibitions à l'importation, à l'exportation ou au transit. || Des exceptions à cette règle, en tant qu'elles soient applicables à tous les pays et aux pays se trouvant dans des conditions identiques, ne pourront avoir lieu que dans les cas suivants: || 1. dans des circonstances exceptionnelles par rapport aux provisions de guerre; || 2. par des raisons de sûreté publique; || 3. pour les monopoles d'Etat actuellement en vigueur ou qui pourraient être établis à l'avenir; || 4. en vue de l'application, aux marchandises étrangères, des prohibitions ou restrictions arrêtées par des lois intérieures à l'égard de la production intérieure des marchandises similaires, ou de la vente ou du transport à l'intérieur des marchandises similaires de production nationale; || 5. par égard à la police sanitaire et en vue de la protection des animaux ou des plantes utiles, contre les maladies, les insectes et parasites nuisibles. || Pour ce qui concerne le bétail, ainsi que les produits bruts d'animaux et les objets pouvant servir de véhicules à la contagion, sont réservées les stipulations de la convention spéciale concernant les épizooties.

Art. 4.

Les négociants, fabricants et autres industriels qui prouvent, par l'exhibition d'une carte de légitimation industrielle, délivrée par les autorités de leur pays, que dans l'Etat où ils ont leur domicile, ils sont autorisés à exercer leur commerce ou industrie et qu'ils y acquittent les taxes et impôts légaux, auront le droit personnellement, ou par des voyageurs à leur service, de faire des achats dans les territoires de l'autre Partie contractante, chez des négociants ou dans les locaux de vente publics ou chez les personnes qui produisent ces marchandises. Ils pourront aussi prendre des commandes, même sur échantillons, chez les négociants ou autres personnes dans l'exploitation industrielle desquels les marchandises du genre offert trouvent leur emploi. Ni dans un cas ni dans l'autre, ils ne seront astreints à acquitter pour cela une taxe spéciale plus élevée que les nationaux ou les ressortissants de la nation la plus favorisée. || Les industriels (voyageurs de commerce) muni d'une carte de légitimation industrielle ont le droit d'avoir avec eux des échantillons, mais non des marchandises. || Les cartes de legitimation industrielle devront être établies conformément au modèle ci-joint, et rédigées en italien ou en serbe avec traduction en français. || Les Parties contractantes se donneront réciproquement connaissance des autorités chargées de délivrer les cartes de légitimation, ainsi que des dispositions auxquelles les voyageurs doivent se conformer dans l'exercice de leur commerce. || Les dispositions ci-dessus ne sont pas applicables aux industries ambulantes, non plus qu'au colportage et à la recherche des commandes chez des personnes n'exerçant ni commerce ni industrie. || Les objets passibles d'un droit de douane qui seront importés comme échantillons par les voyageurs de commerce seront, de part et d'autre, admis en franchise de droits d'entrée et de sortie, à la condition que ces objets, sans avoir été vendus, soient réexportés dans un délai de douze mois et que l'identité des objets importés et réexportés ne soit pas douteuse, quel que soit, du reste, le bureau de douane par lequel ils passent à leur sortie. || La réexportation des échantillons devra être garantie dans les deux pays à l'entrée, soit par le dépôt du montant des droits de douane respectifs, soit par cautionnement. || Les ressortissants de l'une des parties contractantes se rendant aux foires ou marchés sur les territoires de l'autre, à l'effet d'y exercer leur commerce ou d'y débiter leurs produits, seront réciproquement traités comme les nationaux et ne seront pas soumis à des taxes plus élevées que celles perçues de ces derniers.

Art. 5.

Quant au montant, à la garantie et à la perception des droits d'importation et d'exportation, ainsi que par rapport au transit, à la réexportation, à l'entreposage, aux droits locaux et aux formalités douanières, au transbordement des marchandises, aux transports sur les voies ferrées et, en général, pour tout ce qui se rapporte à l'exercice du commerce et de l'industrie, chacune des deux Parties contractantes s'engage à faire profiter l'autre de toute faveur, de tout privilège ou abaissement dans les tarifs à l'importation ou à l'exportation des produits du sol et de l'industrie des deux pays, que l'une d'elles pourrait avoir accordés à une tierce Puissance. Aussi toute faveur, ou immunité concédée plus tard à une tierce Puissance, sera étendue immédiatement, sans conditions et par ce fait même, aux produits du sol et de l'industrie de l'autre Partie contractante.

Art. 6.

Les produits du sol et de l'industrie de l'Italie qui seront importés en Serbie, et les produits du sol et de l'industrie de la Serbie qui seront importés en Italie, destinés soit à la consommation, soit à l'entreposage, soit à la réexportation ou au transit, seront soumis au même traitement et ne seront passibles des droits ni plus élevés ni autres que les produits de la nation la plus favorisée sous ces rapports. || D'ailleurs les produits du sol et de l'industrie de la Serbie, énumérés dans le tarif A, joint au présent traité, à leur importation en Italie, et les produits du sol et de l'industrie de l'Italie, énumérés dans le tarif B, joint au présent traité, à leur importation en Serbie, ne seront assujettis à des droits d'entrée autres ni plus élevés que ceux consolidés par lesdits tarifs.

Art. 7.

À l'exportation vers l'Italie il ne sera perçu en Serbie, et à l'exportation vers la Serbie il ne sera perçu en Italie, d'autres ni de plus hauts droits de sortie qu'à l'exportation des mêmes objets vers le pays le plus favorisé à cet égard. De même, toute autre faveur accordée par l'une des Parties contractantes à une tierce Puissance à l'égard de l'exportation sera immédiatement et sans conditions étendue à l'autre.

Art. 8.

Il est entendu que la clause de la nation la plus favorisée ne s'appliquera pas aux faveurs spéciales résultant d'une union douanière, ni aux faveurs actuellement accordées ou qui pourraient être accordées ultérieurement à d'autres Etats limitrophes pour faciliter le trafic-frontière.

Art. 9.

Les marchandises de toute nature venant de l'un des deux Etats ou y allant, seront réciproquement exemptes dans l'autre de tout droit de transit, soit qu'elles transitent directement, soit que, pendant le transit, elles doivent être déchargées, déposées et rechargées.

Art. 10.

Les droits intérieurs, perçus pour le compte de l'Etat, des communes ou des corporations, qui grèvent ou grèveront la production, la fabrication ou la consommation d'un article dans le territoire d'une des Parties contractantes, ne frapperont sous aucun prétexte les produits de l'autre d'une manière plus forte ou plus gênante que les produits indigènes de la même espèce. || Les produits du sol et de l'industrie de l'un des pays importés dans le territoire de l'autre et destinés à l'entreposage ou au transit ne seront soumis à aucun droit interne.

Art. 11.

Les dispositions applicables en Italie à la nation la plus favorisée en ce qui concerne le payement des droits de douane et des droits accessoires étant valables même pour les produits du sol et de l'industrie de la Serbie, les produits du sol et de l'industrie de l'Italie, en tant qu'il ne soit autrement convenu, ne seront nullement soumis en Serbie à des surtaxes douanières, locales ou d'autre genre, ou à d'autres droits nouveaux, ou à des droits supérieurs à ceux qui existent actuellement à l'égard des nations les plus favorisées, savoir: || 1° droit de port: 20 *para* de *dinar* les 100 kg. et seulement dans les localités où le service est fait par des employés de douane; || 2° droit de pavage: 10 *para* de *dinar* les 100 kg.; || 3° droit de magasinage: 5 *para* de *dinar* par 100 kg. et par jour; ce droit est augmentable de 10 *para* par 100 kg. et par jour pour les marchandises facilement inflammables explosibles. || Il est bien entendu que les taxes accessoires ne pourront être perçues que si les services pour lesquels elles doivent être payées ont été effectivement prêtés en conformité aux prescriptions et aux lois douanières. || Il demeure encore entendu que toute diminution de ces droits additionnels accordée aux marchandises d'une tierce Puissance sera également appliquée aux produits similaires du sol ou de l'industrie italiens.

Art. 12.

Les sociétés par actions (anonymes) et autres associations commerciales, industrielles ou financières, domiciliées dans l'un des deux pays et

à condition qu'elles y aient été validement constituées conformément aux lois en vigueur, seront reconnues comme ayant l'existence légale dans l'autre pays et elles y auront notamment le droit d'ester en justice devant les tribunaux, soit pour intenter une action, soit pour s'y défendre. || Lesdites sociétés et associations jouiront dans l'autre pays des mêmes droits qui sont ou seraient accordés aux sociétés similaires d'un pays quelconque.

Art. 13.

Les navires italiens et leur cargaison en Serbie, et réciproquement, es navires serbes et leur cargaison en Italie, à leur arrivée, soit directement du pays d'origine, soit d'un autre pays, et quel que soit le lieu de provenance ou la destination de leur cargaison, jouiront, sous tous les rapports, du même traitement que les navires nationaux et leur cargaison. || Tout privilège et toute franchise accordés à cet égard à une tierce Puissance par l'une des Parties contractantes seront accordés à l'instant même et sans conditions à l'autre.

Art. 14.

Si des contestations venaient à surgir au sujet de l'interprétation ou de l'application du présent traité, y compris les tarifs et le protocole final, ainsi que toute les questions concernat l'exercice du commerce entre les deux pays, et que l'une des Parties contractantes demande qu'elles soient soumises à la décision d'un tribunal arbitral, l'autre Partie devra y consentir, même pour la question préjudicielle de savoir si la contestation est de nature à être déférée au tribunal arbitral. || Le tribunal arbitral sera constitué pour chaque contestation de manière que chacune des deux Parties ait à nommer en qualité d'arbitre un propre ressortissant et que les deux Parties choisissent pour troisième arbitre le ressortissant d'une tierce Puissance amie. || Les Parties contractantes se réservent de s'accorder, en anticipation et pour une période de temps déterminée, sur la personne du troisième arbitre à désigner en cas de besoin. || La décision des arbitres aura force obligatoire.

Art. 15.

Les Gouvernements des deux Parties contractantes se mettront d'accord à l'égard de la date de la mise en vigueur du présent traité, qui aura lieu le plus tôt possible après l'échange des ratifications et au plus tard le 1er avril 1907 (nouveau style). || Le présent traité restera exécutoire jusqu'au 31 décembre 1917. Les Parties contractantes se réservent toutefois la faculté de dénoncer douze mois avant le 31 décembre 1915

le présent traité, dans lequel cas il sera mis hors de vigueur le 1er janvier 1916. || Si aucune des Parties contractantes ne faisant usage de cette faculté et n'avait non plus notifié douze mois avant le 31 décembre 1917 son intention d'en faire cesser les effets, le traité demeurera obligatoire jusqu'à l'expiration d'un an, à partir du jour où l'une ou l'autre des Parties contractantes l'aura dénoncé. || Les Parties contractantes se réservent la faculté d'introduire dans ce traité, d'un commun accord, toute modification qui ne serait pas en opposition avec son esprit et ses principes, et dont l'utilité serait démontrée par l'expérience.

Art. 16.

Le présent traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Belgrade aussitôt que possible. || En foi de quoi les Plénipotentiaires l'ont signé et l'ont revêtu de leurs cachet.

Fait, en double expédition, à Belgrade le 1/14 janvier 1907.

(L. S.) Guiccioli m. p. (L. S.) Racha Milochévitch m. p.
(L. S.) L. Luciolli m. p. (L. S.) S. R. Koukitch m. p.
(L. S.) E. Koch m. p.

Protocole Final.

Au moment de procéder à la signature du traité de commerce et de navigation conclu à la date de ce jour, entre l'Italie et la Serbie, les Plénipotentaires soussignés on fait les réserves et déclarations suivantes qui auront à former partie intégrante du traité même:

Ad Art. 10.

Les droits du nouveau tarif de douane de la Serbie comprenant l'impôt de l'*obrt*, qui jusqu'ici était perçu séparément desdits droits, cet impôt ne sera plus perçu, à l'avenir, sur les marchandises importées en Serbie de l'Italie. || Les marchandises qui sont produites ou fabriquées en Italie et non en Serbie, pourront être soumises au payement de l'impot dit *trocharina*, perçu au profit de l'Etat ou des communes, pourvu qu'elles y soient soumises au moment de la conclusion du présent traité, et que la mesure en vigueur n'en soit pas dépassée. || Les marchandises importées de l'Italie en Serbie pour lesquelles des réductions ou des consolidations de droits ont été stipulées dans le tarif conventionnel serbe ne peuvent être assujetties en Serbie à aucun autre impôt interne de quelque nature que ce soit, perçu pour le compte de l'Etat, de communes ou des corporations.

Ad Art. 13.

Les dispositions du présent traité concernant l'application dans l'un des deux Pays aux navires de l'autre et à leur cargaison, du traitement réservé aux navires nationaux et à leur cargaison, ne dérogent en rien aux exceptions et aux exclusions établies à ce sujet et en matière de pêche par les lois et règlements actuellement en vigueur dans les deux Pays.

Ad Art. 14.

À l'égard de la procédure dans le cas où l'arbitrage a lieu d'après les deux premiers alinéas de l'article 14, les Parties contractantes sont convenues de ce qui suit: || Au premier cas d'arbitrage, le tribunal arbitral siégera dans le territoire de la Partie contractante défenderesse, au second cas dans le territoire de l'autre Partie contractante, et ainsi de suite alternativement dans l'un et dans l'autre territoire. La Partie, sur le territoire de laquelle siégera le tribunal, désignera le lieu du siége. Elle aura la charge de fournir les locaux, les employés de bureau et le personnel de service, nécessaires pour le fonctionnement du tribunal. || Le tribunal sera présidé par le surarbitre. Les décisions seront prises à la majorité des voix. || Les Parties contractantes s'entendront, ou le cas échéant ou une fois pour toutes, sur la procédure du tribunal arbitral. À défaut d'une telle entente, la procédure sera réglée par le tribunal même. || La procédure pourra se faire par écrit, si aucune des parties contractantes ne soulève d'objections: dans ce cas on pourra se départir des dispositions de l'alinéa 1er de cet article. || Pour la citation et l'audition des témoins et des experts, les autorités de chacune des parties contractantes, sur la réquisition du tribunal arbitral à adresser au Gouvernement respectif, prêteront leur assistance de la même manière que sur les réquisitions des tribunaux civils du pays. || Les parties contractantes s'entendront sur la répartition des frais, soit à l'occasion de chaque arbitrage, soit par une disposition applicable à tous les cas. À défaut d'entente, l'article 57 de la Convention de la Haye du 29 juillet 1899 sera appliqué.

Le présent protocole qui sera considéré comme approuvé et sanctionné par les parties contractantes, sans autre ratification spéciale, par le seul fait de l'échange des ratifications du traité auquel il se rapporte, a été dressé, en double expédition, à Belgrade le 1/14 janvier 1907.

Guiccioli m. p.
L. Luciolli m. p.
E. Koch m. p.
Racha Milochévitch m. p.
S. R. Koukitch m. p.

Nr. 13798. **ITALIEN und SERBIEN.** Übereinkommen gegen die Viehseuchen.

Belgrad, 14. Januar 1907.

Sa Majesté le Roi d'Italie et Sa Majesté le Roi de Serbie, désirant faciliter le commerce du bétail, des peaux, cornes et autres produits similaires, entre leurs territoires respectifs, en écartant, autant que possible, le danger que les épizooties qui existeraient ou qui viendraient à éclater dans l'un de leurs territoires, s'introduisent par suite du mouvement du bétail et du trafic des produits animaux, dans l'autre, ont résolu de conclure, à cet effet, une convention et ont nommé pour leurs plénipotentiaires: || Sa Majesté le Roi d'Italie: || M. le marquis Alessandro Guiccioli, sénateur du Royaume, Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Belgrade; || M. Ludovico Luciolli, Directeur chef de division au Ministère des finances; || M. Ernesto Koch, chef de section au Ministère des affaires étrangères; || Sa Majesté le Roi de Serbie: || M. Racha Milochévitch, Directeur général des monopoles de l'Etat; M. Sava R. Koukitch, Directeur général des douanes; || lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1er.

L'importation des animaux (solipèdes, ruminants et porcs) des volailles, des produits bruts d'animaux et des objets pouvant servir de véhicules à la contagion, des territoires de l'une des Parties contractantes dans les territoires de l'autre Partie, peut être limitée à des stations-frontières et, pour ce qui concerne l'Italie, à des ports maritimes spécialement désignés et y être soumise au contrôle vétérinaire de la part de l'Etat sur les territoires duquel l'importation doit avoir lieu.

Art. 2.

Les animaux, les volailles, les produits bruts d'animaux et les objets mentionnés à l'article 1er ne pourront être introduits des territoires de l'une des Parties contractantes dans les territoires de l'autre ou transportés à travers ces derniers sans la présentation d'un certificat d'origine. Ce certificat sera délivré par l'autorité locale et devra contenir, s'il se réfère à des animaux vivants, le nombre, la description exacte et les marques caractéristiques des bêtes, ainsi que le lieu de leur destination. Pour les animaux à sabot fendu une attestation doit en outre être présentée, constatant que les animaux dont il s'agit ont passé 40 jours dans la commune où le certificat a été délivré. || Le certificat d'origine doit

porter l'attestation d'un médecin vétérinaire de l'Etat ou spécialement autorisé a cet effet par l'Etat, constatant que les animaux sont sains, et il doit aussi constater qu'il ne s'est produit, dans la commune de provenance et dans les communes voisines, pendant les derniers 40 jours avant l'expédition, aucun cas de peste bovine ou d'une autre maladie contagieuse, pour laquelle l'obligation de la déclaration est prescrite par la loi et qui soit transmissible à l'espèce d'animaux pour lesquels le certificat a été délivré. || Le certificat pour la volaille doit être revêtu de l'attestation que dans la commune de provenance ne règne aucune maladie de la volaille et que pendant les derniers quatorze jours, à compter du départ de la volaille, il n'y a pas eu de contagion. || Des cas sporadiques de charbon bactéridien, de charbon symptomatique, de rouget ou de rage surgis dans une commune voisine n'empêcheront pas la délivraison du certificat, mais ils doivent y être déclarés. Il en est de même pour l'exanthème coïtal, en ce qui concerne les certificats pour les bœufs et les hongres. || En ce qui concerne les animaux des espèces chevaline, asine et bovine, ces certificats doivent être délivrés pour chaque pièce séparément; les animaux de race ovine, caprine et porcine et les voilailles peuvent être compris cumulativement dans un seul certificat || S'il s'agit de transports effectués par chemin de fer ou par bateau, les animaux doivent être soumis, avant le chargement, à la visite d'un médecin vétérinaire de l'Etat ou spécialement autorisé à cet effet par l'Etat. Le résultat de l'inspection devra être noté sur le certificat. || Seront, toutefois, admis à l'entrée sans être accompagnés de certificats d'origine, les produits de la laiterie, la graisse et le suif fondus, la laine lavée dans des établissements industriels, emballée dans des sacs clos, et les boyaux séchés ou salés en caisses ou barils clos. || L'entrée et le transit des autres produits bruts d'animaux peuvent être soumis à la présentation d'un certificat délivré par l'autorité municipale confirmant que les animaux dont ces produits proviennent, étaient en bonne santé et que dans les communes de provenance de ces animaux il n'existe pas de maladie contagieuse. || Dans le cas où les certificats d'origine ne soient pas rédigés dans la langue du pays destinataire, on y ajoutera une traduction en français certifiée exacte par le médecin vétérinaire.

Art. 3.

Les transports qui ne répondent pas aux dispositions qui précèdent, ainsi que les animaux que le médecin vétérinaire, à leur passage de la frontière, trouve atteints ou suspects d'une maladie contagieuse, enfin les animaux qui ont été en conctact quelconque avec des animaux

malades ou suspects d'être atteints d'une maladie contagieuse, pourront être renvoyés. Sur demande toutefois de l'importateur ces animaux seront admis, à condition d'être abattus immédiatement dans la station frontière ou bien au lieu du débarquement ou, s'il y était impossible, dans la localité et sous les précautions qui seront établies par l'autorité sanitaire. Quant à l'utilisation des viandes et des produits des animaux ainsi abattus, on appliquera le traitement en vigueur pour les animaux indigènes atteints ou suspects de quelque maladie contagieuse. Le médecin vétérinaire à la frontière doit noter le motif du renvoi ou, le cas échéant, de l'abattement, sur le certificat et l'attester par sa signature. || Si, parmi des animaux importés, la présence d'une maladie contagieuse n'est reconnue qu'après leur entrée dans le pays de destination, ce fait doit être consigné dans un procès-verbal dressé en présence d'un médecin vétérinaire de l'Etat. Copie du procès-verbal sera transmise sans délai au Ministère des affaires étrangères de l'autre Partie contractante.

Art. 4.

Lorsque la peste bovine éclate dans les territoires de l'une des Parties contractantes, l'autre Partie a le droit de prohiber ou de limiter, pour la durée du danger de la contagion, l'importation des ruminants, des porcs et des produits bruts d'animaux, ainsi que des objets pouvant servir de véhicules à la contagion.

Art. 5.

Lorsque par le trafic des animaux une maladie contagieuse, pour laquelle l'obligation de la déclaration est prescrite par la loi, a été importée des territoires de l'une des Parties contractantes dans les territoires de l'autre, cette dernière aura le droit de limiter ou d'interdire, pour la durée du danger de la contagion, l'importation de toutes les espèces d'animaux auxquelles la maladie est transmissible. || Si une telle maladie éclate d'une manière menaçante dans les territoires de l'une des Parties contractantes, l'autre Partie aura également le droit de limiter ou d'interdire, pour la durée du danger de la contagion, l'importation de toutes les espèces d'animaux auxquelles la maladie est transmissible. || Ces limitations et interdictions de l'importation pourront s'étendre: dans le cas où il s'agit de la morve, du charbon bactéridien, du charbon symptomatique, de l'angine infectieuse, de la gale des solipèdes et de l'exanthème coïtal des solipèdes et de l'espèce bovine, à l'arrondissement (distretto) d'où proviennent les animaux qui ont introduit la contagion ou dans lequel la contagion règne, et dans le cas où il s'agit des autres

épizooties, à l'exception de la peste bovine, en Serbie, au département, en Italie, à la province d'où proviennent les animaux qui ont introduit la contagion, ou dans lesquels la contagion règne. || Le trafic du bétail ne pourra être interdit si la maladie tuberculeuse éclatait ou si elle était importée. || Les prescriptions qui précèdent sont aussi applicables à des produits animaux et à des objets qui peuvent servir de véhicules à la contagion.

Art. 6.

Chacune des Parties contractantes fera publier périodiquement, de huit à huit jours, des bulletins sur l'état des épizooties. Ces bulletins seront transmis directement à l'autre Partie contractante. || Ces bulletins seront rédigés aussi uniformément que possible et de manière à démontrer l'état des épizooties même dans les territoires administratifs de première instance et dans les communes. || Si la peste bovine éclatait dans les territoires de l'une des Parties contractantes, avis direct sera donné, par voie télégraphique, à l'autre Partie de l'apparition et de l'extension de la maladie.

Art. 7.

S'il s'élevait entre les Parties contractantes un différend sur l'application de la présente convention, on aura, si l'une des Parties contractantes en ferait la demande, recours à l'avis d'une Commission mixte. Cet avis sera équitablement apprécié dans la décision à prendre. || Chacune des Parties contractantes nommera deux membres dans cette Commission, qui aura le droit de coopter un cinquième membre dans le cas où elle ne pourrait s'entendre. Au premier cas de la formation d'une Commission mixte, pourvu qu'elle n'ait pas décidé autrement, le cinquième membre sera élu parmi les ressortissants de l'une des Parties contractantes, au deuxième cas parmi ceux de l'autre Partie, et ainsi de suite alternativement parmi les ressortissant de l'une ou de l'autre Partie contractante. Au premier cas on décidera, par le sort, laquelle des Parties contractantes aura à fournir le cinquième membre de la Commission.

Art. 8.

La présente convention, qui ne se rapporte qu'aux provenances des territoires des Parties contractantes, entrera en vigueur en même temps que le traité de commerce et de navigation conclu sous la date de ce jour, et restera exécutoire jusqu'au 31 décembre 1917 (nouveau style). || Il est toutefois convenu que, dans le cas où l'une ou l'autre des Parties contractantes ferait usage de la faculté de dénoncer ledit traité douze mois avant le 31 décembre 1915, pour en faire cesser les effets le

1er janvier 1916, la présente convention sera de même mise hors de vigueur à cette même date. Si aucune des Parties contractantes ne faisait usage de ladite faculté, et n'avait non plus notifié douze mois avant le 31 décembre 1917 son intention de faire cesser les effets de la présente convention, celle-ci demeurera obligatoire jusqu'à l'expiration d'un an à partir du jour où l'une ou l'autre des Parties contractantes l'aura dénoncée. || Les ratifications de la présente convention seront échangées en même temps que celles du traité de commerce et de navigation. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires l'ont signée et l'ont revêtue de leurs cachets.

Fait, en double expédition, à Belgrade, le 1/14 janvier 1907.

(L. S.) Guiccioli m. p. (L. S.) Racha Milochévitch m. p.
(L. S.) L. Luciolli m. p. (L. S.) S. R. Koukitch m. p.
(L. S.) E. Koch m. p.

Protocole final.

Au moment de procéder à la signature de la convention vétérinaire conclue à la date de ce jour entre l'Italie et la Serbie, les plénipotentiaires soussignés ont fait les déclarations suivantes qui formeront partie intégrante de la convention même: || 1. Dans le cas où les animaux et les produits bruts d'animaux, destinés à l'importation en Italie, seraient transportés par mer, ils seront transportés jusqu'au port maritime d'un autre pays quelconque, par lequel le transport passe en transit, par chemin de fer en vagons plombés, et immédiatement embarqués directement sur les navires. Exceptionnellement, les animaux pourront y être abrités dans des étables spéciales, et les produits d'animaux mis dans des magasins, mais ils devront être embarqués sur les navires dans le délai le plus court possible. || 2. L'importation de la viande fraîche et préparée est admise, quand le transport est muni du certificat, délivré par le médecin vétérinaire de l'Etat, par lequel soit attesté que ces produits proviennent d'animaux sains. Dans le lieu de destination, la viande importée sera soumise aux dispositions légales, auxquelles est soumise la viande indigène portée sur les marchés. || Les porcs abattus pourront être importés avec ou sans le lard. || Le transit de la viande fraîche ou préparée et des autres produits bruts d'animaux, ainsi que des peaux, du territoire de l'une des Parties contractantes par le territoire de l'autre, est admis sans restriction et limitation. || 3. Les certificats d'origine dont, aux termes de l'article 2, doivent être munis les animaux et les objets mentionnés à l'article 1 sont affranchis du visa consulaire, qui ne sera pas exigé. || 4. L'examen vétérinaire à la frontière des animaux et des produits d'animaux ne sera pas soumis à des taxes plus élevées que les taxes maximales actuellement en

vigueur pour le trafic réciproque des Parties contractantes. || 5. Pour ce qui concerne les stations de l'importation des animaux et des produits d'animaux, il est convenu que les Gouvernements des Parties contractantes se mettront d'accord là-dessus. || Le présent protocole qui sera considéré comme approuvé et sanctionné par les Parties contractantes, sans autre ratification spéciale, par le seul fait de l'échange des ratifications de la convention à laquelle il se rapporte, a été dressé, en double expédition, à Belgrade, le 1/14 janvier 1907.

Guiccioli m. p.
L. Luciolli m. p.
E. Koch m. p.
Racha Milochévitch m. p.
S. R. Koukitch m. p.

Nr. 13799. SERBIEN und RUMÄNIEN. Handelsvertrag.

Bukarest, 23. Dezbr. 1906.

Sa Majesté le Roi de Serbie et Sa Majesté le Roi de Roumanie, également animés du désir de développer les relations commerciales entre les deux Etats, ont résolu de conclure une convention et ont nommé, à cet effet, pour Leurs plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté le Roi de Serbie: || Monsieur Mihaïlo G. Ristitch, Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté le Roi de Roumanie; || Sa Majesté le Roi de Roumanie: || Monsieur Jacques Lahovari, Général de division, Son Ministre Sécretaire d'Etat au département des Affaires Etrangères, || lesquels, après s'être communiqué leurs pleinspouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Article 1.

Il y aura liberté réciproque de commerce et de navigation entre les deux Etats contractants. || Les ressortisants de l'un des deux Etats contractants, établis dans l'autre ou y résidant temporairement, y jouiront, relativement à l'exercice du commerce et de l'industrie, des mêmes droits et n'y seront soumis à aucune imposition plus élevée ou autre que les nationaux. Ils bénéficieront sous tous ces rapports, dans le territoire de l'autre Etat, des mêmes droits, privilèges, immunités, faveurs et exemptions que les ressortissants du pays le plus favorisé. || Il est entendu, toutefois, que les stipulations qui précèdent ne dérogent en rien aux lois, ordonnances et règlements spéciaux en matière de commerce, d'industrie et de police qui sont ou seront en vigueur dans chacun des deux Etats et applicables à tous les étrangers.

Article 2.

Les ressortissants de chacun des deux Etats contractants auront, dans l'autre, le droit d'acquérir et de posséder toute espèce de propriété mobilière ou immobilière que les lois de cet Etat permettent ou permettront aux ressortissants d'une autre nation étrangère d'acquérir et de posséder. Ils pourront en disposer par vente, échange, donation, mariage, testament ou de toute autre manière, en faire l'acquisition par héritage, dans les mêmes conditions qui sont ou seront établies à l'égard des sujets d'une autre nation étrangère, sans être assujettis, dans aucun des cas mentionnés, à des taxes, impôts ou charges, sous quelque dénomination que ce soit, autres ou plus élevés que ceux qui sont ou seront établis sur les nationaux. || Les ressortissants de chacun des Etats contractants pourront, de même, en se conformant aux lois du pays, exporter librement le produit de la vente de leurs propriétés et leurs biens en général, sans être assujettis, comme étrangers, à des droits autres ou plus élevés que ceux que les nationaux auraient à acquitter en pareille circonstance.

Article 3.

Les ressortissants de chacun des Etats contractants seront exempts, dans les territoires respectifs, de tout service militaire, aussi bien dans l'armée régulière et la marine, que dans la milice et la garde civique. || Ils ne seront astreints, en temps de paix et en temps de guerre, qu'aux prestations et aux réquisitions militaires imposées aux nationaux et ils auront, réciproquement, droit aux indemnités établies en faveur des nationaux par les lois en vigueur dans les deux Etats respectifs.

Article 4.

Les Parties contractantes s'engagent à n'entraver en aucune façon le commerce réciproque des deux Etats par des prohibitions à l'importation, à l'exportation ou au transit. || Des exceptions à cette règle, en tant qu'elles seront applicables à tous les pays ou aux pays se trouvant dans des conditions identiques, ne pourront avoir lieu que: || 1. dans des circonstances exceptionnelles, par rapport aux provisions de guerre; || 2. pour des raisons de sûreté publique; || 3. par égard à la police sanitaire et en vue de la protection des animaux ou des plantes utiles contre les maladies, les insectes et parasites nuisibles; || 4. en vue de l'application, aux marchandises étrangères, des prohibitions ou restrictions arrêtées par des lois intérieures à l'égard des marchandises similaires de production nationale.

Article 5.

En ce qui concerne le montant, la garantie et la perception des droits d'importation et d'exportation, ainsi que par rapport au transit, à la réexportation, à l'entreposage, aux droits locaux et aux formalités douanières, chacune des deux Parties contractantes s'engage à faire profiter l'autre de toute faveur, privilège ou abaissement dans les tarifs, à l'importation ou à l'exportation des produits du sol et de l'industrie des deux Etats, que l'une d'elles pourrait avoir accordé à une tierce Puissance. Aussi, toute faveur ou immunité concédée plus tard à une tierce Puissance sera étendue immédiatement, sans condition et par ce fait même, aux produits du sol et de l'industrie de l'autre Partie contractante. || Les dispositions qui précèdent ne s'appliquent cependant pas: || 1. aux faveurs actuellement accordées ou qui pourraient être accordées ultérieurement à d'autres Etats limitrophes pour faciliter le trafic local en dedans d'une zone n'excédant pas quinze kilomètres de largeur de chaque côté de la frontière; || 2. aux obligations imposées à l'une des deux Parties contractantes par les engagements d'une union douanière déjà contractée ou qui pourrait l'être à l'avenir.

Article 6.

Les produits du sol et de l'industrie de l'une des Parties contractantes, importés dans l'autre et destinés soit à la consommation, soit à l'entreposage, soit à la réexportation ou au transit, seront soumis au même traitement et ne seront passibles de droit ni plus élevés ni autres que les produits de la nation la plus favorisée sous ces rapports.

Article 7.

Les marchandises de toute nature, traversant le territoire de l'un des deux Etats contractants par une voie commerciale ouverte au transit, seront réciproquement exemptes de tout droit de transit, soit qu'elles transitent directement, soit que, pendant le transit, elles soient déchargées, deposées et rechargées.

Article 8.

A l'exportation vers l'un des Etats contractants il ne sera pas perçu dans l'autre de droits de sortie autres ou plus élevés qu'à l'exportation vers le pays le plus favorisé à cet égard. De même, toute faveur accordée par l'une des Parties contractantes à une tierce Puissance par rapport à l'exportation, sera immédiatement et sans condition étendue à l'autre.

Article 9.

Des certificats d'origine pourront être exigés par chacune des Parties contractantes pour le cas où elle aurait établi des droits différentiels d'après l'origine des marchandises.

Article 10.

Les droits intérieurs, perçus pour le compte de l'Etat, des communes ou des corporations, qui grèvent ou grèveront la production, la fabrication ou la consommation d'un article dans l'un des Etats contractants, ne frapperont sous aucun motif les produits de l'autre d'une manière plus forte ou plus génante que les produits similaires indigènes de même espèce, ou, en cas d'absence de ceux-ci, que les produits de la nation la plus favorisée. || Les produits du sol et de l'industrie de l'un des deux Etats, importés dans l'autre et destinés à l'entreposage ou au transit, ne seront soumis à aucun droit intérieur.

Article 11.

Les navires serbes et leurs cargaisons seront traités en Roumanie et les navires roumains et leurs cargaisons seront traités en Serbie absolument sur le même pied que les navires nationaux et leurs cargaisons, quels que soient le point de leur départ et leur destination. || Tout privilège et toute franchise accordés, à cet égard, à une tierce Puissance par l'une des Parties contractantes, sera accordé à l'instant même et sans condition, à l'autre. || Toutefois il est fait exception aux dispositions précédentes en ce qui concerne: || 1. les avantages particuliers dont les produits de la pêche nationale sont ou pourraient être l'objet dans les deux Etats; || 2. le commerce des côtes au point de vue duquel les ressortissants de l'une des deux Parties contractantes jouiront, dans le territoire de l'autre, du traitement accordé à la nation la plus favorisée. || Toutefois, les navires serbes et roumains pourront passer d'un port à l'autre soit pour y déposer tout ou partie de leur cargaison apportée de l'étranger, soit pour y composer ou compléter leur chargement pour une destination étrangère.

Article 12.

La nationalité des bâtiments sera reconnue, de part et d'autre, d'après les lois et règlements particuliers à chacun des Etats contractants, au moyen des titres et patentes délivrés aux capitaines, patrons ou bateliers par les autorités compétentes.

Article 13.

Aucun droit de tonnage, de port, de pilotage, de phare, de quarantaine ou autre droit semblable, de quelque nature et sous quelque dénomination que ce soit, perçu au nom ou au profit du gouvernement, des fonctionnaires publics ou des particuliers, des corporations ou des établissements de toute espèce, ne pourra être imposé dans les ports de l'un des Etats contractants, sur les navires de l'autre, s'il n'est imposé également et sous les mêmes conditions, dans les mêmes cas, sur les navires nationaux en général. Ce traitement égal s'appliquera aux navires respectifs, quels que soient leur point de départ et leur destination.

Article 14.

Tout navire de commerce de l'un des Etats contractants qui, par suite de gros temps ou par un autre accident, serait forcé de se réfugier dans un port de l'autre, pourra s'y radouber, se procurer les vivres nécessaires et reprendre le voyage, sans payer d'autres droits que ceux que payeraient dans un cas semblable les navires nationaux. Dans le cas, toutefois, où le capitaine ou patron du navire serait forcé de vendre une partie de sa marchandise pour couvrir ses dépenses, il devra se conformer aux règlements et tarifs de l'endroit où le navire serait entré. || En cas de relâche forcée, ne seront pas considérés comme opérations de commerce le débarquement et le rechargement des marchandises en vue de la réparation du navire, le transbordement sur un autre navire en cas d'innavigabilité du premier, les dépenses nécessaires au ravitaillement des équipages et la vente des marchandises avariées lorsque l'administration territoriale en aura donné l'autorisation.

Article 15.

En cas d'échouement ou de naufrage d'un navire de l'un des Etats contractants sur les côtes de l'autre, ce navire y jouira, tant pour le bâtiment que pour la cargaison, des faveurs et immunités accordées aux navires nationaux en pareille circonstance. Il sera prêté tout aide et assistance au capitaine et à l'équipage, tant pour leurs personnes que pour le navire et sa cargaison. || Tout ce qui aura été sauvé du navire et de la cargaison, ou le produit de ces objets, s'ils ont été vendus, sera restitué aux propriétaires ou à leurs ayants-cause et il ne sera payé de frais de sauvetage plus forts que ceux auxquels les nationaux seraient assujettis en pareils cas. || Les Parties contractantes conviennent, en outre, que les marchandises sauvées, ne seront sujettes au paiement d'aucun droit de douane, à moins qu'on ne les destine à la consommation intérieure.

Article 16.

Les deux Parties contractantes se réservent le droit d'introduire, plus tard et d'un commun accord, dans la présente convention des modifications qui seraient jugées conformes à son esprit et à ses principes et dont l'opportunité serait démontrée par l'expérience.

Article 17.

La présente convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Bucarest aussitôt que faire se pourra. || Elle entrera en vigueur le lendemain du jour où l'échange des ratifications aura eu lieu et restera exécutoire pendant quatre années à partir du jour de son entrée en vigueur. || Dans le cas où aucune des Parties contractantes n'aurait notifié, douze mois avant l'échéance de ce terme, son intention de faire cesser les effets de la convention, cette dernière continuera à rester obligatoire jusqu'à l'expiration d'une année, à partir du jour où l'une ou l'autre des Parties contractantes l'aura dénoncée. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait en double original à Bucarest 23 décembre 1906.
(L. S.) Mihaïlo G. Ristitch m. p.
(L. S.) Général J. Lahovary m. p.

Nr. 13800. **GROSZBRITANNIEN und COSTA RICA.** Postvertrag.
San José, 26. April 1907.

Agreement between the United Kingdom and the Republic of Costa Rica for the exchange of Postal Money Orders.

His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Emperor of India &c., &c., and the President of the Republic of Costa Rica, being desirous to conclude an Agreement for the exchange of Postal Money Orders, have for that purpose appointed as their Plenipotentiaries, namely: || His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, &c., Lionel Edward Gresley Carden Esquire, his Minister Resident in Central America; and || His Excellency the President of the Republic of Costa Rica, señor don Luis Anderson, Secretary of State for Foreign Affairs: || Who, after having mutually communicated their full powers, found in good order and due form, have agreed to the following articles:

Article I.

There shall be a regular exchange of Money Orders between the United Kingdom of Great Britain and Ireland and the Republic of Costa Rica.

Article II.

The Money Order service between the contracting countries shall be performed exclusively by the agency of Offices of Exchange. On the part of the United Kingdom, the Office of Exchange shall be that of London, and on the part of Costa Rica that of San José.

Article III.

It is agreed that the accounts as regards Money Orders in both directions shall be expressed in British money. || The Post Office of Costa Rica shall convert into British money the amounts of Orders issued in Costa Rica, and into Costa Rican money the amounts of Orders issued in the United Kingdom. || The rate of conversion shall be in accordance with the rate of exchange current at San José on the date of the despatch of the advice lists from the Costa Rican Office of Exchange in the case of Orders issued in Costa Rica, and on the date of the receipt of the advice lists in the Costa Rican Office of Exchange in the case of Orders issued in the United Kingdom.

Article IV.

The Post Offices of the two contracting countries shall have power to fix, by mutual agreement, the maximum amount for single Money Orders issued in their respective countries; but such maximum amount shall not exceed 40*l.* sterling, or the nearest equivalent of that sum in the money of the country of issue.

Article V.

All payments for Money Orders, whether to or by the public, shall be made in gold or in other legal money of the same current value.

Article VI.

The British Post Office and the Post Office of Costa Rica shall each have power to fix, from time to time, the rates of commission to be charged on the Money Orders which they may respectively issue under the present agreement; but each Office shall communicate to the other the rates of commission so fixed and also any modification of them. || The commission shall belong to the issuing Office, but the British Post Office

shall allow to the Post Office of Costa Rica one half of one per cent. (1/2 per cent.) on the amount of Money Orders issued in the United Kingdom and payable in Costa Rica; and the Post Office of Costa Rica shall make a similar allowance to the British Post Office in respect of Money Orders issued in Costa Rica and payable in the United Kingdom.

Article VII.

In the payment of Money Orders to the public, no account shall be taken of any fraction of a penny or a centimo.

Article VIII.

The applicant for a Money Order shall be required to furnish, if possible, the full surname and Christian name (or at least the initial of one Christian name) both of the remitter and of the payee, or the name of the firm or company who are the remitters or payees, and the address of the remitter and payee. If, however, a Christian name or initial cannot be given, an Order may nevertheless be issued at the remitter's risk.

Article IX.

In the event of a Money Order being lost or destroyed, a duplicate shall be granted on a written application (containing the necessary particulars) from the payee to the Chief Money Order Office of the country where the original Order was payable; and, unless there is reason to believe that the original Order was lost in transmission through the post, the Office issuing the duplicate shall be entitled to charge the same fee as would be chargeable for a duplicate Order under its own internal regulations. || On the receipt of an application, containing the necessary particulars, from the remitter, instructions shall be given to stop payment of a Money Order.

Article X.

When it is desired that an error in the name of a payee shall be corrected, or that the amount of a Money Order shall be repaid to the remitter, application must be made by the remitter to the Chief Office of the country in which the Order was issued.

Article XI.

Repayment of an Order shall not, in any case, be made until it has been ascertained, through the Chief Office of the country where such Order is payable, that the Order has not been paid, and that the said Office authorizes the repayment.

Article XII.

Orders shall remain payable in each country for twelve months after the expiration of the month of issue; and the amounts of all Money Orders not paid within that period shall revert to, and remain the property of, the Administration of the country of issue.

Article XIII.

Money Orders sent from one country to the other shall be subject, as regards issue and payment, to the rules in force in the country of origin and in the country of destination with regard to the issue and payment of internal Money Orders.

Article XIV.

Each Office of Exchange shall communicate to the other by every mail the sums received in its country for payment in the other; and the annexed forms „A“ and „B“ shall be used for this purpose. || In order to prevent inconvenience in the event of an original list being lost, each Office shall forward to the other by every mail a duplicate of the list sent by the preceding mail. A blank list shall be sent when there are no orders to advise.

Article XV.

Every Money Order entered upon the lists shall bear a number (to be known as the "International Number") commencing each month with No. 1. || Similarly each list shall bear a serial number commencing every year with No. 1.

Article XVI.

The receipt of each list shall be acknowledged, on either side, by means of the first subsequent list forwarded in the opposite direction; and any missing list shall be immediately applied for by the Office of Exchange to which it should have been sent. The despatching Office of Exchange shall, in such case, transmit without delay to the receiving Office of Exchange a duplicate list, duly certified as such.

Article XVII.

The lists shall be carefully verified by the Office of Exchange to which they are sent, and corrected when they contain simple errors. The corrections shall be communicated to the despatching Office of Exchange in the acknowledgment of the receipt of the list in which the corrections were made. || When the lists show other irregularities, the Office of Ex-

change receiving them shall require an explanation from the despatching Office of Exchange, which shall give such explanation with as little delay as possible. || Meanwhile the issue of internal Money Orders relating to the entries on the list which are found to be irregular shall be suspended.

Article XVIII.

As soon as the list shall have reached the receiving Office of Exchange, that Office shall prepare internal Money Orders in favour of the payees for the equivalents, in the money of the country of payment, of the amounts specified in the list, and shall then forward such internal Money Orders to the payees or to the paying Offices, in conformity with the arrangements existing in each country for the payment of Money Orders.

Article XIX.

At the end of every month the Costa Rican Office shall prepare and forward to the Controller, Money Order Department, London, a list of the Orders issued in the United Kingdom and payable in Costa Rica which have not been paid within twelve months after the end of the month of issue, and have therefore become forfeited to the country of issue. (See Appendix C.) || The London Office will similarly furnish to the Postmaster-General of Costa Rica at San José monthly lists of Orders issued in Costa Rica on the United Kingdom, which have not been paid within twelve months after the end of the month of issue.

Article XX.

At the end of every quarter, the Exchange Office at San José shall furnish to the Exchange Office at London a Money Order account (in duplicate), which shall include the following items: — || (*a.*) On the debit side (to the credit of the United Kingdom) the total of the lists despatched from San José during the quarter, the allowance due on the transactions (Art. VI), the total amount of British Orders authorized during the quarter to be repaid to the remitters, the total amount of British Orders which have become void during the quarter, and the amount of the balance, if any, due to the Costa Rican Office. || (*b.*) On the credit side (to the credit of Costa Rica) the total of the lists which have been despatched from London during the quarter, the allowance due on the transactions, the total amount of Orders authorized to be repaid in Costa Rica, the total amount of Costa Rican Orders which have become void during the quarter, and the amount of the balance, if any, due to the British Office. || The Money Order account shall be prepared on a form similar to that marked

„D“ in the Appendix, and shall be accompanied by detailed statements of the lists forwarded in both directions during the quarter, and of the repaid and void Orders (see Forms E, F, and G in the Appendix). One copy of the account, duly accepted, shall be returned to San José.

Article XXI.

Whenever it is found that one of the two countries owes te the other, on Money Order account, a balance exceeding two thousand pounds sterling, the indebted country shall at once send to the other, as a remittance on account, the approximate amount, in a round sum, of such balance.

Article XXII.

When the Costa Rican Post Office has to pay to the British Post Office the balance of the account it shall do so at the time of forwarding the account; and when the British Post Office has to pay the balance it shall do so at the time of returning to San José the duplicate of the account accepted. || Such payment shall be made in sterling by means of drafts payable on demand at London. || When, in consequence of delay on the part of the debtor Office, payment is not made within six months after the end of the quarter to which the account relates, the creditor Office is entitled to claim interest at the rate of 5 per cent. per annum, dating from the day of the expiration of the said term of six months.

Article XXIII.

If the Post Office of Costa Rica should desire to send Money Order remittances, through the medium of the British Post Office, to any of the British Colonies, foreign countries, &c., with which the British Post Office transacts Money Order business, it shall be at liberty to do so, provided that the following conditions are fulfilled: — || (*a.*) The Post Office of Costa Rica shall advise the amounts of such „through“ Orders to the Money Order Department, London, which will readvise them to the Exchange Offices of the countries of payment. || (*b.*) No such Order shall exceed the maximum amount fixed by the country of destination for Money Orders issued in the United Kingdom. || (*c.*) The particulars of „through“ Orders shall be entered either in red ink at the end of the ordinary advice lists despatched to London or on separate sheets the total amounts of the „through“ Orders being included in the totals of such lists. || (*d.*) The names and adresses of the payees, including the names of the town and country of payment, must be given as fully as possible. || (*e.*) The Post Office of Costa Rica shall allow to the London

Office the same percentage (see Article VI) on „through" Orders as on Orders payable in the United Kingdom, the London Office crediting the Office of the country of payment with the same percentage for the „through" Orders as for the Orders issued in the United Kingdom, and, for its intermediary services, deducting from the amount of each readvised Order a special commission to be fixed by the British Post Office. || (*f.*) When the amount of a „through" Order is repaid to the remitter, the commission charged for the intermediary service is not refunded. || If the British Post Office should desire to send Money Orders through the medium of the Post Office of Costa Rica to any countries with which the Post Office of Costa Rica transacts Money Order business, it shall be at liberty to do so under similar conditions to those stated in the foregoing paragraphs. || Each Administration shall communicate to the other the names of the countries with which it transacts Money Order business, the limit of amount adopted for each, and the rates of commission deducted for the intermediary services.

Article XXIV.

Should it appear at any time that Money Orders are used by mercantile men or other persons in Costa Rica or in the United Kingdom for the transmission of large sums of money, the Costa Rican Post Office or the British Post Office, as the case may be, shall be authorized to increase the commission, and shall have power even to wholly suspend, for a time, the issue of Money Orders.

Article XXV.

The General Post Office in each country shall be authorized to adopt any additional rules (if not in contradiction to the foregoing) for the greater security against fraud or for the better working of the system generally. All such additional rules, however, must be communicated to the General Post Office of the other country.

Article XXVI.

This Agreement shall come into operation on the first day of July, 1907, and shall be terminable on a notice, by either party, of six calendar months. || In witness whereof the Undersigned Plenipotentiaries have signed the present Agreement, and affixed thereto their seals. || Done in duplicate at San José de Costa Rica, on the twenty-sixth day of April, 1907.

(L. S.) Lionel Carden. (L. S.) Luis Anderson.

Nr. 13801. **JAPAN und CHILE.** Handels- und Schiffahrtsvertrag.

Washington, 25. Septbr. 1897.*)

His Majesty the Emperor of Japan and His Excellency the President of the Republic of Chile, being equally animated by a desire to establish upon a firm and lasting foundation relations of friendship and commerce between their respective States and subjects and citizens, have resolved to conclude a Treaty of Amity, Commerce and Navigation, and have for that purpose named their respective Plenipotentiaries, that is to say: || His Majesty the Emperor of Japan, Jushii Toru Hoshi, of the Third Order of the Rising Sun, His Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary near the Government of the United States of America; and His Excellency the President of the Republic of Chile, Señor Don Domingo Gana, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of the Republic of Chile near the Government of the United States; who having communicated to each other their respective Full Powers, and found them in good and due form, have agreed upon the following Articles:

Art. I. — There shall be firm and perpetual peace and amity between the Empire of Japan and the Republic of Chile, and their respective subjects and citizens.

Art. II. — His Majesty the Emperor of Japan may, if he think proper, accredit a Diplomatic Agent to the Government of the Republic of Chile; and, in like manner, His Excellency the President of the Republic of Chile may, if he see fit, accredit a Diplomatic Agent to the Court of Tokyo; and each of the High Contracting Parties shall have the right to appoint Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular Agents, for the convenience of trade, to reside in all the ports and places within the territories of the other Contracting Party where similar Consular Officers of other nations are permitted to reside; but before any Consul-General, Consul, Vice-Consul or Consular Agent shall act as such he shall, in the usual form, be approved and admitted by the Government to which he is sent. || The Diplomatic and Consular Officers of each of the Two High Contracting Parties shall, subject to the stipulations of this Treaty, enjoy in the territories of the other whatever rights, privileges, exemptions and immunities, are, or shall be granted there to officers of corresponding rank of any European nation or of the United States of America.

*) Anmerkung. Die Ratifikationen sind im September 1906 in Washington ausgetauscht worden. Red.

Art. III. — There shall be between the Territories and Possessions of the two High Contracting Parties reciprocal freedom of commerce and navigation. The subjects and citizens, respectively, of each of the High Contracting Parties shall have the right to come freely and securely with their ships and cargoes to all places, ports, rivers and straits in the Territories and Possessions of the other, where subjects or citizens of other nations are permitted so to come; they may remain and reside at all the places or ports where subjects or citizens of other nations are permitted to remain and reside, and they may there hire and occupy houses and warehouses, and may there trade by wholesale or retail in all kinds of products, manufactures and merchandise of lawful commerce.

Art. IV. — The two High Contracting Parties hereby agree that any favour, privilege or immunity whatever in matters relating to commerce, navigation, travel through or residence in their Territories or Possessions which either Contracting Party has actually granted, or may hereafter grant to the subjects or citizens of any European nation or of the United States of America, shall be extended to the subjects or citizens of the other Contracting Party, gratuitously, if the concession in favour of that European nation or the United States of America shall have been gratuitous, and on the same, or equivalent conditions, if the concession shall have been conditional.

Art. V. — No other or higher duties shall be imposed on the importation into Japan of any article the growth, produce or manufacture of the Republic of Chile, and no other or higher duties shall be imposed on the importation into the Republic of Chile of any article the growth, produce or manufacture of Japan, whether such importation be for the purpose of consumption, warehousing, re-exportation or transit, than are or shall be payable on the importation for the same purpose of the like article being the growth, produce or manufacture of any European country or of the United States of America. || Nor shall any other or higher duties or charges be imposed in the Territories or Possessions of either of the two High Contracting Parties on the exportation of any article to the Territories or Possessions of the other than such as are or may be payable on the exportation of the like article to any European country or the United States of America. No prohibition shall be imposed on the importation or transit of any article, the growth, produce or manufacture of the Territories of either of the High Contracting Parties into or through the Territories or Possessions of the other, which shall not equally extend to the like article being the growth, produce or manufacture of any European country or of the United States of America.

Nor shall any prohibition be imposed on the exportation of any article from the Territories of either of the High Contracting Parties to the Territories or Possessions of the other, which shall not equally extend to the exportation of the like article to the territories of all European nations or of the United States of America.

Art. VI. — In all that relates to transit, warehousing, bounties, facilities, drawbacks, re-exports and transit duties, the subjects, citizens, merchandise and shipping of each of the High Contracting Parties, shall, in the Territories and Possessions of the other, be placed in all respects upon the same footing as the subjects, citizens, merchandise and shipping of European nations or of the United States of America.

Art. VII. — No other or higher duties or charges on account of tonnage, light or harbour dues, pilotage, quarantine, salvage in case of damage, or any other similar or corresponding duties or charges of whatever nature or under whatever denomination levied in the name or for the profit of Government, public functionaires, private individuals, corporations or establishments, shall be imposed in any of the ports, rivers or straits of Japan on vessels of the Republic of Chile, or in any of the ports, rivers or straits of the Republic of Chile on vessels of Japan, than are or may hereafter be payable in like cases in the same ports, rivers and straits on vessels of European nations or of the United States of America.

Art. VIII. — The coasting trade of both the High Contracting Parties is excepted from the provisions of the present Treaty, and shall be regulated according to the laws of Japan and Chile respectively.

Art. IX. — All vessels which, according to Japanese laws and ordinances, are to be deemed Japanese vessels, and all vessels which, according to Chilean laws and regulations, are to be deemed Chilean vessels, shall, for the purposes of this Treaty, be deemed Japanese and Chilian vessels, respectively.

Art. X. — His Imperial Majesty's subjects and Japanese merchant vessels resorting to Chile or to the territorial waters thereof shall, so long as they there remain, be subject to the laws and jurisdiction of Chile; and, in the same manner, citizens of the Republic of Chile as well as Chilean merchant vessels resorting to Japan or to the territorial waters thereof, shall be subject to the laws of Japan and to the jurisdiction of His Imperial Majesty's Courts. It is understood, however, that the provisions of this Article do not extend to matters relating exclusively to the internal discipline of the merchant vessels of either contracting party in the ports or territorial waters of the other.

Art. XI. — The subjects and citizens of each of the High Contracting Parties shall, in the Territories and Possession of the other, reciprocally receive and enjoy the same full and perfect protection for their persons and property that is granted to native subjects or citizens, and they shall have free and open access to the Courts of Justice in said countries, respectively for the prosecution and defence of their just rights; and they shall, equally with native subjects or citizens, be at liberty to employ advocates, attorneys or agents to represent them before such Courts of Justice. || They shall also enjoy entire liberty of conscience, and, subject to the laws for the time being in force, shall enjoy the right of private or public exercise of their worship, and also the right of burying their respective countrymen according to their religious customs in such suitable and convenient places as may be established and maintained for the purpose subject to the regulations in force.

Art. XII. — In regard to billeting; forced or compulsory military service, whether by land or sea; contributions of war; military exactions or forced loans, the subjects and citizens of each of the two High Contracting Parties, shall, in the Territories and Possessions of the other, enjoy the same privileges, immunities and exemptions as may now or may hereafter be granted to the subjects or citizens of European nations or of the United States of America.

Art. XIII. — The present Treaty shall go into operation immediately after the exchange of ratifications, and shall continue in force until the expiration of six (6) months after either of the High Contracting Parties shall have given notice to the other of its intention to terminate the same, and no longer.

Art. XIV. — The present Treaty shall be signed in duplicate in the Japanese, Spanish and English languages, and in case there should be found any discrepancy between the Japanese and Spanish texts, it will be decided in conformity with the English text, which is binding upon both Governments.

Art. XV. — The present Treaty shall be ratified by the two High Contracting Parties and the ratifications shall be exchanged at Washington as soon as possible. || In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed this Treaty and hereunto affixed their respective seals.

Done in sextuplicate at Washington this twenty-fifth day of the ninth month of the thirtieth year of Meiji, corresponding to the twenty-fifth day of September of the year one thousand eight hundred and ninety seven.

(L. S.) Domingo Gana. (L. S.) Toru Hoshi.

Supplementary Agreement.

His Majesty the Emperor of Japan and His Excellency the President of the Republic of Chile, desiring to clearly explain the scope of the stipulation relating to the most favoured nation treatment contained in the Treaty of Amity, Commerce and Navigation, signed at Washington on the 25th day of the 9th month of the 30th year of Meiji, corresponding to the 25th day of September, 1897, have, with that object, appointed and authorized, that is to say: His Majesty the Emperor of Japan, Viscount Siuzo Aoki, His Imperial Majesty's Minister of State for Foreign Affairs, and His Excellency the President of the Republic of Chile, Don Carlos Morla Vicuña, Envoy Extraordinairy and Minister Plenipotentiary of Chile at the Court of His Majesty the Emperor of Japan, to agree to the following

Additional Article:

The High Contracting Parties agree that, subject to the reservation hereinafter stated, all special favours, privileges or immunities in matters of commerce or navigation which have been granted or may hereafter be granted by one of them to the subjects or citizens, or to the vessels or products of any other Nation, shall be granted on the like terms and conditions to the subjects or the citizens, or to the vessels or the products of the other Contracting Party. Consequently, subject to the said reservation, the subjects, vessels and products of Japan in Chile and the citizens, vessels and products of Chile in Japan shall enjoy respectively all favours, privileges or immunities granted to the subjects or citizens or to the vessels or products of any other Nation. || There are, however excepted from the foregoing stipulation all special favours, privileges or immunities relating to commerce or navigation which Japan has already granted or may hereafter grant to any independent Asiatic Nation, as well as the like special favours, privileges or immunities which Chile has already granted or may hereafter grant to the Latin American Republics. || The present Article shall be regarded as forming an integral part of the Treaty of Amity, Commerce and Navigation, signed at Washington, on the 25th day of the 9th month of the 30th year of Meiji, corresponding to the 25th day of September, 1897, in the same manner as if it had been incorporated word by word in the Treaty itself. It shall be submitted to the ratification of the High Contracting Parties, in conformity with their respective constitutional provisions, and the ratifications shall be exchanged together with those of the Treaty of which it is a part. || In witness whereof, the respective

Plenipotentiaries have signed this Additional Article and hereunto affixed their respective seals.

Done in sextuplicate at Tokyo this 16th day of the 10th month of the 32nd year of Meiji, corresponding to the 16th day of October, 1899.

(L. S.) Carlos Morla Vicuna.
(L. S.) Vicomte Aoki.

Nr. 13802. **JAPAN und GROSZBRITANNIEN.** Abkommen über die Handelsbeziehungen zwischen Japan und Kanada.

Tokio, 31. Januar 1906.

His Majesty the Emperor of Japan and His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and of the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India, being equally desirous of facilitating the commercial relations between Japan and Canada have resolved to conclude a Convention to that effect, and have named as their respective Plenipotentiaries: || His Majesty the Emperor of Japan, Takaaki Kato, Shoshii, First Class of the Imperial Order of the Sacred Treasure, His Imperial Majesty's Minister of State for Foreign Affairs; and || His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and of the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India, Sir Claude Maxwell MacDonald, Knight Grand Cross of the Most Distinguished Order of St. Michael and St. George, Knight Commander of the Most Honourable Order of the Bath, His Britannic Majesty's Ambassador to Japan; || Who, having reciprocally communicated their full powers, found in good and due form, have agreed as follows: —

Article I.

The two High Contracting Parties agree that the stipulations of the Treaty of commerce and Navigation between Japan and Great Britain signed at London on the 16th day of 7th month of the 27th year of Meiji (corresponding to the 16th day of July, 1894) and of the Supplementary Convention between Japan and Great Britain signed at Tokio on the 16th day of the 7th month of the 28th year of Meiji (corresponding to the 16th day of July, 1895), shall be applied to the intercourse, commerce and navigation between the Empire of Japan and the British Dominion of Canada.

Article II.

The present Convention shall be ratified and the ratifications thereof shall be exchanged at Tokio as soon as possible. It shall come into effect immediately after the exchange of ratifications, and shall remain in force until the expiration of six months from the day on which one of the High Contracting Parties shall have announced the intention of terminating it. || In witness whereof the above mentioned Plenipotentiaries have signed the present Convention and have affixed thereto their seals. || Done in duplicate at Tokio, in the Japanese and English languages, this 31st day of the 1st month of the 39th year of Meiji, corresponding to the 31st day of January, of year one thousand nine hundred and six.

(L. S.) Kato Takaaki.
(L. S.) Claude M. Macdonald.

Nr. 13803. **GROSZBRITANNIEN und ITALIEN.** Schiedsgerichtsvertrag.

Rom, 1. Febr. 1904.

The Government of His Britannic Majesty and the Government of His Majesty the King of Italy, signatories of the Convention for the pacific settlement of international disputes, concluded at The Hague on the 29th July, 1899; || Taking into consideration that by Article XIX of that Convention the High Contracting Parties have reserved to themselves the right of concluding Agreements, with a view to referring to arbitration all questions which they shall consider possible to submit to such treatment, || Have authorized the Undersigned to conclude the following arrangement: —

Article I.

Differences which may arise of legal nature, or relating to the interpretation of Treaties existing between the two Contracting Parties, and which it may not have been possible to settle by diplomacy, shall be referred to the Permanent Court of Arbitration established at The Hague by the Convention of the 29th July, 1899, provided, nevertheless, that they do not affect the vital interests, the independence, or the honour of the two Contracting States, and do not concern the interests of third Parties.

Article II.

In each individual case the High Contracting Parties, before appealing to the Permanent Court of Arbitration, shall conclude a special

Agreement defining clearly the matter in dispute, the scope of the powers of the Arbitrators, and the periods to be fixed for the formation of the Arbitral Tribunal and the several stages of the procedure.

Article III.

The present Agreement is concluded for a period of five years, dating from the day of signature.

Done in duplicate, at Rome, the first day of February, 1904.

(L. S.) Francis Bertie. (Signed) Tommaso Tittoni.

Nr. 13804. **RUSZLAND und BELGIEN.** Schiedsgerichtsvertrag. Petersbg, 30. Okt. 1904.

Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies et Sa Majesté le Roi des Belges, désirant régler autant que possible par la voie pacifique les différends qui pourraient s'élever entre leurs pays, ont décidé de conclure à cet effet une convention d'arbitrage obligatoire et ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies: || le Comte Lamsdorff, Son Secrétaire d'Etat, Conseiller Privé Actuel et Ministre des Affaires Etrangères, || et Sa Majesté le Roi des Belges: || le Comte de Grelle-Rogier, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près la Cour Impériale de Russie. || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleinspouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article 1.

Les Hautes Parties contractantes s'engagent à soumettre à la Cour Permanente d'Arbitrage, établie à La Haye par la Convention du 29 juillet 1899, les différends qui viendraient à s'élever entre Elles dans les cas énumérés à l'article 3, pour autant qu'ils ne touchent ni à l'indépendance, ni à l'honneur, ni aux intérêts vitaux, ni à l'exercice de la souveraineté des pays contractants et qu'une solution amiable n'ait pu être obtenue par des négociations diplomatiques directes ou par toute autre voie de conciliation.

Article 2.

Il appartient à chacune des Hautes Parties contractantes d'apprécier si le différend qui se sera produit met en cause ses intérêts vitaux, son honneur, son indépendance ou l'exercice de sa souveraineté et, par conséquent, est de nature à être compris parmi ceux qui, d'après l'article précédent, sont exceptés de l'arbitrage obligatoire.

Article 3.

L'arbitrage sera obligatoire entre les Hautes Parties contractantes: || I) En cas de contestations concernant l'application ou l'interprétation de toute convention conclue ou à conclure entre les Hautes Parties contractantes et relative: || 1. Aux matières de droit privé international; || 2. au régime des sociétés; || 3. aux matières de procédure, soit civile, soit pénale et à l'extradition. || II) En cas de contestations concernant des réclamations pécuniaires du chef de dommages, lorsque le principe de l'indemnité est reconnu par les Parties. || Seront exclus de la solution arbitrale, les différends qui naîtraient éventuellement au sujet de l'interprétation ou de l'application d'une convention conclue ou à conclure entre les Hautes Parties contractantes et à laquelle des tierces Puissances auraient participé ou adhéré.

Article 4.

La présente convention recevrait son application même si les contestations qui viendraient à s'élever avaient leur origine dans des faits antérieurs à sa conclusion.

Article 5.

Lorsqu'il y aura lieu à un arbitrage entre Elles, les Hautes Parties contractantes, à défaut de clauses compromissoires contraires, se conformeront, pour tout ce qui concerne la désignation des arbitres et la procédure arbitrale, aux dispositions établies par la Convention signée à la Haye le 29 Juillet 1899 pour le règlement pacifique des conflits internationaux, sauf en ce qui concerne les points indiqués ci-après.

Article 6.

Aucun des arbitres ne pourra être sujet des Etats signataires de la présente convention, ni être domicilié dans leurs territoires, ni être intéressé dans les questions qui feront l'objet de l'arbitrage.

Article 7.

Le compromis prévu par l'article 31 de la convention du 29 Juillet 1899 fixera un terme endéans lequel devra avoir lieu l'échange entre les deux Parties des mémoires et documents se rapportant à l'objet du litige. Cet échange sera terminé, dans tous les cas, avant l'ouverture des séances du Tribunal Arbitral.

Article 8.

Le compromis mentionné à l'article précédent fixera, de même, la somme que les Hautes Parties contractantes mettront à la disposition du

Bureau permanent de la Cour d'Arbitrage pour couvrir les frais de l'arbitrage conformément à l'art. 57 de la convention du 29 Juillet 1899.

Article 9.

La sentance arbitrale contiendra l'indication des délais dans lesquels elle devra être exécutée.

Article 10.

La présente convention est conclue pour la durée de dix ans. Elle entrera en vigueur un mois après l'échange des ratifications. Dans le cas où aucune des Hautes Parties contractantes n'aurait notifié, six mois avant la fin de la dite période, son intention d'en faire cesser les effets, la convention demeurera obligatoire jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où l'une ou l'autre des Hautes Parties contractantes l'aura denoncée.

Article 11.

La présente convention sera ratifié dans le plus bref délai possible et les ratifications seront échangées à St.-Pétersbourg.

En foi de quoi les Plénipotentiaires ont signé la présente convention et l'ont revêtu du cachet de leurs armes.

Fait à St.-Pétersbourg le 17/30 Octobre 1904.

(signé)

(L. S.) Comte Lamsdorff. (L. S.) Comte de Grelle Rogier.

Déclaration.

Au moment de procéder à la signature de la convention d'arbitrage qui a été arrêtée entre la Russie et la Belgique, les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet, sont convenus de ce qui suit: || Il est entendu que la dite convention, conformément aux déclarations antérieures du Plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi des Belges, faites à la Conférence de la Paix à la Haye, ne modofie en rien, pour les Hautes Parties contractantes, les droits et les obligations résultant pour Elles du traité du 19 Avril 1839, qui garantit l'indépendance et la neutralité de la Belgique et dont les stipulations ne peuvent être visées par la dite convention d'arbitrage. || La présente déclaration aura la même valeur et durée que si elle était insérée dans la convention précitée; elle sera ratifiée en même temps.

Fait en double exemplaire à St.-Petersbourg le 17/30 Octobre 1904.

(signé)

(L. S.) Comte Lamsdorff. (L. S.) Comte de Grelle Rogier.

Nr. 13805. GROSZBRITANNIEN und NIEDERLANDE. Schiedsgerichtsvertrag.

London, 15. Febr. 1905.

His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and of the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India, and Her Majesty the Queen of the Netherlands, signatories of the Convention for the pacific settlement of international disputes, concluded at The Hague on the 29th July, 1899; || Taking into consideration that by Article XIX of that Convention the High Contracting Parties have reserved to themselves the right of concluding Agreements, with a view to referring to arbitration all questions which they shall consider possible to submit to such treatment, || Have named as their Plenipotentiaries to conclude the following arrangement: — || His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and of the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India, the Most Honourable Henry Charles Keith Petty-Fitzmaurice, Marquess of Lansdowne, His Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs; and || Her Majesty the Queen of the Netherlands, Karel Willem Paul Frans Baron Gericke van Herwijnen, Her Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary at London, Chamberlain Extraordinary; || Who, after having communicated to each other their respective full powers, found in good and due form, have agreed as follows: —

Article I.

Differences which may arise of a legal nature, or relating to the interpretation of Treaties existing between the High Contracting Parties, and which it may not have been possible to settle by diplomacy, shall be referred to the Permanent Court of Arbitration established at The Hague by the Convention of the 29th July, 1899, provided, nevertheless, that they do not affect the vital interests, the independence, or the honour of the two Contracting States, and do not concern the interests of third Parties.

Article II.

In each individual case the High Contracting Parties, before appealing to the Permanent Court of Arbitration, shall conclude a special Agreement defining clearly the matter in dispute, the scope of the powers of the Arbitrators, and the periods to be fixed for the formation of the Arbitral Tribunal and the several stages of the procedure.

Article III.

The present Convention, which shall be ratified, is concluded for a period of five years, dating from the exchange of the ratifications, which shall take place at London as soon as possible.

Done in duplicate at London, the 15th day of February, 1905.

(L. S.) Lansdowne. (L. S.) Gericke.

Nr. 13806. **BELGIEN und DÄNEMARK.** Schiedsgerichtsvertrag

Brüssel, 26. April 1905.

Traité d'arbitrage obligatoire entre la Belgique et le Danemark*).

Sa Majesté le Roi des Belges et Sa Majesté le Roi de Danemark, désirant régler autant que possible, par la voie de l'arbitrage, les différends qui pourraient s'élever entre leurs pays, ont décidé de conclure à cet effet une Convention et ont nommé pour Leurs plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté le Roi des Belges: || Monsieur le Baron de Favereau, Chevalier de l'Ordre de Léopold, etc., Sénateur, Son Ministre des Affaires étrangères, et || Sa Majesté le Roi de Danemark: || Monsieur Johan-Wilhelm de Grevenkop-Castenskiold, son Chambellan et Chargé d'Affaires à Bruxelles, Chevalier de l'Ordre du Danebrog, || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1er. Les Hautes Parties contractantes s'engagent à soumettre à la Cour permanente d'Arbitrage, établie à La Haye par la Convention du 29 juillet 1899, les différends qui viendraient à s'élever entre Elles, dans les cas énumérés à l'article 3, pour autant qu'ils ne touchent ni aux intérêts vitaux, ni à l'indépendance des pays contractants et qu'une solution amiable n'ait pu être obtenue par des négociations diplomatiques directes, ou par toute autre voie de conciliation.

Art. 2. Il appartient à chacune des Hautes Parties contractantes d'apprécier si le différend qui se sera produit met en cause ses intérêts vitaux ou son indépendance et, par conséquent, est de nature à être compris parmi ceux qui, d'après l'article précédent, sont exceptés de l'arbitrage obligatoire.

Art. 3. L'arbitrage sera obligatoire entre les Hautes Parties contractantes: || 1° Sous les réserves indiquées à l'article 1er, en cas de contestation

concernant l'application ou l'interprétation de toutes conventions conclues ou à conclure entre Elles, à l'exception de celles auxquelles des tierces Puissances auraient participé ou adhéré; || 2° En cas de contestations concernant des réclamations pécuniaires, lorsque l'obligation du payement est reconnue en principe par les Hautes Parties contractantes et que le chiffre de la somme à payer est seul en contestation. Dans ces cas, les Puissances signataires renoncent à invoquer les réserves mentionnées ci-dessus.

Art. 4. La présente Convention recevrait son application même si les contestations qui viendraient à s'élever avaient leur origine dans des faits antérieurs à sa conclusion.

Art. 5. Il est entendu que les articles précédents ne seront pas applicables aux différends qui pourraient s'élever entre un ressortissant de l'une des parties et l'autre Etat contractant, lorsque les tribunaux auront, d'après la législation de cet Etat, compétence pour juger la contestation.

Art. 6. Lorsqu'il y aura lieu à un arbitrage entre Elles, les Hautes Parties contractantes, à défaut de clauses compromissoires contraires, se conformeront, pour tout ce qui concerne la désignation des arbitres et la procédure arbitrale, aux dispositions établies par la Convention signée à La Haye, le 29 juillet 1899 pour le règlement pacifique des conflits internationaux, sauf en ce qui concerne les points indiqués ci-après.

Art. 7. Aucun des arbitres ne pourra être sujet des Etats signataires de la présente Convention, ni être domicilié dans leurs territoires, ni être intéressé dans les questions qui feront l'objet de l'arbitrage.

Art. 8. Le compromis prévu par l'article 31 de la Convention du 29 juillet 1899 fixera un terme endéans lequel devra avoir lieu l'échange entre les deux Parties des mémoires et documents se rapportant à l'objet du litige. Cet échange sera terminé, dans tous les cas, avant l'ouverture des séances du Tribunal arbitral.

Art. 9. Le compromis fixera la somme que les Hautes Parties contractantes mettront immédiatement à la disposition du Bureau permanent de la Cour d'arbitrage pour couvrir les frais de procédure conformément à l'article 57 de la Convention du 29 juillet 1899.

Art. 10. La sentence arbitrale contiendra l'indication des délais dans lesquels elle devra être exécutée.

Art. 11. La présente Convention est conclue pour une durée de dix ans. Elle entrera en vigueur un mois après l'échange des ratifications. Dans le cas où aucune des Hautes Parties contractantes n'aurait notifié, six mois avant la fin de la dite période, son intention d'en faire cesser les effets, la Convention demeurera obligatoire jusqu'à l'expiration d'une

année à partir du jour où l'une ou l'autre des Parties contractantes l'aura dénoncée.

Art. 12. La présente Convention sera ratifiée dans le plus bref délai possible et les ratifications seront échangées à Bruxelles.

En foi de quoi les Plénipotentiaires ont signé la présente Convention et l'ont revêtue de leurs cachets.

Fait à Bruxelles, en double exemplaire, le 26 avril 1905.

Favereau. J.-W. de Grevenkop-Castenskiold.

Nr. 13807. **WELTPOSTVEREIN.** Weltpostvertrag.

Rom, 26. Mai 1906.

Convention Postale Universelle || conclue entre || l'Allemagne et les Protectorats Allemands, les États-Unis d'Amérique et les Possessions Insulaires des États-Unis d'Amérique, la République Argentine, l'Autriche, la Belgique, la Bolivie, la Bosnie-Herzégovine, le Brésil, la Bulgarie, le Chili, l'Empire de Chine, la République de Colombie, l'État Indépendant du Congo, l'Empire de Corée, la République de Costa-Rica, la Crète, la République de Cuba, le Danemark et les Colonies Danoises, la République Dominicaine, l'Egypte, l'Équateur, l'Espagne et les Colonies Espagnoles, l'Empire d'Éthiopie, la France, l'Algérie, les Colonies et Protectorats Français de l'Indo-Chine, l'Ensemble des Autres Colonies Françaises, la Grande-Bretagne et diverses Colonies Britanniques, l'Inde Britannique, la Commonwealth de l'Australie, le Canada, la Nouvelle-Zélande, les Colonies Britanniques de l'Afrique du Sud, la Grèce, le Guatemala, la République d'Haiti, la République du Honduras, la Hongrie, l'Italie et les Colonies Italiennes, le Japon, la République de Libéria, le Luxembourg, le Mexique, le Monténégro, le Nicaragua, la Norvège, la République de Panama, le Paraguay, les Pays-Bas, les Colonies Néerlandaises, le Pérou, la Perse, le Portugal et les Colonies Portugaises, la Roumanie, la Russie, le Salvador, la Serbie, le Royaume de Siam, la Suède, la Suisse, la Tunisie, la Turquie, l'Uruguay et les États-Unis de Venezuela.

Les soussignés, plénipotentiaires des Gouvernements des pays ci-dessus énumérés, s'étant réunis en Congrès à Rome, en vertu de l'article 25 de la Convention postale universelle conclue à Washington le 15 juin 1897, ont, d'un commun accord et sous réserve de ratification, revisé ladite Convention conformément aux dispositions suivantes:

Article premier.

Définition de l'Union postale.

Les pays entre lesquels est conclue la présente Convention, ainsi que ceux qui y adhèreront ultérieurement, forment, sous la dénomination d'Union postale universelle, un seul territoire postal pour l'échange réciproque des correspondances entre leurs bureaux de poste.

Article 2.

Envois auxquels s'applique la Convention.

Les dispositions de cette Convention s'étendent aux lettres, aux cartes postales simples et avec réponse payée, aux imprimés de toute nature, aux papiers d'affaires et aux échantillons de marchandises originaires de l'un des pays de l'Union et à destination d'un autre de ces pays. Elles s'appliquent également à l'échange postal des objets ci-dessus entre les pays de l'Union et les pays étrangers à l'Union, toutes les fois que cet échange emprunte les services de deux des parties contractantes au moins.

Article 3.

Transport des dépêches entre pays limitrophes; services tiers.

1. Les Administrations des postes des pays limitrophes ou aptes à correspondre directement entre eux sans emprunter l'intermédiaire des services d'une tierce Administration, déterminent, d'un commun accord, les conditions du transport de leurs dépêches réciproques à travers la frontière ou d'une frontière à l'autre. || 2. À moins d'arrangement contraire, on considère comme services tiers les transports maritimes effectués directement entre deux pays, au moyen de paquebots ou bâtiments dépendant de l'un d'eux, et ces transports, de même que ceux effectués entre deux bureaux d'un même pays, par l'intermédiaire de services maritimes ou territoriaux dépendant d'un autre pays, sont régis par les dispositions de l'article suivant.

Article 4.

Frais de transit.

1. La liberté du transit est garantie dans le territoire entier de l'Union. || 2. En conséquence, les diverses Administrations postales de l'Union peuvent s'expédier réciproquement, par l'intermédiaire d'une ou de plusieurs d'entre elles, tant des dépêches closes que des correspondances à découvert, suivant les besoins du trafic et les convenances du service postal. || 3. Les correspondances échangées en dépêches closes entre deux Administrations de l'Union au moyen des services d'une ou de plusieurs autres Administrations de l'Union, sont soumises, au profit de chacun des

pays traversés ou dont les services participent au transport, aux frais de transit suivants, savoir: || 1° pour les parcours territoriaux: a) à 1 franc 50 centimes par kilogramme de lettres et de cartes postales et à 20 centimes par kilogramme d'autres objets, si la distance parcourue n'excède pas 3000 kilomètres; || b) à 3 francs par kilogramme de lettres et de cartes postales et à 40 centimes par kilogramme d'autres objets, si la distance parcourue est supérieure à 3000 kilomètres, mais n'excède pas 6000 kilomètres; || c) à 4 francs 50 centimes par kilogramme de lettres et de cartes postales et à 60 centimes par kilogramme d'autres objets, si la distance parcourue est supérieure à 6000 kilomètres, mais n'excède pas 9000 kilomètres; || d) à 6 francs par kilogramme de lettres et de cartes postales et à 80 centimes par kilogramme d'autres objets, si la distance parcourue excède 9000 kilomètres. || 2° pour les parcours maritimes: || a) à 1 franc 50 centimes par kilogramme de lettres et de cartes postales et à 20 centimes par kilogramme d'autres objets, si le trajet n'excède pas 300 milles marins. Toutefois, le transport maritime sur un trajet n'excédant pas 300 milles marins est gratuit si l'Administration intéressée reçoit déjà, du chef des dépêches transportées, la rémunération afférente au transit territorial; || b) à 4 francs par kilogramme de lettres et de cartes postales et à 50 centimes par kilogramme d'autres objets, pour les échanges effectués sur un parcours excédant 300 milles marins, entre pays d'Europe, entre l'Europe et les ports d'Afrique et d'Asie sur la Méditerranée et la mer Noire ou de l'un à l'autre de ces ports, et entre l'Europe et l'Amérique du Nord. Les mêmes prix sont applicables aux transports assurés dans tout le ressort de l'Union entre deux ports d'un même État, ainsi qu'entre les ports de deux États desservis par la même ligne de paquebots lorsque le trajet maritime n'excède pas 1500 milles marins; || c) à 8 francs par kilogramme de lettres et de cartes postales et à 1 franc par kilogramme d'autres objets, pour tous les transports ne rentrant pas dans les catégories énoncées aux alinéas a et b ci-dessus. || En cas de transport maritime effectué par deux ou plusieurs Administrations, les frais du parcours total ne peuvent pas dépasser 8 francs par kilogramme de lettres et de cartes postales et 1 franc par kilogramme d'autres objets; ces frais sont, le cas échéant, répartis entre les Administrations participant au transport, au prorata des distances parcourues, sans préjudice des arrangements différents qui peuvent intervenir entre les parties intéressées.

4. Les correspondances échangées à découvert entre deux Administrations de l'Union sont soumises, par article et sans égard au poids ou à la destination, aux frais de transit suivants, savoir: lettres 6 centimes pièce; || cartes postales $2^1/_2$ centimes pièce; || autres objets

$2^1/_2$ centimes pièce. || 5. Les prix de transit spécifiés au présent article ne s'appliquent pas aux transports dans l'Union au moyen de services extraordinaires spécialement créés ou entretenus par une Administration sur la demande d'une ou de plusieurs autres Administrations. Les conditions de cette catégorie de transports sont réglées de gré à gré entre les Administrations intéressées. || En outre, partout où le transit, tant territorial que maritime, est actuellement gratuit ou soumis à des conditions plus avantageuses, ce régime est maintenu. || Toutefois, les services de transit territorial dépassant 3000 kilomètres peuvent bénéficier des dispositions du § 3 du présent article. || 6. Les frais de transit sont à la charge de l'Administration du pays d'origine. || 7. Le décompte général de ces frais a lieu sur la base de relevés établis une fois tous les six ans, pendant une période de 28 jours à déterminer dans le Règlement d'exécution prévu par l'article 20 ci-après. || Pour la période entre la date de la mise à exécution de la Convention de Rome et le jour de l'entrée en vigueur des statistiques de transit, dont fait mention le Règlement d'exécution prévu à l'article 20, les frais de transit seront payés d'après les prescriptions de la Convention de Washington. || 8. Sont exemptes de tous frais de transit territorial ou maritime, les correspondances mentionnées aux §§ 3 et 4 de l'article 11 ci-après; les cartes postales-réponse renvoyées au pays d'origine; les objets réexpédiés ou mal dirigés; les rebuts; les avis de réception; les mandats de poste et tous autres documents relatifs au service postal. || 9. Lorsque le solde annuel des décomptes des frais de transit entre deux Administrations ne dépasse pas 1000 francs, l'Administration débitrice est exonérée de tout payement de ce chef.

Article 5.

Taxes et conditions générales applicables aux envois.

1. Les taxes pour le transport des envois postaux dans toute l'étendue de l'Union, y compris leur remise au domicile des destinataires dans les pays de l'Union où le service de distribution est ou sera organisé, sont fixées comme suit: || 1° pour les lettres, à 25 centimes en cas d'affranchissement, et au double dans le cas contraire, par chaque lettre ne dépassant pas le poids de 20 grammes, et à 15 centimes en cas d'affranchissement, et au double dans le cas contraire, par chaque poids de 20 grammes ou fraction de 20 grammes au-dessus du premier poids de 20 grammes; || 2° pour les cartes postales, en cas d'affranchissement, à 10 centimes pour la carte simple ou pour chacune des deux parties de la carte avec réponse payée, et au double dans le cas contraire; || 3° pour les imprimés de toute nature, les papiers d'affaires et les échantillons de

marchandises, à 5 centimes par chaque objet ou paquet portant une adresse particulière et par chaque poids de 50 grammes ou fraction de 50 grammes, pourvu que cet objet ou paquet ne contienne aucune lettre ou note manuscrite ayant le caractère de correspondance actuelle et personnelle, et soit conditionné de manière à pouvoir être facilement vérifié. || La taxe des papiers d'affaires ne peut être inférieure à 25 centimes par envoi, et la taxe des échantillons ne peut être inférieure à 10 centimes par envoi. || 2. Il peut être perçu, en sus des taxes fixées par le paragraphe précédent: || 1° pour tout envoi soumis aux frais de transit maritime prévus au § 3, 2°, c, de l'article 4 et dans toutes les relations auxquelles ces frais de transit sont applicables, une surtaxe uniforme qui ne peut pas dépasser 25 centimes par port simple pour les lettres, 5 centimes par carte postale et 5 centimes par 50 grammes ou fraction de 50 grammes pour les autres objets; || 2° pour tout objet transporté par des services dépendant d'Administrations étrangères à l'Union, ou par des services extraordinaires dans l'Union donnant lieu à des frais spéciaux, une surtaxe en rapport avec ces frais. || Lorsque le tarif d'affranchissement de la carte postale simple comprend l'une ou l'autre des surtaxes autorisées par les deux alinéas précédents, ce même tarif est applicable à chacune des parties de la carte postale avec réponse payée. || 3. En cas d'insuffisance d'affranchissement, les objets de correspondance de toute nature sont passibles, à la charge des destinataires, d'une taxe double du montant de l'insuffisance, sans que cette taxe puisse dépasser celle qui est perçue dans le pays de destination sur les correspondances non affranchies de mêmes nature, poids et origine. || 4. Les objets autres que les lettres et les cartes postales doivent être affranchis au moins partiellement. || 5. Les paquets d'échantillons de marchandises ne peuvent renfermer aucun objet ayant une valeur marchande; ils ne doivent pas dépasser le poids de 350 grammes, ni présenter des dimensions supérieures à 30 centimètres en longueur, 20 centimètres en largeur et 10 centimètres en épaisseur ou, s'ils ont la forme de rouleau, à 30 centimètres de longueur et 15 centimètres de diamètre. || 6. Les paquets de papiers d'affaires et d'imprimés ne peuvent pas dépasser le poids de 2 kilogrammes, ni présenter, sur aucun de leurs côtés, une dimension supérieure à 45 centimètres. On peut, toutefois, admettre au transport par la poste les paquets en forme de rouleau dont le diamètre ne dépasse pas 10 centimètres et dont la longueur n'excède pas 75 centimètres. || 7. Sont exclus de la modération de taxe les timbres ou formules d'affranchissement, oblitérés ou non, ainsi que tous imprimés constituant le signe représentatif d'une valeur, sauf les exceptions autorisées par le Règlement d'exécution prévu à l'article 20 de la présente Convention.

Article 6.

Objets recommandés; avis de réception; demandes de renseignements.

1. Les objets désignés dans l'article 5 peuvent être expédiés sous recommandation. || Toutefois, les parties „Réponse“ adhérentes aux cartes postales ne peuvent être recommandées par les expéditeurs primitifs de ces envois. || 2. Tout envoi recommandé est passible, à la charge de l'expéditeur: || 1° du prix d'affranchissement ordinaire de l'envoi, selon sa nature; || 2° d'un droit fixe de recommandation de 25 centimes au maximum, y compris la délivrance d'un bulletin de dépôt à l'expéditeur. || 3. L'expéditeur d'un objet recommandé peut obtenir un avis de réception de cet objet, en payant, au moment où il demande cet avis, un droit fixe de 25 centimes au maximum. Le même droit peut être perçu pour les demandes de renseignements relatives aux objets recommandés, si l'expéditeur n'a pas déjà acquitté la taxe spéciale pour obtenir un avis de réception.

Article 7.

Envois contre remboursement.

1. Les correspondances recommandées peuvent être expédiées grevées de remboursement dans les relations entre les pays dont les Administrations conviennent d'assurer ce service. || Les objets contre remboursement sont soumis aux formalités et aux taxes des envois recommandés. || Le maximum du remboursement est fixé, par envoi, à 1 000 francs ou à l'equivalent de cette somme. || 2. À moins d'arrangement contraire entre les Administrations des pays intéressés, le montant encaissé du destinataire doit être transmis à l'expéditeur au moyen d'un mandat de poste, après déduction d'un droit d'encaissement de 10 centimes et de la taxe ordinaire des mandats calculée sur le montant du reliquat. || Le montant d'un mandat de remboursement tombé en rebut reste à la disposition de l'Administration du pays d'origine de l'envoi grevé de remboursement. || 3. La perte d'une correspondance recommandée grevée de remboursement engage la responsabilité du service postal dans les conditions déterminées par l'article 8 ci-après pour les envois recommandés non suivis de remboursement. || Après la livraison de l'objet, l'Administration du pays de destination est responsable du montant du remboursement, à moins qu'elle ne puisse prouver que les dispositions prescrites en ce qui concerne les remboursements, par le Règlement prévu à l'article 20 de la présente Convention, n'ont pas été observées. Toutefois, l'omission éventuelle dans la feuille d'avis de la mention „Remb.“ et du montant du remboursement n'altère pas la responsabilité de l'Administration du pays de destination pour le non-encaissement du montant.

Article 8.

Responsabilité en matière d'envois recommandés.

1. En cas de perte d'un envoi recommandé et sauf le cas de force majeure, l'expéditeur ou, sur sa demande, le destinataire a droit à une indemnité de 50 francs. || 2. Les pays disposés à se charger des risques pouvant dériver du cas de force majeure sont autorisés à percevoir de ce chef sur l'expéditeur une surtaxe de 25 centimes au maximum pour chaque envoi recommandé. || 3. L'obligation de payer l'indemnité incombe à l'Administration dont relève le bureau expéditeur. Est réservé à cette Administration le recours contre l'Administration responsable, c'est-à-dire contre l'Administration sur le territoire ou dans le service de laquelle la perte a eu lieu. || En cas de perte, dans des circonstances de force majeure, sur le territoire ou dans le service d'un pays se chargeant des risques mentionnés au paragraphe précédent, d'un objet recommandé provenant d'un autre pays, le pays où la perte a eu lieu en est responsable devant l'Office expéditeur, si ce dernier se charge, de son côté, des risques en cas de force majeure à l'égard de ses expéditeurs. || 4. Jusqu'à preuve du contraire, la responsabilité incombe à l'Administration qui, ayant reçu l'objet sans faire d'observation, ne peut établir ni la délivrance au destinataire, ni, s'il y a lieu, la transmission régulière à l'Administration suivante. Pour les envois adressés poste restante, ou conservés en instance à la disposition des destinataires, la responsabilité cesse par la délivrance à une personne qui a justifié de son identité suivant les règles en vigueur dans le pays de destination, et dont les noms et qualité sont conformes aux indications de l'adresse. || 5. Le payement de l'indemnité par l'Office expéditeur doit avoir lieu le plus tôt possible et, au plus tard, dans le délai d'un an à partir du jour de la réclamation. L'Office responsable est tenu de rembourser sans retard, à l'Office expéditeur, le montant de l'indemnité payée par celui-ci. || L'Office d'origine est autorisé à désintéresser l'expéditeur pour le compte de l'Office intermédiaire ou destinataire qui régulièrement saisi, a laissé une année s'écouler sans donner suite à l'affaire. En outre, dans le cas où un Office dont la responsabilité est dûment établie, a tout d'abord décliné le payement de l'indemnité, il doit prendre à sa charge, en plus de l'indemnité, les frais accessoires résultant du retard non justifié apporté au payement. || 6. Il est entendu que la réclamation n'est admise que dans le délai d'un an, à partir du dépôt à la poste de l'envoi recommandé; passé ce terme, le réclamant n'a droit à aucune indemnité. || 7. Si la perte a eu lieu en cours de transport sans qu'il soit possible d'établir sur le territoire ou dans le service de quel pays le fait s'est accompli, les Administrations en cause supportent le

dommage par parts égales. || 8. Les Administrations cessent d'être responsables des envois recommandés dont les ayants droit ont donné reçu et pris livraison.

Article 9.

Retrait de correspondances; modification d'adresse ou des conditions d'envoi.

1. L'expéditeur d'un objet de correspondance peut le faire retirer du service ou en faire modifier l'adresse, tant que cet objet n'a pas été livré au destinataire. || 2. La demande à formuler à cet effet est transmise par voie postale ou par voie télégraphique aux frais de l'expéditeur, qui doit payer, savoir: || 1° pour toute demande par voie postale, la taxe applicable à une lettre simple recommandée; || 2° pour toute demande par voie télégraphique, la taxe du télégramme d'après le tarif ordinaire. || 3. L'expéditeur d'un envoi recommandé grevé de remboursement peut, aux conditions fixées pour les demandes de modification de l'adresse, demander le dégrèvement total ou partiel du montant du remboursement. || 4. Les dispositions du présent article ne sont pas obligatoires pour les pays dont la législation ne permet pas à l'expéditeur de disposer d'un envoi en cours de transport.

Article 10.

Fixation des taxes en monnaie autre que le franc.

Ceux des pays de l'Union qui n'ont pas le franc pour unité monétaire fixent leurs taxes à l'équivalent, dans leur monnaie respective, des taux déterminés par les divers articles de la présente Convention. Ces pays ont la faculté d'arrondir les fractions conformément au tableau inséré au Règlement d'exécution mentionné à l'article 20 de la présente Convention. || Les Administrations qui entretiennent des bureaux de poste relevant de l'Union dans des pays étrangers à l'Union fixent leurs taxes dans la monnaie locale, de la même manière. Lorsque deux ou plusieurs Administrations entretiennent de ces bureaux dans un même pays étranger à l'Union, les équivalents locaux à adopter par tous ces bureaux sont fixés de gré à gré entre les Administrations intéressées.

Article 11.

Affranchissement des envois; coupons-réponse; franchise de port.

1. L'affranchissement de tout envoi quelconque ne peut être opéré qu'au moyen de timbres-poste valables dans le pays d'origine pour la correspondance des particuliers. Toutefois, il n'est pas permis de faire usage, dans le service international, de timbres-poste créés dans un but spécial et particulier au pays d'émission, tels que les timbres-poste dits

commémoratifs d'une validité transitoire. || Sont considérés comme dûment affranchis les cartes-réponse portant des timbres-poste du pays d'émission de ces cartes et les journaux ou paquets de journaux non munis de timbres-poste, mais dont la suscription porte la mention „Abonnements-poste" et qui sont expédiés en vertu de l'Arrangement particulier sur les abonnements aux journaux, prévu à l'article 19 de la présente Convention. || 2. Des coupons-réponse peuvent être échangés entre les pays dont les Administrations ont accepté de participer à cet échange. Le prix de vente minimum du coupon-réponse est de 28 centimes ou de l'équivalent de cette somme dans la monnaie du pays qui le débite. || Ce coupon est échangeable dans tout pays participant contre un timbre de 25 centimes ou de l'équivalent de cette somme dans la monnaie du pays où l'échange est demandé. Le Règlement d'exécution prévu à l'article 20 de la Convention détermine les autres conditions de cet échange et notamment l'intervention du Bureau international dans la confection, l'approvisionnement et la comptabilité desdits coupons. || 3. Les correspondances officielles relatives au service postal, échangées entre les Administrations postales, entre ces Administrations et le Bureau international et entre les bureaux de poste des pays de l'Union, sont exemptées de l'affranchissement en timbres-poste ordinaires et sont admises à la franchise. || 4. Il en est de même des correspondances concernant les prisonniers de guerre, expédiées ou reçues, soit directement, soit à titre d'intermédiaire, par les bureaux de renseignements qui seraient établis éventuellement pour ces personnes, dans des pays belligérants ou dans des pays neutres ayant recueilli des belligérants sur leur territoire. || Les correspondances destinées aux prisonniers de guerre ou expédiées par eux sont également affranchies de toutes taxes postales, aussi bien dans les pays d'origine et de destination que dans les pays intermédiaires. || Les belligérants recueillis et internés dans un pays neutre sont assimilés aux prisonniers de guerre proprement dits, en ce qui concerne l'application des dispositions ci-dessus. || 5. Les correspondances déposées en pleine mer à la boîte d'un paquebot ou entre les mains des agents des postes embarqués ou des commandants de navires peuvent être affranchies au moyen des timbres-poste et d'après le tarif du pays auquel appartient ou dont dépend ledit paquebot. Si le dépôt à bord a lieu pendant le stationnement aux deux points extrêmes du parcours ou dans l'une des escales intermédiaires, l'affranchissement n'est valable qu'autant qu'il est effectué au moyen de timbres-poste et d'après le tarif du pays dans les eaux duquel se trouve le paquebot.

Article 12.

Attribution des taxes.

1. Chaque Administration garde en entier les sommes qu'elle a perçues en exécution des articles 5, 6, 7, 10 et 11 précédents, sauf la bonification due pour les mandats prévus au § 2 de l'article 7 et exception faite en ce qui concerne les coupons-réponse (article 11). || 2. En conséquence, il n'y a pas lieu, de ce chef, à un décompte entre les diverses Administrations de l'Union, sous les réserves prévues au § 1 du présent article. || 3. Les lettres et autres envois postaux ne peuvent, dans le pays d'origine, comme dans celui de destination, être frappés à la charge des expéditeurs ou des destinataires, d'aucune taxe ni d'aucun droit postal autres que ceux prévus par les articles susmentionnés.

Article 13.

Envois-exprès.

1. Les objets de correspondance de toute nature sont, à la demande des expéditeurs, remis à domicile par un porteur spécial immédiatement après l'arrivée, dans les pays de l'Union qui consentent à se charger de ce service dans leurs relations réciproques. || 2. Ces envois, qui sont qualifiés „exprès", sont soumis à une taxe spéciale de remise à domicile; cette taxe est fixée à 30 centimes et doit être acquittée complètement et à l'avance, par l'expéditeur, en sus du port ordinaire. Elle est acquise à l'Administration du pays d'origine, || 3. Lorsque l'objet est destiné à une localité où il n'existe pas de bureau de poste chargé de la remise à domicile des exprès, l'Administration des postes destinataire peut percevoir un taxe complémentaire, jusqu'à concurrence du prix fixé pour la remise par exprès dans son service interne, déduction faite de la taxe fixe payée par l'expéditeur, ou de son équivalent dans la monnaie du pays qui perçoit ce complément. || La taxe complémentaire prévue ci-dessus, reste exigible en cas de réexpédition ou de mise en rebut de l'objet; elle est acquise à l'Administration qui l'a perçue. || 4. Les objets exprès non complètement affranchis pour le montant total des taxes payables à l'avance sont distribués par les moyens ordinaires, à moins qu'ils n'aient été traités, comme exprès par le bureau d'origine.

Article 14.

Réexpédition; rebuts.

1. Il n'est perçu aucun supplément de taxe pour la réexpédition d'envois postaux dans l'intérieur de l'Union. || 2. Les correspondances tombées en rebut ne donnent pas lieu à restitution des droits de transit

revenant aux Administrations intermédiaires, pour le transport antérieur des dites correspondances. || 3. Les lettres et les cartes postales non affranchies et les correspondances de toute nature insuffisamment affranchies, qui font retour au pays d'origine par suite de réexpédition ou de mise en rebut, sont passibles, à la charge destinataires ou des expéditeurs, des mêmes taxes que les objets similaires directement adressés du pays de la première destination au pays d'origine.

Article 15.

Échange de dépêches closes avec les bâtiments de guerre.

1. Des dépêches closes peuvent être échangées entre les bureaux de poste de l'un des pays contractants et les commandants de divisions navales ou bâtiments de guerre de ce même pays en station à l'étranger ou entre le commandant d'une de ces divisions navales ou bâtiments de guerre et le commandant d'une autre division ou bâtiment du même pays, par l'intermédiaire des services territoriaux ou maritimes dépendant d'autres pays. || 2. Les correspondances de toute nature comprises dans ces dépêches doivent être exclusivement à l'adresse ou en provenance des états-majors et des équipages des bâtiments destinataires ou expéditeurs des dépêches; les tarifs et conditions d'envoi qui leur sont applicables sont déterminés, d'après ses règlements intérieurs, par l'Administration des postes du pays auquel appartiennent les bâtiments. || 3. Sauf arrangement contraire entre les Offices intéressés, l'Office postal expéditeur ou destinataire des dépêches dont il s'agit est redevable, envers les Offices intermédiaires, de frais de transit calculés conformément aux dispositions de l'article 4.

Article 16.

Interdictions.

1. Il n'est pas donné cours aux papiers d'affaires, échantillons et imprimés qui ne remplissent pas les conditions requises, pour ces catégories d'envois, par l'article 5 de la présente Convention et par le Règlement d'exécution prévu à l'article 20. || 2. Le cas échéant, ces objets sont renvoyés au timbre d'origine et remis, s'il est possible, à l'expéditeur, sauf le cas, s'il s'agit d'objets affranchis au moins partiellement, où l'Administration du pays de destination serait autorisée, par sa législation ou par ses règlements intérieurs, à les mettre en distribution. || 3. Il est interdit: || 1° d'expédier par la poste: || a) des échantillons et autres objets qui, par leur nature, peuvent présenter du danger pour les agents postaux, salir ou détériorer les correspondances; || b) des matières explosibles, inflammables ou dangereuses; des animaux et insectes, vivants ou morts, sauf les exceptions mentionnées au Règlement d'exécution prévu à l'article 20 de la Con-

vention; || 2° d'insérer dans les correspondances ordinaires ou recommandées consignées à la poste: || a) des pièces de monnaie; || b) des objets passibles de droits de douane; || c) des matières d'or ou d'argent, des pierreries, des bijoux et autres objets précieux, mais seulement dans le cas où leur insertion ou expédition serait défendue d'après le législation des pays intéressés; || d) des objets quelconques dont l'entrée ou la circulation sont interdites dans le pays de destination. || 4. Les envois tombant sous les prohibitions du paragraphe 3 qui précède et qui auraient été à tort admis à l'expédition doivent être renvoyés au timbre d'origine, sauf le cas où l'Administration du pays de destination serait autorisée, par sa législation ou par ses règlements intérieurs à en disposer autrement. || Toutefois, les matières explosibles, inflammables ou dangereuses ne sont pas renvoyées au timbre d'origine; elles sont détruites sur place par les soins de l'Administration qui en constate la présence. || 5. Est d'ailleurs réservé le droit du Gouvernement de tout pays de l'Union de ne pas effectuer, sur son territoire, le transport ou la distribution, tant des objets jouissant de la modération de taxe à l'égard desquels il n'a pas été satisfait aux lois, ordonnances ou décrets qui règlent les conditions de leur publication ou de leur circulation dans ce pays, que des correspondances de toute nature qui portent ostensiblement des inscriptions, dessins, etc., interdits par les dispositions légales ou réglementaires en vigueur dans le même pays.

Article 17.

Relations avec les pays étrangers à l'Union.

1. Les Offices de l'Union qui ont des relations avec des pays situés en dehors de l'Union, doivent prêter leur concours à tous les autres Offices de l'Union: || 1° pour la transmission, par leur intermédiaire, soit à découvert, soit en dépêches closes, si ce mode de transmission est admis d'un commun accord par les Offices d'origine et de destination des dépêches, des correspondances à destination ou provenant des pays en dehors de l'Union; || 2° pour l'échange des correspondances, soit à découvert, soit en dépêches closes, à travers les territoires ou par l'intermédiaire de services dépendant desdits pays en dehors de l'Union; || 3° pour que les correspondances soient soumises en dehors de l'Union, comme dans le ressort de l'Union, aux frais de transit déterminés par l'article 4. || 2. Les frais totaux de transit maritime dans l'Union et en dehors de l'Union ne peuvent pas excéder 15 francs par kilogramme de lettres et de cartes postales et 1 franc par kilogramme d'autres objets. Les cas échéant, ces frais sont répartis au prorata des distances, entre les Offices intervenant

dans le transport. || 3. Les frais de transit, territorial ou maritime, en dehors des limites de l'Union comme dans le ressort de l'Union, des correspondances auxquelles s'applique le présent article, sont constatés dans la même forme que les frais de transit afférents aux correspondances échangées entre pays de l'Union au moyen des services d'autres pays de l'Union. || 4. Les frais de transit des correspondances à destination des pays en dehors de l'Union postale sont à la charge de l'Office du pays d'origine, qui fixe les taxes d'affranchissement dans son service des dites correspondances, sans que ces taxes puissent être inférieures au tarif normal de l'Union. || 5. Les frais de transit des correspondances originaires des pays en dehors de l'Union ne sont pas à la charge de l'Office du pays de destination. Cet Office distribue sans taxe les correspondances qui lui sont livrées comme complètement affranchies; il taxe les correspondances non affranchies au double du tarif d'affranchissement applicable dans son propre service aux envois similaires à destination du pays d'où proviennent lesdites correspondances, et les correspondances insuffisamment affranchies au double de l'insuffisance, sans que la taxe puisse dépasser celle qui est perçue sur les correspondances non affranchies de mêmes nature, poids et origine. || 6. À l'égard de la responsabilité en matière d'objets recommandés, les correspondances sont traitées: || pour le transport dans le ressort de l'Union, d'après les stipulations de la présente Convention; || pour le transport en dehors des limites de l'Union, d'après les conditions notifiées par l'Office de l'Union qui sert d'intermédiaire.

Article 18.

Timbres-poste contrefaits.

Les hautes parties contractantes s'engagent à prendre, ou à proposer à leurs législatures respectives, les mesures nécessaires pour punir l'emploi frauduleux, pour l'affranchissement de correspondances, de timbres-poste contrefaits ou ayant déjà servi. Elles s'engagent également à prendre, ou à proposer à leurs législatures respectives, les mesures nécessaires pour interdire et réprimer les opérations frauduleuses de fabrication, vente, colportage ou distribution de vignettes et timbres en usage dans le service des postes, contrefaits ou imités de telle manière qu'ils pourraient être confondus avec les vignettes et timbres émis par l'Administration d'un des pays adhérents.

Article 19.

Services faisant l'objet d'arrangements particuliers.

Le service des lettres et boîtes avec valeur déclarée, et ceux des mandats de poste, des colis postaux, des valeurs à recouvrer, des livrets

d'identité, des abonnements aux journaux, etc., font l'objet d'arrangements particuliers entre les divers pays ou groupes de pays de l'Union.

Article 20.

Règlement d'exécution; arrangements spéciaux entre Administrations.

1. Les Administrations postales des divers pays qui composent l'Union sont compétentes pour arrêter d'un commun accord, dans un Règlement d'exécution, toutes les mesures d'ordre et de détail qui sont jugées nécessaires. || 2. Les différentes Administrations peuvent, en outre, prendre entre elles les arrangements nécessaires au sujet des questions qui ne concernent pas l'ensemble de l'Union, pourvu que ces arrangements ne dérogent pas à la présente Convention. || 3. Il est toutefois permis aux Administrations intéressées de s'entendre mutuellement pour l'adoption de taxes réduites dans un rayon de 30 kilomètres.

Article 21.

Législation interne; unions restreintes.

1. La présente Convention ne porte point altération à la législation de chaque pays dans tout ce qui n'est pas prévu par les stipulations contenues dans cette Convention. || 2. Elle ne restreint pas le droit des parties contractantes de maintenir et de conclure des traités, ainsi que de maintenir et d'établir des unions plus restreintes, en vue de la réduction des taxes ou de toute autre amélioration des relations postales.

Article 22.

Bureau international.

1. Est maintenue l'institution, sous le nom de Bureau international de l'Union postale universelle, d'un Office central qui fonctionne sous la haute surveillance de l'Administration des postes suisses, et dont les frais sont supportés par toutes les Administrations de l'Union. || 2. Ce Bureau demeure chargé de réunir, de coordonner, de publier et de distribuer les renseignements de toute nature qui intéressent le service international des postes; d'émettre, à la demande des parties en cause, un avis sur les questions litigieuses; d'instruire les demandes en modification des Actes du Congrès; de notifier les changements adoptés, et, en général, de procéder aux études et aux travaux dont il serait saisi dans l'intérêt de l'Union postale.

Article 23.

Litiges à régler par arbitrage.

1. En cas de dissentiment entre deux ou plusieurs membres de l'Union, relativement à l'interprétation de la présente Convention ou à

la responsabilité dérivant, pour une Administration, de l'application de ladite Convention, la question en litige est réglée par jugement arbitral. À cet effet, chacune des Administrations en cause choisit un autre membre de l'Union qui n'est pas directement intéressé dans l'affaire. || 2. La décision des arbitres est donnée à la majorité absolue des voix. || 3. En cas de partage des voix, les arbitres choisissent, pour trancher le différend, une autre Administration également désintéressée dans le litige. || 4. Les dispositions du présent article s'appliquent également à tous les Arrangements conclus en vertu de l'article 19 précédent.

Article 24.

Adhésions à la Convention.

1. Les pays qui n'ont point pris part à la présente Convention sont admis à y adhérer sur leur demande. || 2. Cette adhésion est notifiée, par la voie diplomatique, au Gouvernement de la Confédération suisse et, par ce Gouvernement, à tous les pays de l'Union. || 3. Elle emporte, de plein droit, accession à toutes les clauses et admission à tous les avantages stipulés par la présente Convention. || 4. Il appartient au Gouvernement de la Confédération suisse de déterminer, d'un commun accord avec le Gouvernement du pays intéressé, la part, contributive de l'Administration de ce dernier pays dans les frais du Bureau international, et, s'il y a lieu, les taxes à percevoir par cette Administration en conformité de l'Article 10 précédent.

Article 25.

Congrès et conférences.

1. Des Congrès de plénipotentiaires des pays contractants ou de simples Conférences administratives, selon l'importance des questions à résoudre, sont réunis lorsque la demande en est faite ou approuvée par les deux tiers, au moins, des Gouvernements ou Administrations, suivant le cas. || 2. Toutefois, un Congrès doit avoir lieu au plus tard cinq ans après la date de la mise à exécution des Actes conclus au dernier Congrès. || 3. Chaque pays peut se faire représenter, soit par un ou plusieurs délégués soit par la délégation d'un autre pays. Mais il est entendu que le délégué ou les délégués d'un pays ne peuvent être chargés que de la représentation de deux pays, y compris celui qu'ils représentent. || 4. Dans les délibérations, chaque pays dispose d'une seule voix. || 5. Chaque Congrès fixe le lieu de la réunion du prochain Congrès. || 6. Pour les Conférences, les Administrations fixent les lieux de réunion sur la proposition du Bureau international.

Article 26.

Propositions dans l'intervalle des réunions.

1. Dans l'intervalle qui s'écoule entre les réunions, toute Administration des postes d'un pays de l'Union a le droit d'adresser aux autres Administrations participantes, par l'intermédiaire du Bureau international, des propositions concernant le régime de l'Union. || Pour être mise en délibération, chaque proposition doit être appuyée par au moins 2 Administrations, sans compter celle dont la proposition émane. Lorsque le Bureau international ne reçoit pas, en même temps que la proposition, le nombre nécessaire de déclarations d'appui, la proposition reste sans aucune suite. || 2. Toute proposition est soumise au procédé suivant: || Un délai de six mois est laissé aux Administrations de l'Union pour examiner les propositions et pour faire parvenir au Bureau international le cas échéant, leurs observations. Les amendements ne sont pas admis. Les réponses sont réunies par les soins du Bureau international et communiquées aux Administrations avec l'invitation de se prononcer pour ou contre. Celles qui n'ont point fait parvenir leur vote dans un délai de six mois, à compter de la date de la seconde circulaire du Bureau international leur notifiant les observations apportées, sont considérées comme s'abstenant. || 3. Pour devenir exécutoires, les propositions doivent réunir, savoir: || 1° l'unanimité des suffrages, s'il s'agit de l'addition de nouvelles dispositions ou de la modification des dispositions du présent article et des articles 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 12, 13, 15, 18, 27, 28 et 29; || 2° les deux tiers des suffrages, s'il s'agit de la modification des dispositions de la Convention autres que celles des articles 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 12, 13, 15, 18, 26, 27, 28 et 29; || 3° la simple majorité absolue, s'il s'agit de l'interprétation des dispositions de la Convention, hors le cas de litige prévu à l'article 23 précédent. || 4. Les résolutions valables sont consacrées, dans les deux premiers cas, par une déclaration diplomatique que le Gouvernement de la Confédération suisse est chargé d'établir et de transmettre à tous les Gouvernements des pays contractants, et, dans le troisième cas, par une simple notification du Bureau international à toutes les Administrations de l'Union. || 5. Toute modification ou résolution adoptée n'est exécutoire que trois mois, au moins, après sa notification.

Article 27.

Protectorats et colonies dans l'Union.

Sont considérés comme formant, pour l'application des articles 22, 25 et 26 précédents, un seul pays ou un seule Administration, suivant

le cas: || 1° Les protectorats allemands de l'Afrique; || 2° Les protectorats allemands de l'Asie et de l'Australasie; || 3° L'Empire de l'Inde britannique; || 4° Le Dominion du Canada; || 5° La Confédération australienne (Commonwealth of Australia) avec la Nouvelle-Guinée britannique; || 6° L'ensemble des colonies et protectorats britanniques de l'Afrique du Sud; || 7° L'ensemble de toutes les autres colonies britanniques; || 8° L'ensemble des possessions insulaires des États-Unis d'Amérique comprenant actuellement les îles Hawaï, les îles Philippines et les îles de Porto-Rico et de Guam; || 9° L'ensemble des colonies danoises; || 10° L'ensemble des colonies espagnoles; || 11° L'Algérie; || 12° Les colonies et protectorats français de l'Indo-Chine; || 13° L'ensemble des autres colonies françaises; || 14° L'ensemble des colonies italiennes; || 15° L'ensemble des colonies néerlandaises; || 16° Les colonies portugaises de l'Afrique; || 17° L'ensemble des autres colonies portugaises.

Article 28.

Durée de la Convention.

La présente Convention sera mise à exécution le 1er octobre 1907 et demeurera en vigueur pendant un temps indéterminé; mais chaque partis contractante a le droit de se retirer de l'Union, moyennant un avertissement donné une année à l'avance par son Gouvernement au Gouvernement de la Confédération suisse.

Article 29.

Abrogation des traités antérieurs; ratification.

1. Sont abrogées à partir du jour de la mise à exécution de la présente Convention toutes les dispositions des Traités, Conventions, Arrangements ou autres Actes conclus antérieurement entre les divers pays ou Administrations pour autant que ces dispositions ne seraient pas conciliables avec les termes de la présente Convention, et sans préjudice des droits réservés par l'article 21 ci-dessus. || 2. La présente Convention sera ratifiée aussitôt que faire se pourra. Les actes de ratification seront échangés à Rome. || 3. En foi de quoi, les plénipotentiaires des pays ci-dessus énumérés ont signé la présente Convention à Rome, le vingt-six mai mil neuf cent six.

(Unterschriften.)

Protocole final.

Au moment de procéder à la signature des Conventions arrêtées par le Congrès postal universel de Rome, les plénipotentiaires soussignés sont convenus de ce qui suit:

I.

Il est pris acte de la déclaration faite par la délégation britannique au nom de son Gouvernement et portant qu'il a cédé à la Nouvelle-Zélande avec les îles Cook et autres îles dépendantes, la voix que l'article 27, 7°, de la Convention attribue à „l'ensemble de toutes les autres colonies britanniques".

II.

En dérogation à l'article 27 de la Convention principale, une deuxième voix est accordée aux colonies néerlandaises en faveur des Indes néerlandaises.

III.

En dérogation aux dispositions du § 1 de l'article 5, il est entendu que, par mesure de transition, les Administrations postales qui, en raison de l'organisation de leur service intérieur, ou pour d'autres causes, ne pourraient adopter le principe de l'élévation du poids unitaire des lettres de 15 à 20 grammes et celui de l'abaissement de la taxe au-dessus de la première unité de poids à 15 centimes par port supplémentaire au lieu de 25 centimes, sont autorisées à ajourner l'application de ces deux dispositions ou de l'une ou l'autre, en ce qui concerne les lettres originaires de leur service, jusqu'au jour où elles seront en mesure de le faire, et à se conformer entre temps, aux prescriptions établies à ce sujet par le Congrès de Washington.

IV.

En dérogation à l'article 6 de la Convention, qui fixe à 25 centimes au maximum le droit de recommandation, il est convenu que les États hors d'Europe sont autorisées à maintenir ce maximum à 50 centimes, y compris la délivrance d'un bulletin de dépôt à l'expéditeur.

V.

Par exception aux dispositions du § 3 de l'article 12 de la Convention, la Perse a la faculté de percevoir sur les destinataires des imprimés de toute sorte arrivant de l'étranger une taxe de 5 centimes par envoi distribué. || Cette faculté lui est accordée à titre provisoire. || La même faculté est accordée à la Chine pour le cas où elle adhérerait à la Convention principale.

VI.

Par exception aux dispositions de l'article 4 de la Convention principale et des paragraphes correspondants du Règlement relatif à cette Convention,

il est convenu ce qui suit en ce qui concerne les frais de transit à payer à l'Administration russe du chef des correspondances échangées par la voie du chemin de fer sibérien: || 1° Le décompte des frais de transit concernant les correspondances susmentionnées aura lieu, à partir de la date de l'ouverture du chemin de fer précité, sur la base de relevés spéciaux établis tous les trois ans pendant les vingt-huit premiers jours du mois de mai ou du mois de novembre (alternativement) de la deuxième année de chaque période triennale, pour sortir leurs effets rétroactivement à partir de la première année. || 2° La statistique de mai 1908 règlera les payements à faire depuis la date du commencement éventuel du trafic dont il s'agit jusqu'à la fin de l'année 1909. La statistique de novembre 1911 s'appliquera aux années 1910, 1911 et 1912, et ainsi de suite. || 3° Si un pays de l'Union commence l'expédition de ses correspondances en transit par le chemin de fer sibérien, pendant l'application de la statistique susmentionnée, la Russie a la faculté de réclamer une statistique à part se rapportant exclusivement à cette correspondance. || 4° Les payements des frais de transit dus à la Russie pour la première et, au besoin, pour la seconde année de chaque période triennale, s'effectuent provisoirement, à la fin de l'année, sur les bases de la statistique précédente, sauf règlement ultérieur des comptes d'après les résultats de la statistique nouvelle. || 5° Le transit à découvert n'est pas admis par le chemin de fer précité. || Le Japon a la faculté d'appliquer les dispositions de chaque paragraphe du présent article en ce qui concerne le décompte des frais de transit dus au Japon pour le transit territorial ou maritime des correspondances échangées par la voie du chemin de fer japonais en Chine (Mandchourie) et en ce qui concerne la non-admission du transit à découvert.

VII.

Le Salvador, qui fait partie de l'Union postale, ne s'étant pas fait représenter au Congrès, le Protocole lui reste ouvert pour adhérer aux Conventions qui y ont été conclues, ou seulement à l'une ou à l'autre d'entre elles. || Il reste aussi ouvert dans le même but: || a) Au Nicaragua et au Pérou, dont les délégués au Congrès n'étaient pas munis de pleins pouvoirs; || b) À la République Dominicaine, dont le délégué a dû s'absenter au moment de la signature des Actes. || Le Protocole reste également ouvert en faveur de l'Empire de Chine et de l'Empire de l'Éthiopie, dont les délégués au Congrès ont déclaré l'intention de ces pays d'entrer dans l'Union postale universelle à partir d'une date à fixer ultérieurement.

VIII.

Le Protocole demeure ouvert en faveur des pays dont les représentants n'ont signé aujourd'hui que la Convention principale, ou un certain nombre seulement des Conventions arrêtées par le Congrès à l'effet de leur permettre d'adhérer aux autres Conventions signées ce jour, ou à l'une ou l'autre d'entre elles.

IX.

Les adhésions prévues à l'article VII ci-dessus devront être notifiées au Gouvernement de l'Italie par les Gouvernements respectifs, en la forme diplomatique. Le délai qui leur est accordé pour cette notification expirera le 1er juillet 1907.

X.

Dans le cas où une ou plusieurs des parties contractantes aux Conventions postales signées aujourd'hui à Rome ne ratifieraient pas l'une ou l'autre de ces Conventions, cette Convention n'en sera pas moins valable pour les États qui l'auront ratifiée. || En foi de quoi, les plénipotentiaires ci-dessous ont dressé le présent Protocole final, qui aura la même force et la même valeur que si ses dispositions étaient insérées dans le texte même des Conventions auxquelles il se rapporte, et ils l'ont signé en un exemplaire qui restera déposé aux Archives du Gouvernement de l'Italie et dont une copie sera remise à chaque partie.

Fait à Rome, le vingt-six mai mil neuf cent six.

(Unterschriften).

Nr. 13808. **WELTPOSTVEREIN.** Übereinkommen, betreffend den Austausch von Briefen und Kästchen mit Wertangabe.

Rom, 26. Mai 1906.

L'Allemagne et les Protectorats Allemands, la République Argentine, l'Autriche, la Belgique, la Bosnie-Herzégovine, le Brésil, la Bulgarie, le Chili, la République de Colombie, le Danemark et les Colonies Danoises, l'Égypte, l'Espagne, la France, l'Algérie, les Colonies et Protectorats Français de l'Indo-Chine, l'Ensemble des Autres Colonies Françaises, la Grande-Bretagne et diverses colonies britanniques, l'Inde Britannique, la Grèce, le Guatemala, la Hongrie, l'Italia et les Colonies Italiennes, le Japon, le Luxembourg, le Monténégro, la Norvège, les Pays-Bas, les Indes Néerlandaises, le Portugal et les Colonies Partugaises, la Roumanie, la Russie, la Serbie, la Suède, la Suisse, la Tunisie et la Turquie.

Les soussignés, plénipotentiaires des Gouvernements des pays ci-dessus énumérés, vu l'article 19 de la convention principale, ont, d'un commun accord et sous réserve de ratification, arrêté l'Arrangement suivant:

Article premier.

Etendue de l'Arrangement; poids maximum des boîtes.

1. Il peut être expédié, de l'un des pays mentionnés ci-dessus pour un autre de ces pays, des lettres contenant des valeurs-papier déclarées et des boîtes contenant des bijoux et objets précieux déclarés avec assurance du montant de la déclaration. || La participation au service des boîtes avec valeur déclarée est limitée aux échanges entre ceux des pays adhérents dont les Administrations sont convenues d'établir ce service dans leurs relations réciproques. || 2. Le poids maximum des boîtes est fixé à 1 kilogramme par envoi. || 3. Les divers Offices, pour leurs rapports respectifs, ont la faculté de déterminer un maximum de déclaration de valeur qui, dans aucun cas, ne peut être inférieur à 10000 francs par envoi, et il est entendu que les diverses Administrations intervenant dans le transport ne sont engagées que jusqu'à concurrence du maximum qu'elles ont respectivement adopté.

Article 2.

Remboursement.

1. Les lettres et boîtes avec valeur déclarée peuvent être grevées de remboursement, aux conditions admises par les §§ 1 et 2 de l'article 7 de la Convention principale. Ces objets sont soumis aux formalités et aux taxes des envois de valeur déclarée de la catégorie à laquelle ils appartiennent. || 2. Après la livraison de l'objet, l'Administration du pays de destination est responsable du montant du remboursement, à moins qu'elle ne puisse prouver que les dispositions prescrites par le Règlement en ce qui concerne les remboursements, n'ont pas été observées. L'omission éventuelle dans la feuille d'envoi, de la mention „Remb." et du montant du remboursement, n'altère pas la responsabilité de l'Administration du pays de destination, pour le non-encaissement du montant.

Article 3.

Mode de transmission des envois de valeur déclarée.

1. La liberté du transit est garantie sur le territoire de chacun des pays adhérents, et la responsabilité des Offices qui participent à ce transport est engagée dans les limites déterminées par l'article 12 ci-après. || Il en est de même à l'égard du transport maritime effectué ou assuré par les Offices des pays adhérents pourvu toutefois que ces Offices soient

en mesure d'accepter la responsabilité des valeurs à bord des paquebots ou bâtiments dont ils font emploi. || 2. À moins d'arrangement contraire entre les Offices d'origine et de destination, la transmission des valeurs déclarées échangées entre pays non limitrophes s'opère à découvert et par les voies utilisées pour l'acheminement des correspondances ordinaires. || 3. L'échange de lettres et de boîtes contenant des valeurs déclarées entre deux pays qui correspondent, pour les relations ordinaires, par l'intermédiaire d'un ou de plusieurs pays non participant au présent Arrangement, ou au moyen de services maritimes dégagés de responsabilité, est subordonné à l'adoption de mesures spéciales à concerter entre les Administrations des pays d'origine et de destination: telles que l'emploi d'une voie détournée, l'expédition en dépêches closes, etc.

Article 4.

Port et droit d'assurance.

1. Les frais de transit prévus par l'article 4 de la Convention principale sont payables par l'Office d'origine aux Offices qui participent au transport intermédiaire, à découvert ou en dépêches closes, des lettres contenant des valeurs déclarées. || 2. Un port de 50 centimes par envoi est payable par l'Office d'origine des boîtes de valeur déclarée à l'Administration du pays de destination et, s'il y a lieu, à chacune des Administrations participant au transport territorial intermédiaire. L'Office d'origine doit payer, en outre, le cas échéant, un port d'un franc à chacune des Administrations participant au transport maritime intermédiaire. || 3. Indépendamment de ces frais et ports, l'Administration du pays d'origine est redevable, à titre de droit d'assurance, envers l'Administrations du pays de destination et, s'il y a lieu, envers chacune des Administrations participant au transit territorial avec garantie de responsabilité d'un droit proportionnel de 5 centimes par chaque somme de 300 francs ou fraction de 300 francs déclarée. || 4. En outre, s'il y a transport par mer avec la même garantie, l'Administration d'origine est redevable, envers chacun des Offices participant à ce transport, d'un droit d'assurance maritime de 10 centimes par chaque somme de 300 francs ou fraction de 300 francs déclarée. || 5. Le décompte de ces ports et droits a lieu sur la base de relevés établis tous les ans, pendant une période de 28 jours à déterminer par le Règlement d'exécution prévu par l'article 16 ci-après.

Article 5.

Taxes.

1. La taxe des lettres et des boîtes contenant des valeurs déclarées doit être acquittée à l'avance et se compose: || 1° pour les lettres, du port

et du droit fixe applicables à une lettre recommandée du même poids et pour la même destination, — port et droit acquis en entier à l'Office expéditeur; pour les boîtes, d'un port de 0 fr. 50 par pays participant au transport territorial et, le cas échéant, d'un port d'un franc par pays participant au transport maritime; || 2° pour les lettres et les boîtes, d'un droit proportionnel d'assurance comprenant, par 300 francs ou fraction de 300 francs déclarés, autant de fois 5 centimes qu'il y a d'Offices participant au transport territoritial, avec addition, s'il y a lieu, du droit d'assurance maritime prévu au 4e paragraphe de l'article 4 précédent. || Toutefois, comme mesure de transition, est réservée à chacune des parties contractantes, pour tenir compte de ses convenances monétaires ou autres, la faculté de percevoir un droit autre que celui indiqué ci-dessus, moyennant que ce droit ne dépasse pas un quart pour cent de la somme déclarée. || 2. L'expéditeur d'un envoi contenant des valeurs déclarées reçoit, sans frais, au moment du dépôt, un récépissé sommaire de son envoi. || 3. Sauf dans le cas de réexpédition prévu au § 2 de l'article 10 ci-après les lettres et les boîtes renfermant des valeurs déclarées ne peuvent être, frappées, à la charge des destinataires, d'aucun droit postal autre que celui de remise à domicile, s'il y a lieu. || 4. Ceux des pays adhérents qui n'ont pas le franc pour unité monétaire fixent leurs taxes à l'équivalent, dans leur monnaie respective, des taux déterminés par le paraphe premier qui précède. Ces pays ont la faculté d'arrondir les fractions conformément au tableau inséré au Règlement d'exécution de la Convention principale.

Article 6.

Franchise.

1. Les lettres de valeur déclarée échangées soit par les Administrations postales entre elles, soit entre ces Administrations et le Bureau international, sont admises à la franchise de port, de droit fixe et de droit d'assurance dans les conditions déterminées par l'article 11, § 3, de la Convention principale. || 2. Il en est de même des lettres et des boîtes avec valeur déclarée expédiées ou reçues par des prisonniers de guerre, soit directement, soit par l'intermédiaire des bureaux de renseignements dont il est question au § 4 de article 11 précité. || 3. Les envois avec valeur déclarée expédiés en franchise ne donnent pas lieu aux bonifications prévues par l'article 4 du présent Arrangement.

Article 6.

Avis de réception et demandes de renseignements.

1. L'expéditeur d'un envoi contenant des valeurs déclarées peut, aux conditions déterminées par le § 3 de l'article 6 de la Convention principale

en ce qui concerne les objets recommandés, obtenir qu'il lui soit donné avis de la remise de cet objet au destinataire ou demander des renseignements sur le sort de son envoi, postérieurement au dépôt. || 2. Le produit du droit applicable aux avis de reception et, le cas échéant, aux demandes des renseignements sur les sort des envois, est acquis en entier à l'Office du pays qui le perçoit.

Article 8.

Demandes de retrait ou de modification d'adresse; dégrèvement du montant d'un remboursement remise par exprès.

1. L'Expéditeur d'un envoi avec valeur déclarée peut le retirer du service ou en faire modifier l'adresse pour réexpédier cet envoi, soit à l'intérieur du pays de destination primitif, soit sur l'un quelconque des pays contractants, aussi longtemps qu'il n'a pas été livré au destinataire, aux conditions et sous les réserves déterminées, pour les correspondances ordinaires et recommandées, par l'article 9 de la Convention principale. || L'expéditeur d'un envoi avec valeur déclarée grevé de remboursement peut, sous les conditions fixées pour les demandes modification de l'adresse, demander le dégrèvement total ou partiel du montant du remboursement. || 2. Il peut, de même, demander la remise à domicile par porteur spécial aussitôt après l'arrivée, aux conditions et sous les réserves fixées par l'article 13 de ladite Convention. || Est, toutefois, réservée à l'Office du lieu de destination, la faculté de faire remettre par exprès un avis d'arrivée de l'envoi au lieu de l'envoi lui-même lorsque ses règlements intérieurs le comportent.

Article 9.

Interdictions.

1. Toute déclaration frauduleuse de valeur supérieure à la valeur réellement insérée dans une lettre ou dans une boîte est interdite. || En cas de déclaration frauduleuse de cette nature, l'expéditeur perd tout droit à l'indemnité, sans préjudice des poursuites judiciaires que peut comporter la législation du pays d'origine. || 2. Il est interdit d'insérer dans les lettres de valeur: || a) des espèces monnayées; || b) des objets passibles de droits de douane, à l'exception des valeurs-papier; || c) des matières d'or et d'argent, des pierreries, des bijoux et autres objets précieux; || d) des objets dont l'entrée ou la circulation sont prohibées dans le pays de destination. || Il est également interdit d'insérer dans les boîtes avec valeur déclarée des lettres ou notes pouvant tenir lieu de correspondance, de monnaies ayant cours, des billets de banque ou valeurs quelconques au porteur, des titres et des objets rentrant dans

la catégorie des papiers d'affaires. || Les objets qui auraient été à tort admis à l'expédition, doivent être renvoyés au timbre d'origine, sauf le cas où l'Administration du pays de destination serait autorisée par sa législation ou par ses règlements intérieurs à les remettre aux destinataires.

Article 10.

Réexpédition.

1. Une lettre ou boîte de valeur déclarée réexpédiée par suite du changement de résidence du destinataire, à l'intérieur du pays de destination, n'est passible d'aucune taxe supplémentaire. || 2. En cas de réexpédition sur un des pays contractants autre que le pays de destination, les droits d'assurance fixés par les §§ 3 et 4 de l'article 4 du présent Arrangement sont perçus sur le destinataire, du chef de la réexpédition, au profit de chacun des Offices intervenant dans le nouveau transport. Quand il s'agit d'une boîte avec valeur déclarée, il est perçu, en outre, le port fixé au § 2 de l'article 4 susvisé. || 3. La réexpédition par suite de fausse direction ou de mise en rebut ne donne lieu à aucune perception postale supplémentaire à la charge du public.

Article 11.

Droits de douane; garantie; droits fiscaux et frais d'essayage.

1. Les boîtes avec valeur déclarée sont soumises à la législation du pays d'origine ou du pays de destination, en ce qui concerne, à l'exportation, la restitution des droits de garantie, et, à l'importation, l'exercice du contrôle de la garantie et de la douane. || 2. Les droits fiscaux et frais d'essayage exigibles à l'importation sont perçus sur les destinataires lors de la distribution. Si, par suite de changement de résidence du destinataire, de refus ou pour toute autre cause, une boîte de valeur déclarée vient à être réexpédiée sur un autre pays participant à l'échange ou renvoyée au pays d'origine, ceux des frais dont il s'agit qui ne sont pas remboursables à la réexportation sont répétés d'Office à Office pour être recouvrés sur le destinataire ou sur l'expéditeur.

Article 12.

Responsabilité.

1. Sauf le cas de force majeure, lorsqu'une lettre ou une boîte contenant des valeurs déclarées a été perdue, spoliée ou avariée, l'expéditeur ou, sur sa demande, le destinataire, a droit à une indemnité correspondant au montant réel de la perte, de la spoliation ou de l'avarie, à moins que le dommage n'ait été causé par la faute ou la négligence de l'expéditeur,

ou ne provienne de la nature de l'objet, et sans que l'indemnité puisse dépasser en aucun cas la somme déclarée. || En cas de perte, et si le remboursement est effectué au profit de l'expéditeur, celui-ci a, en outre, droit à la restitution des frais d'expédition, ainsi que des frais postaux de réclamation lorsque la réclamation a été motivée par une faute de la poste. Toutefois, le droit d'assurance reste acquis aux Administrations postales. || 2. Les pays disposés à se charger des risques pouvant dériver du cas de force majeure, sont autorisés à percevoir de ce chef une surtaxe dans les limites tracées dans le dernier alinéa du § 1 de l'article 5 du présent Arrangement. || 3. L'obligation de payer l'indemnité incombe à l'Administration dont relève le bureau expéditeur. Est réservé à cette Administration le recours contre l'Administration responsable, c'est-à-dire contre l'Administration sur le territoire ou dans le service de laquelle la perte, l'avarie ou la spoliation a eu lieu. || En cas de perte, de spoliation ou d'avarie dans des circonstances de force majeure, sur le territoire ou dans le service d'un pays se chargeant des risques mentionnés au § 2 ci-dessus, d'une lettre ou d'une boîte de valeur déclarée, le pays où la perte la spoliation ou l'avarie a eu lieu en est responsable devant l'Office expéditeur, si ce dernier se charge, de son côté, des risques en cas de force majeure à l'égard de ses expéditeurs, quant aux envois de valeur déclarée. || 4. Jusqu'à preuve du contraire, la responsabilité incombe à l'Administration qui, ayant reçu l'objet sans faire d'observation, ne peut établir ni la délivrance au destinataire ni, s'il y a lieu, la transmission régulière à l'Administration suivante. || 5. Le payement de l'indemnité par l'Office expéditeur doit avoir lieu le plus tôt possible, et, au plus tard, dans le délai d'un an à partir du jour de la réclamation. L'Office responsable est tenu de rembourser, sans retard et au moyen d'une traite ou d'un mandat de poste, à l'Office expéditeur, le montant de l'indemnité payée par celui-ci. || L'Office d'origine est autorisé à désintéresser l'expéditeur pour le compte de l'Office intermédiaire ou destinataire qui, régulièrement saisi, a laissé une année s'écouler sans donner suite à l'affaire. En outre, dans le cas où un Office dont la responsabilité est dûment établie a tout d'abord décliné le payement de l'indemnité, il doit prendre à sa charge, en plus de l'indemnité, les frais accessoires résultant du retard non justifié apporté au payement. || 6. Il est entendu que la réclamation n'est admise que dans le délai d'un an à partir du dépôt à la poste de l'envoi portant déclaration; passé ce terme, le réclamant n'a droit à aucune indemnité. || 7. L'Administration pour le compte de laquelle est opéré le remboursement du montant des valeurs déclarées non parvenues à destination, est subrogée dans tous les droits du propriétaire. || 8. Si la perte,

la spoliation ou l'avarie a eu lieu en cours de transport entre les bureaux d'échange de deux pays limitrophes, sans qu'il soit possible d'établir sur lequel des deux territoires le fait s'est accompli, les deux Administrations en cause supportent le dommage par moitié. || Il en est de même en cas d'échange en dépêches closes, si la perte, la spoliation ou l'avarie a eu lieu sur le territoire ou dans le service d'un Office intermédiaire non responsable. || 9. Les Administrations cessent d'être responsables des valeurs déclarées contenues dans les envois dont les ayants droit ont donné reçu et pris livraison. || Pour les envois adressés poste restante ou conservés en instance à la disposition des destinataires, la responsabilité des Administrations est dégagée par la délivrance à une personne qui a justifié de son identité suivant les règles en vigueur dans le pays de destination, et dont les nom et qualité sont conformes aux indications de l'adresse.

Article 13.

Législation des pays contractants; arrangements spéciaux.

1. Est réservé le droit de chaque pays d'appliquer, aux envois contenant des valeurs déclarées à destination ou provenant d'autres pays, ses lois ou règlements intérieurs, en tant qu'il n'y est pas dérogé par le présent Arrangement. || 2. Les stipulations du présent Arrangement ne portent pas restriction au droit des parties contractantes de maintenir et de conclure des arrangements spéciaux, ainsi que de maintenir et d'établir des unions plus restreintes en vue de la réduction des taxes ou de toute autre amélioration de service. || 3. Dans les relations entre Offices qui se sont mis d'accord à cet égard, les expéditeurs de boîtes avec valeur déclarée peuvent prendre à leur charge les droits non postaux dont l'envoi serait passible dans le pays de destination, moyennant déclaration préalable au bureau de dépôt et obligation de payer, sur la demande du bureau de destination, les sommes indiquées par ce dernier.

Article 14.

Suspension temporaire du service.

Chacune des Administrations des pays contractants peut, dans des circonstances extraordinaires de nature à justifier la mesure, suspendre temporairement le service des valeurs déclarées, tant à l'expédition qu'à la réception et d'une manière générale ou partielle, sous la condition d'en donner immédiatement avis, au besoin par le télégraphe, à l'Administration ou aux Administrations intéressées.

Article 15.

Adhésions.

Les pays de l'Union qui n'ont point pris part au présent Arrangement sont admis à y adhérer sur leur demande et dans la forme prescrite par l'article 24 de la Convention principale, en ce qui concerne les adhésions à l'Union postale universelle.

Article 16.

Règlement d'exécution.

Les Administrations des postes des pays contractants règlent la forme et le mode de transmission des lettres et des boîtes contenant des valeurs déclarées et arrêtent toutes les autres mesures de détail ou d'ordre nécessaires pour assurer l'exécution du présent Arrangement.

Article 17.

Propositions formulées dans l'intervalle des Congrès.

1. Dans l'intervalle qui s'écoule entre les réunions prévues à l'article 25 de la Convention principale, toute Administration des postes d'un des pays contractants, a le droit d'adresser aux autres Administrations participantes, par l'intermédiaire du Bureau international, des propositions concernant le service des lettres et des boîtes avec valeur déclarée. || Pour être mise en délibération, chaque proposition doit être appuyée par au moins deux Administrations sans compter celle dont la proposition émane. Lorsque le Bureau international ne reçoit pas, en même temps que la proposition , le nombre nécessaire de déclarations d'appui, la proposition reste sans aucune suite. || 2. Toute proposition est soumise au procédé déterminé par le § 2 de l'article 26 de la Convention principale. || 3. Pour devenir exécutoires, les propositions doivent réunir, savoir: || 1° l'unanimité des suffrages, s'il s'agit de l'addition de nouvelles dispositions ou de la modification des dispositions du présent article et des articles 1, 2, 3, 4 5, 6, 7, 8, 12 et 18; || 2° les deux tiers des suffrages, s'il s'agit de la modification des dispositions du présent Arrangement autres que celles des articles 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 12, 17 et 18; || 3° la simple majorité absolue, s'il s'agit de l'interprétation des dispositions du présent Arrangement, sauf le cas de litige prévu à l'article 23 de la Convention principale. || 4. Les résolutions valables sont consacrées, dans les deux premiers cas, par une déclaration diplomatique et, dans le troisième cas, par une notification administrative, selon la forme indiquée à l'article 26 de la Convention principale. || 5. Toute modification ou résolution adoptée n'est exécutoire que trois mois, au moins, après sa notification.

Article 18.

Durée de l'Arrangement; abrogation des dispositions antérieures.

1. Le présent Arrangement entrera en vigueur le 1er octobre 1907 et il aura la même durée que la Convention principale, sans préjudice du droit, réservé à chaque pays, de se retirer de cet Arrangement moyennant un avis donné, un an à l'avance, par son Gouvernement au Gouvernement de la Confédération suisse. || 2. Sont abrogées, à partir du jour de la mise à exécution du présent Arrangement, toutes les dispositions convenues antérieurement entre les divers pays contractants ou entre leurs Administrations, pour autant qu'elles ne sont pas conciliables avec les termes du présent Arrangement, et sans préjudice des dispositions de l'article 13 précédent. || 3. Le présent Arrangement sera ratifié aussitôt que faire se pourra. Les actes de ratification seront échangés à Rome. || En foi de quoi, les plénipotentiaires des pays ci-dessus énumérés ont signé le présent Arrangement à Rome, le vingt-six mai mil neuf cent six.

(Unterschriften.)

Protocole final.

Au moment de procéder à la signature de l'Arrangement concernant l'échange des lettres et des boîtes avec valeur déclarée, les plénipotentiaires soussignés sont convenus de ce qui suit:

Article unique.

En dérogation à la disposition du § 3 de l'article premier de l'Arrangement qui fixe à 10000 francs la limite au-dessous de laquelle le maximum de déclaration de valeur ne peut en aucun cas être fixé, il est convenu que si un pays a adopté dans son service intérieur un maximum inférieur à 10000 francs, il a la faculté de le fixer également pour ses échanges internationaux de lettres et de boîtes avec valeur déclarée. || En foi de quoi, les plénipotentiaires ci-dessous ont dressé le présent Protocole final, qui aura la même force et la même valeur que si ses dispositions étaient insérées dans le texte même de l'Arrangement auquel il se rapporte, et ils l'ont signé en un exemplaire qui restera déposé aux Archives du Gouvernement italien et dont une copie sera remise à chaque partie.

Fait à Rome, le vingt-six mai mil neuf cent six.

(Unterschriften.)

Nr. 13809. **WELTPOSTVEREIN.** Übereinkommen, betreffend den Postanweisungsdienst.

Rom, 26. Mai 1906.

L'Allemagne et les Protectorats Allemands, la République Argentine, l'Autriche, la Belgique, la Bolivie, la Bosnie-Herzégovine, le Brésil, la Bulgarie, le Chili, la République de Colombie, la Crète, le Danemark et les Colonies Danoises, l'Égypte, la France, l'Algérie, les Colonies et Protectorats Français de l'Indo-Chine, l'Ensemble des Autres Colonies Françaises, la Grèce, la Hongrie, l'Italie et les Colonies Italiennes, le Japon, la République de Libéria, le Luxembourg, le Monténégro, la Norvège, les Pays-Bas, les Colonies Néerlandaises, le Pérou, le Portugal et les Colonies Portugaises, la Roumanie, la Serbie, le Royaume de Siam, la Suède, la Suisse, la Tunisie, la Turquie et l'Uruguay.

Les soussignés, plénipotentiaires des Gouvernements des pays ci-dessus énumérés. || Vu l'article 19 de la Convention principale, ont, d'un commun accord et sous réserve de ratification, arrêté l'Arrangement suivant:

Article premier.

Dispositions préliminaires.

L'échange des envois de fonds par la voie de la poste et au moyen de mandats, entre ceux des pays contractants dont les Administrations conviennent d'établir ce service, est régi par les dispositions du présent Arrangement.

Article 2.

Versement; montant maximum; transmissibilité.

1. En principe, le montant des mandats doit être versé par les déposants et payé aux bénéficiaires en numéraire; mais chaque Administration a la faculté de recevoir et d'employer elle-même, à cet effet, tout papier-monnaie ayant cours légal dans son pays, sous réserve de tenir compte, le cas échéant, de la différence de cours. || 2. Aucun mandat ne peut excéder la somme de 1000 francs effectifs ou une somme approximative dans la monnaie respective de chaque pays. || 3. Sauf arrangement contraire entre les Administrations intéressées, le montant de chaque mandat est exprimé dans la monnaie métallique du pays où le payement doit avoir lieu. À cet effet, l'Administration du pays d'origine détermine elle-même, s'il y a lieu, le taux de conversion de sa monnaie en monnaie métallique du pays de destination. || L'Administration du pays d'origine détermine également, s'il y a lieu, le cours à payer par l'expéditeur, lorsque ce pays et le pays de destination possèdent le même système monétaire. || 4. Est réservé à chacun des pays contractants le droit de déclarer trans-

missible par voie d'endossement, sur son territoire, la propriété des mandats de poste provenant d'un autre de ces pays.

Article 3.

Taxes; avis de payement; retrait et changement d'adresse; remise par exprès.

1. La taxe générale à payer par l'expéditeur pour chaque envoi de fonds effectué en vertu de l'article précédent est fixée, valeur métallique, à 25 centimes par 50 francs ou fraction de 50 francs, ou à l'équivalent dans la monnaie respective des pays contractants, avec faculté d'arrondir, le cas échéant, les fractions. || Sont exempts de toute taxe les mandats d'office relatifs au service des postes et échangés entre les Administrations postales ou entre les bureaux relevant de ces Administrations, ainsi que les mandats destinés aux prisonniers de guerre ou expédiés par eux. || 2. L'Administration qui a délivré des mandats tient compte, à l'Administration qui les a acquittés, d'un droit de $^1/_4$ pour cent du montant total des mandats payés, abstraction faite des mandats émis en franchise de taxe. || 3. Les mandats échangés, par l'intermédiaire d'un des pays participant à l'Arrangement, entre un autre de ces pays et un pays non participant, peuvent être soumis, au profit de l'Office intermédiaire, à un droit supplémentaire, prélevé sur le montant du titre et représentant la quote-part du pays non participant. || 4. Les mandats de poste et les acquits donnés sur ces mandats, de même que les récépissés délivrés aux déposants, ne peuvent être soumis, à la charge des expéditeurs ou des destinataires des fonds, à un droit ou à une taxe quelconque en sus de la taxe perçue en vertu du § 1 du présent article, sauf, toutefois, le droit de factage pour le payement à domicile, s'il y a lieu, et le droit supplémentaire prévu par le § 3 ci-dessus. || 5. L'expéditeur d'un mandat peut obtenir un avis de payement de ce mandat, en acquittant d'avance, au profit exclusif de l'Administration du pays d'origine, un droit fixe égal à celui qui est perçu dans ce pays pour les avis de réception des correspondances recommandées. || Toutefois, si cet avis n'est pas réclamé au moment de l'émission du mandat, l'expéditeur peut ultérieurement en faire la demande, mais dans le délai fixé par le § 3 de l'article 7 et moyennant payement d'un droit fixe de 25 centimes au maximum. || 6. L'expéditeur d'un mandat de poste peut le faire retirer du service ou en faire modifier l'adresse aux conditions et sous les réserves déterminées pour les correspondances ordinaires par l'article 9 de la Convention principale, tant que le bénéficiaire n'a pas pris livraison, soit du titre lui-même, soit du montant de ce titre. || L'expéditeur peut également demander la remise des fonds à domicile.

par porteur spécial, aussitôt après l'arrivée du mandat, aux conditions fixées par l'article 13 de ladite Convention. || 8. Est toutefois réservée à l'Office du pays de destination la faculté de faire remettre par exprès, au lieu des fonds, un avis d'arrivée du mandat ou le titre lui-même, lorsque ses règlements intérieurs le comportent.

Article 4.

Mandats télégraphiques.

1. Les mandats de poste peuvent être transmis par le télégraphe, dans les relations entre les Offices dont les pays sont reliés par un télégraphe d'État ou qui consentent à employer à cet effet la télégraphie privée; ils sont qualifiés, en ce cas, de mandats télégraphiques. || 2. Les mandats télégraphiques peuvent, comme les télégrammes ordinaires et aux mêmes conditions que ces derniers, être soumis aux formalités de l'urgence, de la réponse payée, du collationnement et de l'accusé de réception, ainsi qu'aux formalités de la transmission par la poste ou de la remise par exprès, s'ils sont à destination d'une localité non desservie par les télégraphes internationaux. Ils peuvent, en outre, donner lieu à des demandes d'avis de payement à délivrer et à expédier par la poste. || Les expéditeurs de mandats télégraphiques peuvent les faire retirer du service ou en faire modifier l'adresse aux conditions et sous les réserves déterminées pour les correspondances ordinaires par l'article 9 de la Convention principale, tant que le bénéficiaire n'a pas pris livraison, soit du titre lui-même, soit du montant de ce titre. Le bureau destinataire ne peut toutefois donner suite aux demandes de l'espèce qu'après réception de l'avis confirmatif. || Les expéditeurs des mandats télégraphiques peuvent ajouter à la formule réglementaire du mandat des communications pour le destinataire, pourvu qu'ils en payent le montant d'après le tarif. || 3. L'expéditeur d'un mandat télégraphique doit payer: || a) la taxe ordinaire des mandats de poste et, si un avis de payement est demandé, le droit fixe de cet avis; || b) la taxe du télégramme. || 4. Les mandats télégraphiques ne sont grevés d'aucuns frais autres que ceux prévus au présent article, ou que ceux qui peuvent être perçus en conformité des règlements télégraphiques internationaux.

Article 5.

Réexpédition.

1. Par suite du changement du résidence du bénéficiaire, les mandats ordinaires peuvent être réexpédiés d'un des pays participant à l'Arrangement sur un autre de ces pays. Lorsque le pays de la nouvelle destination a un autre système monétaire que le pays de la destination primitive, la

conversion du montant du mandat en monnaie du premier de ces pays est opérée par le bureau réexpéditeur, d'après le taux convenu pour les mandats à destination de ce pays et émanant du pays de la destination primitive. Il n'est perçu aucun supplément de taxe pour la réexpédition, mais le pays de la nouvelle destination touche en tout cas à son profit la quote-part de taxe qui lui serait dévolue si le mandat lui avait été primitivement adressé, même dans le cas où, par suite d'un arrangement spécial conclu entre le pays d'origine et le pays de la destination primitive, la taxe effectivement perçue serait inférieure à la taxe prévue par l'article 3 du présent Arrangement. || Toutefois, la conversion du montant n'est pas opérée quand le mandat est réexpédié sur le pays d'origine, sur le pays de première destination ou sur un pays ayant le même système monétaire que l'un de ces deux pays. Suivant le cas, le titre est payé pour son montant primitif ou pour la somme versée en monnaie du pays d'origine et figurant aux indications de service. || 2. Les mandats télégraphiques peuvent être réexpédiés sur une nouvelle destination par voie postale, aux mêmes conditions que les mandats ordinaires. || 3. Si l'Administration du nouveau pays de destination entretient avec celle de la destination primitive un échange de mandats télégraphiques, la réexpédition des mandats ordinaires ou télégraphiques peut, à la demande de l'expéditeur ou du destinataire, être opérée par voie télégraphique dès la réception de l'avis confirmatif. En pareil cas, le mandat original est quittancé par le bureau réexpéditeur et comptabilisé comme mandat payé, et les frais postaux et télégraphiques afférents au nouveau parcours sont déduits du montant à transmettre.

Article 6.

Décomptes.

1. Les Administrations des postes des pays contractants dressent, aux époques fixées par le Règlement ci-après, les comptes sur lesquels sont récapitulées toutes les sommes payées par leurs bureaux respectifs; et ces comptes, après avoir été débattus et arrêtés contradictoirement, sont soldés, sauf arrangement contraire, en monnaie d'or du pays créancier, par l'Administration qui est reconnue redevable envers une autre, dans le délai fixé par le même Règlement. || 2. À cet effet, et sauf autre arrangement, lorsque les mandats ont été payés dans des monnaies différentes, la créance la plus faible est convertie en même monnaie que la créance la plus forte, au pair des monnaies d'or des deux pays. || 3. En cas de non-payement du solde d'un compte dans les délais fixés, le montant de ce solde est productif d'intérêts, à dater du jour de l'expiration desdits délais jusqu'au jour où le payement a lieu. Ces intérêts sont calculés à raison

de 5 % l'an et sont portés au débit de l'Administration retardataire sur le compte suivant.

Article 7.

Responsabilité; mandats non distribuables périmés.

1. Les sommes converties en mandats de poste sont garanties aux déposants, jusqu'au moment où elles ont été régulièrement payées aux destinataires ou aux mandataires de ceux-ci. || 2. Les sommes encaissées par chaque Administration, en échange de mandats de poste dont le montant n'a pas été réclamé par les ayants droit dans les délais fixés par les lois ou règlements du pays d'origine, sont définitivement acquises à l'Administration qui a délivré ces mandats. || 3. Il est toutefois entendu que la réclamation concernant le payement d'un mandat à une personne non autorisée n'est admise que dans le délai d'un an à partir du jour de l'expiration de la validité normale du mandat; passé ce terme, les Administrations cessent d'être responsables des payements sur faux acquits. || Pour les mandats adressés poste restante, la responsabilité cesse également par le payement à une personne qui a justifié, suivant les règles en vigueur dans le pays de destination, que ses nom et qualité sont conformes aux indications de l'adresse du mandat.

Article 8.

Unions restreintes.

Les stipulations du présent Arrangement ne portent pas restriction au droit des parties contractantes de maintenir et de conclure des arrangements spéciaux, ainsi que de maintenir et d'établir des unions plus restreintes en vue de la réduction des taxes ou de toute autre amélioration du service.

Article 9.

Suspension extraordinaire du service.

Chaque Administration peut, dans des circonstances extraordinaires qui sont de nature à justifier la mesure, suspendre temporairement le service des mandats internationaux, d'une manière générale ou partielle, sous la condition d'en donner immédiatement avis, au besoin par le télégraphe, à l'Administration ou aux Administrations intéressées.

Article 10.

Adhésions à l'Arrangement.

Les pays de l'Union qui n'ont point pris part au présent Arrangement sont admis à y adhérer sur leur demande, et dans la forme prescrite par l'article 24 de la Convention principale en ce qui concerne les adhésions à l'Union postale universelle.

Article 11.

Désignation des bureaux participant à l'échange; Règlement d'exécution.

Les Administrations des postes des pays contractants désignent, chacune pour ce qui la concerne, les bureaux qui doivent délivrer et payer les mandats à émettre en vertu des articles précédents. Elles règlent la forme et le mode de transmission des mandats, la forme des comptes désignés à l'article 6 et toute autre mesure de détail ou d'ordre nécessaire pour assurer l'exécution du présent Arrangement.

Article 12.

Propositions dans l'intervalle des réunions.

1. Dans l'intervalle qui s'écoule entre les réunions prévues à l'article 25 de la Convention principale, toute Administration des postes d'un des pays contractants a le droit d'adresser aux autres Administrations participantes, par l'intermédiaire du Bureau international, des propositions concernant le service des mandats de poste. || Pour être mise en délibération, chaque proposition doit être appuyée par au moins deux Administrations, sans compter celle dont la proposition émane. Lorsque le Bureau international ne reçoit pas, en même temps que la proposition, le nombre nécessaire de déclarations d'appui, la proposition reste sans aucune suite. || 2. Toute proposition est soumise au procédé déterminé par le § 2 de l'article 26 de la Convention principale. || 3. Pour devenir exécutoires, les propositions doivent réunir, savoir: || 1° l'unanimité des suffrages, s'il s'agit de l'addition de nouvelles dispositions ou de la modification des dispositions du présent article et des articles 1, 2, 3, 4, 6 et 14; || 2° les deux tiers des suffrages, s'il s'agit de la modification des dispositions autres que celles des articles précités; || 3° la simple majorité absolue, s'il s'agit de l'interprétation des dispositions du présent Arrangement, sauf le cas de litige prévu par l'article 23 de la Convention principale. || 4. Les résolutions valables sont consacrées, dans les deux premiers cas, par une déclaration diplomatique, et, dans le troisième cas, par une notification administrative, selon la forme indiquée à l'article 26 de la Convention principale. || 5. Toute modification ou résolution adoptée n'est exécutoire que trois mois, au moins, après sa notification.

Article 13.

Participation d'autres Administrations au service des mandats.

Les pays dans lesquels le service des mandats relève d'une Administration autre que celle des postes, peuvent participer à l'échange régi par les dispositions du présent Arrangement.

Il appartient à l'Administration chargée, dans ces pays, du service des mandats, de s'entendre avec l'Administration postale, pour assurer la complète exécution de toutes les clauses de l'Arrangement. || Elle leur servira d'intermédiaire pour toutes leurs relations avec les Administrations postales des autres pays contractants et avec le Bureau international.

Article 14.

Durée de l'Arrangement; ratification.

1. Le présent Arrangement entrera en vigueur le 1er octobre 1907. || 2. Il aura la même durée que la Convention principale, sans préjudice du droit réservé à chaque pays de se retirer de cet Arrangement moyennant un avis donné, un an à l'avance, par son Gouvernement au Gouvernement de la Confédération suisse. || 3. Sont abrogées, à partir du jour de la mise à exécution du présent Arrangement, toutes les dispositions convenues antérieurement entre les divers Gouvernements ou Administrations des parties contractantes, pour autant qu'elles ne seraient pas conciliables avec les termes du présent Arrangement, le tout sans préjudice des droits réservés par l'article 8. || 4. Le présent Arrangement sera ratifié aussitôt que faire se pourra. Les actes de ratification seront échangés à Rome. || En foi de quoi, les plénipotentiaires des pays ci-dessus énumérés ont signé le présent Arrangement à Rome, le vingt-six mai mil neuf cent six.

(Unterschriften.)

Protocole final.

Au moment de procéder à la signature de l'Arrangement concernant le service des mandats de poste, les plénipotentiaires soussignés sont convenus de ce qui suit:

Article unique.

En dérogation à la disposition de l'article 2, § 2, de l'Arrangement qui fixe à 1000 francs effectifs ou à une somme approximative dans la monnaie respective de chaque pays le montant maximum d'un mandat, il est convenu que la Bolivie, la Bulgarie, la République de Colombie, la Grèce et la Turquie sont autorisés à restreindre ce maximum à 500 francs effectifs. || En outre, est réservé à l'Office de Bulgarie dont la législation s'oppose actuellement à l'application des taxes prévues à l'article 3 de l'Arrangement, la faculté d'appliquer les taxes prévues par l'Arrangement de Washington pour les mandats émis en Bulgarie. || En foi de quoi, les plénipotentiaires ci-dessous ont dressé le présent Protocole final, qui aura la même force et la même valeur que si ses dispositions étaient insérées

dans le texte même de l'Arrangement auquel il se rapporte, et ils l'ont signé en un exemplaire qui restera déposé aux Archives du Gouvernement d'Italie et dont une copie sera remise à chaque partie.

Fait à Rome, le vingt-six mai mil neuf cent six.

(Unterschriften.)

Nr. 13810. **WELTPOSTVEREIN.** Vertrag betreffend den Austausch von Postpaketen.

Rom, den 26. Mai 1906.

L'Allemagne et les Protectorats Allemands, la République Argentine, l'Autriche, la Belgique, la Bolivie, la Bosnie-Herzégovine, la Bulgarie, le Chili, la République de Colombie, la Crète, le Danemark et les Colonies Danoises, l'Égypte, l'Espagne, la France, l'Algérie, les Colonies et Protectorats Français de l'Indo-Chine, l'Ensemble des Autres Colonies Françaises, la Grèce, le Guatemala, la Hongrie, l'Inde Britannique, l'Italie et les Colonies Italiennes, le Japon, le Luxembourg, le Monténégro, la Norvège, les Pays-Bas, les Colonies Néerlandaises, le Pérou, la Perse, le Portugal et les Colonies Portugaises, la Roumanie, la Russie, la Serbie, le Royaume de Siam, la Suède, la Suisse, la Tunisie, la Turquie, l'Uruguay et les États-Unis de Venezuela.

Les soussignés, plénipotentiaires des Gouvernements des pays ci-dessus énumérés, vu l'article 19 de la Convention principale, ont, d'un commun accord et sous réserve de ratification, arrêté la Convention suivante:

Article premier.

Objet de la Convention.

1. Il peut être expédié, sous la dénomination de postaux colis de l'un des pays mentionnés ci-dessus pour un autre de ces pays, de colis avec ou sans valeur déclarée jusqu'à concurrence de 5 kilogrammes. || Par exception, il est loisible à chaque pays de ne pas se charger des colis avec déclaration de valeur, ni des colis encombrants. || Chaque pays fixe, en ce qui le concerne, la limite supérieurs de la déclaration de valeur, laquelle ne peut, en aucun cas, descendre au-dessous de 500 francs. || Dans les relations entre deux ou plusieurs pays qui ont adopté des maxima différents, c'est la limite la plus basse qui doit être réciproquement observée. || 2. Les Administrations des postes des pays correspondants peuvent convenir d'admettre les colis d'un poids de plus de 5 kilogrammes sur la base des dispositions de la Convention, sauf augmentation de la taxe et de la responsabilité en cas de perte, de spoliation ou

d'avarie. || 3. Le Règlement d'exécution détermine les autres conditions auxquelles les colis sont admis au transport.

Article 2.

Transit des colis.

1. La liberté du transit est garantie sur le territoire de chacun des pays adhérents, et la responsabilité des Offices qui participent au transport est engagée dans les limites déterminées par l'article 15 ci-après. || 2. A moins d'arrangement contraire entre les Offices intéressés, la transmission des colis postaux échangés entre pays non limitrophes s'opère à découvert.

Article 3.

Rétribution du transport.

1. L'Administration du pays d'origine est redevable, envers chacune des Administrations participant au transit territorial, d'un droit de 0 fr. 50 par colis. || 2. En outre, s'il y a un ou plusieurs transports maritimes, l'Administration du pays d'origine doit, à chacun des Offices dont les services participent au transport maritime, et, le cas échéant, pour chacun de ces services, un droit dont le taux est fixé par colis, savoir: || à 0 fr. 25 pour tout parcours n'excédant pas 500 milles marins; || à 0 fr. 50 pour tout parcours supérieur à 500 milles marins, mais n'excédant pas 2500 milles marins; || à 1 franc pour tout parcours supérieur à 2500 milles marins, mais n'excédant pas 5000 milles marins; || à $1^1/_2$ francs pour tout parcours supérieur à 5000 milles marins, mais n'excédant pas 8000 milles marins; || à 2 francs pour tout parcours supérieur à 8000 milles marins. || Ces parcours sont calculés, le cas échéant, d'après la distance moyenne entre les ports respectifs des deux pays correspondants. || Toutefois, pour les colis jusqu'à 1 kilogramme, le droit dû à chacun des Offices dont les services participent au transport maritime, ne doit pas excéder le taux de 1 franc par colis, sans égard aux parcours. || 3. Pour les colis encombrants, les bonifications fixées par les paragraphes 1 et 2 précédents sont augmentées de 50 pour cent. || 4. Indépendamment de ces frais de transit, l'Administration du pays d'origine est redevable, à titre de droit d'assurance pour les colis avec valeur déclarée, envers chacune des Administrations dont les services participent au transport avec responsabilité et, le cas échéant, pour chacun de ces services, d'une quote-part de droit d'assurance fixée par 300 fr., ou fraction de 300 fr., à 0 fr. 05 pour transit territorial et à 0 fr. 10 pour transit maritime.

Article 4.

Obligation de l'affranchissement.

L'affranchissement des colis postaux est obligatoire.

Article 5.

Taxes et surtaxes; avis de réception.

1. La taxe des colis postaux se compose d'un droit comprenant, pour chaque colis, autant de fois 0 fr. 50, ou l'équivalent dans la monnaie respective de chaque pays, qu'il y a d'Offices participant au transport territorial, avec addition, s'il y a lieu, du droit maritime prévu par le § 2 de l'article 3 précédent et des taxes et droits mentionnés dans les paragraphes ci-après. Les équivalents sont fixés par le Règlement d'exécution. || 2. Les colis encombrants sont soumis à une taxe additionnelle de 50 pour cent qui est arrondie, s'il y a lieu, par 5 centimes || 3. Pour les colis avec valeur déclarée, il est ajouté, par fraction indivisible de 300 francs: || a) un droit de 5 centimes par Administration participant au transport territorial; || b) un droit de 10 centimes par service maritime emprunté. || Toutefois, comme mesure de transition, est réservée à chacune des parties contractantes, pour tenir compte de ses convenances monétaires ou autres, la faculté de percevoir un droit autre que ceux indiqués ci-dessus, moyennant que ce droit ne dépasse pas $^1/_4$ pour cent de la somme déclarée. || 4. Comme mesure de transition, chacun des pays contractants a la faculté d'appliquer aux colis postaux provenant ou à destination de ses bureaux une surtaxe de 0 fr. 25 par colis. || Exceptionnellement, cette surtaxe peut être élevée à 0 fr. 75 au maximum pour la République Argentine, la Bolivie, le Brésil, le Chili, la Colombie, l'Inde britannique, les colonies néerlandaises, le Guatemala, le Nicaragua, le Pérou, la Russie d'Europe et la Russie d'Asie prises chacune séparément, le Salvador, le Siam, la Suède, la Turquie d'Asie, l'Uruguay, le Venezuela, à 50 centimes pour la Grèce et à 40 centimes pour la République Dominicaine. || 5. Le transport entre la France continentale, d'une part, l'Algérie et la Corse d'autre part, donne lieu, à la charge de l'expéditeur, à une surtaxe de 0 fr. 25 par colis à titre de droit maritime, et pour les colis de valeur déclarée, à un droit supplémentaire d'assurance de 10 centimes par 300 francs ou fraction. || Tout colis postal avec déclaration de valeur en provenance ou à destination de la Corse et de l'Algérie donne lieu, à titre de droit territorial corse ou algérien, à une taxe supplémentaire d'assurance de 5 centimes par 300 francs ou fraction, qui est à la charge de l'expéditeur. || Il est loisible à l'Administration espagnole de percevoir une surtaxe de 0 fr. 25 pour le transport entre l'Espagne continentale et les îles Baléares et

de 0 fr. 50 pour le transport entre l'Espagne continentale et les îles Canaries. || 6. L'envoyeur d'un colis postal peut obtenir un avis de réception de cet objet en payant d'avance un droit fixe de 0 fr. 25 au maximum. Le même droit peut être appliqué aux demandes de renseignements sur le sort de colis qui se produisent postérieurement au dépôt, si l'expéditeur n'a pas déjà acquitté la taxe spéciale pour obtenir un avis de réception. Ce droit est acquis en entier à l'Administration du pays d'origine.

Article 6.

Bonifications aux Offices de destination et aux Offices intermédiaires.

L'Office expéditeur bonifie pour chaque colis: || a) à l'Office destinataire, 0 fr. 50, avec addition, s'il y a lieu, des surtaxes prévues aux §§ 2, 4 et 5 de l'article 5 précédent; d'un droit de 0 fr. 05 pour chaque somme de 300 francs ou fraction de 300 francs de valeur déclarée et du droit de remise à domicile par exprès prévu à l'article 8; || b) éventuellement, à chaque Office intermédiaire, les droits fixés par l'article 3.

Article 7.

Droits de factage et de formalités en douane.

Il est loisible au pays de destination de percevoir, pour le factage et pour l'accomplissement des formalités en douane, un droit dont le montant total ne peut pas exéder 0 fr. 25 par colis. Sauf arrangement contraire entre les Offices intéressés, cette taxe est perçue du destinataire au moment de la livraison du colis.

Article 8.

Colis contre remboursement.

1. Les colis peuvent être expédiés grevés de remboursement dans les relations entre les pays dont les Administrations conviennent d'assurer ce service. Le maximum du remboursement est fixé, par colis, à mille francs ou à l'équivalent de cette somme en monnaie du pays d'origine. || Chaque Administration a toutefois la faculté d'abaisser ce maximum à 500 francs ou à l'équivalent de cette somme dans son système monétaire. || 2. Il est perçu sur l'expéditeur d'un colis grevé de remboursement une taxe spéciale qui ne peut dépasser 20 céntimes par fraction indivisible de 20 francs du montant du remboursement. || Cette taxe est partagée entre l'Administration du pays d'origine et celle du pays de destination de la manière prescrite par le Règlement d'exécution. || 3. La liquidation des montants des remboursements encaissés est effectuée au moyen de mandats de remboursement, qui sont délivrés gratuitement. || Le montant d'un

mandat de remboursement tombé en rebut reste à la disposition de l'Administration du pays d'origine du colis grevé de remboursement. || À tous les autres égards, les mandats de remboursement sont soumis aux dispositions fixées par l'Arrangement concernant l'échange des mandats de poste, sous les réserves prévues au Règlement d'exécution. || 4. La perte d'un colis grevé de remboursement engage la responsabilité du service postal dans les conditions déterminées par l'article 15 ci-après pour les colis non grevés de remboursement. || Après la livraison de l'objet, l'Administration du pays de destination est responsable du montant du remboursement, à moins qu'elle ne puisse prouver que le colis et le bulletin d'expédition y afférent ne portaient pas, lors de la transmission à son service, les désignations prescrites, pour les colis grevés de remboursement, par le Règlement d'exécution.

Article 9.

Remise par exprès.

1. Les colis sont, à la demande des expéditeurs, remis à domicile par un porteur spécial immédiatement après leur arrivée, dans les pays de l'Union dont les Administrations conviennent de se charger de ce service dans leurs relations réciproques. || Ces envois, qui sont qualifiés „exprès", sont soumis à une taxe spéciale; cette taxe est fixée à 0 fr. 50 et doit être entièrement acquittée d'avance par l'expéditeur, en sus du port ordinaire, que le colis puisse, ou non, être remis au destinataire ou seulement signalé par exprès dans le pays de destination. Elle fait partie des bonifications dévolues à ce pays. || 2. Lorsque le colis est destiné à une localité où il n'existe pas de service de remise par exprès, l'Office destinataire peut percevoir, pour la remise du colis ou pour l'avis invitant le destinataire à venir le retirer, une taxe complémentaire pouvant s'élever jusqu'à concurrence du prix fixé pour la remise par exprès dans son service intérieur, déduction faite de la taxe fixe payée par l'expéditeur ou de son équivalent dans la monnaie du pays qui perçoit cette taxe complémentaire. La taxe complémentaire prévue ci-dessus, reste exigible, en cas de réexpédition ou de mise en rebut de l'objet; elle est acquise à l'Office qui l'a perçue. || 3. La remise ou l'envoi d'un avis d'invitation au destinataire n'est essayé qu'une seule fois. Après un essai infructueux, le colis cesse d'être considéré comme exprès et sa remise s'effectue dans les conditions requises pour les colis ordinaires. || 4. Si un colis de l'espèce est, par suite de changement de domicile du destinataire, réexpédié à un autre pays sans que la remise par exprès ait été tentée, la taxe fixe payée par l'expéditeur est bonifiée au nouveau pays de destination, si celui-ci a consenti à se charger

de la remise par exprès; dans le cas contraire, cette taxe reste acquise à l'Office du pays de la première destination, de même qu'en ce qui concerne les colis tombés en rebut.

Article 10.

Colis pour les prisonniers de guerre.

Les colis postaux, à l'exception des colis grevés de remboursement, destinés aux prisonniers de guerre ou expédiés par eux, sont affranchis de toutes taxes prévues par la présente Convention, aussi bien dans les pays d'origine et de destination que dans les pays intermédiaires. Ces colis postaux expédiées en franchise ne donnent pas lieu aux bonifications prévues par les articles 3, 5, 6, 7 et 9 de la présente Convention.

Article 11.

Interdiction de percevoir des droits autres que ceux prévus par la Convention; payement des droits de douane.

1. Les colis auxquels s'applique la présente Convention ne peuvent être frappés d'aucun droit postal autre que ceux prévus par les divers articles de la dite Convention. || Est accordée aux Offices de destination, la faculté de prélever des destinataires, un droit de dépôt pour les colis qui ne seraient pas retirés de la poste dans un délai stipulé par les règlements internes de ces pays. Le montant du droit en question est fixé par la législation intérieure de chaque pays. || 2. Les droits de douane ou autres droits non postaux doivent être acquittés par les destinataires des colis. Toutefois, dans les relations entre Offices qui se sont mis d'accord à cet égard, les expéditeurs peuvent prendre à leur charge les droits dont il s'agit, moyennant déclaration préalable au bureau de départ. Dans ce cas, ils doivent payer, sur la demande du bureau de destination, les sommes indiquées par ce bureau. || L'Administration qui fait opérer le dédouanement pour le compte de l'expéditeur, est autorisée à percevoir, de ce chef, un droit spécial qui ne peut dépasser 25 centimes par colis.

Article 12.

Retrait ou modification d'adresse; annulation ou modification du montant du remboursement.

L'expéditeur d'un colis postal peut le faire retirer du service ou en faire modifier l'adresse aux conditions et sous les réserves déterminées pour les correspondances par l'article 9 de la Convention principale, avec cette addition que, si l'expéditeur demande le renvoi ou la réexpédition d'un colis, il est tenu à garantir d'avance le payement du port dû pour la nouvelle transmission. || L'expéditeur d'un colis postal grevé de rembourse-

ment peut aussi faire annuler ou réduire le montant de ce remboursement; les demandes à cet effet sont transmises de la même manière que les demandes de retrait ou de modification d'adresse.

Article 13.

Réexpédition; rebuts; annulation des droits de douane.

La réexpédition d'un pays sur un autre de colis postaux, par suite de changement de résidence des destinataires, ainsi que le renvoi des colis postaux tombés en rebut, ou refoulés par la douane, donne lieu à la perception supplémentaire des taxes fixées par les paragraphes 1 à 5 de l'article 5 à la charge des destinataires ou, le cas échéant, des expéditeurs, sans préjudice du remboursement des droits de douane ou autres frais spéciaux dont le pays de destination n'accorde pas l'annulation. || Les Administrations contractantes s'engagent à intervenir auprès des Administrations des douanes respectives pour que les droits de douane soient annulés sur les colis postaux renvoyés au pays d'origine ou réexpédiés sur un tiers pays.

Article 14.

Interdictions.

1. Sauf arrangement contraire entre les pays contractants, il est interdit d'expédier par la voie de la poste des colis contenant: || a) des matières explosibles, inflammables ou dangereuses, des animaux ou insectes vivants, sauf les exceptions prévues au Règlement d'exécution; || b) des lettres ou des notes ayant le caractère de correspondance; || c) des objets dont l'admission n'est pas autorisée par les lois ou règlements de douane ou autres. || Il est également interdit d'expédier des espèces monnayées, des matières d'or et d'argent et d'autres objets précieux, dans les colis sans valeur déclarée à destination des pays qui admettent la déclaration de valeur. Toutefois, il est permis d'insérer dans l'envoi la facture ouverte réduite à ses énonciations constitutives, de même qu'une simple copie de l'adresse du colis avec mention de l'adresse de l'expéditeur. || 2. Dans le cas où un colis tombant sous l'une de ces prohibitions est livré par l'une des Administrations de l'Union à une autre Administrations de l'Union, celle-ci procède de la manière et dans les formes prévues par sa législation et par ses règlements intérieurs.

Article 15.

Responsabilité.

1. Sauf le cas de force majeure, lorsqu'un colis postal a été perdu spolié ou avarié, l'expéditeur et, à défaut ou sur la demande de celui-ci,

le destinataire a droit à une indemnité correspondant au montant réel de la perte, de la spoliation ou de l'avarie, à moins que le dommage n'ait été causé par la faute ou la négligence de l'expéditeur ou ne provienne de la nature de l'objet et sans que cette indemnité puisse dépasser, pour les colis ordinaires, 25 francs, et pour les colis avec valeur déclarée, le montant de cette valeur. || Dans le cas où une indemnité a été payée pour la perte ou la destruction complète d'un colis, l'expéditeur a, en outre, droit à la restitution des frais d'expédition. Lorsqu'une réclamation a été motivée par une faute de la poste, les frais postaux de réclamation sont restitués à l'expéditeur. || Toutefois, le droit d'assurance reste acquis aux Administrations postales. || 2. Les pays disposés à se charger des risques pouvant dériver du cas de force majeure sont autorisés à prélever de ce chef, sur les colis avec valeur déclarée, une surtaxe dans les conditions déterminées par l'article 12, § 2, de l'Arrangement concernant l'échange des lettres et boîtes de valeur déclarée. || 3. L'obligation de payer l'indemnité incombe à l'Administration dont relève le bureau expéditeur. Est réservé à cette Administration le recours contre l'Administration responsable, c'est-à-dire contre l'Administration sur le territoire ou dans le service de laquelle la perte, spoliation ou avarie a eu lieu. | En cas de perte, de spoliation ou d'avarie, dans des circonstances de force majeure sur le territoire ou dans le service d'un pays se chargeant des risques mentionnés au § 2 ci-dessus d'un colis avec valeur déclarée, le pays où la perte, la spoliation ou l'avarie a eu lieu en est responsable devant l'Office expéditeur, si ce dernier se charge, de son côté, des risques en cas de force majeure à l'égard de ses expéditeurs, quant aux envois de valeur déclarée. || 4. Jusqu'à preuve du contraire, la responsabilité incombe à l'Administration qui, ayant reçu le colis sans faire d'observation, ne peut établir ni la délivrance au destinataire ni, s'il y a lieu, la transmission régulière à l'Administration suivante. || 5. Le payement de l'indemnité par l'Office expéditeur doit avoir lieu le plus tôt possible et, au plus tard, dans le délai d'un an à partir du jour de la réclamation. L'Office responsable est tenu de rembourser sans retard à l'Office expéditeur le montant de l'indemnité payée par celui-ci. || L'Office d'origine est autorisé à désintéresser l'expéditeur pour le compte de l'Office intermédiaire ou destinataire qui, régulièrement saisi, a laissé une année s'écouler sans donner suite à l'affaire. En outre, dans le cas où un Office dont la responsabilité est dûment établie, a, tout d'abord, décliné le payement de l'indemnité, il doit prendre à sa charge, en plus de l'indemnité, les frais accessoires résultant du retard non justifié apporté au payement. || 6. Il est entendu que la réclamation n'est admise que dans le délai d'un an à

partir du dépôt du colis à la poste; passé ce terme, le réclamant n'a droit à aucune indemnité. || 7. Si la perte, la spoliation ou l'avarie a lieu en cours de transport entre les bureaux d'échange de deux pays limitrophes, sans qu'il soit possible d'établir sur lequel des deux territoires le fait s'est accompli, ou si, en cas d'inscription globale des colis ordinaires sur les feuilles de route, il ne peut être établi sur quel territoire un colis a été perdu, spolié ou avarié, les Administrations en cause supportent le dommage par parts égales. || Pour les envois adressés bureau restant ou conservés en instance à la disposition des destinataires, la responsabilité cesse par la délivrance à une personne qui a justifié de son identité suivant les règles en vigueur dans les pays de destination et dont les noms et qualités sont conformes aux indications de l'adresse. || 8. Les Administrations cessent d'être responsables des colis postaux dont les ayants droit ont pris livraison.

Article 16.

Déclaration frauduleuse.

Toute déclaration frauduleuse de valeur supérieure à la valeur réelle du contenu d'un colis est interdite. En cas de déclaration frauduleuse de cette nature, l'expéditeur perd tout droit à une indemnité, sans préjudice des poursuites judiciaires que peut comporter la législation du pays d'origine.

Article 17.

Suspension temporaire du service.

Chaque Administration peut, dans des circonstances extraordinaires qui sont de nature à justifier la mesure, suspendre temporairement le service des colis postaux d'une manière générale ou partielle, à la condition d'en donner immédiatement avis, au besoin par le télégraphe, à l'Administration ou aux Administrations intéressées.

Article 18.

Législation intérieure.

La législation intérieure de chacun des pays contractants demeure applicable en tout ce qui n'est pas prévu par les stipulations contenues dans la présente Convention.

Article 19.

Unions restreintes.

1. Les stipulations de la présente Convention ne portent pas restriction au droit des parties contractantes de maintenir et de conclure des Conventions spéciales, ainsi que de maintenir et d'établir des unions plus

restreintes, en vue de la réduction des taxes ou de toute autre amélioration de service. || 2. Toutefois, les Offices des pays participant à la présente Convention, qui entretiennent un échange de colis postaux avec des pays non contractants, admettent tous les autres Offices participants à profiter de ces relations pour l'échange des colis postaux avec ces derniers pays.

Article 20.

Adhésions à la Convention.

1. Les pays de l'Union postale universelle qui n'ont point pris part à la présente Convention sont admis à y adhérer sur leur demande et dans la forme prescrite par l'article 24 de la Convention principale en ce qui concerne les adhésions à l'Union postale universelle. || 2. Toutefois, si le pays qui désire adhérer à la présente Convention réclame la faculté de percevoir une surtaxe supérieure à 25 centimes par colis, le Gouvernement de la Confédération suisse soumet la demande d'adhésion à tous les pays contractants. Cette demande est considérée comme admise si, dans un délai de six mois, aucune objection n'a été présentée.

Article 21.

Règlement d'exécution.

Les Administrations des postes des pays contractants désignent les bureaux ou localités qu'elles admettent à l'échange international des colis postaux; elles règlent le mode de transmission de ces colis et arrêtent toutes les autres mesures de détail et d'ordre nécessaires pour assurer l'exécution de la présente Convention.

Article 22.

Congrès et Conférences.

La présente Convention est soumise aux conditions de revision déterminées par l'article 25 de la Convention principale.

Article 23.

Propositions de modification formulées dans l'intervalle des Congrès.

1. Dans l'intervalle qui s'écoule entre les réunions prévues à l'article 25 de la Convention principale, toute Administration des postes d'un des pays contractants a le droit d'adresser aux autres Administrations participantes, par l'intermédiaire du Bureau international, des propositions concernant le service des colis postaux. || Pour être mise en délibération, chaque proposition doit être appuyée par, au moins, deux Administrations, sans compter celle dont la proposition émane. Lorsque le Bureau

international ne reçoit pas, en même temps que la proposition, le nombre nécessaire de déclarations d'appui, la proposition reste sans aucune suite. || 2. Toute proposition est soumise au procédé déterminé au paragraphe 2 de l'article 26 de la Convention principale. || 3. Pour devenir exécutoires, ces propositions doivent réunir, savoir: || a) l'unanimité des suffrages, s'il s'agit de l'addition de nouvelles dispositions ou de la modification des dispositions du présent article et des articles 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 14, 15, 16, 17, 22 et 24 de la présente Convention; || b) les deux tiers des suffrages, s'il s'agit de la modification des dispositions de la présente Convention autres que celles des articles précités; || c) la simple majorité absolue, s'il s'agit de l'interprétation des dispositions de la présente Convention, sauf le cas de litige prévu à l'article 23 de la Convention principale. || 4. Les résolutions valables sont consacrées, dans les deux premiers cas, par une déclarations diplomatique, et, dans le troisième cas, par une notification administrative, selon la forme indiquée à l'article 26 de la Convention principale. || 5. Toute modification ou résolution n'est exécutoire que trois mois, au moins, après sa notification.

Article 24.

Durée de la Convention; abrogation des traités antérieurs; ratifications.

1. La présente Convention sera mise à exécution le 1er octobre 1907. || 2. Elle aura la même durée que la Convention principale, sans préjudice du droit laissé à chaque partie contractante de se retirer de cette Convention moyennant un avis donné, un an à l'avance, par son Gouvernement au Gouvernement de la Confédération suisse. || 3. Sont abrogées, à partir du jour de la mise à exécution de la présente Convention, toutes les dispositions convenues antérieurement entre les divers pays contractants ou entre leurs Administrations, pour autant qu'elles ne seraient pas conciliables avec les termes de la présente Convention, et sans préjudice des droits réservés par les articles 18 et 19 précédents. || 4. La présente Convention sera ratifiée aussitôt que faire se pourra. Les actes de ratification seront échangés à Rome. || En foi de quoi, les plénipotentiaires des pays ci-dessus énumérés ont signé la présente Convention à Rome, le vingt-six mai mil neuf cent six.

(Unterschriften.)

Protocole final.

Au moment de procéder à la signature de la Convention conclue a la date de ce jour, relativement à l'échange des colis postaux, les plénipotentiaires soussignés sont convenus de ce qui suit:

I.

Tout pays où la poste ne se charge pas actuellement du transport de colis postaux et qui adhère à la Convention susmentionnée aura la faculté d'en faire exécuter les clauses par les entreprises de chemins de fer et de navigation. Il pourra en même temps limiter ce service aux colis provenant ou à destination de localités desservies par ces entreprises. || L'Administration postale de ce pays devra s'entendre avec les entreprises de chemins de fer et de navigation pour assurer la complète exécution, par ces dernières, de toutes les clauses de la Convention, spécialement pour organiser le service d'échange à la frontière. || Elle leur servira d'intermédiaire pour toutes leurs relations avec les Administrations postales des autres pays contractants et avec le Bureau international.

II.

Par exception aux dispositions du paragraphe 1 de l'article premier et respectivement de l'article 15 de la Convention, la Bolivie a la faculté de limiter provisoirement à 3 kilogrammes, le poids des colis à admettre dans son service et à 15 francs le maximum de l'indemnité à payer en cas de perte, spoliation ou avarie d'un colis postal sans valeur déclarée ne dépassant pas ce poids.

III.

Par exception aux dispositions du § 1 de l'article 2, des §§ 1 et 2 de l'article 3 et respectivement des §§ 1 et 4 de l'article 5 de la Convention. || 1° Le Gouvernement russe a la faculté de porter à 1 franc 25 le droit de transit territorial pour la Russie d'Europe et pour celle d'Asie prises chacune séparément. || 2° Le Gouvernement ottoman a la faculté de porter à 1 franc 25 le droit de transit territorial pour les colis postaux qui doivent traverser la Turquie d'Asie. || 3° Est appliqué, pour le transport des colis postaux provenant ou à destination des bureaux argentins de la Costa del Sud, Tierra del Fuego et îles adjacentes, une surtaxe ne dépassant pas 1 franc 25 centimes par colis et, pour le transport des colis avec déclaration de valeur à destination ou provenant des mêmes bureaux, un droit supplémentaire de 10 centimes par 300 francs ou fraction de 300 francs. || 4° La République de Colombie, le Pérou, les États-Unis de Venezuela et le Brésil ont la faculté de porter transitoirement: || a) à 1 franc le droit de transit territorial; || b) à 1 franc 25 la surtaxe à appliquer aux colis postaux originaires ou à destination de leur territoire. || 5° La Perse a la faculté de ne pas assurer le transport des colis postaux en transit par son territoire. Cette faculté lui est accordée à titre provisoire. || 6° L'Inde britannique a la faculté d'appliquer aux

colis postaux originaires de son pays à destination des autres pays, un tarif gradué correspondant à différentes catégories de poids, à la condition que la moyenne des taxes ne dépasse pas la taxe normale, y compris la surtaxe à laquelle elle aurait droit. || Cette dernière faculté est également accordée aux pays qui adhéreront à la Convention dans l'intervalle, jusqu'au prochain Congrès. || 7° Les pays qui, liés actuellement par des contrats à long terme avec des compagnies de navigation ne peuvent appliquer dès à présent les droits de transit maritime fixés à l'article 3, sont autorisés à maintenir les droits fixés par la Convention de Washington, jusqu'à ce qu'ils soient en mesure d'appliquer les nouveaux tarifs.

IV.

La Grèce, la Tunisie et la Turquie d'Asie ont la faculté de ne pas admettre provisoirement les colis dont les dimensions ou le volume excéderaient le maximum autorisé pour les services maritimes dans le Règlement d'exécution.

En foi de quoi, les plénipotentiaires ci-dessous ont dressé le présent Protocole final, qui aura la même force et la même valeur que si les dispositions qu'il contient étaient insérées dans la Convention, et ils l'ont signé sur un exemplaire qui restera déposé aux archives du Gouvernement italien et dont une copie sera remise à chaque partie.

Rome, le vingt-six mai mil neuf cent six.

(Unterschriften.)

Nr. 13811. **WELTPOSTVEREIN.** Übereinkommen betreffend den Postauftragsdienst.

Rom, 26. Mai 1906.

L'Allemagne et les Protectorats Allemands, l'Autriche, la Belgique, le Chili, la Crète, le Danemark, l'Égypte, la France et l'Algérie, la Grèce, la Hongrie, l'Italie et les Colonies Italiennes, le Luxembourg, la Norvège, les Pays-Bas, les Indes Néerlandaises, le Portugal et les Colonies Portugaises, la Roumanie, la Suède, la Suisse, la Tunisie et la Turquie.

Les soussignés, plénipotentiaires des Gouvernements des pays ci-dessus dénommés, vu l'article 19 de la Convention principale, ont, d'un commun accord et sous réserve de ratification, arrêté l'Arrangement suivant:

Article premier.

Dispositions préliminaires.

L'échange des valeurs à recouvrer par la poste entre ceux des pays contractants dont les Administrations postales conviennent de se charger

réciproquement de ce service, est régi par les dispositions du présent Arrangement.

Article 2.

Papiers admis à l'encaissement; maximum du montant; protêts.

1. Sont admis à l'encaissement les quittances, factures, billets à ordre, traites, coupons d'intérêts et de dividendes, titres amortis, et généralement toutes les valeurs commerciales ou autres, payables sans frais, et dont le montant total par envoi n'excède pas 1000 francs effectifs ou une somme équivalente dans la monnaie de chaque pays. Les Administrations des postes de deux pays correspondants peuvent, d'un commun accord, adopter un maximum plus élevé. || Toutefois, les Administrations qui ne pourraient se charger de l'encaissement des coupons d'intérêts ou de dividendes et de titres amortis le notifieront aux autres Administrations intéressés par l'intermédiaire du Bureau international. || 2. Les Administrations des postes des pays contractants peuvent également se charger de faire protester les effets de commerce, de faire exercer des poursuites juridiques au sujet de créances et de prendre, d'un commun accord, les dispositions nécessaires au sujet de ce service.

Article 3.

Montant à recouvrer.

Sauf arrangement contraire entre les Administrations intéressées, le montant des valeurs à recouvrer par la poste est exprimé en monnaie du pays chargé du recouvrement.

Article 4.

Expédition; nombre des annexes.

1. L'envoi des valeurs à recouvrer est fait sous forme de pli recommandé adressé directement par le déposant au bureau de poste qui doit encaisser les fonds. || 2. Le même envoi peut contenir plusieurs valeurs recouvrables par un même bureau de poste sur des débiteurs différents, au profit d'une même personne. Cependant, le même envoi ne peut contenir des valeurs recouvrables sur plus de cinq débiteurs différents.

Article 5.

Taxe; récépissé.

1. La taxe d'un envoi fait en conformité de l'article 4 précédent ne doit pas dépasser celle d'une lettre recommandée du poids de cet envoi. Cette taxe appartient en entier à l'Administration des postes du pays d'origine. || 2. Un récépissé de l'envoi est remis gratuitement à l'intéressé au moment du dépôt.

Article 6.

Inadmissibilité de payements partiels.

Il n'est pas admis de payement partiel. Chaque valeur doit être payée intégralement et en une seule fois, sinon elle est tenue comme refusée.

Article 7.

Droit d'encaissement.

1. L'Administration chargée de l'encaissement prélève, sur le montant de chaque valeur encaissée, une rétribution de 10 centimes ou l'équivalent dans la monnaie du pays de destination. || 2. Le produit de cette rétribution ne donne lieu à aucun décompte entre les Administrations intéressées.

Article 8.

Transmission du montant recouvré; renvoi des valeurs non recouvrées.

1. La somme recouvrée, après déduction: || a) de la rétribution fixée à l'article 7, || b) de la taxe ordinaire des mandats de poste, et || c) s'il y a lieu, des droits fiscaux appliqués aux valeurs et de la différence de cours, || est convertie, par le bureau qui a fait le recouvrement, en un mandat de poste au profit du déposant. Ce mandat lui est envoyé sans frais. || 2. Les valeurs qui n'ont pu être recouvrées sont renvoyées au bureau de dépôt en franchise de port et sans être grevées d'un droit quelconque. L'Administration chargée du recouvrement n'est tenue à aucune mesure conservatoire ou constatation de nature quelconque du nonpayement.

Article 9.

Application des dispositions de l'Arrangement concernant les mandats.

1. Les dispositiens de l'Arrangement concernant l'échange des mandats de poste sont applicables, en tout ce qui n'est pas contraire au présent Arrangement, aux mandats de poste délivrés en vertu de l'article 8 précédent, pour la liquidation des valeurs recouvrées par la poste. || Toutefois, les mandats de recouvrement qui n'ont pas été payés aux bénéficiaires pour un motif quelconque, ne sont pas remboursés à l'Office d'émission et le montant en revient définitivement à l'Administration du pays expéditeur des valeurs à recouvrer, après l'expiration du délai légal de prescription. || 2. Ces mandats sont admis jusqu'au maximum fixé en vertu du premier paragraphe de l'article 2.

Article 10.

Retrait des recouvrements; rectification du bordereau.

Le déposant d'un envoi contenant des valeurs à rerouvrer peut, aux conditions et sous les réserves déterminées pour les correspondances ordi-

naires et recommandées par l'article 9 de la Convention principale: || 1° retirer l'envoi entier ou une ou plusieurs des valeurs y contenues, et || 2° faire rectifier en cas d'erreur les indications inscrites au bordereau accompagnant l'envoi, || aussi longtemps que la ou les valeurs en cause n'ont été ni payées par le ou les débiteurs ni renvoyées ou réexpédiées par le bureau chargé du recouvrement.

Article 11.

Responsabilité en cas de perte.

1. Sauf le cas de force majeure, la perte d'un pli recommandé contenant des valeurs à recouvrer donne lieu au profit du déposant à une indemnité de 50 francs dans les conditions déterminées par la Convention principale. || 2. Les cas où un pli contenant des valeurs non encaissées est perdu au retour tombent sous les dispositions du § 1 ci-dessus. || 3. En cas de perte de sommes encaissées, l'Administration au service de laquelle la perte est attribuable est tenue au remboursement intégral des sommes perdues.

Article 12.

Responsabilité en cas de retard.

Les Administrations ne sont tenues à aucune responsabilité du chef de retards dans la transmission, soit des plis recommandés contenant les valeurs à recouvrer, soit de ces valeurs elles-mêmes ou des mandats de payement.

Article 13.

Unions restreintes.

Les stipulations du présent Arrangement ne portent pas restriction au droit des parties contractantes de maintenir et de conclure des arrangements spéciaux, ainsi que de maintenir et d'établir des unions plus restreintes, en vue d'améliorer le service des recouvrements internationaux.

Article 14.

Législation intérieure.

En outre, le présent Arrangement ne porte pas atteinte à la législation intérieure des pays contractants, dans tout ce qui n'est pas prévu par cet Arrangement.

Article 15.

Application des dispositions du service intérieur.

1. Il est entendu qu'à défaut de dispositions formelles du présent Arrangement, chaque Administration a la faculté d'appliquer les dispositions régissant la matière dans son service intérieur. || 2. Il est toutefois

formellement interdit de percevoir, soit dans le pays d'origine, soit dans le pays de destination, une taxe ou rétribution quelconque autre que celles qui sont prévues par le présent Arrangement.

Article 16.

Suspension extraordinaire du service.

Chaque Administration peut, dans des circonstances extraordinaires de nature à justifier la mesure, suspendre temporairement le service des recouvrements, d'une manière générale ou partielle, sous la condition d'en donner immédiatement avis, au besoin par voie télégraphique, à l'Administration ou aux Administrations intéressées.

Article 17.

Bureaux participant au service; Règlement d'exécution.

1. Les Administrations des postes des pays contractants admettent au service des recouvrements tous les bureaux chargés du service des mandats de poste internationaux. || 2. Elles règlent, d'un commun accord, le mode du dépôt et de l'envoi des valeurs à recouvrer, ainsi que toutes les autres mesures de détail ou d'ordre nécessaires pour assurer l'exécution du présent Arrangement.

Article 18.

Adhésions à l'Arrangement.

Les États de l'Union qui n'ont point pris part au présent Arrangement sont admis à y adhérer sur leur demande, et dans la forme prescrite par la Convention principale en ce qui concerne les adhésions à l'Union postale universelle.

Article 19.

Proposition dans l'intervalle des réunions.

1. Dans l'intervalle qui s'écoule entre les réunions prévues par la Convention principale, toute Administration des postes d'un des pays contractants a le droit d'adresser aux autres Administrations participantes, par l'intermédiaire du Bureau international, des propositions concernant le service des recouvrements. || Pour être mise en délibération, chaque proposition doit être appuyée par au moins deux Administrations, sans compter celle dont la proposition émane. Lorsque le Bureau international ne reçoit pas, en même temps que la proposition, le nombre nécessaire de déclarations d'appui, la proposition reste sans aucune suite. || 2. Toute proposition est soumise au procédé déterminé par le § 2 de l'article 26 de la Convention principale. || 3. Pour devenir exécutoires, les propositions doivent réunir, savoir: || 1° l'unanimité des suffrages, s'il s'agit de l'addition

de nouvelles dispositions ou de la modification des dispositions du présent article et des articles 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 18 et 20 du présent Arrangement; || 2° les deux tiers des suffrages, s'il s'agit de la modification des dispositions de l'article 17; || 3° la simple majorité absolue, s'il s'agit de l'interprétation des dispositions du présent Arrangement, sauf le cas de litige prévu à l'article 23 de la Convention principale. || 4. Les résolutions valables sont consacrées, dans les deux premiers cas, par une déclaration diplomatique, et dans le troisième cas, par une notification administrative, selon la forme prévue par la Convention principale. || 5. Toute modification ou résolution adoptée n'est exécutoire que trois mois, au moins, après sa notification.

Article 20.

Durée de l'Arrangement; ratification.

1. Le présent Arrangement entrera en vigueur le 1er octobre 1907. || 2. Il aura la même durée que la Convention principale, sans préjudice du droit réservé à chaque pays de se retirer de cet Arrangement moyennant un avis donné, un an à l'avance, par son Gouvernement au Gouvernement de la Confédération suisse. Pendant cette dernière année, l'Arrangement continuera d'avoir son exécution pleine et entière, sans préjudice de la liquidation et du solde des comptes après l'expiration du dit terme. || 3. Sont abrogées, à partir du jour de la mise à exécution du présent Arrangement, toutes les dispositions convenues antérieurement entre les divers Gouvernements ou Administrations des parties contractantes, pour autant qu'elles ne seraient pas conciliables avec les termes du présent Arrangement, le tout sans préjudice des droits réservés par l'article 13. || 4. Le présent Arrangement sera ratifié aussitôt que faire se pourra. Les actes de ratification seront échangés à Rome.

En foi de quoi, les plénipotentiaires des pays ci-dessus dénommés ont signé le présent Arrangement à Rome, le vingt-six mai mil neuf cent six.

(Unterschriften.)

Nr. 13812. WELTPOSTVEREIN. Übereinkommen, betreffend den Postbezug von Zeitungen und Zeitschriften.

Rom, 26. Mai 1906.

L'Allemagne et les Protectorats Allemands, la République Argentine, l'Autriche, la Belgique, la Bulgarie, le Chili, la République de Colombie, le Danemark et les Colonies Danoises, l'Égypte, la Grèce, la Hongrie, l'Italie et les Colonies Italiennes, le Luxembourg, le Monténégro, la

Norvège, les Pays-Bas, le Portugal et les Colonies Portugaises, la Roumanie, la Serbie, la Suède, la Suisse, la Turquie et l'Uruguay.

Les soussignés, plénipotentiaires des Gouvernements des pays ci-dessus énumérés, || Vu l'article 19 de la Convention principale, ont, d'un commun accord et sous réserve de ratification, arrêté l'Arrangement suivant:

Article premier.

Dispositions préliminaires.

Le service postal des abonnements aux journaux et publications périodiques entre ceux des pays contractants dont les Administrations postales s'entendent pour établir réciproquement ce service, est régi par les dispositions du présent Arrangement.

Article 2.

Réception des souscriptions.

Les bureaux de poste de chaque pays reçoivent les souscriptions du public aux journaux et ouvrages périodiques publiés dans les divers pays contractants. || Ce service s'étend également à des publications de tous autres pays, que certaines Administrations seraient en mesure de fournir, sous réserve de l'application des dispositions de l'article 16 de la Convention principale.

Article 3.

Prix et périodes d'abonnement.

1. Le prix de l'abonnement est exigible au moment de la souscription et pour toute la période d'abonnement. || Les modifications de prix ne sont applicables qu'aux abonnements qui se font après notification des prix modifiés au bureau de poste où l'abonnement est souscrit. Elles n'ont pas d'effet rétroactif. || 2. Les abonnements ne peuvent être demandés que pour les périodes fixées aux listes officielles.

Article 4.

Responsabilité.

Les Administrations des postes, en se chargeant des abonnements à titre d'intermédiaires, n'assument aucune responsabilité quant aux charges et obligations qui incombent aux éditeurs. || Elles ne sont tenues à aucun remboursement en cas de cessation ou d'interruption d'une publication en cours d'abonnement.

Article 5.

Bureaux d'échange.

Le service international des abonnements s'effectue par l'entremise de bureaux d'échange à désigner respectivement par chaque Administration.

Article 6.

Fixation des prix d'abonnement.

1. Chaque Administration fixe les prix auxquels elle fournit aux autres Administrations ses publications nationales et, s'il y a lieu, les publications de toute autre origine. || Toutefois, ces prix ne peuvent, dans aucun cas, être supérieurs à ceux qui sont imposés aux abonnés à l'intérieur, sauf addition, pour ce qui concerne les relations entre des pays non limitrophes, des droits de transit dûs aux Offices intermédiaires (article 4 de la Convention principale). || 2. Les droits de transit sont établis d'avance à forfait, en prenant pour base le degré de périodicité combiné avec le poids moyen des journaux.

Article 7.

Fixation du prix à payer par l'abonné.

1. L'Administration des postes du pays destinataire fixe le prix à payer par l'abonné, en ajoutant, au prix de revient établi en vertu de l'article 6 précédent, telle taxe, droit de commission ou de factage qu'elle juge utile d'adopter, mais sans que ces redevances puissent dépasser celles qui sont perçues pour ses abonnements à l'intérieur. Elle y ajoute, le cas échéant, le droit de timbre fixé par la législation de son pays. || 2. Lorsque deux pays en relation n'ont pas le même système monétaire, le prix de revient est converti par l'Office du pays de destination en monnaie de ces pays. Si les Administrations ont adhéré à l'Arrangement concernant les mandats, la conversion se fait d'après le taux applicable aux mandats de poste, à moins qu'elles ne conviennent d'un taux moyen de conversion.

Article 8.

Exonération de mise en compte des taxes et droits.

Les taxes ou droits établis en vertu des articles 6 et 7 précédents ne donnent lieu à aucun décompte spécial entre les Offices correspondants.

Article 9.

Irrégularités.

Les Administrations postales sont tenues de donner suite, sans frais pour les abonnés, à toute réclamation fondée concernant des retards ou des irrégularités quelconques dans le service des abonnements.

Article 10.

Comptes trimestriels.

1. Les comptes des abonnements fournis et demandés sont dressés trimestriellement. Après avoir été débattus et arrêtés contradictoirement,

ces comptes sont soldés en monnaie métallique du pays créancier. || 2. À cet effet et sauf entente contraire entre les Offices intéressés, la différence est liquidée, le plus tôt possible, par mandat de poste. || Lorsque deux pays en relation n'ont pas le même système monétaire, la créance la plus faible est, sauf autre arrangement, convertie en la monnaie de la créance la plus forte, conformément à l'article 6 de l'Arrangement concernant les mandats. || 3. Les mandats de poste émis à cette fin ne sont soumis à aucun droit et ils peuvent excéder le maximum déterminé par cet Arrangement. || 4. Les soldes en retard portent intérêt à 5 % l'an, au profit de l'Administration créditrice.

Article 11.

Unions restreintes.

Les stipulations du présent Arrangement ne portent pas restriction au droit des parties contractantes de maintenir ou de conclure des Arrangements spéciaux en vue d'améliorer, de faciliter ou de simplifier le service des abonnements internationaux.

Article 12.

Adhésions à l'Arrangement.

Les pays de l'Union qui n'ont pas pris part au présent Arrangement sont admis à y adhérer sur leur demande et dans la forme prescrite par l'article 24 de la Convention principale en ce qui concerne les adhésions à l'Union postale universelle.

Article 13.

Formes et délais des comptes; Règlement d'exécution.

Les Administrations des postes des pays contractants arrêtent la forme des comptes désignés à l'article 10 précédent, fixent les époques auxquelles ils doivent être dressés et règlent toutes les autres mesures d'ordre et de détail nécessaires pour assurer l'exécution du présent Arrangement.

Article 14.

Application des dispositions du service intérieur.

Il est entendu qu'à défaut de dispositions formelles du présent Arrangement, chaque Administration a la faculté d'appliquer les dispositions régissant la matière dans son service intérieur.

Article 15.

Propositions dans l'intervalle des réunions.

1. Dans l'intervalle qui s'écoule entre les réunions prévues par la Convention principale, toute Administration des postes d'un des pays

contractants a le droit d'adresser aux autres Administrations participantes, par l'intermédiaire du Bureau international, des propositions concernant le service des abonnements aux journaux. || Pour être mise en déliberation, chaque proposition doit être appuyée par au moins deux Administrations, sans compter celle dont la proposition émane. Lorsque le Bureau international ne reçoit pas, en même temps que la proposition, le nombre nécessaire de déclarations d'appui, la proposition reste sans aucune suite. || 2. Toute proposition est soumise au procédé déterminé par le § 2 de l'article 26 de la Convention principale. || 3. Pour devenir exécutoires, les propositions doivent réunir, savoir: || 1° l'unanimité des suffrages, s'il s'agit de l'addition de nouvelles dispositions ou de la modification des dispositions du présent article et des articles 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 14, 16 et 17 du présent Arrangement; || 2° les deux tiers des suffrages, s'il s'agit de la modification de l'article 13; || 3° la simple majorité absolue, s'il s'agit de l'interprétation des dispositions du présent Arrangement, sauf le cas de litige prévu par l'article 23 de la Convention principale. || 4. Les résolutions valables sont consacrées, dans les deux premiers cas, par une déclaration diplomatique, et dans le troisième cas, par une notification administrative selon la forme indiquée à l'article 26 de la Convention principale. || 5. Toute modification ou résolution adoptée n'est exécutoire que trois mois, au moins, après sa notification.

Article 16.

Durée de l'Arrangement.

1. Le présent Arrangement entrera en vigueur le 1er octobre 1907. || 2. Il aura la même durée que la Convention principale, sans préjudice du droit réservé, à chaque pays, de se retirer de cet Arrangement moyennant un avis donné, un an à l'avance, par son Gouvernement au Gouvernement de la Confédération suisse. || 3. Le cas échéant, les abonnements courants devront être servis dans les conditions prévues par le présent Arrangement, jusqu'à l'expiration du terme pour lequel ils ont été demandés.

Article 17.

Abrogation des dispositions antérieures; ratification.

1. Sont abrogées, à partir du jour de la mise à exécution du présent Arrangement, toutes les dispositions sur la matière convenues antérieurement entre les Gouvernements ou Administrations des parties contractantes pour autant qu'elles ne seraient pas conciliables avec les termes de cet Arrangement, le tout sans préjudice des droits réservés par l'article 11. ||

2. Le présent Arrangement sera ratifié aussitôt que faire se pourra. Les actes de ratification seront échangés à Rome.

3. En foi de quoi, les plénipotentiaires des pays ci-dessus énumérés ont signé le présent Arrangement à Rome, le vingt-six mai mil neuf cent six.

(Unterschriften.)

Nr. 13813. **DEUTSCHES REICH.** Denkschrift zu den am 26. Mai 1906 in Rom unterzeichneten neuen Verträgen des Weltpostvereins. Dem deutschen Reichstage vorgelegt.

Berlin, 4. Mai 1907.

Von dem Postkongreß in Washington, auf dem am 15. Juni 1897 der gegenwärtig geltende Weltpostvertrag und seine Nebenabkommen abgeschlossen worden sind, war als nächster Kongreßort Rom gewählt worden. Daselbst sind die Bevollmächtigten der Länder des Weltpostvereins, nachdem der Kongreß auf Wunsch der italienischen Regierung zweimal verschoben worden war, am 7. April 1906 zusammengetreten und haben am 26. Mai die vorstehend abgedruckten Verträge unterzeichnet, nämlich || 1. den Weltpostvertrag (Hauptvertrag) nebst Schlußprotokoll || sowie die folgenden Nebenabkommen: || 2. das Übereinkommen, betreffend den Austausch von Briefen und Kästchen mit Wertangabe, nebst Schlußprotokoll, || 3. das Übereinkommen, betreffend den Postanweisungsdienst, nebst Schlußprotokoll, || 4. den Vertrag, betreffend den Austausch von Postpaketen, nebst Schlußprotokoll, || 5. das Übereinkommen, betreffend den Postauftragsdienst, und || 6. das Übereinkommen, betreffend den Postbezug von Zeitungen und Zeitschriften. || Die neuen Verträge sollen am 1. Oktober 1907 in Kraft treten. || Der Umfang des Weltpostvereins ist unverändert geblieben. Von den dem Vereine nicht angehörenden Ländern waren China und Äthiopien auf dem Kongresse vertreten. Beide Länder bedauerten, wegen ungenügender Entwickelung ihres Postwesens dem Vereine noch nicht beitreten zu können, sprachen aber die Absicht aus, dies so bald als möglich zu tun. Es ist ihnen daher das Protokoll zur nachträglichen Zeichnung offen gehalten worden. || Den Nebenabkommen hat sich in Rom eine größere Zahl von Ländern angeschlossen. Columbien, Griechenland und Guatemala sind dem Wertdienst-Übereinkommen beigetreten, Bolivien und Kreta dem Postpaketvertrage, Columbien und die französischen Kolonien dem Postanweisungs-Übereinkommen, Dänemark, Griechenland und Kreta dem Postauftrags-Übereinkommen, ferner die Argentinische Republik, die dänischen Kolonien und Montenegro dem

Zeitungs-Übereinkommen. Außerdem steht die Beteiligung des Asiatischen Rußland am Postpaketdienste zu erwarten, nachdem der Kongreß beschlossen hat, das Asiatische Rußland in bezug auf die Berechnung des Portos und der Transitgebühren als ein besonderes Land anzusehen. || Für die Stellung Deutschlands im Weltpostverein und seinen Einfluß auf das Zustandekommen von Beschlüssen ist es von Wichtigkeit, daß für die deutschen Schutzgebiete, die seit dem Washingtoner Kongreß an Umfang und Bedeutung erheblich zugenommen haben, eine zweite Stimme erwirkt worden ist. || Im Vordergrunde der Verhandlungen standen auf dem Kongresse zwei Fragen: die Regelung der Transitentschädigungen für die Briefpost und die Ermäßigung des Briefportos.

Die Lösung der ersten Frage war schon von dem Kongreß in Washington versucht worden. Dieser Kongreß stand, da erst kurz vorher (1896) Gewichtsermittelungen über den Durchgangsbriefverkehr stattgefunden hatten, unter dem frischen Eindrucke der mit solchen Ermittelungen verbundenen Belästigung des Dienstbetriebs und der Schwierigkeit einer richtigen Feststellung der Transitleistungen. Er beschloß daher, von neuen Ermittelungen abzusehen und die Ergebnisse der Zählung des Jahres 1896 den weiteren Zahlungen, die fortschreitenden Ermäßigungen unterliegen sollten, zugrunde zu legen. Man hoffte auf diesem Wege zu einer Beseitigung der Vergütungen für den Landtransit zu gelangen und die Entschädigungen für den Seetransit, auf deren Wegfall wegen der entgegenstehenden Verträge mit den Schiffsgesellschaften in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist, auf ein möglichst geringes Maß herabzusetzen. Inzwischen hatten sich jedoch die Ansichten vielfach geändert. Auf dem Kongreß in Rom zeigte sich die Mehrzahl der Haupttransitländer nicht geneigt, auf ihre Einnahmen aus dem Landtransit zu verzichten; sie vertrat sogar den Standpunkt, daß die Vergütungen den Leistungen der Verwaltungen möglichst genau entsprechen müßten. Da unter diesen Umständen die Wiedereinführung von Transitermittelungen nicht zu umgehen war, kam es darauf an, dahin zu wirken, daß sie nicht zu häufig und in den einfachsten Formen vorgenommen werden. Dem englischen Vorschlag, eine Zählung alle drei Jahre stattfinden zu lassen, setzte Deutschland nachdrücklichen Widerspruch entgegen, und es gelang schließlich, einen Kongreßbeschluß herbeizuführen, wonach die Ermittelungen nur alle sechs Jahre anzustellen sind. Ausnahmsweise ist der russischen und der japanischen Postverwaltung das Recht eingeräumt worden, die Erhebungen über die auf der sibirischen Eisenbahn und der japanischen Eisenbahn in der Mandschurei beförderten Briefsendungen in kürzeren Zeiträumen (alle drei Jahre) vorzunehmen, da sich der Um-

fang des Briefverkehrs auf diesen Bahnen noch nicht übersehen läßt. || Auch die Bemühungen, die Transitermittelungen möglichst zu vereinfachen, sind von Erfolg begleitet gewesen. Bei dem sogenannten geschlossenen Transit, d. h. beim Austausche der Briefsendungen zwischen zwei nicht benachbarten Postverwaltungen in Säcken oder Paketen, die von den Zwischenverwaltungen nicht geöffnet werden, wird nicht mehr das Reingewicht der Sendungen, sondern nur noch das Rohgewicht des Briefkartenschlusses festgestellt, wobei für den Verpackungsstoff und die nichttransitpflichtigen Sendungen (Postanweisungen, Antwortteile der Postkarten mit Antwort, portofreie Sendungen usw.) 10 v. H. abgezogen werden. Die in offenem Transit zwischen zwei nicht benachbarten Postverwaltungen ausgetauschten Briefsendungen, d. h. Sendungen, die in Kartenschlüsse auf ein Zwischenland aufgenommen werden, sollen nicht mehr getrennt nach Bestimmungsländern gewogen werden, sondern es findet eine Vergütung für die einzelne Sendung nach einem festen Satze ohne Rücksicht auf Bestimmungsland und Gewicht statt. || Die Herabsetzung der Transitvergütungen für Briefsendungen, die auf dem Kongreß in Washington begonnen war, ist vom Kongreß in Rom fortgesetzt worden. Beim Landtransit bis zu 3000 Kilometer und beim Seetransit bis zu 300 Seemeilen Entfernung sind fortan statt 1 Franken 70 Centimen für das Kilogramm Briefe und Postkarten und $21^1/_4$ Centimen für das Kilogramm Drucksachen, Warenproben und Geschäftspapiere nur 1 Franken 50 Centimen und 20 Centimen zu vergüten. Die Sätze für den Seetransit auf weitere Entfernung sind von 5 und 10 Franken für das Kilogramm Briefe und Postkarten auf 4 und 8 Franken herabgesetzt worden. Für den Landtransit ist außerdem eine Abstufung der Vergütungssätze nach der Entfernung, wie dies bereits beim Seetransit der Fall ist, vorgenommen worden, um die Zahl der sogenannten außergewöhnlichen Verbindungen (Artikel 4, § 5 des neuen Weltpostvertrags), für welche die Transitsätze der freien Vereinbarung zwischen den beteiligten Verwaltungen unterliegen, zu verringern und neuen Anträgen auf Einreihung von Postverbindungen in die Zahl der außergewöhnlichen Verbindungen vorzubeugen. Derartige Anträge lagen von Canada für die canadischen Pacificbahnen, von Rußland für die sibirische Eisenbahn, von Argentinien für die Postbeförderung über die Anden und von Costa Rica für die Eisenbahn von Port Limon nach Punta Arenas vor. Die Einführung eines Stufentarifs für den Landtransit hat zur Folge gehabt, daß sich die Sätze für die Postbeförderung auf den Pacificbahnen der Vereinigten Staaten von Amerika von 6 auf 3 Franken für das Kilogramm Briefe und Postkarten und von 2 Franken auf 40 Centimen für das Kilogramm Drucksachen, Warenproben und

Geschäftspapiere ermäßigen; die oben erwähnten Anträge von Canada usw. wurden mit großer Mehrheit abgelehnt. || Nachdem die Vergütung für die in offenem Transit beförderten Briefsendungen nicht mehr nach dem Gewichte, sondern nach der Stückzahl erfolgt, waren neue Vergütungssätze für diese Sendungen vorzusehen. England hatte eine Vergütung von 10 Centimen für jeden Brief und von 5 Centimen für jede sonstige Briefsendung vorgeschlagen; doch ist es im Laufe der Verhandlungen gelungen, die Sätze auf 6 und $2^1/_2$ Centimen zu ermäßigen. || In dem Bestreben, die Vergütung geringer Transitleistungen soviel als möglich zu beseitigen und die Abrechnung über die Transitvergütungen zu vereinfachen, hat der Kongreß beschlossen, daß alle aus der Abrechnung zwischen zwei Verwaltungen sich ergebenden Ausgleichbeträge bis zu 1000 Franken unberücksichtigt bleiben sollen.

Die Ermäßigung des Briefportos — die zweite Hauptfrage, die den Kongreß beschäftigte — war vom Publikum seit langen Jahren mit Nachdruck erstrebt worden. Den Bestrebungen konnte eine gewisse Berechtigung insofern nicht abgesprochen werden, als das Porto seit dem Pariser Postkongreß (1878) unverändert geblieben war, während die Transitentschädigungen seitdem nicht unerhebliche Ermäßigungen erfahren hatten. Vorbereitet war die Verbilligung des Vereinsbriefportos dadurch, daß fast alle europäischen Länder im Verkehr mit ihren Kolonien das Inlandsbriefporto eingeführt hatten und auch ein großer Teil des sonstigen Auslandsbriefverkehrs auf Grund von Sonderverträgen ermäßigten Sätzen unterlag. Für den Kongreß in Rom hatte Deutschland zusammen mit mehreren anderen Ländern die Erhöhung der Gewichtsstufe für Briefe von 15 auf 20 Gramm vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Damit ist die wünschenswerte Übereinstimmung der ersten Gewichtsstufe für den inneren deutschen und den Auslandsbriefverkehr erreicht worden. Es lagen aber noch zahlreiche weitergehende Anträge vor. Mit Rücksicht auf den zu erwartenden großen Einnahmeausfall wurde von der Herabsetzung des Portos für den einfachen Gewichtssatz abgesehen. Dagegen fand ein Vorschlag Annahme, der das Porto für die das einfache Briefgewicht übersteigenden Briefe von 25 auf 15 Centimen für je 20 Gramm herabsetzt. Diese doppelte Portoermäßigung erschien einigen Ländern zu weitgehend. Um die Bedenken, die sie geltend machten, zu beseitigen, wurde in das Schlußprotokoll die Bestimmung aufgenommen, daß die Verwaltungen, die aus Rücksicht auf ihren inneren Verkehr oder aus einem anderen Grunde die Erhöhung der Gewichtsstufe von 15 auf 20 Gramm und die Herabsetzung des Portos für die höheren Gewichtsstufen von 25 auf 15 Centimen nicht annehmen können, berechtigt sind,

die Anwendung der beiden Bestimmungen oder der einen oder anderen von ihnen vorläufig auszusetzen. Es ist indes nicht anzunehmen, daß viele Länder von dieser Befugnis Gebrauch machen werden. || Von den sonstigen Beschlüssen des Postkongresses, die sich in ihrer Gesamtheit als beachtenswerte Verbesserungen und Erleichterungen für Verkehr und Betrieb darstellen, sind die wichtigeren nachstehend aufgeführt.

A. Weltpostvertrag.

Um dem Publikum die Möglichkeit zu gewähren, das Porto für die Antwort auf einen Brief nach dem Ausland im voraus zu bezahlen, hat der Kongreß die Einführung von Antwortscheinen beschlossen. Die Beteiligung an der Einrichtung ist den Verwaltungen freigestellt. Die Antwortscheine sind bei den Postanstalten zum Mindestpreise von 28 Centimen käuflich und können in den anderen Ländern gegen Landeswertzeichen im Nennwerte von 25 Centimen umgetauscht werden. Der Aufschlag von 3 Centimen soll Spekulationen, zu denen die Währungsunterschiede Anlaß geben können, vorbeugen. Die Abrechnung zwischen den beteiligten Verwaltungen besorgt das Internationale Bureau des Weltpostvereins auf Grund der eingelösten Scheine. Wenngleich dem Verfahren wesentliche Mängel anhaften, besonders weil es gegen einen der Hauptgrundsätze des Weltpostvertrags: den Ausschluß jeglicher Abrechnung über Portobeträge, verstößt, so ist doch der erste Schritt zur Einführung einer internationalen Antwortbriefmarke getan und es wird Aufgabe späterer Kongresse sein, das System nach den inzwischen gewonnenen Erfahrungen zu verbessern. Jedenfalls ist dem Publikum schon mit der jetzigen Einrichtung ein lang ersehnter Wunsch erfüllt worden. || Den Verwaltungen derjenigen außereuropäischen Länder, deren Gesetzgebung dem Grundsatze der Haftung für Einschreibbriefe entgegensteht, war es bisher gestattet, die Ersatzverbindlichkeit für solche Sendungen auszuschließen, bis sie von ihren gesetzgebenden Körperschaften zur Einführung dieses Grundsatzes ermächtigt sind. Der Kongreß hat diese Ausnahmebestimmung, die seit dem Pariser Postkongreß (1878) besteht, in der Voraussetzung aufgehoben, daß die in Betracht kommenden Länder inzwischen genügend Zeit gehabt haben, eine Änderung ihrer Gesetzgebung herbeizuführen. || Der im Washingtoner Weltpostvertrag enthaltene Vorbehalt, den Meistbetrag der Nachnahme auf 500 Franken zu beschränken, sofern besondere Umstände dies rechtfertigen, ist aufgehoben worden. Der Meistbetrag der Nachnahme auf Briefsendungen beträgt jetzt allgemein 1 000 Franken. Die nachträgliche Streichung oder Änderung von Nachnahmebeträgen ist unter den für die Zurückziehung von Sendungen

und die Änderung von Aufschriften festgesetzten Bedingungen allgemein gestattet worden, nachdem dieses Verfahren im Verkehr mit einzelnen Ländern eingeführt war und sich bewährt hatte.*) || Den Beschlüssen der Haager Friedenskonferenz folgend, hat der Postkongreß die Bestimmung, daß die Kriegsgefangenen sowie die Auskunftstellen über Kriegsgefangene für abgehende und eingehende Postsendungen jeder Art — mit Ausschluß der Nachnahme und Auftragssendungen — Portofreiheit genießen, für alle Länder des Weltpostvereins verbindlich gemacht. || Um den Briefverkehr zwischen den in fremden Gewässern befindlichen Kriegsschiffen und ihrem Heimatlande sicherzustellen, hatte der Wiener Postkongreß beschlossen, einen Austausch geschlossener Briefposten zwischen beiden Teilen zuzulassen. Diese Bestimmung ist auf dem Postkongreß in Rom dahin ausgedehnt worden, daß ein solcher Postaustausch auch zwischen den Kriegsschiffen oder Geschwadern desselben Landes untereinander stattfinden kann. || Die Bestimmung, daß unvorschriftsmäßig beschaffene Drucksachen, Warenproben und Geschäftspapiere, die versehentlich zur Absendung gelangt sind, nach dem Aufgabeorte zurückgeleitet und, wenn angängig, dem Absender zurückgegeben werden, ist dahin geändert worden, daß solche Sendungen, wenn sie wenigstens teilweise frankiert sind, dem Empfänger ausgehändigt werden, falls dies im Bestimmungslande gestattet ist.

B. Übereinkommen, betreffend den Austausch von Briefen und Kästchen mit Wertangabe.

Die Versicherungsgebühr für Briefe und Kästchen mit Wertangabe, die gegenwärtig im Verkehr zwischen benachbarten Ländern 10 Centimen und im Verkehr zwischen den übrigen Ländern 25 Centimen für je 300 Franken beträgt, ist für jedes an der Beförderung beteiligte Land auf 5 Centimen für je 300 Franken festgesetzt worden. Der neue Tarif entspricht mehr den Grundsätzen der Gerechtigkeit und ist vielfach auch billiger als der jetzige. Die Befugnis, eine andere als die im Übereinkommen vorgesehene Versicherungsgebühr zu erheben, ist aufrecht erhalten worden, damit fremden Ländern der Beitritt zum Wertbrief- und Wertkästchendienst mit dem Auslande nicht erschwert wird. Es ist jedoch eine Beschränkung der Ausnahmebestimmung insofern eingetreten, als der Meistbetrag der besonderen Versicherungsgebühr $^1/_4$ v. H. — statt wie bisher $^1/_2$ — des angegebenen Wertbetrags nicht überschreiten darf.**) ||

*) Die gleiche Bestimmung ist für Briefe und Kästchen mit Wertangabe sowie für Postpakete getroffen worden.

**) In derselben Weise ist auch die Versicherungsgebühr für Postpakete mit Wertangabe neu festgesetzt worden.

Die Bestimmung, daß eine Änderung der Aufschrift nur bei Sendungen mit einer Wertangabe bis zu 10000 Franken zugelassen wird, ist weggefallen. || Für den Betriebsdienst ist eine Erleichterung, die sich besonders in den Bahnposten fühlbar machen wird, dadurch erreicht worden, daß die Abrechnung über die Portobeträge bei Wertkästchen und über die Versicherungsgebühren bei Wertbriefen und Wertkästchen nicht mehr fortlaufend, sondern auf Grund von Feststellungen stattfinden soll, die im Jahre nur während eines 28tägigen Zeitraums vorgenommen werden.

C. Übereinkommen, betreffend den Postanweisungsdienst.

Die Bestimmung, daß der Meistbetrag einer Postanweisung auf 500 Franken beschränkt werden kann, ist aus dem Übereinkommen beseitigt und in das Schlußprotokoll übernommen worden, wodurch zum Ausdruck gebracht worden ist, daß der Meistbetrag von 1000 Franken die Regel bildet und jene Beschränkung eine den Vertragsgrundsätzen nicht mehr entsprechende Ausnahme darstellt. || Der wichtigste Beschluß, den der Kongreß in bezug auf das Postanweisungsübereinkommen gefaßt hat, ist die Ermäßigung der Postanweisungsgebühr auf 25 Centimen für je 50 Franken. Ein solcher Vorschlag war von Deutschland bereits auf dem Lissaboner Kongreß (1885) eingebracht worden. Die Ermäßigung ist auf dem Washingtoner Kongresse vorläufig für Beträge von mehr als 100 Franken zugestanden worden, und erst auf dem Postkongreß in Rom gelang es, sie auch für Postanweisungen bis zu 100 Franken durchzusetzen. Der Postanweisungsaustausch mit dem Auslande wird dadurch einen weiteren bedeutenden Aufschwung erfahren. || Gewöhnliche und telegraphische Postanweisungen können in Zukunft auf telegraphischem Wege nach einem anderen Lande, wenn dieses mit dem nachsendenden einen Austausch von telegraphischen Postanweisungen unterhält, nachgesandt werden. || Bei den telegraphischen Postanweisungen ist ferner, wie bereits bei den gewöhnlichen, die Zurücknahme der Sendung und die Änderung der Aufschrift zugelassen worden.

D. Vertrag, betreffend den Austausch von Postpaketen.

Für die Transitkosten, denen die Postpakete zugunsten jeder an der Seebeförderung beteiligten Verwaltung unterliegen, ist ein neuer Tarif aufgestellt worden. Aus diesem ergeben sich folgende Ermäßigungen: || bei einer Entfernung || von mehr als 1000 bis 2500 Seemeilen eine Ermäßigung von 1 Franken auf 50 Centimen, || von mehr als 3000 bis 5000 Seemeilen eine Ermäßigung von 2 Franken auf 1 Franken, || von mehr als 5000 bis 6000 Seemeilen eine Ermäßigung von 2 Franken auf

1 Franken 50 Centimen, || von mehr als 6000 bis 8000 Seemeilen eine Ermäßigung von 3 Franken auf 1 Franken 50 Centimen, || von mehr als 8000 Seemeilen eine Ermäßigung von 3 Franken auf 2 Franken. || Um die gleichen Beträge ermäßigt sich auch das Porto für die Postpakete. Ferner hat der Kongreß beschlossen, daß bei Paketen bis zum Gewichte von 1 Kilogramm die Seetransitentschädigung den Betrag von 1 Franken nicht überschreiten darf. Diese Bestimmung soll vermeiden, daß für Pakete bis zu 1 Kilogramm unter Umständen höhere Portosätze erhoben und höhere Seetransitbeträge vergütet werden, als für die bis zu demselben Gewichte zugelassenen Kästchen mit Wertangabe. Um den Ländern, die durch langfristige Verträge mit ihren Schiffsgesellschaften gebunden sind, durch die Anwendung des neuen Tarifes nicht finanzielle Schwierigkeiten zu bereiten, wurde durch eine Bestimmung des Schlußprotokolls nachgegeben, daß sie bis auf weiteres die im Washingtoner Vertrage für Postpakete vorgesehenen Seetransitsätze erheben dürfen. Bei den Erörterungen über das Postpaketporto zeigte sich, daß die Aussichten auf Beseitigung der Zuschlagbeträge für abgehende und ankommende Pakete in weite Ferne gerückt sind. Der Kongreß hat sogar weitere Zugeständnisse in dieser Beziehung machen und auch einigen Ländern die Befugnis zur Erhebung von erhöhten Landtransitsätzen erteilen müssen, da den Gründen, die hierfür angeführt wurden, die Berechtigung nicht abgesprochen werden konnte. Es steht indes zu erwarten, daß die Länder auf diese Vorrechte, sobald es ihnen möglich sein wird, verzichten werden, wie dies bereits die Postverwaltung von Britisch-Indien bezüglich der Zugeständnisse getan hat, die ihr auf dem Postkongreß in Washington eingeräumt worden waren. || Die Bestimmung, daß jede Verwaltung befugt ist, das Recht der Änderung der Aufschrift auf Postpakete mit einer Wertangabe bis zu 500 Franken zu beschränken, ist weggefallen. || Für nicht rechtzeitig abgeholte Pakete kann eine Lagergebühr vom Empfänger erhoben werden, deren Höhe sich nach den Vorschriften der Bestimmungsverwaltung für den inneren Verkehr richtet. || Pakete, für die der Absender die Zollgebühren zu entrichten wünscht, können von der Verwaltung die die Verzollung besorgt, einer Gebühr bis zu 25 Centimen unterworfen werden. Eine solche Gebühr rechtfertigt sich durch die große Mühe, die dieser Verwaltung aus der Rückrechnung der Zollbeträge, der Kontrolle über die richtige Verrechnung usw. erwächst. || Die vertragschließenden Länder haben sich ferner verpflichtet, bei der Zollverwaltung ihres Landes dahin zu wirken, daß für die nach einem anderen Lande nachgesandten oder nach dem Aufgabelande zurückgesandten Postpakete Zollgebühren nicht erhoben werden. || Den dem Postpaketvertrage noch nicht angehörenden

Ländern ist der Beitritt dadurch erleichtert worden, daß ihnen im Falle des Beitritts in der Zeit bis zum nächsten Kongresse das Recht zugestanden worden ist, einen nach dem Gewicht abgestuften Tarif anzuwenden, vorausgesetzt, daß der Durchschnitt der Portosätze das Normalporto nicht übersteigt.

E. Übereinkommen, betreffend den Postauftragsdienst.

Dem Absender eines Postauftrags ist gestattet worden, die Sendung oder einen Teil der Anlagen zurückzuziehen sowie Irrtümer auf dem Postauftragsformulare zu berichtigen, solange die Wertpapiere weder eingelöst noch zurückgesandt sind.

F. Übereinkommen, betreffend den Postbezug von Zeitungen und Zeitschriften.

Ohne wesentliche Änderungen.

Nr. 13814. VERTRAGSSTAATEN. Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken bei den im Felde stehenden Heeren.

Genf, 6. Juli 1906.

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse; Son Excellence le Président de la République Argentine; Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, etc., et Roi Apostolique de Hongrie; Sa Majesté le Roi des Belges; Son Altesse Royale le Prince de Bulgarie; Son Excellence le Président de la République du Chili; Sa Majesté l'Empereur de Chine; Sa Majesté le Roi des Belges, Souverain de l'État Indépendant du Congo; Sa Majesté l'Empereur de Corée; Sa Majesté le Roi de Danemark; Sa Majesté le Roi d'Espagne; le Président des États-Unis d'Amérique; le Président des Etats-Unis du Brésil; le Président des États-Unis Mexicains; le Président de la République Française; Sa Majesté le Roi du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Empereur des Indes; Sa Majesté le Roi des Hellènes; le Président de la République de Guatémala; le Président de la République de Honduras; Sa Majesté le Roi d'Italie; Sa Majesté l'Empereur du Japon; Son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg, Duc de Nassau; Son Altesse Royale le Prince de Montenegro, Sa Majesté le Roi de Norvège; Sa Majesté la Reine des Pays-Bas; le Président de la République du Pérou; Sa Majesté Impériale le Schah de Perse; Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves, etc.; Sa Majesté le Roi de Roumanie; Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies; Sa

Majesté le Roi de Serbie; Sa Majesté le Roi de Siam; Sa Majesté le Roi de Suède; le Conseil Fédéral Suisse; le Président de la République Orientale de l'Uruguay. || Également animés du désir de diminuer, autant qu'il dépend d'eux, les maux inséparables de la guerre et voulant, dans ce but, perfectionner et compléter les dispositions convenues à Genève, le 22 août 1864, pour l'amélioration du sort des militaires blessés ou malades dans les armées en campagne; || Ont résolu de conclure une nouvelle Convention à cet effet, et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir: || (Die Namen fortgelassen. Red.) || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus de ce qui suit.

Chapitre premier.

Des blessés et malades.

Article premier.

Les militaires et les autres personnes officiellement attachées aux armées, qui seront blessés ou malades, devront être respectés et soignés, sans distinction de nationalité, par le belligérant qui les aura en son pouvoir. || Toutefois, le belligérant, obligé d'abandonner des malades ou des blessés à son adversaire, laissera avec eux, autant que les circonstances militaires le permettront, une partie de son personnel et de son matériel sanitaires pour contribuer à les soigner.

Article 2.

Sous réverve des soins à leur fournir en vertu de l'article précédent les blessés ou malades d'une armée tombés au pouvoir de l'autre belligérant sont prisonniers de guerre et les règles générales du droit des gens concernant les prisonniers leur sont applicables. || Cependant, les belligérants restent libres de stipuler entre eux, à l'égard des prisonniers blessés ou malades, telles clauses d'exception ou de faveur qu'ils jugeront utiles; ils auront, notamment la faculté de convenir: || De se remettre réciproquement, après un combat, les blessés laissés sur le champ de bataille; || De renvoyer dans leur pays, après les avoir mis en état d'être transportés ou après guérison, les blessés ou malades qu'ils ne voudront pas garder prisonniers; || De remettre à un Etat neutre, du consentement de celui-ci, des blessés ou malades de la partie adverse, à la charge par l'Etat neutre de les interner jusqu'à la fin des hostilités.

Article 3.

Après chaque combat, l'occupant du champ de bataille prendra des mesures pour rechercher les blessés et pour les faire protéger, ainsi que

les morts, contre le pillage et les mauvais traitements. || Il veillera à ce que l'inhumation ou l'incinération des morts soit précédée d'un examen attentif de leurs cadavres.

Article 4.

Chaque belligérant enverra, dès qu'il sera possible, aux autorités de leur pays ou de leur armée les marques ou pièces militaires d'identité trouvées sur les morts et l'état nominatif des blessés ou malades recueillis par lui. || Les belligérants se tiendront réciproquement au courant des internements et des mutations, ainsi que des entrées dans les hôpitaux et des décès survenus parmi les blessés et malades en leur pouvoir. Ils recueilleront tous les objets d'un usage personnel, valeurs, lettres, etc., qui seront trouvés sur les champs de bataille ou délaissés par les blessés ou malades décédés dans les établissements et formations sanitaires, pour les faire transmettre aux intéressés par les autorités de leur pays.

Article 5.

L'autorité militaire pourra faire appel au zèle charitable des habitants pour recueillir et soigner, sous son contrôle, des blessés ou malades des armées, en accordant aux personnes ayant répondu à cet appel une protection spéciale et certaines immunités.

Chapitre II.

Des formations et établissements sanitaires.

Article 6.

Les formations sanitaires mobiles (c'est-à-dire celles qui sont destinées à accompagner les armées en campagne) et les établissements fixes du service de santé seront respectés et protégés par les belligérants.

Article 7.

La protection due aux formations et établissements sanitaires cesse si l'on en use pour commettre des actes nuisibles à l'ennemi.

Article 8.

Ne sont pas considérés comme étant de nature à priver une formation ou un établissement sanitaire de la protection assurée par l'article 6: || 1° Le fait que le personnel de la formation ou de l'établissement est armé et qu'il use de ses armes pour sa propre défense ou celle de ses malades et blessés; || 2° Le fait qu'à défaut d'infirmiers armés, la formation ou l'établissement est gardé par un piquet ou des sentinelles munis d'un

mandat régulier; || 3° Le fait qu'il est trouvé dans la formation ou l'établissement des armes et cartouches retirées aux blessés et n'ayant pas encore été versées au service compétent.

Chapitre III.

Du personnel.

Article 9.

Le personnel exclusivement affecté à l'enlèvement, au transport et au traitement des blessés et des malades, ainsi qu'à l'administration des formations et établissements sanitaires, les aumôniers attachés aux armées, seront respectés et protégés en toute circonstance; s'ils tombent entre les mains de l'ennemi, ils ne seront pas traités comme prisonniers de guerre. || Ces dispositions s'appliquent au personnel de garde des formations et établissements sanitaires dans le cas prévu à l'article 8, No. 2.

Article 10.

Est assimilé au personnel visé à l'article précédent le personnel des Sociétés de secours volontaires dûment reconnues et autorisées par leur Gouvernement, qui sera employé dans les formations et établissements sanitaires des armées, sous la réserve que le dit personnel sera soumis aux lois et règlements militaires. || Chaque État doit notifier à l'autre, soit dès le temps de paix, soit à l'ouverture ou au cours des hostilités, en tous cas avant tout emploi effectif, les noms des Sociétés qu'il a autorisées à prêter leur concours, sous sa responsabilité, au service sanitaire officiel de ses armées.

Article 11.

Une Société reconnue d'un pays neutre ne peut prêter le concours de ses personnels et formations sanitaires à un belligérant qu'avec l'assentiment préalable de son propre Gouvernement et l'autorisation du belligérant lui-même. || Le belligérant qui a accepté le secours est tenu, avant tout emploi, d'en faire la notification à son ennemi.

Article 12.

Les personnes désignées dans les articles 9, 10 et 11 continueront, après qu'elles seront tombées au pouvoir de l'ennemi, à remplir leurs fonctions sous sa direction. || Lorsque leur concours ne sera plus indispensable, elles seront renvoyées à leur armée ou à leur pays dans les délais et suivant l'itinéraire compatibles avec les nécessités militaires. || Elles emporteront, alors, les effets, les instruments, les armes et les chevaux qui sont leur propriété particulière.

Article 13.

L'ennemi assurera au personnel visé par l'article 9, pendant qu'il sera en son pouvoir, les mêmes allocations et la même solde qu'au personnel des mêmes grades de son armée.

Chapitre IV.

Du matériel.

Article 14.

Les formations sanitaires mobiles conserveront, si elles tombent au pouvoir de l'ennemi, leur matériel, y compris les attelages, quels que soient les moyens de transport et le personnel conducteur. || Toutefois, l'autorité militaire compétente aura la faculté de s'en servir pour les soins des blessés et malades; la restitution du matériel aura lieu dans les conditions prévues pour le personnel sanitaire, et, autant que possible, en même temps.

Article 15.

Les bâtiments et le matériel des établissements fixes demeurent soumis aux lois de la guerre, mais ne pourront être détournés de leur emploi, tant qu'ils seront nécessaires aux blessés et aux malades. || Toutefois, les commandants des troupes d'opérations pourront en disposer, en cas de nécessités militaires importantes, en assurant au préalable le sort des blessés et malades qui s'y trouvent.

Article 16.

Le matériel des Sociétés de secours, admises au bénéfice de la Convention conformément aux conditions déterminées par celle-ci, est considéré comme propriété privée et comme tel, respecté en toute circonstance, sauf le droit de réquisition reconnu aux belligérants selon les lois et usages de la guerre.

Chapitre V.

Des convois d'évacuation.

Article 17.

Les convois d'évacuation seront traités comme les formations sanitaires mobiles, sauf les dispositions spéciales suivantes: || 1° Le belligérant interceptant un convoi pourra, si les nécessités militaires l'exigent, le disloquer en se chargeant des malades et blessés qu'il contient. || 2° Dans ce cas, l'obligation de renvoyer le personnel sanitaire, prévue à l'article 12, sera étendue à tout le personnel militaire préposé au transport ou à la

garde du convoi et muni à cet effet d'un mandat régulier. || L'obligation de rendre le matériel sanitaire, prévue à l'article 14, s'appliquera aux trains de chemins de fer et bateaux de la navigation intérieure spécialement organisés pour les évacuations, ainsi qu'au matériel d'aménagement des voitures, trains et bateaux ordinaires appartenant au service de santé. || Les voitures militaires, autres que celles du service de santé, pourront être capturées avec leurs attelages. || Le personnel civil et les divers moyens de transport provenant de la réquisition, y compris le matériel de chemin de fer et les bateaux utilisés pour les convois, seront soumis aux règles générales du droit des gens.

Chapitre VI.

Du signe distinctif.

Article 18.

Par hommage pour la Suisse, le signe héraldique de la croix-rouge sur fond blanc, formé par interversion des couleurs fédérales, est maintenu comme emblème et signe distinctif du service sanitaire des armées.

Article 19.

Cet emblème figure sur les drapeaux, les brassards, ainsi que sur tout le matériel se rattachant au service sanitaire, avec la permission de l'autorité militaire compétente.

Article 20.

Le personnel protégé en vertu des articles 9, alinéa 1er, 10 et 11 porte, fixé au bras gauche, un brassard avec croix-rouge sur fond blanc, délivré et timbré par l'autorité militaire compétente, accompagné d'un certificat d'identité pour les personnes rattachées au service de santé des armées et qui n'auraient pas d'uniforme militaire.

Article 21.

Le drapeau distinctif de la Convention ne peut être arboré que sur les formations et établissements sanitaires qu'elle ordonne de respecter et avec le consentement de l'autorité militaire. Il devra être accompagné du drapeau national du belligérant dont relève la formation ou l'établissement. || Toutefois, les formations sanitaires tombées au pouvoir de l'ennemi n'arboreront pas d'autre drapeau que celui de la Croix-Rouge, aussi longtemps qu'elles se trouveront dans cette situation.

Article 22.

Les formations sanitaires des pays neutres qui, dans les conditions prévues par l'article 11, auraient été autorisées à fournir leurs services, doivent arborer, avec le drapeau de la Convention, le drapeau national du belligérant dont elles relèvent. || Les dispositions du deuxième alinéa de l'article précédent leur sont applicables.

Article 23.

L'emblème de la croix-rouge sur fond blanc et les mots Croix-Rouge ou Croix de Genève ne pourront être employés, soit en temps de paix, soit en temps de guerre, que pour protéger ou désigner les formations et établissements sanitaires, le personnel et le matériel protégés par la Convention.

Chapitre VII.

De l'application et de l'exécution de la Convention.

Article 24.

Les dispositions de la présente Convention ne sont obligatoires que pour les Puissances contractantes, en cas de guerre entre deux ou plusieurs d'entre elles. Ces dispositions cesseront d'être obligatoires du moment où l'une des Puissances belligérantes ne serait pas signataire de la Convention.

Article 25.

Les commandants en chef des armées belligérantes auront à pourvoir aux détails d'exécution des articles précédents, ainsi qu'aux cas non prévus, d'après les instructions de leurs Gouvernements respectifs et conformément aux principes généraux de la présente Convention.

Article 26.

Les Gouvernements signataires prendront les mesures nécessaires pour instruire leurs troupes, et spécialement le personnel protégé, des dispositions de la présente Convention et pour les porter à la connaissance des populations.

Chapitre VIII.

De la répression des abus et des infractions.

Article 27.

Les Gouvernements signataires, dont la législation ne serait pas dès à présent suffisante, s'engagent à prendre ou à proposer à leurs législatures les mesures nécessaires pour empêcher en tout temps l'emploi, par des particuliers ou par des sociétés autres que celles y ayant droit

en vertu de la présente Convention, de l'emblème ou de la dénomination de Croix-Rouge ou Croix de Genève, notamment, dans un but commercial, par le moyen de marques de fabrique ou de commerce. || L'interdiction de l'emploi de l'emblème ou de la dénomination dont il s'agit produira son effet à partir de l'époque déterminée par chaque législation et, au plus tard, cinq ans après la mise en vigueur, de la présente Convention. Dès cette mise en vigueur, il ne sera plus licite de prendre une marque de fabrique ou de commerce contraire à l'interdiction.

Article 28.

Les Gouvernements signataires s'engagent également à prendre ou à proposer à leurs législatures, en cas d'insuffisance de leurs lois pénales militaires, les mesures nécessaires pour réprimer, en temps de guerre, les actes individuels de pillage et de mauvais traitements envers des blessés et malades des armées, ainsi que pour punir, comme usurpation d'insignes militaires, l'usage abusif du drapeau et du brassard de la Croix-Rouge par des militaires ou des particuliers non protégés par la présente Convention. || Ils se communiqueront, par l'intermédiaire du Conseil fédéral suisse, les dispositions relatives à cette répression, au plus tard dans les cinq ans de la ratification de la présente Convention.

Dispositions générales.

Article 29.

La présente Convention sera ratifiée aussitôt que possible. || Les ratifications seront déposées à Berne. || Il sera dressé du dépôt de chaque ratification un procès-verbal dont une copie, certifiée conforme, sera remise par la voie diplomatique à toutes les Puissances contractantes.

Article 30.

La présente Convention entrera en vigueur pour chaque Puissance six mois après la date du dépôt de sa ratification.

Article 31.

La présente Convention, dûment ratifiée, remplacera la Convention du 22 août 1864 dans les rapports entre les États contractants. || La Convention de 1864 reste en vigueur dans les rapports entre les Parties qui l'ont signée et qui ne ratifieraient pas également la présente Convention.

Article 32.

La présente Convention pourra, jusqu'au 31 décembre prochain, être signée par les Puissances représentées à la Conférence qui s'est ouverte

à Genève le 11 juin 1906, ainsi que par les Puissances non représentées à cette Conférence qui ont signé la Convention de 1864. || Celles de ces Puissances qui, au 31 décembre 1906, n'auront pas signé la présente Convention, resteront libres d'y adhérer par la suite. Elles auront à faire connaître leur adhésion au moyen d'une notification écrite adressée au Conseil fédéral suisse et communiquée par celui-ci à toutes les Puissances contractantes. || Les autres Puissances pourront demander à adhérer dans la même forme, mais leur demande ne produira effet que si, dans le délai d'un an à partir de la notification au Conseil fédéral, celui-ci n'a reçu d'opposition de la part d'aucune des Puissances contractantes.

Article 33.

Chacune des Parties contractantes aura la faculté de dénoncer la présente Convention. Cette dénonciation ne produira ses effets qu'un an après la notification faite par écrit au Conseil fédéral suisse; celui-ci communiquera immédiatement la notification à toutes les autres Parties contractantes. || Cette dénonciation ne vaudra qu'à l'égard de la Puissance qui l'aura notifiée. || En foi de Quoi, les Plénipotentiaires ont signé la présente Convention et l'ont revêtue de leurs cachets.

Fait à Genève, le six juillet mil neuf cent six, en un seul exemplaire, qui restera déposé dans les archives de la Confédération suisse, et dont des copies, certifiées conformes, seront remises par la voie diplomatique aux Puissances contractantes.

(Unterschriften.)

Nr. 13815. **DEUTSCHES REICH und FRANKREICH.** Übereinkunft betr. den Schutz an Werken der Literatur und Kunst und an Photographien.

Paris, 8. April 1907.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preußen, im Namen des Deutschen Reichs, und der Präsident der Französischen Republik, gleichmäßig von dem Wunsche beseelt, in wirksamerer Weise in beiden Ländern den Schutz an Werken der Literatur und Kunst zu gewährleisten, haben den Abschluß einer neuen besonderen Übereinkunft zu diesem Zwecke beschlossen und zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich: || Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preußen: || Seine Durchlaucht den Fürsten von Radolin, Seinen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei dem Präsidenten der

Französischen Republik, || und || der Präsident der Französischen Republik: || Seine Exzellenz Herrn Pichon, Senator, Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, || welche, nach gegenseitiger Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, folgende Artikel vereinbart haben:

Artikel 1.

Die am 19. April 1883 zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossene Übereinkunft zum Schutze der Werke der Literatur und Kunst wird aufgehoben und durch die gegenwärtige Übereinkunft ersetzt.

Artikel 2.

Zum Zwecke der Ergänzungen der Bestimmungen der Berner Übereinkunft vom 9. September 1886, betreffend die Bildung eines internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst, und entsprechend den Festsetzungen der Zusatzakte und der Deklaration von Paris vom 4. Mai 1896 sind die beiden Hohen vertragschließenden Teile über nachstehende Bestimmungen übereingekommen: || § 1. Den Urhebern von Werken, welche zum ersten Male in dem Gebiet eines der beiden vertragschließenden Teile veröffentlicht worden sind, steht im Gebiete des anderen Teiles während der ganzen Dauer ihres Rechtes an dem Originalwerke das ausschließliche Recht zu, ihre Werke zu übersetzen oder deren Übersetzung zu gestatten, ohne daß es erforderlich wäre, daß der Urheber von seinem ausschließlichen Recht der Übersetzung innerhalb der im Artikel 5 der Berner Übereinkunft vorgesehenen Frist von zehn Jahren Gebrauch gemacht hat. || § 2. Die Urheber von Werken, welche zum ersten Male in dem Gebiet eines der beiden vertragschließenden Teile veröffentlicht worden sind, werden im Gebiete des anderen Teiles gegen öffentliche Aufführung ihrer musikalischen Werke ebenso wie die inländischen Urheber geschützt, auch wenn sie die öffentliche Aufführung nicht ausdrücklich untersagt haben.

Artikel 3.

Die gegenwärtige Übereinkunft findet auch auf die bereits vorhandenen Werke Anwendung, sofern sie zur Zeit des Inkrafttretens der gegenwärtigen Übereinkunft in ihrem Ursprungslande noch nicht Gemeingut geworden sind. || War jedoch vor dem Inkrafttreten dieser Übereinkunft eine Übersetzung erlaubter Weise ganz oder zum Teil erschienen, so bleibt die Befugnis des Übersetzers zur Vervielfältigung, Verbreitung und Aufführung dieser Übersetzung unberührt. || Von dem Inkrafttreten der gegenwärtigen Übereinkunft an genießt ein bereits veröffentlichtes

musikalisches Werk den Schutz, auch wenn es bis dahin mangels eines ausdrücklichen Verbots gegen öffentliche Aufführung nicht geschützt war. Jedoch ist die öffentliche Aufführung eines solchen Werkes ohne Einwilligung des Urhebers zulässig, wenn die Aufführenden Partituren oder Notenblätter benutzen, die einen Verbotsvermerk nicht tragen, und die sich bereits vor dem Inkrafttreten der gegenwärtigen Übereinkunft in ihrem Besitze befunden hatten.

Artikel 4.

Der Genuß der Rechte, welche den Urhebern zustehen, die ihre Werke zum ersten Male in dem Gebiet eines der beiden vertragschließenden Teile veröffentlicht haben, ist von dem Nachweise der Erfüllung irgendwelcher Förmlichkeiten vor den Gerichten des anderen Teiles unabhängig.

Artikel 5.

Die Hohen vertragschließenden Teile sind darüber einverstanden, daß jeder weitergehende Vorteil oder Vorzug, welcher künftighin von seiten eines Derselben einer dritten Macht in bezug auf den Schutz an Werken der Literatur und Kunst eingeräumt wird, den Urhebern des anderen Landes oder deren Rechtsnachfolgern ohne weiteres zustatten kommen soll.

Artikel 6.

Die Werke der Photographie und die durch ein der Photographie ähnliches Verfahren hergestellten Werke genießen die durch die Bestimmungen der gegenwärtigen Übereinkunft festgesetzten Vorteile.

Artikel 7.

Die gegenwärtige Übereinkunft soll einen Monat nach dem Austausche der Ratifikationsurkunden in Kraft treten, und ihre Wirksamkeit soll bis zum Ablauf einer Frist von einem Jahre von dem Tage ab, an welchem sie von einem der Hohen vertragschließenden Teile gekündigt wird, fortdauern.

Artikel 8.

Die gegenwärtige Übereinkunft soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich in Paris ausgewechselt werden. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten die gegenwärtige Übereinkunft vollzogen und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen zu Paris, in doppelter Ausfertigung, den 8. April 1907.

(L. S.) Radolin.

(L. S.) S. Pichon.

Denkschrift.

(Dem deutschen Reichstage am 3. Mai 1907 vorgelegt.)

Die urheberrechtlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sind zurzeit durch den Sondervertrag, betreffend den Schutz an Werken der Literatur und Kunst, vom 19. April 1883 (Reichs-Gesetzbl., S. 269 ff.) sowie durch die Berner Übereinkunft vom 9. September 1886 (Reichs-Gesetzbl., 1887, S. 493 ff.) und die Pariser Zusatzübereinkommen hierzu vom 4. Mai 1896 (Reichs-Gesetzbl., 1897, S. 759 ff.) geregelt. || Soweit die Bestimmungen des Sondervertrags sich mit den Abmachungen der Berner Übereinkunft decken, sind sie gegenstandslos geworden; nur jene Bestimmungen des Sondervertrags, welche den Urhebern weitergehende Rechte gewähren, als sie nach der Berner Übereinkunft genießen würden, haben noch praktische Bedeutung (zu vgl. Article additionnel der Berner Übereinkunft). || Eine Erweiterung haben die deutsch-französischen Urheberrechtsbeziehungen durch den Notenwechsel vom $\frac{13.\ \text{Juli}}{2.\ \text{Juni}}$ 1903 (Reichs-Gesetzbl., S. 307 ff.) erfahren, indem dadurch festgestellt wurde, daß den französischen Urhebern in Deutschland, ebenso wie den deutschen Urhebern in Frankreich, für die ganze Dauer des Schutzes des Originalwerks das ausschließliche Übersetzungsrecht zustehe. Diese Erweiterung ist auf die Meistbegünstigungsklausel in Artikel 16 des deutsch-französischen Literarvertrags von 1883 im Zusammenhang mit dem Übereinkommen zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Amerika über den gegenseitigen Schutz der Urheberrechte vom 15. Januar 1892 (Reichs-Gesetzbl., S. 473 ff.) und dem Reichsgesetz vom 19. Juni 1901 (Reichs-Gesetzbl., S. 227 ff.) gegründet. || Auf der Pariser Konferenz zur Revision der Berner Übereinkunft vom Jahre 1896 ist auf den Antrag der deutschen Vertreter der Wunsch angenommen worden, daß die von Deutschland mit den Verbandsstaaten der Berner Übereinkunft geschlossenen Sonderverträge einer Revision dahin unterzogen werden sollen, welche Bestimmungen neben der Berner Übereinkunft als noch zu Recht bestehend angesehen werden könnten. Das Ergebnis dieser Prüfung soll durch einen urkundlichen Akt festgestellt und durch das Berner internationale Bureau noch vor dem Zusammentreten der nächsten internationalen Urheberrechtskonferenz zur Kenntnis der Verbandsstaaten der Berner Union gebracht werden. || Die demgemäß mit der französischen Regierung eingeleiteten Verhandlungen haben zum Abschluß der vorliegenden Übereinkunft vom 8. April 1907 geführt, welche gegenüber dem durch die Berner Übereinkunft geschaffenen Rechtszustand

einen Fortschritt schon um deswillen bedeuten dürfte, weil darin den modernen Forderungen auf dem Gebiete des Urheberrechts, insbesondere hinsichtlich des Schutzes gegen Übersetzung und öffentliche Aufführung, in liberaler Weise Rechnung getragen worden ist. || Zu den einzelnen Artikeln dieser Übereinkunft ist folgendes zu bemerken:

Artikel 1.

Durch Artikel 1 wird die oben erwähnte, bisher in Geltung stehende Übereinkunft vom 19. April 1883 aufgehoben und durch die vorliegende neue Übereinkunft ersetzt.

Artikel 2.

Die Einleitung zu Artikel 2 bezeichnet als Zweck der neuen Übereinkunft ausdrücklich die Ergänzung der Berner Übereinkunft vom 9. September 1886 und der Pariser Zusatzakte vom 4. Mai 1896 sowie der Pariser Deklaration vom gleichen Tage; es werden daher diese internationalen Vereinbarungen lediglich insoweit durch die neue Übereinkunft abgeändert, als diese weitergehende Rechte als die Berner Übereinkunft und die Pariser Vereinbarungen vom 4. Mai 1896 gewährt. || In § 1 des Artikels 2 ist der Schutz gegen Übersetzung geregelt, auf welchen sich Artikel 10 der alten deutsch-französischen Übereinkunft vom 19. April 1883 bezogen hatte. Danach mußte die Übersetzung innerhalb dreier Jahre nach dem Erscheinen des Originalwerks erschienen sein; unter dieser Voraussetzung war sodann das Originalwerk weitere 10 Jahre vom Erscheinen der Übersetzung an gerechnet gegen Übersetzung geschützt. Die hierdurch getroffene Regelung blieb auch neben der Berner Übereinkunft in deren ursprünglicher Fassung von Bedeutung, da diese zwar keine Frist für das Erscheinen der Übersetzung bestimmte, die Dauer des Schutzes gegen Übersetzung aber allgemein auf 10 Jahre vom Erscheinen des Originalwerks an gerechnet beschränkte. Während also die deutsch-französische Übereinkunft von 1883 unter Umständen bis zu 13 Jahren Schutz gegen Übersetzung gewährte, beschränkte die Berner Übereinkunft diesen Schutz auf 10 Jahre. Eine Änderung brachte aber die durch die Pariser Zusatzakte erfolgte Abänderung des Artikels 5 der Berner Übereinkunft, indem unter der Bedingung, daß innerhalb 10 Jahren seit Erscheinen des Originalwerks eine rechtmäßige Übersetzung veröffentlicht worden ist, dem Urheber das ausschließliche Übersetzungsrecht für die ganze Dauer des Schutzes des Originalwerks gesichert wurde. Da diese Bestimmung weitergehende Rechte als das Abkommen von 1883 enthielt, konnte Artikel 10 dieses Abkommens weiterhin nicht mehr zur Anwendung gelangen. || Nachdem das Reichs-

gesetz vom 19 Juni 1901, betreffend das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Tonkunst (Reichs-Gesetzbl., S. 227 ff.), in § 11 und § 12, Absatz 2, Ziff. 1 den Urhebern literarischer Werke das ausschließliche Übersetzungsrecht während der ganzen Dauer des Schutzes des Originalwerkes eingeräumt hatte, traten die Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß Artikel 1 der Übereinkunft zwischen dem Reich und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 15. Januar 1892 ebenfalls in den Genuß dieser Rechte. Dieser, den Bürgern der Vereinigten Staaten gewährte unbeschränkte Schutz gegen Übersetzung ist endlich durch den oben erwähnten Notenwechsel vom $\frac{13.\ \text{Juli}}{2.\ \text{Juni}}$ 1903 auf Grund des Frankreich zustehenden Meistbegünstigungsrechts (Artikel 16 der Übereinkunft von 1883) auch den französischen Urhebern gewährt worden. Nunmehr sollen, entsprechend dem § 1 des Artikels 2 der vorliegenden Übereinkunft, in Zukunft in Deutschland und in Frankreich alle literarischen Werke während der ganzen Dauer des Schutzes des Originalwerkes auch gegen Übersetzung geschützt sein, ohne daß es dazu der Erfüllung irgendwelcher weiteren Voraussetzungen, als der des Schutzes des Originalwerkes bedarf. Der Notenwechsel vom $\frac{13.\ \text{Juli}}{2.\ \text{Juni}}$ 1903 verliert mit der Aufhebung der bisherigen deutsch-französischen Übereinkunft seine rechtliche Grundlage. Der Schutz steht allen Urhebern, gleichgültig, welchem Staate sie angehören, zu, falls sie nur ihr Werk in einem der beiden Vertragsstaaten verlagsmäßig veröffentlicht (herausgegeben) haben. || § 2 des Artikels 2 schützt in analoger Weise veröffentlichte musikalische Werke gegen öffentliche Aufführung selbst dann, wenn in Abweichung von Artikel 9, Absatz 3 der Berner Übereinkunft das Verbot der öffentlichen Aufführung nicht ausdrücklich auf dem Werke ausgesprochen ist.

Artikel 3.

Artikel 3 enthält Übergangsbestimmungen, die aus Gründen der Billigkeit und zum Schutze wohlerworbener Rechte für die Durchführung des Artikels 2 zu treffen waren. || Absatz 1 dehnt zunächst die Anwendung der vorliegenden Übereinkunft auf alle bereits erschienenen Werke mit Ausnahme derjenigen aus, welche beim Inkrafttreten der Übereinkunft in ihrem Ursprungsland bereits Gemeingut geworden sind. || Absatz 2 schränkt dies dadurch ein, daß er den Urhebern einer bei Inkrafttreten der vorliegenden Übereinkunft ganz oder teilweise erschienenen autorisierten Übersetzung das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung oder Aufführung dieser Übersetzung sichert. || Absatz 3

gewährt jenen musikalischen Werken, welche bei Inkrafttreten der Übereinkunft wegen des Fehlens des Aufführungsvorbehalts gegen öffentliche Aufführung nicht geschützt waren, nachträglich diesen Schutz; jedoch soll auch fernerhin die öffentliche Aufführung ohne Genehmigung des Urhebers statthaft sein, wenn die Aufführenden dazu sich solcher Noten bedienen, welche den Aufführungsvorbehalt nicht tragen und nachgewiesenermaßen bereits vor dem Inkrafttreten dieser Übereinkunft in ihrem Besitze gewesen sind.

Artikel 4.

Gemäß Artikel 2 der Berner Übereinkunft in der zurzeit geltenden Fassung ist der Schutz von Werken der Literatur und Kunst von der Erfüllung der Bedingungen und Förmlichkeiten, welche durch die interne Gesetzgebung des Ursprungslandes vorgeschrieben sind, abhängig. Die deutsche und die französische Gesetzgebung kennen allerdings keine Bedingungen und Förmlichkeiten als Voraussetzung des Schutzes; wohl aber ist in Frankreich die Nachdrucksklage an den Nachweis gebunden, daß den Vorschriften über die Hinterlegung des Werks genügt worden ist. Von dieser Förmlichkeit, die jederzeit mit rückwirkender Kraft nachgeholt werden kann, ist also nicht das Urheberrecht, sondern nur die gerichtliche Geltendmachung dieses Rechts abhängig. || Um zu verhindern, daß bei der Verfolgung französischer Urheberrechte deutsche Gerichte aus Artikel 11, Absatz 3 der Berner Übereinkunft etwa Anlaß nehmen, die Beibringung einer Bescheinigung über die Erfüllung dieser Förmlichkeiten zu fordern, ist in Artikel 4 ausdrücklich die gerichtliche Geltendmachung der Urheberrechte von dem Nachweis der Erfüllung irgendwelcher Förmlichkeiten unabhängig gemacht worden.

Artikel 5.

In Artikel 5 ist entsprechend dem Artikel 16 der Übereinkunft von 1883 wiederum die gegenseitige Meistbegünstigung auf dem Gebiet des Urheberrechtsschutzes vereinbart worden. Während aber bisher die Meistbegünstigung an die Voraussetzung der Gegenseitigkeit gebunden war, ist, um die verschiedenen Auslegungen, zu welchen die bisherige Bestimmung Anlaß gegeben hatte, für die Zukunft zu vermeiden, diese Voraussetzung in die vorliegende Übereinkunft nicht mehr aufgenommen worden.

Artikel 6.

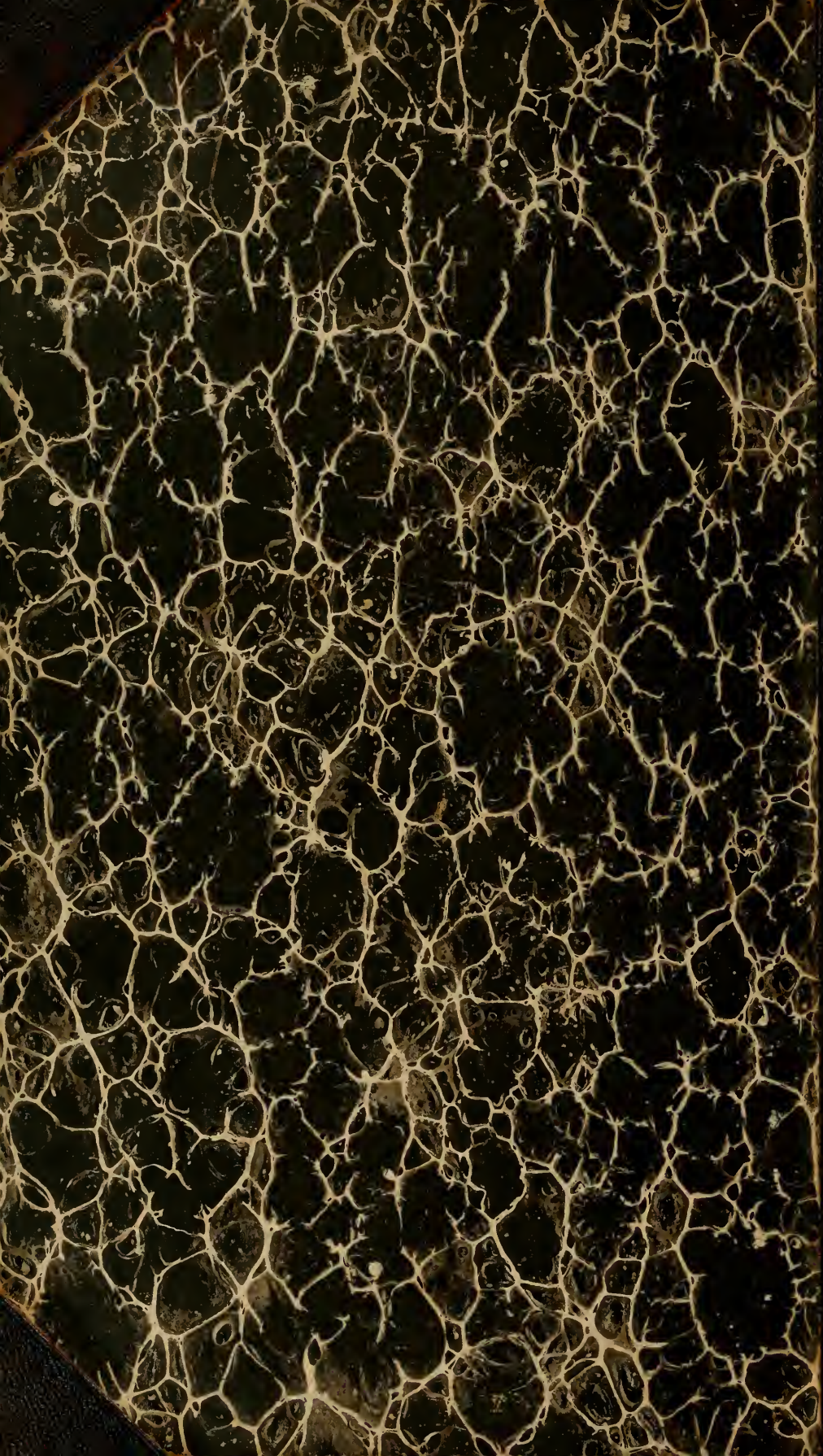
Artikel 6 sichert die Vorteile der vorliegenden Übereinkunft auch den Photographien und den durch ein der Photographie ähnliches Verfahren hergestellten Werken.

Artikel 7.

Artikel 7 regelt das Inkrafttreten und die Dauer der vorliegenden Übereinkunft in der Weise, daß sie einen Monat nach Austausch der Ratifikationen in Wirksamkeit treten soll und jederzeit mit einjähriger Kündigungsfrist wieder aufgehoben werden kann.

Artikel 8.

Artikel 8 sieht in der üblichen Weise die Ratifikation der Übereinkunft vor.

Druck von Bär & Hermann in Leipzig.

UNIVERSITY OF FLORIDA
3 1262 08553 3924
327.08
S775
v.74